Anna Siemsen

Auf dem Wege zum Sozialismus

Kritik der sozialdemokratischen Programme von Heidelberg.

Marxistische Büchergemeinde

4. Buch der Roten Bücher

Ausgabe A für Mitglieder / Verkaufspreis 3.— Mark

Die Roten Bücher der „Marxistischen Büchergemeinde“ werden herausgegeben von den Herausgebern der sozialistischen Zeitschrift „Der Klassenkampf“ und erscheinen in der

„Freien Verlagsgesellschaft m.b.H., Berlin-Tempelhof
Hohenzollernkorso 67

4. Buch der Roten Bücher der „Marxistischen Büchergemeinde“

Auf dem Wege zum Sozialismus

Kritik der sozialdemokratischen Programme von Heidelberg bis Erfurt

von

Anna Siemsen

Freie Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin-Tempelhof

Inhalt

II. Teil

Vorwort

Parteiprogramme sind Gemeinschaftsarbeiten, aber sie bedürfen der Vorbereitung durch Einzeldiskussionen. Darum sind auch die Arbeiten einzelner Genossen zu Gesamtprogrammen wie zu Sonderpunkten derselben unentbehrlich. Ich hätte gewünscht, daß das erste Buch der Marxistischen Büchergemeinde, das auf die Frage des Programms der Sozialistischen Arbeiterpartei eingeht, eine Gemeinschaftsarbeit geworden wäre. Das war unter dem Druck der Zeit und der Arbeit nicht möglich. So ist dies Buch nur die persönliche Arbeit der Verfasserin, keineswegs Ausdruck der Parteimeinung. Es ist Diskussionsbeitrag, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Das erklärt einige anscheinende Ungleichmäßigkeiten in seinem Aufbau. Es war notwendig, hervorzuheben, was die neue Sozialistische Partei von der Politik der alten Sozialdemokratie trennt: die wirtschaftliche Auffassung von der Lage des Kapitalismus, die politische Auffassung von der Funktion des heutigen Staates.

Es war weiter notwendig, denjenigen Fragen einen besonders breiten Raum zu gewähren, welche in der Partei selber umstritten sind. Das sind vor allem die Fragen nach dem Verhältnis von Demokratie und Diktatur und sodann die Frage nach der Stellung der deutschen Arbeiterschaft zur internationalen Entwicklung und den dadurch gestellten Aufgaben. Hier insbesondere vertrete ich meine persönliche Überzeugung, welche von der vieler Parteigenossen abweicht.

Für die meisten Einzelfragen konnte und sollte in dem engen Rahmen eines Büchergemeinde-Buches nur eine kurze Orientierung gegeben werden. Sowohl die Frage der Machtorganisation

der Arbeiterschaft und ihrer Stellung zum heutigen Staate, wie der wirtschaftliche Fragenkomplex bedarf einer besonderen Behandlung.

Dagegen sind die Kulturfragen und Schulfragen deswegen ganz ausführlich behandelt worden, weil in der nächsten Zeit sich wohl kaum die Möglichkeit bieten wird, sie in einem größeren Zusammenhang zu besprechen. Das also möge die Länge dieses Abschnittes erklären, die ein Schönheitsfehler im Aufbau des Buches ist, aber ein nach Lage der Dinge unvermeidlicher.

Die ursprüngliche Absicht, auch das Agrarprogramm mit in die Arbeit hineinzuziehen, mußte aus Raummangel aufgegeben werden. Seine Besprechung gehört außerdem ausführlich in ein Wirtschaftsprogramm der Partei.

Anna Siemsen

Jena, Dezember 1931.

Sozialistische Arbeiterpartei und Programmfrage

Die Sozialistische Arbeiterpartei ist entstanden infolge eines Gewaltaktes der sozialdemokratischen höchsten Parteiinstanzen. Nachdem der Leipziger Parteitag unter Vernachlässigung der wichtigsten sachlichen Entscheidungen, indem er eine eigene klare Stellungnahme vermied und sich darauf beschränkte, dem Parteiausschuß, Parteivorstand und der Reichstagsfraktion freie Hand in allen politischen Fragen zu lassen, darüber hinaus auch diesen Stellen eine unbeschränkte Vollmacht zu Disziplinierungen oppositioneller Genossen erteilt hatte, war die Entscheidung, ob eine wirksame Vertretung der den Parteikurs kritisierenden Ansichten weiterhin geduldet werden würde, tatsächlich völlig in die Hand des Parteivorstandes und des von ihm abhängigen Parteiausschusses gelegt. Nach dem Muster römischer Diktatoren hatte man diesen beauftragt, „zu sehen, daß die Partei keinen Schaden nähme", und es hing von den mit so unbeschränkter Macht Betrauten ab, wie weit und in welchem Geiste sie diese ihre Macht ausnutzen würden. Die verbürgte Äußerung des Parteivorsitzenden: „Es gibt keene Richtungen mehr", ließ voraussehen, wie sie benutzt werden würde. In einer Zeit, in welcher die Richtungsgegensätze stärker als je vorher gerade die Massen der Partei aufwühlten, konnte eine solche Äußerung nichts anderes besagen als dies: „Jede Abweichung von der offiziell festgelegten Richtung stellt ihre Vertreter außerhalb der Partei, wird mit dem Ausschluß und also mit der politischen Hinrichtung des Ketzers geahndet werden.

Die politische Entwicklung der auf den Parteitag folgenden Monate konnte in Optimisten freilich den Glauben wecken, daß die vom Parteitag bevollmächtigten Diktatoren mit einiger Vorsicht und Überlegung ihres diktatorischen Amtes walten würden. Die Notverordnungen des von der Sozialdemokratie gestützten

Kabinetts Brüning enthüllten unmißverständlich dessen durchaus reaktionären und arbeiterfeindlichen Charakter und seine völlige Abhängigkeit vom Finanz- und Industriekapital. Die kurze Tagung des sofort wieder vertagten und damit politisch ausgeschalteten Reichstags bewies, daß die politische Demokratie bereits so weit ausgehöhlt war, daß ihre Funktion nur noch darin bestand, als Attrappe der tatsächlich herrschenden antidemokratischen Mächte zu dienen. Der finanzielle Zusammenbruch im Juli zeigte auch dem Blindesten, wie wirkungslos die Sanierungsversuche der Regierung, wie verhängnisvoll falsch ihr Gesamtkurs gewesen, der, schließlich den Interessen von Kapital und Großgrundbesitz dienend, die wirtschaftlichen Kräfte der großen Massen völlig gebrochen, ihre Konsumkraft vernichtet und damit die Produktionsmöglichkeiten der deutschen Wirtschaft gehemmt und unterbunden hatte. Er enthüllte weiter die ungeheuerliche Mißwirtschaft in den führenden Wirtschaftskreisen und den Vertrauensbankrott Deutschlands im Auslande. Die notwendigen Maßnahmen: politische Verständigung mit dem Ausland, insbesondere mit Frankreich, als Voraussetzung wirtschaftlicher Verständigung, Beseitigung der enthüllten schweren Mißstände durch staatlichen Eingriff und Abkehr von dem unheilvollen Kurs, der in diesen Zusammenbruch hineingeführt, unterblieben. Sie mußten unterbleiben, denn die Regierung, die sich von der parlamentarischen Kontrolle befreit hatte, war gerade dadurch die Gefangene der Reichswehr und des Großgrundbesitzes geworden. Die Reichswehr hinderte jedes, auch das geringfügigste politische Entgegenkommen. Die wirtschaftlichen Stützen der Regierung machten jede wirtschaftliche Reform- oder Kontrollmaßnahme unmöglich. So war das Ergebnis dieser Katastrophe nur eine Verschärfung der antidemokratischen Polizei- und Zensurmaßnahmen sowie eine Beschleunigung des sozialen Abbaus. Und die anfänglich vorhandene Hilfsbereitschaft des Auslandes erstarb unter dem Eindruck der deutschen Unbelehrbarkeit. Das einzige, was man erreichte, war der halbjährliche Waffenstillstand, eine Atempause, mit der man nichts anzufangen wußte, da der Kurs der Regierung ja durch ihre Hintermänner festgelegt und unabänderlich war.

Gleichzeitig wiesen alle Länder- und Kommunalwahlen, die in diese Periode fielen, ein weiteres rasendes Anwachsen des Nationalismus aus, der in den Herbstmonaten an einigen Stellen bereits, die Sozialdemokratie überflügelnd, zur absolut stärksten parlamentarischen Partei geworden ist, in Hessen allein den sämtlichen Arbeiterparteien die Waage hält und die Sozialdemokratie auf ihrem eigensten Kampffelde, der parlamentarischen Demokratie zu schlagen droht.

Diese ganze Entwicklung war von der sozialdemokratischen Opposition seit Jahren vorhergesagt worden, diese war wegen ihrer Warnungen verhöhnt, beschimpft, diszipliniert und kaltgestellt worden. Jetzt, da sich ihre Voraussagungen restlos erfüllen, glaubten viele, daß ein Kurswechsel der Partei sich nicht mehr vermeiden lasse, daß man der für tot erklärten linken Richtung also auch wieder eine Existenzberechtigung innerhalb der Partei werde gewähren müssen. Sie hatten sich getäuscht. Die Vorbereitung der Partei auf die entscheidende Herbsttagung des Reichstags, welche die wahrscheinlich letzte Gelegenheit zu parlamentarischem Widerstand bot, bestand darin, daß man die entschiedensten und unbequemsten Wortführer der Opposition unmittelbar vor dem Zusammentritt des Reichstags ausschloß.

Es hat viele Stimmen gegeben, welche meinten, es sei eine Ungegeschicklichkeit der Opposition gewesen, es über einer organisatorischen Frage wie das Weitererscheinen der Fackel und das Fortbestehen der Marxistischen Büchergemeinde zum Bruch kommen zu lassen. Man hätte nachgeben, man hätte sogar sich ausschließen lassen sollen. Die Entwicklung zwinge ja doch die Sozialdemokratie, ihre bisherige Politik aufzugeben. Und der Kampf, den sie jetzt gegen die offene Reaktion aufnehmen müsse, werde die unruhig gewordenen und enttäuschten Genossen wieder hinter ihr sammeln und einer selbständigen sozialistischen Partei jeden Existenzgrund nehmen. Ein wenig Geduld und Zähigkeit würde innerhalb der Partei den Grundsätzen der Opposition zum Siege helfen, da die Entwicklung selbst für sie arbeite.

Die kurzen Wochen, die seit dem Ausschluß vergangen sind, haben bewiesen, wie falsch diejenigen, welche so urteilten, die Lage sahen.

Der Reichstag zeigte die Sozialdemokratie in der gleichen treuen Gefolgschaft hinter Brüning wie bisher und in derselben, offenbar unzerstörbaren Illusion, daß Brüning und seine Gefolgschaft eine Sicherung gegen den offenen Faschismus bedeuten. Sie erhielt die Quittung dadurch, daß die Atempause, welche der Reichstag Brüning gewährte, benutzt wurde, um sofort in Verhandlungen mit Hitler einzutreten, die zweifellos weitergeführt werden bis zu einem irgendwie gearteten Abschluß. Der politische Kampf spielt sich jetzt in Deutschland ab zwischen der offen terroristischen Reaktion Hitlers und der legalen, aber ebenso antidemokratischen Reaktion der Zentrumskreise und der ihnen nahestehenden Mächte. Gedeckt werden diese Verhandlungen durch die Reichswehr, welche durch Groener, der Reichswehr- und Innenministerium vereinigt, jetzt auch die Kontrolle über die Polizei erhalten hat. Schärfste Pressezensur durch die Polizei, generelles Demonstrationsverbot

und Beschränkung der Versammlungsfreiheit haben eine offene Diktatur soweit vorbereitet, daß ein Diktator nur noch eingesetzt zu werden braucht, um den fertigen Apparat spielen zu lassen.

Der immer rücksichtslosere Terror der Hitlerschen Sturmtrupps wird von der Reichsregierung offen geduldet: Alle Versuche, sie zu einem Eingreifen zu veranlassen, blieben deshalb vergeblich und müssen deshalb vergeblich bleiben, weil die Regierung, antidemokratisch und arbeiterfeindlich, wie sie ist, den Anschluß an die starke Hitlerbewegung braucht und will, und nur noch über die Bedingungen dieser Koalition verhandelt.

Die Sozialdemokratie deckt alle Not- und Zwangsmaßnahmen, trotzdem es sich täglich erweist, wie vorzüglich sie gegen links, wie unzulänglich gegen rechts sie angewandt werden. Sie hat sich zurückgezogen auf „die Einheitsfront der Gewerkschaften" und glaubt, nachdem sie auf parlamentarischem und politischem Gebiete restlos geschlagen ist, hier sich behaupten zu können, Arm in Arm mit dem deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, den stark mit Rechtsradikalen durchsetzten Beamtenverbänden und den von faschistischen, berufsständischen Theorien beeinflußten christlichen Gewerkschaften.

Diese Haltung der Sozialdemokratie beweist, wie weit sie davon entfernt ist, eine Änderung ihrer Taktik überhaupt in Frage zu ziehen. Das wird verständlich, wenn man sich klarmacht, daß diese Taktik beruht auf einer grundsätzlichen Haltung. Daß dem so sei, konnte man bis vor kurzem bezweifeln. Man konnte noch bis zur letzten Reichstagstagung glauben, die Politik der Sozialdemokratie lasse eine Schwenkung von der Tolerierung zum Kampfe zu, und die Erkenntnis, daß die Tolerierung ihr Ziel, die Abwehr des Faschismus, nicht erreiche, werde die Partei aufs neue in eine entschlossene Oppositionsstellung führen und zur Mobilisierung der heute durch sie zurückgehaltenen Arbeiterschaft. Das Gegenteil ist eingetreten. Wir befinden uns ganz eindeutig in der letzten Phase vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird diese nicht auf dem Wege eines Putsches, sondern auf legale und sogar parlamentarische Weise erfolgen. Dabei ist es gleichgültig, ob die Zwischenzeit bis zu diesem Ereignis ein paar Wochen oder ein paar Monate sind. Das Resultat bleibt dasselbe. Und relativ gleichgültig ist es auch, wer in dem Schachspiel, das jetzt hinter den politischen Kulissen sich abspielt, den anderen mattsetzt. Brüning-Groener haben für sich die größere politische Gerissenheit, die Unterstützung des Auslandes, und bis zu einem gewissen Grade die sehr wichtige Deckung durch die Reichswehr. Hitler hat für sich die Massen seiner Anhänger, die jeder verstreichende Monat vermehrt. Das Ergebnis

ihres Spieles wird nicht unwichtig sein in persönlicher Beziehung und für einige politische Formfragen. Es wird nichts besagen in bezug auf die politische und soziale Lage der Arbeiterschaft. Jede heute mögliche Regierung bedroht diese gleichmäßig mit politischer Entrechtung und sozialem Abbau, mit wirtschaftlichem Elend und gesteigerter Unsicherheit. Nur die rücksichtloseste Aufklärung über die Lage, in der wir uns befinden, nur die Weckung des Widerstandes durch Herausstellen der Kampfziele und der Kampfnotwendigkeit kann die gegenwärtige tödliche Schwäche der Arbeiterschaft überwinden. Jeder solche Versuch aber muß zum Bruche mit den gegenwärtigen Machthabern führen. Den will die Sozialdemokratie nicht. Sie kann ihn nicht wollen. Und sie wird ihn ablehnen, solange ein Schimmer von Legalität eine deutsche Regierung umgibt.

Damit tut sich der grundsätzliche Gegensatz auf zwischen Sozialdemokratischer Partei und ausgeschlossener Opposition. Damit zeigt sich auch, weshalb dieser Ausschluß und die Spaltung von der sozialdemokratischen Führerschaft gewollt werden mußte (wobei persönlicher Machtwille und persönliche Gehässigkeit immerhin ihnen den Entschluß vielleicht erleichtert haben). Bestimmend aber war eine sachliche Notwendigkeit. Man kann Millionenmassen von Proletariern zur Unterstützung antiproletarischer Maßnahmen und Parteien nur dann bringen, wenn man ihnen den wesentlich antiproletarischen Charakter dieser Maßnahmen und Personen verschweigt, wenn man in ihnen Illusionen weckt über ihre eigene Funktion und über die Wirkung der verfolgten Politik. Die Illusionspolitik der Sozialdemokratie zwingt sie zu einer Vertuschungspolitik gegenüber den Genossen und den proletarischen Massen, zwingt sie daher zum Ausschluß oder mindestens zum Mundtotmachen aller derer, welche sagen, was ist. Der sozialdemokratische Apparat ist stark genug, dies Ziel zu erreichen. Die Diktatur in der Partei ist hinreichend entwickelt, ihn fast restlos in den Dienst der offiziellen Politik zu stellen. Die wenigen Parteiorgane und Parteifunktionäre, welche diese Aufgabe bisher nicht erfüllen, sind praktisch bedeutungslos, da sie sich in einer hoffnungslosen Minderheit befinden. Was sich an linker Opposition heute noch in der Partei befindet, gibt sich über diesen Zustand einer Täuschung hin. Man glaubt von dieser Seite, daß auch ein so starker Parteiapparat, wie der sozialdemokratische, schließlich dem Druck der Tatsachen und dem unter diesem Druck erwachenden Bewußtsein der Massen werde nachgeben müssen. Eine Partei, deren Mitglieder zu 80 Prozent Proletarier seien, könne auf die Dauer nicht eine antiproletarische Politik festhalten.

Die so argumentieren übersehen dreierlei:

1. Deutschland ist heute kein demokratisches Land mehr. Die wichtigste Funktion der politischen Demokratie, die Aufklärung der Gesamtheit über die politischen und gesellschaftlichen Tatsachen kann in Deutschland unter der Herrschaft der Notverordnungen, der Pressebeschränkungen, der Polizeizensur nicht mehr erfüllt werden. Das Bewußtsein der Massen wird also irregeleitet und falsche Willensbildungen unter dem Einfluß künstlich geschaffener Stimmungen (nationalistische und antimarxistische Haßgefühle) werden im höchsten Maße gefördert. Nur so ist es möglich geworden, daß reaktionäre Parteien wie die Nationalsozialisten und das Zentrum Millionen von Proletariern hinter sich sammeln und festhalten können.

2. Die beiden großen sozialistischen Parteien, Sozialdemokratie und Kommunistische Partei, sind gebunden durch ihre bisher befolgte Politik, deren Rechtfertigung bei ihnen zum Selbstzweck geworden ist, weil an ihr die politische und wirtschaftliche Existenz ihrer Führer hängt. Parlamentarischer Reformismus bei den Sozialdemokraten, diktatorischer Blanquismus bei den Kommunisten sind zum Dogma, ihre Verteidigung zum Selbstzweck geworden. Und der Parteiapparat ist in beiden Fällen so stark, daß er die Meinungs- und Willensbildung bestimmen kann durch sorgfältige Auswahl der mitgeteilten Tatsachen und einseitige Interpretation. Die Erregung heftigster Haßgefühle gegen den politisch anders gerichteten Klassengenossen begünstigt die Verdunkelung des Bewußtseins und hält den Prozeß der Bewußtseinsklärung auf. Wo er trotzdem erfolgt unter der Wirkung des überwältigend anwachsenden sozialen und politischen Druckes, führt er bei fehlender Schulung und fehlender sachlicher Propaganda zur Hoffnungslosigkeit, Erbitterung und zur politischen Indifferenz. Er desorganisiert die Massen, anstatt sie zu sammeln, da ein organisiertes Zentrum politischer Willensbildung fehlt.

3. Dieser Zustand kann selbstverständlich nicht in alle Ewigkeit andauern. Es sind zwei Entwicklungen möglich. Entweder geht die politische Entwicklung vom geheimen und legalen Terror zum offenen über, zerschlägt den Apparat der proletarischen Parteien oder schwächt ihn so weitgehend, daß er die politische Willensbildung nicht mehr umfassend beinflussen kann. Dann muß auf einen vorübergehenden Zustand des völligen Chaos eine Periode der Neuorientierung an den Tatsachen erfolgen, welche einen erneuten Aufstieg vorbereitet. Dieser Prozeß geht jetzt in Italien vor sich. Er ist zur Zeit dort nicht zu beobachten, weil er nur illegal erfolgen kann. Er ist notwendig äußerst langsam und schmerz- und verlustreich, wenn auch unaufhaltsam. Es ist aber

auch möglich, daß sich außerhalb der erstarrten und zur Aufklärungsarbeit unfähig gewordenen Parteiapparate Zentren sozialistischer Propaganda und Schulung bilden. So klein und schwach sie zunächst sein mögen, haben sie die entscheidende Funktion, Aufnahmestellungen zu schaffen, eine Auflockerung des Bewußtseins zu ermöglichen, Ansätze proletarischer organisierter Willensbildung zu sein. Je mehr die Demokratie aus dem öffentlichen Leben und aus dem Leben der großen Parteien verschwindet, desto entscheidender ist diese ihre Funktion. Sie können die Entwicklung nicht aufhalten, können aber den Prozeß der proletarischen Besinnung beschleunigen und je stärker sie wirken, desto entscheidender den Neuaufstieg des Proletariats beschleunigen, den schmerzhaften Zwischenzustand der Ohnmacht abkürzen.

Die sozialdemokratische Opposition hat jahrelang geglaubt, diese Aufklärungs- und Schulungsarbeit innerhalb der Partei leisten zu können. Sie hat die Stärke und Starrheit des Apparats ebenso unterschätzt wie die Stärke des reformistisch-parlamentarischen Dogmas. Innerhalb der Partei ist diese Funktion nicht zu erfüllen. Die noch in ihr verbliebenen Oppositionellen werden das sehr schnell erfahren. Ihr Schicksal wird ein dreifaches sein: entweder werden sie in die Linie der offiziellen Politik einschwenken und diese verstärken helfen. (Wir erleben das bei einer Reihe vormals Linker bereits jetzt. Früher heftige Bekämpfer der Tolerierung, haben sie sich in den letzten Wochen, in denen die Tatsachen überwältigend die Wirkungslosigkeit und die demoralisierenden Folgen dieser Politik zeigen, zu ihren inbrünstigen Verteidigern entwickelt.) Im zweiten Falle, wenn sie nicht kapitulieren, werden sie mundtot gemacht (auch dafür haben wir bereits eine Reihe von Beispielen). Im dritten Falle, wenn sie sich nicht zum Schweigen bringen lassen, werden sie aus der Partei gedrängt. Das werden wir in der Folgezeit beobachten.

Für die jetzt außerhalb der Partei Neuorganisierten ergibt sich also mit größter Klarheit und Einfachheit ihre Aufgabe. Und glücklicherweise hängt deren Erfüllung nicht davon ab, daß sie sich in aller Geschwindigkeit zu einer Massenpartei in der Stärke der beiden alten Rivalen, SPD und KPD, entwickelt. Es reicht aus, wenn sie stark genug ist, eine Propagandaorganisation zu schaffen, welche bis in die entlegensten Gebiete reicht, und ihre Stimme überall vernehmlich zu machen. Denn ihre Hauptaufgabe ist heute, in einer Periode der proletarischen Niederlage und Ohnmacht und solange ihr die politischen Verhältnisse noch Propagandamöglichkeit gewähren, die Bewußtseinsbildung als Voraussetzung der Willens- und danach der Machtbildung.

Diese Aufgabe zu erfüllen, aber bedarf die Partei selbst eines klaren und wohlbegründeten Programmes, das nicht nur auf die Gegenwart gerichtet ist, sondern, ohne Generalrezepte zu geben, die politische Richtung der proletarischen Aktion für eine übersehbare Zukunft bestimmt.

Dieses Bedürfnis ist um so dringender, je weniger die eben erst gewordene Partei unter den sehr schweren Bedingungen ihrer Existenz für den Augenblick imstande ist, direkt das politische Geschehen zu beeinflussen. Eine Partei, die an der Macht teilnimmt, die ihre Forderungen in irgendeinem Umfange verwirklichen kann, kann ohne augenblicklichen Schaden auf ein umfassendes Programm verzichten oder, falls sie ein solches besitzt, es in ihrem Archiv lagern lassen und nur als Prunkstück für festliche Gelegenheiten hervorholen. Wir sind das bei allen bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme gewöhnt. Wir haben den Mangel eines grundsätzlichen Programms bei der englischen Arbeiterpartei, seine Festtagsrolle bei der deutschen Sozialdemokratie erlebt. Wir haben freilich auch in beiden Fällen erlebt, daß das, was bürgerlichen Parteien ohne Schaden erlaubt ist, bei sozialistischen zur Katastrophe führt. Der Mangel eines Programms zwingt ihnen Maßnahmen auf, die in Widerspruch mit den Interessen ihrer Mitglieder und der von ihnen vertretenen Klasse stehen. Das war der Fall der englischen Arbeiterpartei. Die Vernachlässigung des vorhandenen Programms erschütterte das Vertrauen in die Ehrlichkeit der Partei innerhalb und außerhalb der Organisation, bringt die Gegner dazu, sie nicht mehr ernst zu nehmen und führt so, selbst bei einer Millionenpartei, zur Lethargie und Ohnmacht. Es ist ein ähnlicher Fall wie bei physischer Lähmung, wenn das Gehirn nicht mehr die Verbindung zu den Organen beherrscht. Das ist der Fall der deutschen Sozialdemokratie.

Immerhin ist aber ein solcher Mangel programmatisch klar formulierter und in der Praxis befolgter Grundsätze wenigstens für eine beschränkte Zeit erträglich in einer Partei, die Gelegenheit zu praktischer Machtausübung hat. Für eine Oppositionspartei, deren Aussicht auf spätere Machtergreifung völlig bedingt ist durch die Überzeugungskraft ihrer Propaganda, ist ein klares, hieb- und stichfestes Programm dagegen eine Existenzbedingung.

Für die Sozialistische Arbeiterpartei kommt ein zweiter Umstand hinzu. Das Hauptargument, das ihr von kommunistischer und sozialdemokratischer Seite entgegengehalten wird, ist dies, daß kein politischer Raum zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten vorhanden sei, und daß das Proletariat nur zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Politik zu wählen habe. Dieser Umstand, meinen die Gegner, werde die Arbeiterpartei in

Kürze sprengen und ihre Trümmer wieder in die alten Parteien zurückschwemmen. Hätten sie mit ihrem ersten Argument Recht, so wäre auch die Folgerung, die sie daraus ziehen, unwiderleglich.

Es ist also dringende Aufgabe der Arbeiterpartei, sich abzugrenzen gegen die beiden alten Parteien und selber einen festen programmatischen Boden zu gewinnen. Das kann endgültig nur durch einen Parteitag geschehen. Aber ein solcher Parteitag muß vorbereitet sein durch Diskussion innerhalb der Partei, durch Klarlegung der Probleme und Verständigung der in jeder lebendigen proletarischen Partei miteinander ringenden Richtungen. Dieser Arbeit wird in unserer Partei durch die Auseinandersetzung mit den Nachbarn Grenze und Inhalt bestimmt. — Die Auseinandersetzung mit den Kommunisten ist nicht meine Aufgabe. Sie ist auch deswegen minder dringend, weil der Kern der Arbeiterpartei aus alten Sozialdemokraten besteht, welche die Gegensätze sehr genau kennen und dauernd erfahren haben, die sie von den Kommunisten scheiden. Anders steht es mit uns und der Sozialdemokratie. Wir haben deren Heidelberger Programm als Grundlage und Richtlinien für unsere Arbeit anerkannt. Wir haben das mit Überzeugung getan, auch wo wir die Grenzen, Lücken und Unzulänglichkeiten dieses Programms mit Schmerzen empfanden. Wie stehen wir heute zu ihm? Es ist uns nie ein Dogma gewesen, das gleich dem katholischen ewige Geltung beansprucht, sondern immer das Dokument einer bestimmten geschichtlichen Situation, richtunggebend für eine politische Periode, deren Ablauf wir jetzt zu sehen glauben. Das klarzulegen, festzustellen, was uns vom Heidelberger Programm trennt, festzustellen aber auch, worin wir den Abfall der Sozialdemokratie von diesem ihrem eigenen Programm erblicken, wird Aufgabe der folgenden Blätter sein.

Die sozialdemokratischen Programme

Die deutsche Sozialdemokratie hat in der Zeit zwischen ihrer einheitlichen Konstituierung in Gotha 1875 und heute sich drei verschiedene Programme gegeben: das Gothaer Programm, das eine Verständigung zwischen den Lassalleanern und Eisenachern darstellte, daher auch die Unebenheiten eines solchen Verschmelzungsvorgangs aufwies, das Erfurter Programm, das 1891 nach der Zeit des Sozialistengesetzes die vollendete nun nicht mehr nur organisatorische, sondern auch theoretische Einheit dokumentierte und durch drei Jahrzehnte Grundlage der sozialistischen Propaganda und Richtlinie der sozialistischen Politik

blieb, und das Heidelberger, das 1925 vom Parteitag der wiedervereinigten Mehrheitssozialistischen und Unabhängigen Partei beschlossen wurde. Dazwischen liegt das Görlitzer Programm der Mehrheitssozialisten, das Ausdruck für die demokratisch reformistische „Weimarer" Auffassung dieser Partei war. Das Erfurter Programm war von Kautsky entworfen und ist mit seinem Kommentar nicht nur für Deutschland, sondern weit über Deutschland hinaus Grundlage der marxistischen Schulung für Millionen geworden. Sein grundsätzlicher allgemeiner Teil wurde der Ausgangspunkt auch für das Heidelberger Programm. Von diesem sagt Paul Kampfmeyer in seiner Einleitung, es stehe „auf den Schultern des Erfurter und Görlitzer Programms", mit anderen Worten, es stelle eine Fortbildung der Kautskyschen im Erfurter Programm formulierten Auffassung durch die in der Mehrheitssozialdemokratie der Nachkriegszeit herrschenden Auffassungen dar.

Um die Richtigkeit dieser Behauptung zu erproben, stelle ich den allgemeinen Teil beider Programme nebeneinander und versuche festzustellen, inwieweit die Formulierungen des Erfurter im Heidelberger Programm weitergebildet, umgebildet oder aufgegeben sind.

I. Teil

Der grundsätzliche Teil der beiden sozialdemokratischen Programme

Die übereinstimmenden Stellen in beiden Programmen sind fett, die ähnlichen gesperrt gedruckt.

Erfurter Programm

Die ökonomische Entwicklung der **bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Gundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet.** Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Heidelberger Programm

Die ökonomische Entwicklung **hat mit innerer Gesetzmäßigkeit zum Erstarken des kapitalistischen Großbetriebes geführt, der in Industrie, Handel und Verkehr immer mehr den Kleinbetrieb zurückdrängt und seine soziale Bedeutung verringert.** Mit der immer stärker werdenden Entfaltung der Industrie wächst die industrielle Bevölkerung ständig im Verhältnis zur landwirtschaftlichen. Das Kapital hat die Massen der Produzenten von dem Eigentum an ihren Produktionsmitteln getrennt und den Arbeiter in einen besitzlosen Proletarier verwandelt. Ein großer Teil des Grund und Bodens befindet sich in den Händen des Großgrundbesitzes, des natürlichen Verbündeten des Großkapitals. So sind die ökonomisch entscheidenden Produktionsmittel zum Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten geworden, die damit die wirtschaftliche Herrschaft über die Gesellschaft erhalten.

Zugleich wächst mit dem Vordringen der Großbetriebe in der Wirtschaft Zahl und Bedeutung der

Angestellten und Intellektuellen jeder Art. Sie üben in dem vergesellschafteten Arbeitsprozeß die Leitungs-, Überwachungs-, Organisations- und Verteilungsfunktionen aus, sie fördern durch wissenschaftliche Forschung die Produktionsmethoden. Mit dem Anwachsen ihrer Zahl verlieren sie mehr und mehr die Möglichkeit des Aufstiegs in privilegierte Stellungen, und ihre Interessen stimmen in steigendem Maße mit denen der übrigen Arbeiterschaft überein.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeugs zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert.

Mit der Entwicklung der Technik und der Monopolisierung der Produktionsmittel wächst riesenhaft die Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber Großkapital und Großgrundbesitz suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren. Nicht nur den Proletariern, sondern auch den Mittelschichten wird der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt vorenthalten, den die gesteigerten Produktivkräfte ermöglichen.

Ununterbrochen sind im Kapitalismus Tendenzen wirksam, die arbeitenden Schichten in ihrer Lebenshaltung zu drücken. Nur durch steten Kampf ist es ihnen möglich, sich vor zunehmender Erniedrigung zu bewahren und ihre Lage zu verbessern. Dazu gesellte sich hochgradige Unsicherheit der Existenz, die stets drohende Arbeitslosigkeit. Diese wird besonders qualvoll und erbitternd in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und in der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise begründet sind.

Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung der Ausbeutung.

Das kapitalistische Monopolstreben führt zum Zusammenfassen von Industriezweigen, zur Verbindung aufeinanderfolgender Produktionsstufen und zur Organisierung der Wirtschaft in Kartelle und Trusts. Dieser Prozeß vereinigt Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital zum Finanzkapital.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktionskräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produktes der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des **kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Maschinen, Werkzeuge, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion,** kann es bewirken, daß der Groß-

Einzelne Kapitalistengruppen werden so zu übermächtigen Beherrschern der Wirtschaft, die nicht nur die Lohnarbeiter, sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit bringen.

Mit der Zunahme seines Einflusses benutzt das Finanzkapital die Staatsmacht zur Beherrschung auswärtiger Gebiete als Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Stätten für Kapitalsanlagen. Dieses imperialistische Machtstreben bedroht die Gesellschaft ständig mit Konflikten und mit Kriegsgefahr. Doch mit dem Druck und den Gefahren des Hochkapitalismus steigt auch der Widerstand der stets wachsenden Arbeiterklasse, die durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst sowie durch stete Arbeit der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei geschult und vereint wird. **Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter** der Klassenkampf zwischen den kapitalistischen Beherrschern der Wirtschaft und den Beherrschten. Indem die Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol. Eine gewaltig erstarkte Arbeiterbewegung, groß geworden durch die opferreiche Arbeit von Generationen, stellt sich dem Kapitalismus als ebenbürtiger Gegner gegenüber. Mächtiger denn je ersteht der Wille, das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen.

Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Die

betrieb und die stets wachsende Ertragfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der Wohlfahrt und allseitiger harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle anderen Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Die Sozialdemokratie kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Ab-

Umwandlung der kapitalistischen Produktion in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion wird bewirken, daß die Entfaltung und Steigerung der Produktivkräfte zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger Vervollkommnung wird. Dann erst wird die Gesellschaft aus der Unterwerfung unter blinde Wirtschaftsmacht und aus allgemeiner Zerrissenheit zu freier Selbstverwaltung in harmonischer Solidarität emporsteigen.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern notwendig ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihren ökonomischen Kampf nicht führen und ihre wirtschaftliche Organisation nicht voll entwickeln ohne politische Rechte. In der demokratischen Republik besitzt sie die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist. Sie kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Der proletarische Befreiungskampf ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der internationalen Solidarität des Proletariats bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur zu erreichen durch ihr solidarisches Zusammenwirken.

Die Sozialdemokratie kämpft nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Ab-

schaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich nun gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.	schaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst, für gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von dieser Anschauung ausgehend, bekämpft sie nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich nun gegen ein Volk, eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.
(Im Erfurter Programm letzter Abschnitt.)	
Den Befreiungskampf der Arbeiterschaft zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.	Den Befreiungskampf der Arbeiter zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein notwendiges Ziel zu weisten, ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei. In ständigem Ringen und Wirken auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiet strebt sie zu ihrem Endziel.
Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.	

A. Die Wirtschaftsanalyse des sozialdemokratischen Programms

I. Industrielle Entwicklung und Agrarfrage

Das Erfurter Programm gibt eine Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung vom marxistischen Standpunkt aus. Er beginnt mit der Feststellung der wirtschaftlichen Entwicklung vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb, dem „Untergang des Kleinbetriebs", der auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruht. Folge dieser Entwicklung ist die Trennung des Produzenten von seinen Produktionsmitteln, seine Verwandlung in einen „besitzlosen Proletarier" und die Monopolisierung der Produktionsmittel durch „eine verhältnismäßig kleine Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern". Diese Entwicklung wird als eine naturnotwendige bezeichnet. Es wird durch den Wortlaut auch deutlich, daß man diese Naturnotwendigkeit als eine durchgehende für das ganze Gebiet des wirtschaftlichen Lebens ansieht, also für Landwirtschaft, Industrie und Handel eine Gleichförmigkeit der Entwicklung voraussetzt.

Das Heidelberger Programm übernimmt teilweise wörtlich diese Formulierungen. Um so aufschlußreicher sind die Stellen, wo es von ihnen abweicht. Es spricht nicht mehr von „Naturnotwendigkeit", sondern von „innerer Gesetzmäßigkeit der Entwicklung". Darin liegt allerdings keine Abschwächung, sondern eine exaktere methodische Formulierung. Man scheidet das Reich des gesellschaftlichen, also auch des wirtschaftlichen Geschehens vom Naturgeschehen, ohne jenem deswegen die Gesetzmäßigkeit und also die Notwendigkeit abzusprechen. Dagegen liegt eine zweifellose Einschränkung darin, daß man den Niedergang des Kleinbetriebes konstatiert nur für „Industrie, Handel und Verkehr". Die Landwirtschaft wird also von diesem Prozesse ausgenommen. Darin kommt zum Ausdruck eine tiefgehende Gegensätzlichkeit innerhalb der Partei in bezug auf die Agrarfrage. Dieser Gegensatz geht bis in die neunziger Jahre zurück. Man zweifelte Kautskys Voraussage an, daß die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe allmählich von den Großbetrieben aufgesogen würden, glaubte vielmehr statistisch nachweisen zu können, daß Kleinbetriebe im Kapitalismus nicht nur ebenso lebensfähig, sondern

auch produktiver als Großbetriebe seien und daß daher die Politik der Sozialdemokratie sich zu richten habe auf eine Förderung der kleinbäuerlichen Siedlungen und die Unterstützung einer nationalen landwirtschaftlichen Produktion gegen die Konkurrenz billiger produzierender ausländischer Gebiete. Die sehr heißen Kämpfe um diese Probleme waren in Heidelberg keineswegs zur Entscheidung oder zum Ausgleich gekommen. Man begnügte sich hier also mit einer unklaren Formulierung: „Ein großer Teil des Grund und Bodens befindet sich in den Händen des Großgrundbesitzes, des natürlichen Verbündeten des Großkapitals.“ Hier wird die Konstatierung einer Tatsache gesetzt an die Stelle einer gesetzmäßigen Entwicklung. Es bleibt offen, ob nicht vielleicht die Landwirtschaft eine entgegengesetzte Entwicklungsrichtung einhalte gegenüber der industriellen, also vom Großbetrieb zum Kleinbetrieb. Indem man die Agrarfrage von den übrigen ökonomischen Fragen trennt, schafft man eine Lücke. Es erscheint nun unklar, welche Tendenzen als gesetzmäßige anzusehen seien und ebenso unklar, was die Haltung der Sozialdemokratie in der Agrarfrage sein müsse. Man hat später versucht, dies Problem in einem besonderen Agrarprogramm zu lösen. Wir werden in einem besonderen Kapitel darauf zurückkommen. Zunächst genügt die Feststellung, daß agrarwirtschaftlich das Heidelberger Programm die Formulierungen von Erfurt fallen läßt, und damit eine längst praktisch eingetretene Kursänderung theoretisch rechtfertigt.

II. Die Mittelschichten

Aber auch die Darstellung der industriellen Entwicklung erfährt eine Abschwächung. Im Erfurter Programm wird „der Untergang des Kleinbetriebs“ als eine Naturnotwendigkeit vorhergesagt. Im Heidelberger Programm heißt es erheblich vorsichtiger, der kapitalistische Großbetrieb habe „den Kleinbetrieb zurückgedrängt und seine soziale Bedeutung verringert“. Also auch hier Tatsachenkonstatierung an Stelle von Entwicklungsvorhersage. Der bestehende Zustand, daß eine überwiegend große Anzahl kleiner und mittlerer, aber wirtschaftlich schwacher und daher gesellschaftlich nicht mehr entscheidend wichtiger Betriebe neben der kleinen Zahl von Großbetrieben steht, welche die Wirtschaft und durch sie das gesellschaftliche Leben beherrschen, wird zum Ausgangspunkt der Betrachtung genommen. Man sagt nichts mehr darüber aus, wie denn diese Entwicklung weiter angenommen werden müsse. Zu erklären ist das aus der

geänderten politischen Situation. Das Erfurter Programm gab sich eine Partei, welche eine reine Arbeiterpartei war und in der Gewinnung des Proletariats für ihre Ziele ihre ausschließliche Aufgabe sah. Das Kleinbürgertum erschien ihr als eine zum Untergang bestimmte und daher mit Notwendigkeit reaktionäre Klasse, die für den Sozialismus nicht gewonnen werden könne, durch deren Zersetzung vielmehr die Massen des Proletariats verstärkt werden würden, so daß diese Zersetzung nicht nur als notwendiger Prozeß, sondern auch als Vorbedingung sozialistischer Machtgewinung sich darstellte.

Diesen Standpunkt hat das Heidelberger Programm verlassen. Der Zusammenbruch von 1918 hatte der Sozialdemokratie eine Millionenmasse kleinbürgerlicher Wähler und einen erheblichen Zuwachs an kleinbürgerlichen Mitgliedern gebracht. Dieser kleinbürgerliche Flügel lebt nun aber durchaus nicht in marxistischen Vorstellungen von der unaufhaltsamen, weil gesetzmäßigen Zerstörung der Kleinbetriebe, sondern erwartet von der Sozialdemokratie vielmehr Schutz gegen die Konkurrenz der Großbetriebe, er ist antikapitalistisch, aber sozialistisch allerhöchstens im Sinne eines utopischen Reformsozialismus zur Rettung und sozialen Sicherung des „kleinen Mannes". Diesem kleinbürgerlichen Flügel trägt die zurückhaltende Formulierung des Programms Rechnung.

Sie enthält trotzdem zweifellos soweit eine richtige und auch wertvolle Erkenntnis, daß sie aufräumt mit der Vorstellung, als ob jede Art des Kleinbetriebs in der vollendeten kapitalistischen und damit auch in der sozialistischen Gesellschaft unmöglich sei. Ihr Fehler liegt aber darin, daß sie zu unsicher formuliert ist. Das heutige Anwachsen kleiner und kleinster leistungsunfähiger Betriebe beruht weder auf einer technischen noch wirtschaftlichen Notwendigkeit. Es ist vielmehr eine Krankheitserscheinung des sinkenden Kapitalismus, der nicht mehr imstande ist, die Massen zu beschäftigen und sie so zwingt, mit einem Minimum oft genug geborgter Produktionsmittel in leistungsunfähigen und wirtschaftlich parasitären Betrieben sich eine Notexistenz zu suchen. Diese gesellschaftlich und politisch gleich wichtige Krankheitserscheinung wird durch die Formulierungen des Programms nicht getroffen. Es verbleibt hier bei einer Einschränkung in der Formulierung, welche den Agitationsbedürfnissen der Partei, aber nicht dem Bedürfnis nach Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge gerecht wird.

Die Konstatierung, daß die industrielle Bevölkerung gegenüber der landwirtschaftlichen in stetem Steigen begriffen sei, wird notwendig, sobald man einmal die Landwirtschaft aus der Gesamt-

entwicklung ausgenommen hatte. Für das Erfurter Programm ist eine solche Feststellung gleichgültig. Da es allgemein die Proletarisierung der Massen, industrieller wie landwirtschaftlicher, annimmt und damit ihre Einreihung in die Front des Klassenkampfes, erscheint es unwesentlich, ob man mit industriellen oder landwirtschaftlichen Proletariern zu tun hat. Für das Heidelberger Programm, das der landwirtschaftlichen Entwicklung unsicher gegenübersteht, so ist es dagegen wesentlich, hervorzuheben, daß das Schwergewicht der Entwicklung bei der Masse des industriellen Proletariats liegt. Freilich liegt darin eine Verengung auf europäische, sogar auf deutsche Verhältnisse vor. In Ost- und Südosteuropa liegt das wirtschaftliche Schwergewicht noch durchaus bei der Agrarbevölkerung und wird das auf absehbare Zeit tun, ganz zu schweigen von dem amerikanischen Kontinent und den großen in revolutionäre Bewegung geratenen asiatischen Reichen, Indien und China, wo die armen Bauern es sein werden, welche den politischen Fortschritt bestimmen. Indem das Heidelberger Programm sein Augenmerk vor allem auf die industrielle Entwicklung heftet, die agrarische sozusagen nur anhangweise in Betracht zieht, verengt es auf verhängnisvolle Weise das gesellschaftliche Beobachtungsfeld und bereitet politische Fehlentscheidungen vor, die wir denn auch in der Folge oft genug zu beklagen hatten.

III. Großbetrieb und Proletariat

Der folgende Abschnitt des Erfurter Programms schildert die Wirkung der Großbetriebe: Maschinisierung, Steigerung der Produktivität, Monopolisierung der Vorteile und steigende Ausbeutung des Proletariats. Dieser ganze Abschnitt fehlt im Heidelberger Programm. Er wird ersetzt durch drei gesonderte Abschnitte.

Der erste beschäftigt sich mit der Entstehung, wachsenden Bedeutung und unabwendbaren Proletarisierung der Massen der Angestelltenschaft. Diese Darstellung war notwendig geworden durch das Wachsen dieser neuen proletarischen oder halbproletarischen Schicht, die in den Jahrzehnten, die zwischen dem Erfurter und Heidelberger Programm liegen, von 817 890 oder 4 Prozent der Erwerbstätigen im Jahre 1895 auf 5 274 252 im Jahre 1925, das heißt auf das Sechseinhalbfache der Zahl nach oder fast 7 Prozent der Erwerbstätigen gestiegen ist. Die Berücksichtigung dieser ungeheuren für die gesellschaftliche wie die politische Lage gleich wichtigen Entwicklung ist also durchaus notwendig und

geschieht auch in völlig richtiger Erkenntnis der Entwicklungstendenzen.

Der folgende Abschnitt übernimmt vom Erfurter Programm die Feststellung der gestiegenen Produktivität, formuliert dann aber zurückhaltender: „Aber Großkapital und Großgrundbesitz suchen die Ergebnisse des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses für sich zu monopolisieren (EP: „Aber die Vorteile dieser Umwandlung werden vom Großkapital und Großgrundbesitz monopolisiert“). Und wo das Erfurter Programm spricht von „der wachsenden Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Druckes, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung“, da heißt es im Heidelberger Programm nur einschränkend: „Nicht nur den Proletariern, sondern auch den Mittelschichten wird der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt vorenthalten, den die gesteigerten Produktivkräfte ermöglichen.“

Zugleich verschwindet aus dem Heidelberger Programm die Erfurter Wendung von den „versinkenden Mittelschichten — Kleinbürgern, Bauern —“. Sie muß verschwinden, weil das Heidelberger Program die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Erfurter nicht mehr teilt, nicht mehr das Verschwinden des bürgerlichen Mittelstandes voraussetzt, beim Bauerntum sogar ein Erstarken für möglich hält und weiterhin um des politischen Programms der Sozialdemokratie willen — Gewinnung von Mittelstand und Bauern — diese Wendungen im Programm untragbar erscheinen.

Die Wendung, welche zwar anerkennt, daß das Proletariat nicht den „vollen Anteil“ am gewachsenen Sozialprodukt erhält, aber gerade damit einen Teil ihm zuspricht, ist Ausdruck der seit 1891 gehobenen Lage, der besseren Lebenshaltung der Arbeiterschaft, vor allem aber Ausdruck der Befriedigung über die seit Kriegsende erreichten Fortschritte und der größeren, die man vorauszusehen glaubte. Was hinter diesen Formulierungen steht, ist der Prosperitätsgedanke: Das Sozialprodukt wächst in der kapitalistischen Gesellschaft, seine gerechte Verteilung wird zwar gehindert durch das Monopolstreben der Kapitalisten, aber fortschreitend ist die Arbeiterschaft imstande, sich ihren Anteil zu sichern. Der Klassenkampf besteht in diesem Ringen um das Sozialprodukt. „Warum arm sein, wenn wir uns von den Kapitalisten auch im Kapitalismus unsern Anteil an ihrem Reichtum erobern können?“ Wir werden heute, wo das Sozialprodukt infolge der kapitalistischen Wirtschaftsorganisation in fortdauernder Schrumpfung begriffen ist und die Desorganisation nicht nur den Anteil der

Arbeiterschaft, sondern die ganze wirtschaftliche und physische Existenz proletarischer Millionen bedroht, geneigt sein, statt der Heidelberger Formulierungen die scharfen Feststellungen des Erfurter Programms als wirklichkeitsecht zu empfinden.

Jenes setzt an Stelle der notwendigen Wirkungen des Kapitalismus, Tendenzen, denen die Arbeiterschaft nur im Kampfe begegnen kann. Es nimmt aber an, daß dieser Kampf erfolgreich zu einer Besserung der Lage auch im Kapitalismus führe.

Es folgt darauf im Heidelberger Programm ein Passus, die Entwicklung des Kapitalismus zur Organisation in Kartellen und Trusts aufweisend: „Dieser Prozeß vereinigt Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital im Finanzkapital". Es ist das die wichtigste über das Erfurter Programm hinausweisende Stelle. Leider wird aber verabsäumt, aus der aufgezeigten Tatsache die nötige Folgerung zu ziehen, daß nämlich die monopolistisch organisierte und gebundene Wirtschaft im Kapitalismus zwar die kapitalistische Konkurrenz einschränkt, die Profitrate stabilisiert und das Risiko des Unternehmers weitgehend beseitigt, daß die herrschenden kapitalistischen Gruppen darüber hinaus imstande sind, ihre wirtschaftliche Macht auszunutzen zu einem Druck auf den Staat, der ihn zwingt, durch Subventionen, Garantieübernahmen und prohibitive Maßnahmen (Schutzzölle) ihnen Existenz, Profit und Expansion zu garantieren; daß aber die Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft dadurch nicht beseitigt wird, diese vielmehr krisenempfindlicher wird durch die Ausschaltung regulierender Faktoren wie freie Preisbildung und Beseitigung ungesunder Unternehmungen, daß dadurch die Krisen an Ausdehnung, Dauer und Schwere zunehmen.

Der Gesamthaltung des Programms entsprechend wird vielmehr einzig hervorgehoben, daß durch die wachsende Macht einzelner Kapitalistengruppen diese „nicht nur die Lohnarbeiter, sondern die ganze Gesellschaft in ihre ökonomische Abhängigkeit bringen". Das weist zurück auf die früheren Stellen zum Problem des Bauerntums, der bürgerlichen Mittelschichten und der Angestellten. Diese erscheinen danach in einer solidarischen Front mit der Arbeiterschaft. Bauern- und Mittelstandspolitik der Sozialdemokratie werden so begründet, nicht aber eine Wirtschaftspolitik, welche dem Monopolstreben des Kapitalismus sich entgegenstellt. *Vor allem aber fehlt der Hinweis, daß diese ökonomische Übermacht auch den Staat mit Notwendigkeit zum Diener des Finanzkapitals machen muß, daß der wirtschaftlichen Übermacht des massierten und monopolisierten Kapitals politisch der Faschismus entspricht.*

Diese Feststellung war in dem Programm unmöglich, da seine Grundlage der Glaube an die Dauer und Widerstandsfähigkeit der politischen Demokratie ist. Damit verschwindet aber überhaupt der Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung. Es tut sich also an dieser Stelle eine zweite Lücke auf. Deren verhängnisvolle Wirkung werden wir weiterhin beobachten können.

IV. Der Klassenkampf

„Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist."

Diese Zusammenfassung des Erfurter Programms hat das Heidelberger nur zum kleinen Teil, nur in den gesperrten Stellen übernommen. Es hält also fest an der Konstatierung des Klassenkampfes, welcher mit dem zahlenmäßigen Wachstum des Proletariats, sowie mit wachsendem Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten an Schärfe zunimmt. Es läßt aber fallen die Voraussetzung von der wachsenden Reservearmee erwerbsloser Arbeiter, die der Kapitalismus nicht mehr beschäftigen kann. (Eine seltsame Feststellung heute, wo diese Frage die Frage aller Fragen geworden ist.) Es läßt den Gegensatz: „Bourgeoisie und Proletariat" fallen, setzt statt dessen „Beherrscher der Wirtschaft und Beherrschte", der unter der letzten Kategorie Raum läßt für alle Mittelschichten: Mittelstand, Bauerntum, Kleinbürger, Intelektuelle, und vermeidet deshalb auch die Wendung von den „zwei feindlichen Heerlagern". Das ist auf den ersten Blick befremdlich, da die im Heidelberger Programm geführte Analyse eine fortgehende Proletarisierung dieser Mittelschicht nicht verneint. Aber — das ist entscheidend — auch nicht bejaht. Die unsichere Haltung zur Frage Bauerntum und Mittelstand wirkt sich hier aus. An Stelle der klaren Auffassung des Erfurter Programms über die sich bildende einheitliche Klassenfront erscheint eine weit unklarere. Und auch der Gegensatz ist ein anderer. Im Erfurter Programm gilt der proletarische Klassenkampf der Bourgeoisie als Exponenten des Kapitalismus und diesem selbst.

Im Heidelberger Programm dem Imperialismus, soweit er kriegerische Tendenzen zeigt.

Man wird nun einwenden, das sei ein scheinbarer und durch die Entwicklung geforderter Unterschied. Der moderne Kapitalismus sei eben Imperialimus, und dieser Imperialismus sei mit innerer Gesetzmäßigkeit kriegerisch.

Das ist zweifellos die Auffassung vieler Genossen gewesen, die dem Heidelberger Programm zustimmten. Ebenso zweifellos aber ist es nicht die Auffassung einer Anzahl und gerade der maßgebenden Parteitheoretiker. Die von Hilferding auf dem nachfolgenden Kieler Parteitag vorgetragene Theorie von den gesetzmäßigen Tendenzen zum Pazifismus im organisierten Kapitalismus stehen zu einer solchen Auffassung im strikten Gegensatz. Und die von gewerkschaftlicher Seite besonders gepflegte Bewunderung der amerikanischen Prosperität, von deren Methoden man eine dauernde Überwindung aller Krisentendenzen erwartete, gibt die Ergänzung dieser Theorie. Danach erscheint der Kapitalismus in seiner letzten Phase als organisierter Kapitalismus imstande, durch internationale Verständigungen Krisen zu vermeiden und die Notwendigkeit einer imperialistischen — und kriegerischen — Expansion zu überwinden. Dieser gereinigte, friedlich gewordene und prosperierende Kapitalismus ist die Voraussetzung für die Erreichung des Sozialismus, der in steter friedlicher Auseinandersetzung mit ihm bei wachsender politischer und gewerkschftlicher Macht der Arbeiterschaft langsam sich durchsetzt, indem ein steigender Anteil am Sozialprodukt in den Besitz der Arbeiterschaft gelangt und so die Vorzüge des organisierten Kapitalismus ihr zugute kommen.

Diese Theorie ist im Heidelberger Programm nicht deutlich ausgesprochen. Das war deswegen unmöglich, weil allzu große Massen der Sozialdemokraten an der alten im Erfurter Programm formulierten Theorie festhielten. Eine deutliche Aussprache dessen, was die Gewerkschafts- und Parteitheoretiker meinten, hätte die Annahme des Programms vereitelt. So hat man sich begnügt mit der Ausscheidung aller gar zu eindeutigen Ausdrücke und als Ziel des Klassenkampfes hingestellt: „das kapitalistische System zu überwinden und durch internationalen Zusammenschluß des Proletariats, durch Schaffung einer internationalen Rechtsordnung, eines wahren Bundes gleichberechtigter Völker, die Menschheit vor kriegerischer Vernichtung zu schützen".

Diese Formulierung läßt sich schließlich in jeder gewünschten Weise interpretieren. Der ausgesprochene Reformist, welcher glaubt, man könne durch Beschneiden einiger Wucherungen den kriegsdrohenden Imperialismus in ein friedliches, sozialistisches Gesellschaftssystem wandeln, der innenpolitisch in Tarifverträgen und ausgebauter Sozialpolitik, außenpolitisch im Ausbau des Völkerbundes hinreichende Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles sieht, findet in diesen Sätzen seine Ansicht. Ebenso aber kann sich der revolutionäre Klassenkämpfer damit trösten, daß das gezeigte Ziel der Überwindung des Kapitalismus in einem Bunde gleichberechtigter Völker eben nicht auf dem Wege friedlicher Kompromisse erreichbar sei, und daß eine solche Zielsetzung demnach seinen strategischen und taktischen Forderungen schließlich zum Siege verhelfen werde.

Den Zweck, entgegengesetzte Richtungen unter einer vieldeutigen Formel zu vereinigen, erfüllt diese Stelle also vorzüglich. Weniger geeignet ist sie, als Richtungsparole und Wegweiser zu dienen. In den vergangenen Jahren hat sie in dieser Beziehung denn auch vollkommen versagt. In all den schwierigen Situationen, bei denen die Frage: Unterstützung oder Kampf dem herrschenden System? entschieden werden mußte, blieb sie so zweideutig wie das delphische Orakel und erfüllte gerade deshalb aufs beste die Funktion, die ja auch diesem Orakel oblag, den Ratfragenden und Auslegern die Möglichkeit zu bieten, ihre eigene Auffassung, ihre Wünsche und Absichten in den zweideutig schillernden Orakelspruch hineinzuinterpretieren.

Die Kernfrage, um die es geht: Ist es möglich, durch organisierte Anstrengungen der Arbeiterschaft innerhalb des kapitalistischen Systems die Lage der Arbeiterschaft zu heben, ihre Existenz zu sichern und die Vernichtung durch kriegerische Verwicklungen zu vermeiden, diese Frage, die das Erfurter Programm mit einem klaren Nein beantwortet, und die das Heidelberger unbeantwortet läßt, entscheidet sich an dem Problem der Krisen im Kapitalismus, das sich auswächst zum Problem der Krise des Kapitalismus.

V. Die kapitalistischen Krisen

Dieser Kernfrage widmet das Erfurter Programm einen ganzen Abschnitt. Es heißt hier: „Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der

kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit der Gesellschaft zum Normalzustand erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung."

Das ist die klassische Krisentheorie, die wir bereits im kommunistischen Manifest voll entwickelt finden. Was sie besagt, ist folgendes:

1. die Krisen sind innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft gesetzmäßig wiederkehrende, unvermeidliche Erscheinungen;
2. diese Krisen nehmen gesetzmäßig an Umfang wie an Schwere zu;
3. sie steigern die Existenzunsicherheit innerhalb der bestehenden Gesellschaft zu deren Normalzustand;
4. sie liefern dadurch den Beweis, daß der Zustand erreicht ist, den das Vorwort zur Politischen Ökonomie beschreibt und voraussagt: „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein."

Das Erfurter Programm unterstreicht seine Abhängigkeit von dieser entscheidenden Stelle, indem es sich möglichst nahe an ihren Wortlaut anlehnt.

Das Heidelberger hat diesen Abschnitt über die Krisen und ihre symptomatische und revolutionierende Rolle völlig fallen gelassen, entsprechend dem Frontwechsel, den die entscheidenden parteioffiziellen und offiziösen Theoretiker vorgenommen hatten.

Wir finden in ihm nur eine kurze Stelle, an der Krisen überhaupt erwähnt werden: „Dazu (zu dem steten Kampf der Arbeiterschaft um Besserung ihrer Lebenshaltung) gesellt sich hochgradige Unsicherheit der Existenz, die stets drohende Arbeitslosigkeit. Diese wird besonders qualvoll und erbitternd in Zeiten der Krisen, die jedem wirtschaftlichen Aufschwung folgen und in der Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft begründet sind." Hier werden die Krisen also nur gewertet als ein Unsicherheitsfaktor, der die Lage der Arbeiter zeitweise unerfreulicher macht und daher besonders psychologisch wirkt (erbitternd). Es scheint

freilich, daß man sie für gesetzmäßig hält, wenn man sie „in der Anarchie der kapitalistischen Gesellschaft“ begründet sieht. Aber es scheint nur so. Gerade der auf diese Stelle folgende Abschnitt, der die Entwicklung der kapitalistischen Organisation schildert, enthält unausgesprochen die Theorie vom organisierten Kapitalismus, welcher die Wirtschaftsanarchie überwindet und so den Sozialismus vorbereitet, diese Theorie, welche die gewerkschaftliche und politische Aktion der letzten sechs Jahre beherrscht hat. Damit sind aber tatsächlich alle Behauptungen des Erfurter Programms und des klassischen Marxismus fallen gelassen. Die Krisen hören auf ein entscheidender Entwicklungsfaktor zu sein, sie besitzen nur noch psychologische Bedeutung. Für die Politik der Sozialdemokratie spielen sie nur noch insofern eine Rolle, als man sich bemüht, sie innerhalb des Kapitalismus zu überwinden. Wir kennen die Mittel, deren sich sozialdemokratische Politik zu diesem Zwecke bedient hat: Schutzzölle, Subventionen, Anleihen, öffentliche Arbeitsbeschaffung, staatliche Preissenkungen und tarifliche Lohnsicherung. Wir haben das Experimentieren mit ihnen und ihr Versagen in Deutschland wie in England erlebt. Vorbereitet und gestützt wurde diese Politik in Deutschland dadurch, daß das Heidelberger Programm das Erfurter und den klassischen Marxismus in diesem Punkte radikal aufgab.

Das ist eine weitere entscheidende Lücke in diesem grundsätzlichen Teil.

B. Die grundsätzliche Forderung der Programme

I. Vergesellschaftung der Produktion

An diesem Punkte sind zwischen Erfurter und Heidelberger Programm die geringsten Unterschiede. Dieses Ziel der sozialistischen Aktion wird ja selbst vom extremsten Reformismus bejaht, obgleich in der Interpretation dessen, was unter Sozialisierung zu verstehen sei, natürlich große Unterschiede bestehen. Trotzdem hat auch hier das Heidelberger Programm wesentliche Teile des Erfurter Programms fallen gelassen. Beseitigt ist die Feststellung, daß Bauern, Handwerker und Kleinhändler durch den Kapitalismus expropriiert werden. Das entspricht der unschlüssigen Haltung des Heidelberger Programms in der Beurteilung dieser Entwicklung. Gefallen ist die Forderung der Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum. Es bleibt die Forderung der Umwandlung der kapitalistischen Produktion (nicht mehr wie im Erfurter Programm Warenproduktion) in sozialistische für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion. Aus der Schilderung der Wirkungen dieser Umwandlung ist gestrichen die Feststellung, daß „die wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Produktion (im Kapitalismus) für die bisher ausgebeuteten Klassen eine Quelle des Elends“ gewesen. Das vertrug sich nicht mit den Theorien vom prosperierenden Kapitalismus und dem dauernden Lebensaufstieg der Arbeiterschaft im Kapitalismus selber.

Sonst zeigt dieser Abschnitt keine schwerwiegenden Abweichungen von der alten Theorie. *Das Endziel bleibt in etwas vageren Umrissen gewahrt. Wie aber steht es um den Weg?* Davon handelt der nächste Abschnitt.

II. Die Demokratie

Im Erfurter Programm folgt jetzt ein Abschnitt, der im Heidelberger Programm ebenso wie der Krisenabschnitt völlig verschwunden ist: „Die gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten

Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle andern Klassen trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben." In umgewandelter Form ist nur der erste Satz seinem Sinne nach in einen früheren Abschnitt aufgenommen worden: „Indem die Arbeiterklasse für ihre eigene Befreiung kämpft, vertritt sie das Gesamtinteresse der Gesellschaft gegenüber dem kapitalistischen Monopol." Alles andere mußte geopfert werden. Die Feststellung, daß alle anderen Klassen nicht als Bundesgenossen in Frage kommen, weil sie das Privateigentum und die heutige Gesellschaftsform verteidigen, war nicht mehr erträglich mit der Taktik der Sozialdemokratie, welche eine möglichste Annäherung an diese Klassen anstrebte, soweit sie nicht Vertreter des Monopolkapitalismus sind.

Das steht im Zusammenhang mit der veränderten Auffassung vom Wesen und der Funktion der politischen Demokratie, von welcher der nun folgende Abschnitt handelt. Hier liegt anscheinend im Gegensatz zu den bisher behandelten Abschnitten eine fast völlige Übereinstimmung zwischen dem Erfurter und dem Heidelberger Programm vor. Der Erfurter Abchnitt ist fast wörtlich von Heidelberg übernommen.

Erfurt: „Der Kampf der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise (fehlt im HP, dafür steht: nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern) ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe (HP Einzahl: Kampf) nicht führen und ihre ökonomische (HP: wirtschaftliche) Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. (HP läßt hier folgen: In der demokratischen Republik besitzt sie die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist.) Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit (HP: die Vergesellschaftung der Produktionsmittel) nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein."

Das scheint also vollkommene Übereinstimmung. Zum richtigen Verständnis dieser Stellen wird es aber nötig sein einzugehen sowohl auf die gesellschaftliche und politische Situation, unter der sie entstanden sind, wie auf die Kommentare, die sie beide vom selben Manne, von Kautsky erhalten haben.

Das Erfurter Programm entstand in einer Zeit, in welcher Deutschland von jeder Art Demokratie himmelweit entfernt war.

Zwar besaß es Länderparlamente und den Reichstag. Aber die Ministerien waren nicht den Parlamenten, sondern den Landesfürsten und dem Kaiser verantwortlich. Sie besaßen also keinerlei Einfluß auf die Ausführung der von ihnen beschlossenen Gesetze und auf den Gang der Verwaltung. Ihr einziges wesentliches Recht bestand in der Haushalt- unt Steuerbewilligung, deren Schwergewicht aber lag, anders als heute, bei Ländern und Gemeinden und in diesen herrschte durchweg ein Wahlrecht nach der Steuerleistung, das in Preußen beispielsweise die arbeitenden Massen völlig entrechtete und dem ostelbischen Großgrundbesitz eine sichere und unzerbrechliche Mehrheit ein für allemal gab.

Diese durchaus undemokratischen Zustände wurden verschlimmert durch die einseitige Auswahl der Verwaltungs- und Regierungsbürokratie, durch die ebenso gepflegte reaktionär wirkende Isolierung der Richter, welche eine antidemokratische Rechtsprechung sicherstellte, und durch die gesellschaftliche Vorzugstellung und den ungeheuren Einfluß des Militärs, bei welchem die Adligen, die Vertreter des reaktionärsten Junkertums, die höchsten Stellen innehatten. Wie gering geachtet bis an den Weltkrieg heran das Parlament, die einzige öffentlich anerkannte Vertretung des Volkes war, zeigt schlagfertig das Wort von Oldenburg-Januschau, daß ein Leutnant mit zwanzig Mann auf einen Befehl des Kaisers hin ohne weiteres den Reichstag nach Hause schicken könne. In England hatte schon im 17. Jahrhundert ein ähnlicher Versuch zur Revolution geführt. Im Deutschland des neunzehnten Jahrhunderts löste das freche Wort nur ein paar schwächliche Proteste aus.*)

Die Großbourgeoisie fand unter diesem kaum verhüllten Militärabsolutismus fast unbeschränkte Profitmöglichkeiten. Das Kleinbürgertum und die Bauern waren zum überwiegenden Teil politisch gleichgültig oder konservativ eingestellt. Der 1848 noch zahlenmäßig starke Liberalismus hatte sich gespalten und war aufs äußerste geschwächt. Nur die sozialdemokratische Arbeiterschaft kämpfte ehrlich für demokratische Einrichtungen. Lassalles Forderung des freien Wahlrechts war eine Hauptforderung der Sozialdemokratie geblieben, und der Sozialistenmarsch sang sie jedem einzelnen Genossen immer wieder ins Herz: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen, in dem wir kämpfen . . .“

---

*) Wir wollen nicht vergessen, daß sein Urheber Oldenburg-Januschau heute gern und häufig gesehener Gast bei Hindenburg ist. Seinen alten Rat allerdings braucht er beim Reichspräsidenten kaum aufzufrischen, da sich der Reichstag auch ohne Leutnant immer, wenn es gewünscht wird, artig vertagt.

In diese Situation fiel das Sozialistengesetz, raubte den Sozialdemokraten alle staatsbürgerlichen Rechte, stellte sie unter eine gesetzlich gemachte Terror- und Willkürherrschaft und erschwerte jede politische Arbeit, jede aufklärende Propaganda auf äußerste. In dieser Zeit boten die Parlamentswahlen fast die einzige Gelegenheit, an die Öffentlichkeit zu treten. Man mußte daher die parlamentarische Arbeit notwendig sehr hoch einschätzen. Als das Sozialistengesetz fiel, erschien diese Annäherung an parlamentarisch garantierte Gesetzlichkeit als ein ungeheurer Sieg, die Eroberung der vollen politischen Demokratie als ein ebenso hohes wie fernes, jedenfalls aber als ein Ziel „aufs innigste zu wünschen".

Die Formulierung dieser politischen Aufgabe war notwendig als Abgrenzung einerseits gegen die in England damals noch unumschränkt herrschende rein gewerkschaftliche Richtung, welche mit dem wirtschaftlichen Kampf allein ihre durchaus reformistischen Ziele glaubte erreichen zu können, andererseits gegen den Syndikalismus der romanischen Länder und gegen anarchistische und bakunistische Theorien.

Kautsky in seinem Kommentar zum Erfurter Programm begründet die demokratische Zielsetzung einmal *antimonarchistisch*. Der Parlamentarismus gibt die einzige Möglichkeit einer geordneten, gesetzmäßigen Einwirkung auf die Regierung, während im persönlichen monarchischen Regiment unverantwortliche persönliche Einflüsse vorherrschen, ausschließlich durch die Angehörigen der gesellschaftlich bevorzugten herrschenden Klassen ausgeübt werden können und sich daher zum Nachteil der Arbeiterschaft auswirken müssen. Andererseits sieht er im Parlament einen geeigneten *Kampfboden* für die Arbeiterschaft, weil diese wohl organisiert und politisch geschult, den Kleinbürgern und Bauern geistig, der Bourgeoisie zahlenmäßig überlegen ist. *Das gleiche geheime, direkte Stimmrecht ist ihm daher neben Koalitionsrecht und Preßfreiheit die notwendige Voraussetzung eines erfolgreichen Kampfes.*

Inwiefern innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft der Erfolg des gleichen Stimmrechts durch die vielerlei Macht- und Propagandamittel der Bourgeoisie umgefälscht werden könne, inwieweit eine parlamentarische Demokratie verfassungsmäßig und verwaltungsmäßig denaturiert werden könne, das lag damals außerhalb des Blickfeldes des Programmtheoretikers, wie es außerhalb des Kampffeldes der Sozialdemokratie lag.

Das Heidelberger Programm findet eine völlig veränderte Situation. Die demokratische Republik Deutschland ist an die Stelle der Monarchie getreten. Eine Reihe politischer Forderungen

des Erfurter Programms sind verwirklicht: Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für beide Geschlechter und alle über zwanzig Jahre alte Reichsangehörige, das Proportionalsystem, Wahl an einem gesetzlichen Ruhetage und Entschädigung der Abgeordneten. Dazu kam die parlamentarische Verantwortung der Minister, die Präsidentenwahl durch das Volk und eine Reihe andere Bestimungen, die zwar hinter den Forderungen des Erfurter Programms erheblich zurückblieben, aber doch eine recht bedeutende Erweiterung der politischen Freiheiten darstellten — soweit sie verwirklicht und nicht durch andere Bestimmungen sowie durch die Praxis der Verwaltung paralysiert wurden.

Aber gegen diese demokratische Republik wandten sich erhebliche Teile der Arbeiterschaft. Die Syndikalisten und Anarchisten freilich spielten zahlenmäßig keine Rolle und die Gewerkschaften waren seit lange in die demokratische Front eingeschwenkt. Dagegen aber standen die Kommunisten mit ihrer Forderung nach der Diktatur des Proletariats und der Ersetzung des Parlaments durch das System der Arbeiter- und Bauernräte.

Es ist bezeichnend, daß das Heidelberger Programm an dieser Fragestellung vorbeigeht, und daß auch Kautskys Kommentar sich nicht damit befaßt. Das entspricht ebenso wie das Ausweichen in verschiedenen anderen Fällen, dem Bedürfnis, sehr auseinandergehende Meinungen in der Mitgliedschaft stillschweigend zu schonen. Es entspricht aber nicht dem Bedürfnis nach einer klaren Formulierung der politischen Grundsätze. Was das Programm und der Kommentar zu diesen brennenden Fragen sagt, ist so vieldeutig und so wenig zur Sache, daß es die Auseinandersetzung nur verwirren und erschweren konnte.

Kautsky hat in seinem Kommentar diese Situation nicht berücksichtigt. Er gibt zunächst ein historisches Exposé, in welchem er nachweist, daß erstens die geschichtliche Entwicklung mit Notwendigkeit zur Demokratie führe, und daß zweitens die volle Demokratie nicht durch das Bürgertum, sondern jederzeit durch die Arbeiterschaft erkämpft sei. Er kommt dann zu dem Schlusse, die vollkommenste Form der Demokratie sei die demokratische Republik, da die Monarchie entweder eine Bedrohung der Demokratie oder aber einen überflüssigen Luxus darstelle. Von entscheidender Wichtigkeit sind die dann folgenden Ausführungen:

„Die demokratische Republik bietet die unerläßliche Vorbedingung für den Sieg der Arbeit über die kapitalistische Ausbeutung. — Sie bietet aber schon früher die Möglichkeit, die Klassenkämpfe weniger opfervoll zu gestalten, die Verheerungen zu mildern, die sie mit sich bringen. Wo die Demokratie herrscht, da kämpfen nicht mehr unwissende, unorganisierte Scharen. Solche sind unter normalen Umständen keines Widerstandes fähig, nur eine außergewöhnliche Erhebung vermag sie zu einer Erhebung aufzupeitschen, die nicht kluger Berechnung des günstigsten Moments, sondern wilder Verzweiflung entspringt, daher oft nur zu kurzem, ziellosem, zerstörendem Toben führt, um dann im Blute erstickt zu werden.

Derart sind die Klassenkämpfe des Proletariats überall dort, wo keine längere Benutzung demokratischer Rechte es organisiert und geschult hat. Je länger eine Demokratie in einem Lande dauert, je unumschränkter ist sie, um so mehr verlieren die proletarischen Klassenkämpfe diesen wilden Charakter ihres Ursprungs. Und so werden die Formen des proletarischen Klassenkampfes immer milder, trotzdem die Klassengegensätze sich immer schärfer zuspitzen.

Nicht nur die Proletarier werden bei ihren Kämpfen immer ruhiger dank ihrem steigenden Selbstbewußtsein und immer überlegender, klarer und einsichtsvoller dank ihren zunehmenden Erfahrungen. Ihre wachsende Kraft zwingt auch ihre Gegner, sowohl die Kapitalisten selbst wie deren Freunde in den Regierungen und der Presse, den Proletariern respektvoller, gesitteter entgegenzutreten. So werden auch die Kapitalisten zu einer Milderung ihrer Methoden im Klassenkampf erzogen. Diese Milderung hört allerdings sofort dort auf, wo sie mit widerstandslosen Arbeiterschichten zu tun bekommen..."

Diese Ausführungen sind so wichtig für das Verständnis des Heidelberger Programms, daß wir sie näher untersuchen müssen.

Kautsky behauptet dreierlei: 1. Die demokratische Republik ist die unerläßliche Vorbedingung für den proletarischen Sieg. 2. Sie gestaltet die Kämpfe weniger opfervoll, weil in ihr (und wir müssen verstehen nach dem Zusammenhang in ihr allein) das Proletariat die Schulung erhält, die zu organisiertem, überlegtem, planmäßigem Kampfe nötig ist. 3. Eine solche machtvolle und geschulte Arbeiterschaft zwingt auch die Kapitalisten zu maßvollerer Kampfesweise.

Der richtige Kern dieser Ausführungen ist der, daß eine geschulte und organisierte Arbeiterschaft allein zu erfolgreichem Kampfe befähigt ist, und daß sie den Kampf minder opfervoll gestalten kann als die unorganisierten Proletariermassen des beginnenden Kapitalismus. Ist nun aber diese Schulung der Arbeiterschaft unbedingt nur in einer demokratischen Republik möglich und in dieser mit Sicherheit gewährleistet? Beides muß aus der Erfahrung verneint werden.

Westeuropa hatte bis zum Kriegsausbruch nur zwei Länder, welche als demokratische Republiken angesprochen werden konnten: Frankreich und die Schweiz. In allen andern Ländern herrschte entweder eine parlamentarisch beschränkte Monarchie

(Großbritannien, Belgien, Niederlande, Italien) oder ein halbabsolutistisches Regiment mit sehr beschränkten Parlamentsrechten und einem völlig undemokratischen bürokratischen Verwaltungssystem (Deutschland, Österreich-Ungarn, Spanien). Es wäre aber falsch, zu behaupten, daß die demokratischen Republiken eine fortgeschrittenere und besser organisierte Arbeiterschaft besessen hätten als die konstitutionellen oder gar die halbabsolutistischen Monarchien. Die vorhandenen Unterschiede beruhten auf ganz anderen Ursachen, nämlich auf der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder und damit ihres Proletariats. Darum hatte das halbabsolutistische Deutschland eine stärkere und besser organisierte Arbeiterbewegung als die demokratische Republik Frankreich, die „Monarchie" Belgien stand in ihren Organisationen und der Schulung ihrer Arbeiter an allererster Stelle, weil sie ein altes und ganz ausgesprochenes Industrieland ist, und in Österreich-Ungarn fand man unter der gleichen halbabsolutistischen Bürokratie sehr entwickelte starke Arbeiterorganisationen in Österreich und Böhmen und ganz schwache, leicht besiegbare in Ungarn, Galizien und Kroatien.

Wie wenig aber eine demokratische Republik umgekehrt eine starke und planvoll handelnde Arbeiterbewegung hervorbringen muß, sehen wir an den Vereinigten Staaten. Dieses älteste Musterland der Demokratie hat bis heute noch keine politische Arbeiterbewegung und nur eine äußerst schwache Gewerkschaftsbewegung, welche knapp zehn Prozent der Arbeiter erfaßt. Die Kämpfe der Arbeiterschaft in dieser demokratischen Republik tragen daher durchaus den Charakter, den Kautsky den Arbeiterkämpfen undemokratischer Länder zuschreibt. Sie sind unüberlegt, planlos, Ausdruck der Verzweiflung und daher unverhältnismäßig blutig und opferreich, ohne der Arbeiterschaft wesentlich weiter zu helfen. Noch eindrucksvoller ist die Unzulänglichkeit demokratischer Verfassungsformen zu erkennen an den Verhältnissen der südamerikanischen Republiken, in denen die Formen westeuropäischer Republiken die Gewaltherrschaft kleiner bourgeoiser Kliquen und der von ihnen besoldeten Generäle und Beamten kaum verhüllen und die Arbeiterschaft ebenso recht- und machtlos wie ungeschult ist. Die — scheinbare — Demokratie leistet hier keineswegs die ihr zugeschriebenen Dienste als Wegbereiter des Sozialismus, da die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ideologischen Voraussetzungen zu einem erfolgreichen politischen Kampfe fehlen.

Hierauf wird Kautsky antworten, daß derartige Scheindemokratien in seinen Augen keine demokratischen Republiken seien, da zwei wesentliche Kennzeichen der politischen Demokratie ihnen

fehlen, nämlich Koalitions- und Pressefreiheit, und daß erst diese beiden in Verbindung mit der Kontrolle von Gesetzgebung und Verwaltung durch ein in demokratischem Wahlverfahren erwähltes Parlament eine politische Demokratie konstituieren.

Diese Feststellung gibt uns schon festeren Boden unter den Füßen. *Wir können danach nämlich feststellen, daß das Parlament allein nicht der entscheidende Faktor einer Demokratie ist. Erst wenn durch freies Koalitionsrecht der Arbeiter und durch tatsächlich vorhandene und leistungsfähige Koalitionen, welche nur bei wirtschaftlicher Reife der Arbeiterschaft möglich sind, das Parlament durch die Arbeiter beeinflußt wird, kann es als demokratischer Faktor wirken.*

Aber auch dann wirken diesem Verfassungsfaktor andere entgegen, die seine Wirkung einschränken oder geradezu aufheben hönnen. Das können reale Machtfaktoren sein, die nicht in der Verfassung vorgesehen sind, und andere verfassungsmäßige. Kautsky selbst führt als solchen nicht verfassungsmäßigen, aber höchst wichtigen Faktor das Militär an. Daneben wirken die Bürokratie, die Justiz, die Polizei, die großen Wirtschaftsgruppen: Großgrundbesitz, Industrie, Finanz. Diese Mächte sind in allen demokratischen Ländern neben dem Parlament dauernd wirksam und durchkreuzen die parlamentarischen Maßnahmen nicht selten so stark, daß sie in ihr Gegenteil verkehrt werden. Die Macht der organisierten Arbeiterschaft stellt neben diesen antidemokratischen Einflüssen allerdings ein demokratisches Verfassungsmoment dar, das hoch einzuschätzen ist, aber sich nur in dem Maße als Gegengewicht auswirken kann, als die Arbeiterschaft imstande ist, wirtschaftlich, politisch und kulturell ihre Forderungen durchzusetzen.

Der dritte Faktor demokratischer Machtentfaltung aber, die Presse, wirkt sich unter diesen Umständen nicht selten durchaus als Hemmschuh der demokratischen Entwicklung aus. Je mehr die Presse unter die direkte und indirekte Kontrolle antidemokratischer Mächte, vor allem der großen kapitalistischen Wirtschaftsgruppen gerät, desto gefährlicher wirkt sie der Schulung und dem Zusammenschluß der Arbeiterschaft entgegen. Und gerade in den wirtschaftlich entwickeltsten Ländern, in denen daher die Klassengegensätze besonders schroff sind, bestehen bei verfassungsmäßiger Pressefreiheit die mannigfachsten Einschränkungen, durch die eine sozialistische Aufklärung der Massen gehemmt, ihre Beeinflussung in kapitalistischem Sinne gesichert wird. Man denke nur an die Kino- und

Rundfunkzensur, die in allen Demokratien diese modernsten und wirkungsvollsten Propagandamittel für die sozialistische Propaganda brachlegen.

Fassen wir zusammen: die politische Demokratie, wie sie in Koalitionsfreiheit, Pressefreiheit und parlamentarischem Regime zum Ausdruck kommt, wirkt sich durchaus verschiedenartig aus, je nach der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Reife eines Landes und nach den realen Machtfaktoren, Militär, Bürokratie, Justiz, Polizei, Erziehungswesen und Wirtschaft, die im Lande vorhanden sind. Wo diese sich der parlamentarischen Kontrolle entziehen, und das ist heute mehr oder minder ausgesprochen in allen sogenannten Demokratien der Fall, da kann das gesellschaftliche Leben völlig antidemokratisch bleiben. Die demokratische Verfassung hat dann nicht viel mehr realen Wert als das Reklameschild eines Händlers, das nur harmlose Gemüter als hinreichende Garantie für die Echtheit der verkauften Waren ansehen.

Deutschland ist für diesen Zustand geradezu ein Schulbeispiel. Alle unparlamentarischen Machtfaktoren vom Militär bis zum Erziehungswesen sind durch die undemokratische Vergangenheit Deutschlands besonders stark und besonders reaktionär ausgebildet. Die geschriebene Verfassung gibt sehr unzulängliche Handhaben der Kontrolle über sie, die tatsächliche Entwicklung hat diese Kontrolle zu einem Nichts zusammenschrumpfen lassen. In keinem Land der Erde kann die politische Demokratie heute wirklich funktionieren, da überall die sozialen Voraussetzungen für ein solches Funktionieren, die Organisationen der Arbeiterschaft nicht oder nicht in hinreichender Stärke ausgebildet sind. Aber in keinem Lande, das eine demokratische Verfassung hat, funktioniert sie so schlecht wie in Deutschland.

Das liegt freilich zum Teil an dieser Verfassung selbst. In ihr sind einige wesentliche Handhaben demokratischer Kontrolle schlecht ausgebildet, dagegen einige sehr gefährliche antidemokratische Elemente vorhanden. Die direkte Initiative des Volkes: der Volksentscheid ist mit soviel Hemmungen umgeben, daß es praktisch unmögich ist, daß in Deutschland jemals ein Volksentscheid ein positives Ergebnis hat. So wie

dieses Recht in Deutschland formuliert ist, kann es nur Anlaß geben zur Agitation, die fruchtlos verläuft und große Kosten verursacht.

Noch bedenklicher ist, daß die in der Verfassung ausgesprochene Ministerverantwortlichkeit durch kein Gesetz klargestellt ist. Die Minister sind heute in der Tat unverantwortlich. Noch mehr gilt das von der hohen Bürokratie, die weit mehr als die wechselnden Minister die Ausführung der Gesetze und den Gang der Geschäfte, vor allem aber die Personalpolitik bestimmt, und die ohne irgendwelche wirksame Kontrolle nicht nur antidemokratische, sondern antirepublikanische Politik völlig ungehindert betreiben kann und tatsächlich seit dem Bestehen der Republik sehr erfolgreich betrieben hat.

Diese antidemokratische Tendenz der Verfassung wird verhängnisvoll verstärkt durch die ganz ungewöhnlich großen Rechte, welche dem Reichspräsidenten gegeben sind, und welche es ihm ermöglichen, auf dem Wege des Ausnahmezustandes und der Notverordnungen die ganze Verfassung auf gesetzliche Weise außer Kraft zu setzen. Da Militär, Bürokratie und Rechtsprechung derartige Maßnahmen jederzeit decken und unterstützen werden, ruht der verfassungsmäßige Schutz der Demokratie ausschließlich bei den Parlamenten. Wie schlecht er hier aufgehoben ist, hat uns das letzte Jahr gezeigt, in welchem das Parlament die Verfassung nicht anders zu schützen wußte, als daß es sich selbst dauernd ausschaltete. Damit gab es zu, daß die Demokratie heute in Deutschland nur noch besteht auf Grund der einstweiligen Tolerierung, die sie von Reichspräsidenten, Bürokratie und Reichswehr erhält. Es ist kein Zweifel, daß der Reichstag, falls diese Tolerierung eines Tages endet, nicht imstande, zum großen Teil auch gar nicht willens sein würde, Demokratie und Verfassung zu schützen.

Im Rahmen dieses Abbaus demokratischer Einrichtungen ist auch ein so weitgehender Abbau der Pressefreiheit erfolgt, daß von ihr heute nur noch so viel besteht, wie die Reichs- und Länderverwaltungen, vor allem aber die Polizei bestehen lassen will. Dadurch wird eine sehr wichtige Funktion demokratischen Lebens und eine Vorbedingung des proletarischen Befreiungskampfes: die Propaganda unter den Massen und die Schulung der Arbeiterschaft behindert und die Voraussetzung für planvolle Massenaktionen eingeschränkt. Es wächst in demselben Maße, wie Kautsky das richtig ausführt, die Gefahr, daß es zu planlosen, unvorbereiteten Aktionen kommt, die Ausdruck der Verzweiflung, nicht aber nüchterner Erkenntnis sind, und in opferreichen und blutigen Niederlagen enden müssen.

Trotzdem besteht heute in Deutschland noch ein Faktor demokratischen Lebens. Das ist die Koalitionsfreiheit. Und je mehr die übrigen demokratischen Garantien abgebaut oder durch ihre eigene Schwäche außer Wirksamkeit gesetzt sind, desto entscheidender wird seine Bedeutung. Solange die Arbeiterorganisationen nicht durch gesetzliche oder Verwaltungsmaßnahmen beseitigt oder beschränkt werden, und solange die Arbeiterschaft die wirtschaftliche und ideelle Kraft behält, sie aufrechtzuerhalten, kann von einer Beseitigung der Demokratie in Deutschland nicht die Rede sein. Es verdient aber unterstrichen zu werden, daß es weniger das formale Recht der Verfassung als die reale Macht der Arbeiterbewegung ist, welche diesen letzten Pfeiler der Demokratie erhält, und daß nur auf dem Boden eines Machtkampfes über das Schicksal der Arbeiterorganisationen und damit über das endgültige Schicksal der Demokratie in Deutschland entschieden werden kann.

So ergibt uns eine Betrachtung der Tatsachen, daß das, was das Erfurter Programm unter politischer Demokratie versteht: Koalitionsfreiheit, Pressefreiheit und parlamentarische Kontrolle wohl wesentliche Teile, aber durchaus nicht die Gesamtheit demokratischer Faktoren darstellt. Es fehlt daher sehr viel daran, daß mit diesen drei Faktoren eine politische Demokratie funktionsfähig sei. Vielmehr beginnt in dem Augenblick, wo die Arbeiterschaft diese drei Grundlagen demokratischen Lebens erobert hat, erst der Kampf um die anderen politischen Mächte und ihre Demokratisierung: um Verwaltung, Justiz, Polizei, Militär und Erziehung, sowie um die Kontrolle der Wirtschaft, welche in jedem Augenblick ihren Einfluß auf die politischen Machtfaktoren geltend macht. Der politische Kampf ist daher in keinem Augenblick vom wirtschaftlichen und kulturellen Kampfe zu trennen, und die politische Demokratie vollendet sich erst dann, wenn der soziale Kampf im ganzen zugunsten der Arbeiterschaft entschieden ist. Solange das nicht der Fall ist, befinden wir uns in einem Übergangszustand, in welchem von wahrer politischer Demokratie keineswegs die Rede sein kann, sondern allerhöchstens vom Bestehen einiger demokratischer Elemente innerhalb einer im ganzen noch durchaus undemokratischen Ordnung.

Das Erfurter Programm hat diesen Tatbestand nicht klar herausgestellt. In einer halbabsolutistischen, bürokratischen und militaristischen Staatsordnung war das Interesse der Arbeiterschaft vor allem gerichtet auf diejenigen Faktoren der politischen Ordnung, auf welche die Arbeiterschaft bereits Einfluß nahm, deren Bedeutung sie daher abzuschätzen vermochte. Der Kampf um sie stand im Mittelpunkt, weil er aussichtsvoll erschien. Der Kampf um die andern realen Verfassungsmächte war nicht aktuell und trat daher im Bewußtsein zurück.

Trotzdem wurde er wenigstens im Aktionsprogramm, also praktisch berücksichtigt, wenn man auch versäumte, ihn theoretisch zu begründen. Das Erfurter Programm verlangt zur Demokratisierung der Verwaltung:

„Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde, Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

Demokratisierung des Militärs: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr statt stehenden Heeres.

Demokratisierung der Justiz: Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter."

So kritisch wir zu manchen dieser Forderungen stehen, so zeigt doch der erste Blick, wieweit sie über die heute bestehenden Verhältnisse hinausgehen, und wie sehr der Arbeiterschaft gegenwärtig war, daß die Demokratie mehr bedeute als eine demokratische Verfassung auf dem Papier und ein nach dem allgemeinen Stimmrecht gewähltes Parlament.

Das aus dem Auge verloren zu haben, ist der große, der schwerwiegendste Fehler des Heidelberger Programms.

Hier heißt es nämlich zum politischen Kampf: „In der demokratischen Republik besitzt sie (die Arbeiterschaft) die Staatsform, deren Erhaltung und Ausbau für ihren Befreiungskampf eine unerläßliche Notwendigkeit ist." Diese Formulierung muß jedem Leser den Eindruck erwecken, als sei die deutsche Republik tatsächlich eine Demokratie. Ich habe mich bemüht nachzuweisen, daß das nicht der Fall ist und bereits 1925, als das Heidelberger Programm entstand, nicht der Fall war. Demokratie meint Selbstverwaltung des Volkes. Die Weimarer Verfassung mit ihren ungenügenden Bestimmungen über die Kontrolle von Verwaltung, Justiz und Heer, mit der übergroßen Macht, die sie dem Reichspräsidenten einräumt, mit den weitgehenden Ausnahmebestimmungen des § 48, sichert eine solche Selbstverwaltung keineswegs und verdient deswegen nicht den Namen einer demokratischen Verfassung. Noch viel weniger sind die wirklichen

Machtverhältnisse in Deutschland demokratische. Die ungeschriebene Verfassung, welche durch Verwaltung, Heer, Justiz und Wirtschaft gebildet wird, ist unendlich viel stärker als die einzigen demokratischen Instanzen, welche die Verfassung kennt, als der Reichstag und die Länderparlamente. Der einzige reale demokratische Machtfaktor, die Arbeiterorganisationen, wird durch die geschriebene Verfassung einesteils zwar geschützt, andererseits aber auf das mannigfachste gehemmt.

Wir leben also nicht etwa in einer Demokratie, welche wir nur zu schützen und auszubauen hätten, sondern in einem Übergangszustand, in welchem einige demokratische Einrichtungen (Koalitionsfreiheit, Pressefreiheit, parlamentarische Kontrolle) gegen die antidemokratischen Einrichtungen der Verwaltung, Justiz, des Heeres und der Erziehung in dauerndem Kampfe liegen. Dabei wird jede antidemokratische Tendenz durch die autokratische und oligarchische Wirtschaft verstärkt und unterstützt. In diesem ungleichen Kampfe sind die demokratischen Einrichtungen allmählich, im letzten Jahre in beschleunigtem Tempo und so erfolgreich abgebaut worden, daß auch der Blindeste es bemerken muß. Verhältnismäßig unbeschädigt ist heute nur noch die Organisation der Arbeiterschaft, und auf ihr allein beruht daher auch die Hoffnung eines Erfolges im Kampfe gegen die antidemokratischen Mächte.

Die Sozialdemokratie hat die Kraft der Arbeiterschaft in diesem Kampfe erheblich geschwächt dadurch, daß sie die Täuschung hervorrief, als sei der gegenwärtige Zustand ein demokratischer, der gegenwärtige Staat eine Demokratie und der Kampf, den die Arbeiterschaft zu führen habe, im wesentlichen ein Verteidigungskampf für bereits gewonnene Errungenschaften.

Das Leben, das die Arbeiterschaft in dieser Zeit zu führen hatte, war ein sehr schweres. Die Lebensunsicherheit war gewachsen. Die Ungerechtigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse war in die Augen fallend. Die Verwaltung erwies sich als ebenso arbeiterfeindlich wie vor dem Kriege, die Justiz zeigte einen ebenso scharfen Klassencharakter, das Heer war ausgesprochen reaktionär, wenn nicht offen republikfeindlich, die Erziehung blieb Privileg der Besitzenden. Wurde dem Arbeiter angesichts all dieser Tatsachen erklärt: „Wir sind im Besitze der Demokratie und haben diese Demokratie zu verteidigen", so mußte bei vielen die Antwort lauten: „Auf eine solche Demokratie pfeife ich. Mögen andere, die von ihr profitieren, sie verteidigen". Und diese

Ablehnung mußte sich verschärfen, je mehr die Lage der Arbeiter sich verschlimmerte. Die Millionen, die heute in Deutschland erklärte Gegner der Demokratie sind, sind es geworden auf Grund der falschen Annahme, das heutige Deutschland sei eine Demokratie.

Demgegenüber ist es notwendig, klar zu betonen, daß eine vollendete politische Demokratie in einer undemokratischen Wirtschaft und Gesellschaft unmöglich ist. Was wir im Kapitalismus erreichen können, sind nur Ansätze zu politischer Demokratie, und diese Ansätze sind nur im Kampfe zu gewinnen, nur im Kampfe zu behaupten und beides nur in dem Maße, wie sich die organisierte Macht der Arbeiterschaft der Organisation der antidemokratischen Mächte überlegen erweist.

Damit löst sich, wie mir scheint, auch die Frage: Demokratie oder Diktatur des Proletariats. Dieser Gegensatz ist nur entstanden aus einer falschen Fragestellung und einer unklaren Analyse der Tatsachen.

Demokratie: Selbstverwaltung des Volkes, für das Volk und durch das Volk steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Entwicklung. Sie ist auf dem Gebiete der Politik nicht zu verwirklichen, wenn sie nicht gleichzeitig auf dem der Wirtschaft und der Kultur verwirklicht ist. Nur derjenige Arbeiter, der durch seine Organisation imstande ist, das wirtschaftliche Geschehen zu kontrollieren, und der durch seine Erziehung imstande ist, die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu verstehen, vermag an der politischen Selbstverwaltung teilzunehmen. Wie weit die Arbeiterschaft heute davon entfernt ist, beweisen immer wieder die Vorgänge in sogenannten Demokratien mit starker Arbeiterbevölkerung. Die Entwicklung der Wirtschaft der letzten Jahre beweist deutlich die Notwendigkeit internationaler Planung, die Notwendigkeit sozialistischer Umgestaltung. In Deutschland stimmen Millionen für die verschwommenen Katastrophenphrasen Hitlers, in England für Schutzzölle und gegen sozialistische Maßnahmen. Das kann kaum anders sein, solange ihnen die Grundlagen einer demokratischen Erziehung, und das ist eine sozialistische Erziehung, fehlen. Aber vor diesen Tatsachen schwindet das Trugbild einer friedlichen Entwicklung, in welcher die einmütige Erkenntnis einer organiserten Arbeiterschaft den

Widerstand der Gegner durch ihren friedlich ausgedrückten Willen beseitigt und gewaltlos die Herrschaft des Klassenstaates in die Selbstverwaltung eines freien Volkes umwandelt.

So leicht und so vernünftig geht der Weg der Geschichte nicht. Weder ist die Arbeiterschaft einig und stark genug, um in friedlichem Aufstieg zum Siege vorzuschreiten, noch ist der Gegner bereit, ihr kampflos den Platz zu räumen.

Kautskys Kommentar zum Heidelberger Programm meint noch bei der Bourgeoisie eine Milderung der Sitten konstatieren zu können, wenn er diese Milderung auch mit Recht auf die wachsende Macht der Arbeiterschaft zurückführt. Heute ist von dieser Milde nichts übrig geblieben. Die häßliche Fratze der Gewalttätigkeit starrt uns überall entgegen. Der Arbeiter erfährt es täglich, daß dieser Machtwille der Unternehmerschaft vor nichts zurückschreckt und daß die wachsenden Schwierigkeiten, in die das kapitalistische System gerät, sich bei den Kapitalisten umwandeln in den rücksichtslosesten Kampfwillen auf wirtschaftlichem wie auf politischem Gebiet. So verschwindet die mildere demokratische Form der kapitalistischen Diktatur und die politische Form des um seine Existenz kämpfenden späten Kapitalismus, der Faschismus, tritt an ihre Stelle, wie in Italien, so in England, Amerika und Deutschland. Das Gewand der gesetzlichen Formen für diesen Faschismus wechselt von Land zu Land. Der Inhalt bleibt überall der gleiche: der Wille, die eigene Machtstellung mit jedem Mittel, das tauglich scheint, zu erhalten.

Diesem Willen kann die Arbeiterschaft nur entgegenstellen die gleiche Entschlossenheit, sich nicht besiegen und entrechten zu lassen, und in diesem Abwehrkampfe gleichfalls jedes taugliche Mittel zu verwenden.

Aber welche Mittel sind für einen proletarischen Abwehr- und Befreiungskampf tauglich? Darauf gibt es zwei Antworten: eine grundsätzliche und eine vom Tage und für den Tag. Die grundsätzliche lautet: *jedes Mittel, das die Massen sammelt, organisiert und schult.* Also Propaganda, Aufklärung, theoretische Bildung, praktische Arbeit in jeder Art organisatorischer Tätigkeit. Dafür bedürfen wir einiger demokratischer Garantien: der Koalitions-, der Pressefreiheit, der Versammlungs- und Propagandafreiheit. Wir wissen aus Erfahrung, daß man auch ohne diese Freiheiten arbeiten kann, aber wir wissen zugleich, wie schwer das ist. Darum müssen wir sie mit Klauen und Zähnen verteidigen.

Was aber werden wir darüber hinaus tun? Darauf antwortet nur der Tag mit seinen Aufgaben. *Wir wissen nicht, was der Klassengegner unternehmen wird. Wir*

wissen nicht, ob auf dem politischen oder wirtschaftlichen Kampfplatz die erste Entscheidung fallen wird. Wir wissen nicht, wie gering oder groß dann die Kraft der Arbeiterschaft ist. Nach allen diesen Umständen aber entscheidet sich der Plan zur Verteidigung wie zum Angriff.

Leitend bei allem aber wird uns die Erkenntnis sein: Die Demokratie ist nicht Ausgangspunkt, sondern *Endpunkt* des proletarischen Befreiungskampfes. Die politische Demokratie ist nicht zu trennen von der sozialen Demokratie. Beide sind nur vereint zu verwirklichen und innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft nirgends verwirklicht. Einige Ansätze zur Demokratie, die vorhanden sind, sind für die Arbeiterschaft in ihrem Befreiungskampfe von höchstem Werte, so vor allem Koalitions- und Pressefreiheit. Ihre Erhaltung und, wo sie ganz oder teilweise verlorengingen, ihre Wiedergewinnung hängt aber ausschließlich ab von der organisierten Kraft des Proletariats, da der Kapitalismus in seinem Existenzkampf sich immer entschiedener zum Gegner jeder Demokratie entwickelt. Die Sätze des Heidelberger Programms wandeln sich also für uns in Forderungen: *Die demokratischen Rechte, welche eine notwendige Voraussetzung jedes erfolgreichen politischen Kampfes sind, werden von der sozialistischen Arbeiterschaft verteidigt und, wo es notwendig ist, fortschreitend erobert bis zu dem Zeitpunkt, wo die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterschaft die politische zugleich herbeiführt, wo mit der sozialen Demokratie auch die politische ihre Verwirklichung findet.*

III. Die Internationale

Die Stellungnahme des Erfurter Programms zur Internationale begründet mit den gleichen Interessen der Arbeiter aller Länder die Notwendigkeit des internationalen Befreiungskampfes. Der Absatz lautet: „Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den anderen Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die Sozialdemokratie sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller Länder."

Die Grundformulierung des Programms war zweifellos richtig. Trotzdem fehlt ihm die präzise Einstellung auf die gegenwärtige Politik. Der ganze Abschnitt ist mehr eine Sympathiekundgebung als ein Feldzugsplan. Und dieses Übel wird verschlimmert durch das Aktionsprogramm, in welchem das Wort „international“ überhaupt nur einmal auftaucht, wo „nationale und internationale“ Arbeiterschutzgesetzgebung verlangt wird. Darüber hinaus scheinen internationale und außenpolitische Fragen für das Programm nicht zu existieren. Das läßt sich nicht erklären mit der Machtlosigkeit der Sozialdemokratie, auch nicht mit der überwiegenden Wichtigkeit der innenpolitischen Fragen, am wenigsten mit der Schwäche der internationalen Arbeiterbewegung zur Zeit, als das Erfurter Programm entstand. Vielmehr hätte gerade diese Schwäche ein Anlaß sein sollen, mit besonderer Intensität sich den Fragen der Internationale zuzuwenden. In dieser unzureichenden und unbestimmten Formulierung kommt vielmehr die Neigung zutage, die in der deutschen Arbeiterschaft immer bestanden hat, die internationalen Fragen zurückzuschieben. Das Interesse für internationale Probleme ist natürlicherweise beim Arbeiter im Betrieb nicht so groß wie das Interesse für die Fragen des täglich ihn umgebenden Lebens. Diese natürliche Gleichgültigkeit läßt sich nur überwinden durch eine sehr sorgfältige und konsequente Schulung. Diese ist möglich. Aber sie ist nur dann möglich, wenn Presse, Versammlungstätigkeit und Bildungsarbeit zusammenwirken, um die Unwissenheit, Unsicherheit und Gleichgültigkeit auf diesem Gebiete zu überwinden. Daran hat es in der Sozialdemokratie von jeher gefehlt. Die große Masse auch der führenden Funktionäre, die aus Gewerkschafts- und praktischer Parteiarbeit kam, stand diesen Fragen fremd gegenüber. Der ungemein starke Einfluß, den Marx und Engels in der Richtung internationaler Einstellung ausübten, verschwand nach ihrem Tode. Die grundsätzliche Tendenz blieb zwar, aber man wandte sie immer weniger auf die verwickelten Probleme des internationalen Geschehens an. Praktisch für die Außenpolitik interessiert waren eigentlich nur kleine Gruppen, vor allem solche, die wie Rosa Luxemburg, Radek und Parvus, aus dem Auslande stammten, auf der anderen Seite der Kreis um die Sozialistischen Monatshefte, wohl der einzige geschlossene sozialistische Kreis, der vor dem Kriege eine durchaus durchdachte, folgerichtige und in sich zusammenhängende Politik vertrat (Kontinentalpolitik mit engem Anschluß an Frankreich).

Die Auslandsberichterstattung der sozialdemokratischen Presse ließ so gut wie alles zu wünschen übrig. Sie tut es noch heute. Nicht einmal die wenigen gut orientierten sozialdemokratischen

Außenpolitiker wußte man hinreichend einzusetzen. So blieb die sozialdemokratische Außenpolitik beschränkt auf eine allgemeine Ablehnung militaristischer, imperialistischer und kolonialer Bestrebungen. Die große Masse der deutschen Arbeiterschaft war sich bestimmt in keiner Weise klar über die ungeheuren Gefahren, welche von Bismarck her die deutsche und österreichische Außenpolitik aufgehäuft hatte, die Führer waren es ebensowenig über die Wege, die man zu ihrer Beseitigung zu gehen habe. Man kam nicht hinweg über ergebnislose Generalstreikdebatten im Inneren und allgemeine Resolutionen auf den internationalen Kongressen. Das natürliche Ergebnis dieser Sachlage war der Zusammenbruch der gesamten internationalen Ideologie der Sozialdemokratie bei Kriegsausbruch und — was weit schlimmer war als diese Überrumpelungsniederlage — die völlige Abhängigkeit der sozialdemokratischen Außenpolitik bis zum Kriegsende vom deutschen Hauptquartier und vom Kriegspresseamt; um an Heilmanns berühmtes und kennzeichnendes Wort: „Ich gehe zu Hindenburg" anzuknüpfen: die bedingungslose Kapitulation der einzigen organisierten Macht des internationalen Proletariats vor den Anschauungen und Plänen eines einseitig nationalistischen Militarismus.

Diese Tatsache hätte warnen sollen und darauf hinweisen, einen welch wesentlichen Teil eines sozialdemokratischen Programms das außenpolitische Programm darstellt, das hieb- und stichfest sein muß, das nicht mit allgemeinen Wendungen sich begnügt, sondern den wirklichen Problemen auf Grund einer klaren theoretischen Erkenntnis zu Leibe geht.

Diese Probleme sind seit der Entstehung des Erfurter Programms um vieles vielfältiger, dringender, einschneidender geworden.

Obenan stehen selbstverständlich die Probleme der internationalen Wirtschaft. Die Verflechtung der Weltwirtschaft, die Steigerung der Konkurrenz, die Verengung des weltwirtschaftlichen Spielraums machen heute die nationale Wirtschaftskonjunktur stärker als je vorher von der internationalen abhängig. Die Verlagerungen der finanziellen Macht nach einigen wenigen Ländern, welche durch die Kriegsverschuldung beschleunigt wurden, und durch die diese Länder den Goldvorrat der Welt ebenso kontrollieren wie die Kreditgewährung, machen es unmöglich, daß ein Land für sich allein über seine Währung, seine Kreditgebarung, die Finanzierung seiner Produktion und die Verteilung seines gesellschaftlichen Arbeitsprodukts, also über seine Sozialpolitik, Steuerpolitik und Konsumentenpolitik entscheidet. Wie weit hier die gegenseitige Abhängigkeit geht, wurde blitzartig

klar, als im Sommer dieses Jahres die englische Arbeiterregierung stürzte über der Forderung des sozialen Abbaus, welche von der englischen, amerikanischen und französischen Finanz erhoben wurde.

Durch die Ausdehnung der industriellen Produktion auf Länder, welche bis dahin nur als Abnehmer in Frage kommen, wird nicht nur die Ausfuhrmöglichkeit der alten Industrieländer eingeengt, sondern die niedrige Lebenshaltung der Arbeiter in diesen Ländern wirkt als Druck auf die Löhne in den Ländern mit alter, organisierter und daher gehobener Arbeiterbevölkerung (Beispiele: die Konkurrenz der Kolonien und Chinas gegen die englische Textilindustrie; die Konkurrenz des tschechoslowakischen Schuhmagnaten Bata gegen die alte deutsche hochqualifizierte Schuhindustrie; die Konkurrenz der sehr billig produzierenden italienischen Kunstseide gegen die höher qualifizierte Arbeit im andern Europa usw.).

Die überall unendlich gesteigerte Produktivität ermöglicht es bei ausgedehnten nationalen Wirtschaftskämpfen, dem Unternehmertum den Produktionsausfall durch gesteigerte Einfuhren aus anderen Ländern zu ersetzen und die inländische Arbeiterschaft auszuhungern. Aufeinander in verschiedenen Ländern folgende Lohnkämpfe können niedergerungen werden mit Hilfe der ausländischen Streikbrecher, die ihrerseits ebenso niedergekämpft werden, sobald sie in Lohnkämpfe eintreten. Die Belegschaften der europäischen Kohlengruben haben so im letzten Jahrzehnt sich wechselweise niedergekämpft: der Belgier den Deutschen, der Engländer den Belgier, der Deutsche den Engländer. Der folgenreichste, tapferste und tragischste Lohnkampf des letzten Jahrzehnts, dessen Zusammenbruch sich heute noch in der gesamten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Notlage Europas auswirkt, der Streik der englischen Kohlenbergarbeiter, ist im wesentlichen niedergeschlagen durch die unbewußte Streikbrecherarbeit, die in dieser Zeit die Kumpels an der Ruhr in hochbezahlten Überstunden leisteten.

Das Wirtschaftsschicksal eines deutschen Arbeiters hängt also heute in weit höherem Maße als je vorher ab vom Schicksal des Arbeits- und Klassengenossen im europäischen und amerikanischen, ja, im asiatischen und australischen Ausland. Keine wirtschaftliche und soziale Kampfaktion verspricht daher auf die Dauer irgendeinen Erfolg, wenn sie nicht unternommen wird mit Berechnung der internationalen Lage und im Einvernehmen mit der internationalen Arbeiterschaft. Trotz dieser Sachlage sind die internationalen Verbindungen der Arbeiterschaft weit weniger aktionsfähig als die entsprechenden kapitalistischen Orga-

nisationen. Deren Wirksamkeit scheitert freilich in allen großen Fragen an dem wesentlichen Interessengegensatz, der imperialistische Wirtschaftsgewaltige im Kampf um die wirtschaftliche Weltbeherrschung gegeneinander treibt. In Einzelfragen und besonders in der Frage des Kampfes gegen die Arbeiterschaft gelingt ihnen die Zusammenarbeit indes bedeutend besser als der Arbeiterschaft bisher die praktische internationale Zusammenarbeit gelungen ist, die nicht nur unerläßlich, sondern angesichts der im Endziel gleichen Arbeiterinteressen auch weit eher zu verwirklichen ist. Der Widerstand, der sich erhebt, angesichts der scheinbar gegensätzlichen Augenblicksinteressen, müßte durch Aufklärung und Schulung der Arbeiterschaft überwunden werden. Das wäre insbesondere notwendig in der heutigen Lage, in der alle Länder ausnahmslos die Arbeitslosigkeit bekämpfen durch Senkung des Innenkonsums (Lohnabbau) und krampfhafte Steigerung des Exports. In Deutschland, das augenblicklich diese Politik so erfolgreich betreibt, daß es allein durch Importsenkung an der Spitze aller Exportländer steht, wäre eine gründliche Aufklärung über die katastrophalen Folgen einer solchen Politik, die unvermeidlich in ein internationales Wirtschaftschaos, wenn nicht gar direkt in kriegerische Verwicklungen führt, am allernotwendigsten.

Aber es sind nicht nur die wirtschaftlichen Fragen, welche die Arbeiterschaft mehr als je zu internationaler Stellungnahme zwingen. Untrennbar von ihnen sind die politischen Probleme, deren es für Deutschland eine ganze Reihe der allerdringendsten gibt. Ich zähle nur die vordringlichsten auf:

1. Wie stellt sich die deutsche Sozialdemokratie praktisch und theoretisch zur Frage der Wiedergutmachung der Kriegsschäden und Liquidierung der Kriegsschulden nach einem Maßstabe internationaler Gerechtigkeit? Daß die Lösung des Versailler Friedensvertrages, die aus nationalistischen Rachegefühlen und darüber hinaus ausschließlich im Interesse der Kapitalisten der Siegerländer erfolgte, untragbar ist, wissen wir alle, daß ein einfaches Abschütteln dieser Verpflichtungen nicht nur unmöglich, sondern auch unter den Gesichtspunkten internationaler Arbeitersolidarität unzulässig wäre, wissen manche von uns. Die zweite Internationale hat in allgemeinen Erklärungen zu dieser Frage Stellung genommen. Aber durchaus fehlt in Deutschland selbst die gründliche Aufklärung und Erörterung dieses Problems vom sozialistischen, nicht nationalistischen Standpunkt aus. Diese Versäumnis hat der halt- und sinnlosen Propaganda der Nationalsozialisten in den völlig unorientierten Massen einen so breiten Boden schaffen können.

2. Die heutige Trennung Europas in vierzig souveräne Staaten, oder, wenn wir Rußland ausschalten, in 39 Staaten auf einem Gebiet, das von den Vereinigten Staaten fast um das Doppelte, von Gesamtrußland fast um das Vierfache übertroffen wird, ist längst eine wirtschaftliche Unmöglichkeit und eine dauernde politische Gefahr. Es ist auch völlig abwegig, hier eine Lösung zu suchen durch bessere Grenzführung. Die des Versailler Vertrags ist offenkundig schlecht. Aber eine gute Lösung gibt es nicht, dazu sind die Nationen viel zu sehr durcheinander geschoben. Dazu sind die wirtschaftlichen Interessen zu sehr miteinander verflochten. Solange Polen und Deutschland beispielsweise in einem Europa der souveränen Staaten nebeneinanderstehen, läßt sich die Frage des polnischen Korridors nicht lösen, so daß Polens wirtschaftliche Interessen, die einen Zugang zur Ostsee fordern, befriedigt werden zugleich mit den Interessen der deutschen Provinz Ostpreußen. Das gleiche gilt von der Frage der polnisch-deutschen Grenzmark, wo jede Art der Grenzführung zwischen souveränen Staaten nationale Minderheiten in einem fremden Staatengebiet läßt. Ebenso bleibt an der Westgrenze, solange sich Deutschland und Frankreich mißtrauisch und feindselig gegeneinander sichern, im Elsaß ein dauernder Gefahrenherd. Jeder Versuch, diese Probleme innerhalb eines national getrennten Europas zu lösen, ist zum Scheitern verurteilt. Auch die deutschösterreichische Anschlußfrage kann nicht in einem solchen gelöst werden. Die souveränen, gegeneinander abgegrenzten und auf ihre Sicherung bedachten europäischen Staaten müssen in einem solchen Zuwachs zu dem größten mitteleuropäischen Lande, das an Volkszahl ohnehin an der Spitze der europäischen Staaten (immer mit Ausnahme Rußlands) steht, mit Recht eine Bedrohung des politischen Gleichgewichts erblicken. Aber diese Theorie vom europäischen Gleichgewicht ist längst ebenso überaltert wie das ganze Staatenchaos, das auf ihr sich aufbaut.

Die Frage des Staatenbundes Europa ist längst reif, ja überreif. Sie ist nicht lösbar in dem politischen System souveräner Nationalstaaten, das dem Wirtschaftssystem des Kapitalismus entspricht. Beide sind miteinander reif zum Untergang. Die deutsche Sozialdemokratie aber muß positiv und klar wissen, was sie an ihre Stelle zu setzen willens ist. Sie muß auch ihre außenpolitische Tagespolitik darauf abstellen. Sie muß vor allen Dingen diese Frage im Bewußtsein der Arbeiterschaft zu einer dringenden machen.

3. Die Frage der Stellung zu Sowjetrußland wird sehr häufig von rechtsradikaler wie von kommunistischer Seite her so formuliert, als handle es sich um ein Entweder-Oder: westliche oder östliche Orientierung. Nichts ist falscher als das. Das un-

geheure wirtschaftliche Gebiet, das in den Sowjets politisch zusammengeschlossen ist, bedarf einer eigenen Entwicklung, die durchaus anders verlaufen muß und wird als die Entwicklung des viel kleineren, aber menschenreichen, stark industrialisierten und unendlich differenzierten europäischen Wirtschafts- und Kulturgebiets. Ein Zusammenkoppeln beider wäre politischer Wahnsinn. Ein Zusammenarbeiten mit gegenseitiger Ergänzung und Unterstützung ist eine offenkundige Notwendigkeit. Die Ausarbeitung von Plänen für solche Zusammenarbeit von sozialistischem, nicht kapitalistischem Interesse aus hätte nie verzögert werden dürfen, und keine parteipolitischen Gegensätze können diese Verzögerung entschuldigen.

4. Endlich fehlt in der deutschen Sozialdemokratie durchaus eine klare Stellungnahme zu den Problemen der außereuropäischen und der Kolonialpolitik. Es könnte scheinen, als ob, nachdem wir im Frieden von Versailles unsere Kolonien verloren haben, diese Frage nicht dringend sei. Aber je mehr unsere Außenpolitik sich wieder aktiviert, desto deutlicher zeigt es sich, daß das Bürgertum zu neuem Kolonialbesitz zum mindesten in der Form von Kolonialmandaten des Völkerbundes drängt. Und dabei hat sich ergeben, daß selbst in dieser elementarsten aller außenpolitischen Fragen, sogar in der Gegenwart, die deutlich das Ende des kolonialen Regimes anzeigt und die führenden Kolonialvölker mit schweren wirtschaftlichen und politischen Gefahren bedroht, keine Klarheit besteht. Sozialdemokratische Genossen haben ungehindert in der Öffentlichkeit für Kolonialmandate sich einsetzen können, und das Heidelberger Programm gab hier wie in allen internationalen Fragen keine praktisch verwertbaren Hinweise.

Die Folge dieser allgemeinen Passivität allen aktuellen internationalen Problemen gegenüber ist in den vergangenen Jahren nach dem Kriege gewesen, daß die Sozialdemokratie außenpolitisch durchaus im Schlepptau des Bürgertums blieb. Ja, man erklärte ganz offen, daß bürgerliche Politiker wie Erzberger, Rathenau und vor allem Stresemann, die Politik der Sozialdemokratie machten. Gleichwohl war bei diesen allen, insbesondere aber bei Stresemann, der bürgerliche, ja imperialistische Charakter ihrer Politik durchaus unverkennbar. Die Verständigung mit Frankreich war für Stresemann nicht Voraussetzung für eine friedliche Ordnung Europas, sondern für die „freie Hand" gegen Polen und in allen Ostfragen, sowie für die Wiederzulassung Deutschlands beim Wettbewerb der imperia-

listischen Weltmächte. Daß die Sozialdemokratie ohne eigenes festumrissenes Ziel im Fahrwasser dieses „vernünftigen Imperialismus“ schwamm, hatte mehrere sehr verhängnisvolle Folgen:

1. wurde dadurch die grundsätzliche Aufklärung der Arbeiterschaft gehindert, außenpolitische Unklarheit und Verwirrung gefördert;

2. blieb die Haltung zum Völkerbund eine wenig präzise. So sehr es notwendig war, die Bedeutung einer internationalen Organisation zu betonen und ihre Zerschlagung sowie die Sabotage gegen sie zu hindern, so unerläßlich war es, jede Illusion darüber zu zerstören, daß diese Organisation als Zentralgremium kapitalistischer souveräner Staaten ihre Aufgabe nicht erfüllen kann, daß weder Briand noch Henderson oder Mac Donald an dieser wesentlichen Unfähigkeit des Völkerbundes etwas ändern können, und daß er deswegen heute und in seiner gegenwärtigen Gestalt praktische Bedeutung vor allem hat als Tribüne, von der aus und vor der man die Forderungen an die internationale Öffentlichkeit stellen kann, deren Verwirklichung das gegenwärtige System verbietet;

3. verursachte die Unklarheit in der grundsätzlichen Frage der nationalen Souveränität, die mangelnde Erkenntnis, daß keine einzige aktuelle Frage von diesem Boden aus gelöst werden kann, eine gleiche Unsicherheit in der Wehrfrage. Gerade diese Unsicherheit hat die sozialdemokratische Haltung in der Außenpolitik schwer beeinflußt. Es tritt heute immer unmißverständlicher zutage, daß jeder außenpolitische Fortschritt, wie jede wirtschaftliche Verständigung mit dem Auslande unmöglich ist, solange Deutschland seinen Aufrüstungswillen weiter zeigt. Die Panzerkreuzerbauten haben dadurch eine entscheidende Bedeutung, eine höchst verhängnisvolle Bedeutung für das Schicksal Deutschlands erhalten. Sie haben den Weg zu einer wirtschaftlichen Verständigung, zu Auslandskrediten, zu einer Erleichterung der Krise versperrt. Und das Versagen der Sozialdemokratie in diesem Punkte wird vielleicht als schwerster politischer Fehler der vergangenen Epoche zu werten sein. Davon ist beim Wehrprogramm noch ausführlicher zu handeln.

Die fehlende außenpolitische Aktivität der deutschen Sozialdemokratie ist selbstverständlich zurückzuführen auf eine tiefgehende Gegen-

sätzlichkeit der politischen Überzeugung. Vom ausgesprochenen wehrfreudigen Nationalismus bis zum Pazifismus der Kriegsdienstverweigerer und zu marxistisch internationaler Einstellung, welche nur die proletarische Internationale als Vaterland anerkennt, finden wir alle Nuancen außenpolitischer Einstellung innerhalb der Sozialdemokratie vertreten. Um so dringender war die Aufgabe, ein Programm zu schaffen, das eine verpflichtende Linie außenpolitischer Haltung festlegte. Hatte schon das Erfurter Programm diese Aufgabe nicht gelöst, so bleibt das Heidelberger Programm hinter ihr noch bedeutend weiter zurück. Die grundsätzlichen Feststellungen des Erfurter Programms über die in wachsendem Maße gleichartigen Interessen der Arbeiterschaft bleiben fort. Das Bekenntnis zur Solidarität der Arbeiter*) wird nicht als gesellschaftlich gegebene Notwendigkeit, sondern als „Pflicht" formuliert, bleibt dadurch weit weniger zwingend. Und das ergänzende zur solidarischen Zusammenarbeit der Nationen ist in dieser Form eine reine Utopie, weil der Hinweis fehlt, daß erst die Beseitigung des Kapitalismus und die Aufhebung der Klassengesellschaft die steten Konflikte zwischen rivalisierenden souveränen Staaten aus der Welt schaffen kann; daß die Voraussetzung für die solidarische Zusammenarbeit der Nationen die solidarische und klassenlose Gesellschaft ist.

Es ist möglich, darauf hinzuweisen, daß alle diese Feststellungen sich aus den marxistischen Feststellungen des Programms, welche sich auf die wirtschaftliche Entwicklung beziehen, entwickeln lassen. Es ist gleicherweise klar, daß der Durchschnitt der Genossen sie nicht ohne weiteres herauslesen werden, und daß die Aufgabe eines Programms nicht dann erfüllt ist, wenn es Probleme stellt für marxistische Doktorarbeiten und Arbeitsgemeinschaften, sondern wenn es klare Richtlinien für gemeinsames Handeln aufstellt. Daß das Heidelberger Programm für die internationale Politik darauf radikal verzichtet hat und sich mit einwandfreien, wohlklingenden und sehr verschieden deutbaren Deklamationen begnügt, ist einer seiner schwerwiegendsten Fehler.

*) „Der proletarische Befreiungskampf ist ein Werk, an dem die Arbeiter aller Länder beteiligt sind. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist sich der Solidarität des Proletariats bewußt und entschlossen, alle Pflichten zu erfüllen, die ihr daraus erwachsen. Dauernde Wohlfahrt der Nationen ist heute nur erreichbar durch ihr solidarisches Zusammenwirken."

C. Zusammenfassung

Der grundsätzliche Teil des Heidelberger Programms stellt gegenüber dem mehrheitssozialistischen Görlitzer Programm eine entschiedene Rückkehr zu der Auffassung des Erfurter Programms dar. Die grundsätzliche Analyse der kapitalistischen Wirtschaft als Voraussetzung der sozialdemokratischen Haltung ist von dort übernommen. Das Bemühen, die Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung aufzuzeigen, ist beiden gemeinsam. Freilich findet man im Heidelberger Programm eine Abschwächung dieser grundsätzlichen Stellung. Wo das Erfurter Programm von Gesetzen der Entwicklung redet, setzt das Heidelberger gerne eine einfache Tatsachenfeststellung, läßt es also offen, ob nicht eine rückläufige Bewegung oder ein Stillstand vorausgesetzt werden könne. Trotz dieser Schwäche bedeutet die angewandte Methode der Gesellschaftsanalyse den großen Vorzug des Heidelberger Programms. Sie ermöglichte es, daß sich die gegensätzlichen Richtungen der deutschen Sozialdemokratie auf ihm vereinigten. Sie ergab die Grundlage, auf welcher sechs Jahre lang trotz wachsender Gegensätze und wachsenden Unbehagens über die sozialdemokratische Tagespolitik in immer weiteren Kreisen der Arbeiterschaft eine Zusammenarbeit möglich blieb. Auf dieser Grundlage war vor allem die Schulungsarbeit im Rahmen der Partei möglich.

Aber wenn hier das Erfurter Programm das Muster für das Heidelberger war und zum großen Teile einfach übernommen wurde, so erwuchs nach einem Menschenalter, und nach einem Menschenalter gewaltigster Zerstörung und Entwicklung die unabweisliche Aufgabe, die Erfurter Analyse fortzusetzen und aus der geänderten Lage die Folgerungen zu ziehen. Diese Forderungen erfüllt das Heidelberger Programm nur an zwei Stellen, dort, wo die Entwicklung des Monopolkapitalismus und des Finanzkapitals geschildert wird, und dort, wo es die Entstehung des Angestelltenproletariats erörtert. Das sind zweifellos zwei wichtige Erscheinungen, deren Hervorhebung im Bilde der heutigen Wirtschaft und Gesellschaft unerläßlich ist. Aber sogar hier versäumt das Programm, seine Folgerungen aus diesen Erscheinungen zu ziehen.

Weit bedenklicher aber ist es, daß es an anderen wichtigen Punkten nicht nur beim Erfurter Programm stehen bleibt, sondern hinter dasselbe zurückgeht. Ich habe diese Punkte in der Einzelbetrachtung hervorgehoben. Es sind: 1. die Agrarfrage, 2. die Krisentheorie, 3. die Frage der Demokratie, 4. das Problem der Internationale und der sozialistischen Außenpolitik. Nur zu einer dieser Fragen

nimmt das Programm entschieden und klar Stellung, zur Frage der Demokratie. Aber diese Stellungnahme geht aus von einer ungenügenden und unklaren Begriffsbildung. Sie ist in ihren Voraussetzungen daher heute schon widerlegt, in ihren Folgerungen überholt. In allen anderen Fragen weicht das Programm aus und läßt einfach eine Lücke. Nun sind aber gerade diese Fragen die neuen und entscheidenden, vor welche die Arbeiterschaft sich gestellt sieht. *Die Lücken des Heidelberger Programms mußten sich also verhängnisvoll auswirken und der Politik der Partei eine Unsicherheit und Inkonsequenz geben, welche Erfolge von vornherein unmöglich machte.* Das Ausweichen mußte darüber hinaus unendliche Reibungsmöglichkeiten in der Partei selber schaffen. Die Parteileitung, welche sich außerstande fühlte, eine Erörterung dieser Streitfragen zu leiten und zu einem Ende zu führen, half sich durch Gewaltmaßnahmen gegen diejenigen der Parteigenossen, welche mit der inkonsequenten, schwankenden und ziellosen Parteipolitik nicht einverstanden waren. Und so hat das Ausweichen des Heidelberger Programms und das theoretische wie praktische Versagen der offiziellen Parteiinstanzen vor den programmatisch nicht gelösten Problemen schließlich die Parteispaltung herbeigeführt.

Es wird daher für die Sozialistische Arbeiterpartei eine Existenzfrage sein, daß sie gerade diesen Problemen gegenüber eine theoretisch klare und gleichzeitig auf die Tagespraxis orientierte Stellung einnimmt.

D. Die neuen Aufgaben

I. Agrarprogramm

Das Erfurter Programm stellte die Agrarfrage mit der industriellen Frage gleich. Es sah hier wie dort die gleiche Entwicklung: die Zerstörung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb, die Vernichtung des selbständigen Produzenten und Umwandlung in einen unselbständigen Lohnarbeiter, die Maschinisierung und zugleich eine ungeheure Steigerung der Produktivität. Dadurch wurde auch die Haltung der Sozialdemokratie bestimmt: Unterstützung dieser Entwicklung, Konzentration der Arbeit auf den Landarbeiter, dessen Lage durch Organisation und sozialen wie gewerkschaftlichen Kampf zu heben ist, Beförderung des internationalen Agraraustausches, daher Kampf gegen jede Art agrarischer Zölle wie der industriellen, als Ziel Sozialisierung des Bodens und Verwandlung der agrarischen Großbetriebe in sozialistische Betriebe, welche durch und für die Gesellschaft produzieren, also Sowchosen und Kolchosen wie in Rußland.

Diese Auffassung wurde erschüttert durch die tatsächliche Entwicklung. In Deutschland entwickelte sich unter dem Schutze der Agrarzölle und inmitten einer wenig rationellen Weltproduktion, da die großen Agrargebiete teilweise zu den politisch und wirtschaftlich rückständigsten Ländern gehörten (Rußland, Südosteuropa), teilweise kaum gewonnenes Neuland mit wenig ergiebiger extensiver Wirtschaft waren (USA., Kanada, Argentinien), das kleine und mittlere Bauerntum, während der Großgrundbesitz, der ohnehin in den unfruchtbarsten und wenigst entwickelten Gebieten Deutschlands, im Osten, am stärksten war, zu stagnieren schien*).

Das löste in der Sozialdemokratie die Bewegung gegen die Feststellungen des Erfurter Programms aus. Man bezweifelte, daß die Marxsche Analyse der industriellen Entwicklungstendenzen auf die Landwirtschaft Anwendung finde, stellte eine Richtung auf Vermehrung des Kleinbesitzes fest, der rationeller und produktiver, weil intensiver als der Großbesitz arbeite. Man glaubte daher Siedlungspolitik, Schaffung von klein- und mittelbäuerlichen Stellen, Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens vertreten zu müssen. Der Gedanke, daß die Zerschlagung des ostelbischen Grundbesitzes den Osten politisch revolutionieren und

---

*) In Deutschland sind in der Zeit zwischen 1907 und 1925 die kleinen und mittleren Betriebe von 5 Ar bis 20 Hektar Grundfläche an Zahl gewachsen von 3 391 165 auf 4 878 040, also um rund 43 %, an Fläche freilich nur von 13 518 000 auf 13 670 000, also um 1,13 %.

In der gleichen Zeit sanken die großbäuerlichen Betriebe zwischen 20 und 100 Hektar von 228 456 auf 119 825 und von 8091 Hektar benutzter Fläche 6769, während die Großbetriebe über 100 Hektar an Zahl von 18 933 auf 18 668, an Fläche von 5584 auf 5159 zurückgingen.

die landhungrigen Bauern für die Sozialdemokratie gewinnen müsse, sprach natürlich mit. Als Ergänzung forderte diese Bauern- und Siedlungspolitik Schutzzölle auf Agrarprodukte, um die Konkurrenz von Produkten abzuwehren, die unter günstigeren Klimaten oder billigeren Produktionsverhältnissen erzeugt waren, und eine Ergänzung dieser Schutzzölle durch staatliche Ein- und Ausfuhrmonopole.

Dies ganz vom Erfurter Programm abweichende System agrarischer Politik, das zu heftigsten Kämpfen und sogar zu Ausschlüssen vor dem Kriege führte, und das vor allem von den Sozialistischen Monatsheften gestützt wurde, hat nach dem Kriege weitgehend die Politik der Partei bestimmt.

In Heidelberg war die Meinung für ein Agrarprogramm noch nicht reif. Man stellte einer noch nicht restlos konsolidierten Partei gegenüber diesen heiklen Punkt lieber zurück und nahm in das Programm nur ausweichende und nichtsbedeutende Wendungen auf. So wurde die Annahme des Agrarprogramms auf dem Kieler Parteitag 1927 allerdings gegen eine nicht unerhebliche Opposition vorbereitet.

Seitdem hat sich die agrarische Weltlage erheblich, um nicht zu sagen grundlegend verändert, und trotz der Schwankungen, welche durch künstliche Maßnahmen der Valorisierung und der Restriktion in der Produktion von Agrarprodukten hervorgerufen werden, zeichnen sich neue Entwicklungslinien schon deutlich ab*).

In den großen Agrargebieten der neuen Welt haben die Methoden wissenschaftlicher Züchtung, weitgehender Anbaunormalisierung und die Einführung arbeitsparender und arbeitbeschleunigender Maschinen zu einer ungeheuren Ausdehnung des Anbaus und entsprechender Steigerung der Produktion, in Verbindung damit zu einem beispiellosen Sturz der Preise für alle Agrarprodukte, vor allem aber für das Getreide geführt. Demgegenüber erweist sich das Dogma von der größeren Produktivität und Rentabilität des Kleinbetriebes als nicht mehr haltbar.

Es ist allerdings möglich, im Kleinbetrieb bei intensivster Bebauung und äußerster Ausnutzung der in der kleinbäuerlichen Familie sehr billigen Arbeitskräfte eine höhere Produktivität zu erreichen als im maschinellen Großbetrieb. Diese Produkte sind aber wegen der reichlich investierten menschlichen Arbeitskraft

*) Valorisieren nennt man das Zurückhalten erheblicher Mengen von Ernten, um durch Beschränkung des Angebots die Preise künstlich hochzuhalten. Man speichert entweder Teile der Ernte auf, ohne sie auf den Markt zu bringen, oder man vernichtet sie kurzerhand. Restriktion ist das planmäßige Einschränken des Anbaus zu demselben Zwecke. Man hat besonders in Amerika in diesem Jahre von beiden Mitteln ausgedehnten Gebrauch gemacht.

weit teurer, selbst bei höchster Ausbeutung und niedrigem Lebensstandard der Produzierenden. Marktfähig ist eine solche Produktion also nur dann, wenn sie durch Schutzzölle gegen die Konkurrenz des maschinellen Großbetriebes geschützt wird. Diese Schutzzölle aber steigern die Preise der Lebensmittel und damit die Kosten der Lebenshaltung. Sie verteuern also die menschliche Arbeitskraft über das Niveau des Weltmarktes hinaus, und mit ihr steigen die Produktionskosten und damit die Preise aller Waren und aller Dienstleistungen. Eine durch agrarische Schutzzölle geschützte Wirtschaft hört also auf, auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein, wenn es ihr nicht gelingt, die Löhne so stark zu drücken, daß dadurch die Preisdifferenz ausgeglichen und die Konkurrenzfähigkeit wieder hergestellt wird. Damit aber zerstört sie die Kaufkraft der Arbeiterschaft und also in einem stark industrialisierten Lande, in welchem die Lohn- und Gehaltsempfänger den größten Teil der Bevölkerung ausmachen, den Inlandmarkt. Sie erkauft also die Lebensfähigkeit ihrer agrarischen Betriebe mit dem Ruin der übrigen Wirtschaft.

Das ist heute die Lage Deutschlands. Die Sozialdemokratie hat gegen diese Entwicklung nur sehr geringen Widerstand geleistet. So ist es möglich geworden, daß heute in Deutschland die Preise der Agrarprodukte doppelt und dreifach so hoch sind wie auf dem Weltmarkt, ohne daß die deutsche Landwirtschaft dadurch lebensfähig erhalten werden kann.

Freilich geht der deutsche Schutzzoll zur Zeit mehr auf den Schutz der getreidebauenden Großbetriebe als auf den der bäuerlichen Betriebe, denen ihre Viehzucht durch die Verteuerung des Futtergetreides verteuert wird. Das kann dann auch der Schutzzoll oder die völlige Einfuhrsperre für Obst, Eier, Gemüse, Milchprodukte, Vieh und Gefrierfleisch nicht wieder ausgleichen.

Es ist aber zum mindesten sehr die Frage, ob ein irgendwie gearteter Schutzzoll auf die Dauer der Landwirtschaft soviel hilft wie er zweifellos die Industrie, vor allem aber die Arbeiterschaft schädigt, welche durch schlechtere Lebenshaltung oder geminderte Arbeitsmöglichkeit oder durch beides zusammen für den Schutz der Landwirtschaft zahlen muß.

Es ist nun zweifellos so, daß eine Einfuhr von Landwirtschaftsprodukten, welche auf günstigerem Boden oder unter günstigerem Klima als im eigenen Lande herrschen, erzeugt sind, eine Existenzbedrohung für die Landwirtschaft sein kann. In Deutschland, dessen Klima- und Bodenverhältnisse im Durchschnitt keine günstigen sind, kann diese Drohung besonders schwer werden. In gewissem Maße lassen sich solche ungünstigen Bedingungen ausgleichen 1. durch wissenschaftliche Forschung über Produktions-

eignung bestimmter Gebiete, über Ausgleichsmöglichkeiten (Düngung, Züchtung geeigneter Pflanzen- und Tierarten usw.; 2. durch die intensive Bildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses; 3. durch Spezialisierung und Normalisierung der Produktion (Beschränkung auf die Herstellung bestimmter Produkte und ganz gleichmäßige Erzeugung bestimmter Massenartikel. Beispiele sind kalifornische Äpfel, niederländischer Blumenkohl, dänischer Schinkenspeck und Butter, Schweizer Käse usw.); 4. durch genossenschaftliche Regelung des Vertriebs unter Ausschaltung des verteuernden Zwischenhandels und durch eine Reihe anderer Maßnahmen. In allen diesen Dingen ist Deutschland, wenn wir von wenigen beschränkten Gebieten absehen, sehr weit zurück und der Schutzzoll hindert, daß man hier die erforderlichen Anstrengungen macht.

Aber alle natürlichen Ungleichheiten lassen sich auf diese Weise nicht beseitigen. Und es wird mehr und mehr bei der Entwicklung der Weltproduktion dahin kommen, daß gewisse Produkte sich in Deutschland nicht rentabel produzieren lassen. Kann man den Boden alsdann nicht durch die Produktion anderer Erzeugnisse rentabel machen, so stehen wir innerhalb der kapitalistischen Produktion vor einer unlösbaren Aufgabe. Nicht so in einer internationalen sozialistischen Produktion. Hier kommt es ja nicht mehr darauf an, daß ein bestimmter Boden eine Grundrente abwirft, sondern darauf, daß nach einem allgemeinen Plane genügend Lebensmittel und Bedarfsmittel für die Menschen erzeugt werden. Geschieht das auf einem bestimmten Maß guten Bodens hinreichend, so wird man sinnvollerweise sich nicht mit den minderen Böden plagen, sondern diese anderen Bestimmungen als Weide, Wald, als Parks, Gärten, Erholungs- und Sportplätzen zuführen.

Für diese Regelung ist freilich die Voraussetzung eine internationale Planwirtschaft, eine gesellschaftliche Produktion für den Bedarf ohne Rücksicht auf Profit und Grundrente und ein gesellschaftliches Verfügungsrecht über Grund und Boden.

Von dem allen scheinen wir noch sehr weit entfernt zu sein. Aber wie so oft kann auch hier der Schein trügen. Die Entwicklung geht sehr schnell. Jedenfalls haben wir uns einer Voraussetzung sozialistischer Agrar-Wirtschaft in den letzten Jahren sehr schnell genähert: die Produktivität landwirtschaftlicher Arbeit ist in ungeahntem Maße gestiegen. Damit aber nähert sich sichtlich der Zeitpunkt, an welchem die private Wirtschaft mit dieser gesteigerten Produktivität nicht mehr fertig werden kann, die zu ihrem Ruin, statt zu ihrem Heile sich auswirkt. Die Produktionsverhältnisse werden damit zu Fesseln der Produktivkräfte, die zu

stark geworden sind und den Rahmen der privaten Wirtschaft sprengen. Damit aber ist dann in der Landwirtschaft die Situation der sozialen Revolution gegeben.

Wir haben also allen Anlaß, uns von einer Politik abzuwenden, welche die landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft ordnen will. Es ergibt sich, daß eine Ordnung, die Dauer verspricht und sich nicht zum Schaden anderer Wirtschaftszweige auswirkt, auf dem Boden der Privatwirtschaft nicht möglich ist. Daß wir vielmehr ein Agrarprogramm aufzustellen haben, das bewußt über die Grenzen der heutigen Wirtschaft hinausgeht und schon für die Gegenwart und in der heutigen Wirtschaft alle Maßnahmen unterstützt, welche auf eine gesellschaftlich geleitete Agrarproduktion mit internationaler Planung und ungehemmtem Austausch der landwirtschaftlichen Produkte hinarbeitet. Dabei wird je nach der Art der Produktion eine verschiedenartige Organisation der Betriebe zweifellos sich notwendig erweisen. Nicht für jede Art der Produkte ist der Großbetrieb die günstigste Betriebsform. Gemüse- und Obstbau, sowie verschiedene Arten der Viezucht scheinen in kleinen und mittleren Betrieben bei genossenschaftlicher Organisation die günstigsten Produktionsbedingungen zu finden. Dagegen ergibt sich für den Getreidebau wohl mehr und mehr der bedeutende Vorzug des rationalisierten und normalisierten Großbetriebes, wenigstens für eine absehbare Zukunft, in welcher der Menschheit hinreichende Getreideböden zur Verfügung stehen, so daß eine Überintensivierung des Ackerbaus mit unverhältnismäßig starker Verwendung menschlicher Arbeit, die bei Bodenknappheit unter Umständen notwendig sein würde, in der Weltwirtschaft überflüssig und unproduktive Arbeitsvergeudung ist.

Die Einzelheiten eines solchen Agrarprogramms sind in einer Sonderuntersuchung an Hand des sozialdemokratischen Programms zu besprechen. Sie liegen jenseits des Rahmens dieser Schrift. Hervorgehoben sei nur, daß seiner Verwirklichung innerhalb der heutigen Verhältnisse sich nicht nur die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse entgegenstellen, sondern auch die ungemeine Unsicherheit der agrarischen Produktion. Diese wird nur teilweise bedingt durch die natürlichen Schwankungen zwischen günstigen und ungünstigen Erntejahren, weit mehr dadurch, daß diese Schwankungen in der Produktion, welche sich in einer Bedarfswirtschaft sehr wohl durch Lagerung und Konservierung

überschüssiger Erntemassen ausgleichen ließen, in der kapitalistischen Wirtschaft Anlaß zu den wildesten Spekulationen und im Anschluß daran zu willkürlichem Vernichten der Ernte oder zu sachlich nicht, sondern nur spekulativ begründetem Einschränken der Produktion geben. Auf keinem Gebiet wirkt sich das ausschließliche spekulative Profitinteresse der Kapitalisten so verhänignisvoll aus wie auf diesem. Die Massenvernichtung von Getreide, Baumwolle, Vieh, Kaffee usw., um die Preise zu steigern, während Millionen ihr Nahrungs- und Kleidungsbedürfnis nicht befriedigen können, wirkt selbst auf wirtschaftlich Unwissende und politisch Gleichgültige aufreizend und erbitternd.

Diese willkürlichen Manipulationen, welche das Gegenteil einer vernünftigen Planwirtschaft darstellen, schafft eine allgemeine Unsicherheit. Hinzu kommt die sehr schwer zu berechnende Wirkung, welche die Rationalisierung der landwirtschaftlichen Technik und Betriebsform weiterhin auf den Agrarmarkt ausüben muß. Der größte Unsicherheitsfaktor ist hier Rußland. Als größtes geschlossenes Agrargebiet der Welt mit ungeheuren Entwicklungsmöglichkeiten hat es bereits auf dem Markte eine entscheidende Rolle gespielt und wird das in Zukunft zweifellos noch weit mehr tun. Wie rasch aber und mit welchen Schwankungen es wohl seine Produktion wie seinen Export wird steigern können, das hängt von so vielen ungewissen Faktoren, seiner wirtschaftlichen und politischen Entwicklung ab, daß eine Voraussage unmöglich ist.

Nur das Schlußergebnis läßt sich mit Gewißheit vorherbestimmen, nämlich daß die Erschließung ungeheurer agrarischer Gebiete in Rußland, Nord- und Südamerika, Australien für wissenschaftlich betriebene Großproduktion aller landwirtschaftlichen Massenartikel die volle Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse auf internationaler Grundlage in ungeahntem Maße ermöglichen wird, wobei wir ohne weiteres die Voraussetzung machen können, daß infolge der Befreiungsbewegungen von Arbeitern und armen Bauern in der ganzen Welt auch der Bedarf sich ungeheuer steigern wird. Diese Entwicklung wird einerseits das System der agrarischen Schutzzölle unerträglich machen, andererseits eine Spezialisierung der einzelnen Erdgebiete auf die gerade in ihnen günstigsten Produktionszweige, welche sich nur durchführen läßt bei: 1. internationaler Planung; 2. genossenschaftlicher Produktion; 3. staatlichem Ausgleich, um ungünstigere Böden und Klimate produktiv zu erhalten, soweit es das Interesse der Gesellschaft erfordert, infolgedessen auch 4. gesellschaftliche Regelung des Vertriebes. Alles das ist ebenso unvermeidlich, wie es bei privatem Besitz von Grund und Boden und

individueller, kapitalistischer Regelung der Produktion unmöglich ist. Die objektive Situation der sozialen Revolution ist also gerade bei der Agrarkrise scharf und unmittelbar gegeben. Ihr entspricht aber nicht die Bewußtseinsreife der landwirtschaftlichen Produzenten. Nicht nur der Großgrundbesitzer und Großbauer widerstrebt jeder sozialistischen Regelung, sondern auch der mittlere und Kleinbauer ist von einem solchen Gedanken himmelweit entfernt. Er glaubt im „Schutz der nationalen Arbeit", also in stets erhöhten Zollschranken die Rettung aus der Krise zu finden. Erst das heute schon deutlich sichtbare Versagen dieser Politik kann ihn für andere Lösungsversuche umstimmen. Wenn aber dieser Umschwung eintritt, und er wird unvermeidbar sein, dann bedarf die Arbeiterschaft einer klaren Theorie, auf welche sie ebenso klare praktische Forderungen gründen kann.

Eine Vergleichung des Agrarprogramms der deutschen Sozialdemokratie mit dem Linzer Programm der österreichischen Bruderpartei würde zeigen, welche verschiedenen Lösungsversuche die verschiedene theoretische Einstellung zeitigt, zugleich aber auch, welche Schwierigkeiten sich für die deutsche Sozialdemokratie aus der theoretischen Unbestimmtheit des Heidelberger Programms in diesem Punkte ergeben haben.

II. Die Prosperitätstheorie und die Krise des Kapitalismus

Die politische Epoche, an deren Ende wir heute stehen, wird wirtschaftstheoretisch beherrscht von der Theorie der kapitalistischen Prosperität, das heißt von der Auffassung, daß in der Periode des vollentwickelten Kapitalismus es möglich sei, die Krisen, welche jeder kapitalistischen Konjunktur folgen, in ihrer Aufeinanderfolge zu verlangsamen, in ihrer Schwere herabzumindern und in ihrer Dauer zu verkürzen. Man sah die Möglichkeit dazu einerseits gegeben in der weitgehenden Ausschaltung der freien Konkurrenz durch die kapitalistischen Monopole und anderseits durch die steigende Beteiligung der Arbeiter an dem sozialen Produkte. Wie man überhaupt in Amerika die vollkommenste Form kapitalistischer organisierter Produktion bewunderte, so fand man in Ford das Musterbeispiel eines sozialen Kapitalisten. Sein Entlohnungs- und Prämiensystem wurde bewundert als Vorbild für die Beteiligung der Arbeiterschaft am steigenden Ertrag der Produktion, durch das es gelinge, die Unterkonsumtion, diese bis dahin mit dem Kapitalismus dauernd verbundene Erscheinung der falschen Ertragsverteilung zu überwinden. Für die deutsche Sozialdemokratie ergab sich damit die Aufgabe, das, was in Amerika der Verstand der Kapitalisten anscheinend selbsttätig ge-

funden, durch die politische Macht der Arbeiterschaft zu erreichen. Der politische Lohn, das heißt ein Lohn, der nicht im wirtschaftlichen Kampf zwischen Unternehmer und Arbeiter zustande gekommen, sondern auf den der Staat regelnden Einfluß genommen unter dem Druck der sozialistischen Parteien, sollte dieser gerechten Verteilung dienen. Die Sozialversicherung als zweites Glied dieser Politik der Verteilungssicherung war bestimmt, einen weiteren Teil des Arbeitsertrages gleichmäßig größten Massen zuzuführen. Als letztes Glied dieser Kette erschien die Sozialpolitik der öffentlichen Hand, von Reich, Ländern und Gemeinden. Man glaubte durch Einflußnahme auf diese beiden Sektoren der Wirtschaftsverteilung und dem von der Verteilung abhängigen Konsum eine dauernde stabile Nachfrage schaffen zu können, welche der Wirtschaft den Absatz ihrer durch die Rationalisierung gesteigerten Produktion sicherte. Die Organisation dieser Produktion selbst meinte man beim Kapital in guten Händen. Diesem blieb die Kreditleitung, der Aufbau des Produktionsapparates, die Produnktionsplanung, die Verteilung der Produktionsquote überlassen. Nur allmählich, aber um so sicherer meinte man durch den Aufbau von Betrieben der öffentlichen Hand sowie von genossenschaftlich organisierten Betrieben auch in diesem Sektor sozialistische, das heißt gemeinwirtschaftliche Elemente einbauen zu können.

Diese ganze Theorie war zwar im Görlitzer Programm (1922) schon sehr deutlich zum Ausdruck gekommen, hatte sich aber in der Partei noch keineswegs voll durchgesetzt, als das Heidelberger Programm (1925) angenommen wurde. Dieses ist in seinem grundsätzlichen Teil deswegen zu dieser Frage ebenso schweigsam wie zur Frage der Agrarwirtschaft. Was es als wesentliche Punkte hervorhebt für die kapitalistische Wirtschaft ist: 1. die Tendenz zum Lohndruck, welche den Gegendruck der Arbeiterschaft hervorruft, 2. die Tendenz zur kapitalistischen Konzentration im Finanzkapital, welche durch die politische Pression, die sie ausübt, die Gegenwirkung der Arbeiterschaft im Staate fordert, 3. die imperialistischen Tendenzen mit ihren Kriegsdrohungen. Daß „kapitalistische Anarchie Krisen gebiert, wird festgestellt, aber es verlautet nichts darüber, ob und wie weit ein „organisierter Kapitalismus“ Anarchie und Krisengefahr beseitigen könne.

An diesem Punkte aber setzt dann die politische Entwicklung der Partei ein, die also ebenso wie in der Agrarfrage nicht durch eine positive Haltung des Programms, sondern durch das völlige Fehlen eines solchen ermöglicht wurde. Und hier steht demnach eine Hauptaufgabe für ein neues Programm.

Das erste Buch der Marxistischen Büchergemeinde*) ist ganz und gar der Untersuchung über die Ursachen und den Charakter der heutigen Krise gewidmet. Es ist weder Raum noch Anlaß, an dieser Stelle diese Untersuchungen zu wiederholen. Es genügt auch durchaus, das Ergebnis festzustellen, das nicht nur diese Untersuchung, sondern jede Betrachtung dieser Krise gibt: die teilweise Ausschaltung der freien Konkurrenz, die den heutigen Spätkapitalismus kennzeichnet, beseitigt nicht die kapitalistische Anarchie, macht vielmehr ihre Wirkungen um so verheerender, je mehr die natürlichen Wirkungen kapitalistischer Überproduktion, Preissturz und Kapitalvernichtung, künstlich ausgeschaltet werden oder ihr Eintreten verzögert wird. Teilorganisation erweist sich also als krisenverschleppend, aber zugleich als krisenverschärfend. Nur eine vollkommen planwirtschaftlich durchorganisierte Wirtschaft, in welcher Produktion, Verteilung und Konsum völlig auf einander abgestimmt wären, würde Krisen ausschalten können. Eine solche Wirtschaft aber ist keine kapitalistische mehr. Sie setzt Maßnahmen voraus, die nur auf dem Boden internationaler wirtschaftlicher Organisation und nicht mehr durch private Verständigung auch der größten Wirtschaftskonzerne erreichbar und vollziehbar sind. Im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft aber ist ein Zurück zur freien Konkurrenz heute undenkbarer als je. Wir können daher nicht einmal den Zustand der früheren kapitalistischen Epochen erreichen, sondern müssen damit rechnen, daß die Krisen ihren geänderten schweren Dauercharakter behalten und steigern werden. Der Kapitalismus ist, um das vielgebrauchte und mißbrauchte Bild zu verwenden, eine Krankheit am Wirtschaftskörper geworden, die in ein neues schweres Stadium getreten ist. Die Krankheitssymtome erfordern daher eine neue und eingreifendere Behandlung.

Ganz abwegig und vollkommen müßig ist in dieser Situation die Frage, ob es sich um „d i e Krise“ oder um „e i n e Krise des Kapitalismus“ handle, ob in der gegenwärtigen Krise bereits der Zusammenbruch des Kapitalismus sich vollziehe, oder ob noch mit einer möglichen neuen Konjunktur zu rechnen sei. So einfach vollziehen sich gesellschaftliche Entwicklungen nicht. Und diese Frage ist nicht eine rein wirtschaftliche, sondern eine umfassende gesellschaftliche Frage.

Man bekämpft schon seit langem die Krise nicht mehr mit wirtschaftlichen, sondern mit politischen Maßnahmen. Die staatlichen Eingriffe in die Kreditgebarung, in den Produktionsablauf, die Verteilung und den Konsum sind die mannigfaltigsten.

*) „Die Krise des Kapitalismus und die Aufgabe der Arbeiterklasse“, Verlag der Freien Verlags-Gesellschaft m. b. H.

Kreditgarantien, Subventionen, Devisenordnung, Zollpolitik und Tarifpolitik durch die amtlichen Schiedssprüche greifen aufs tiefste in den Ablauf der Dinge ein, und zwar durchweg in der Richtung einer künstlichen Stützung der privaten Wirtschaft, der man öffentliche Mittel zuführt, ohne eine Kontrolle auch nur im entferntesten anzustreben. So ist es möglich, daß die Wirtschaft immer wieder durch diese künstlichen Stützungen angekurbelt wird, bis der Punkt erreicht ist, wo auch die staatlichen Mittel versagen und der staatliche Bankerott die private Wirtschaft in eine gemeinsame Katastrophe mit hineinreißt. Aber auch in einem solchen Moment ist die objektiv gegebene Situation einer sozialen Revolution nur zu verwirklichen, wenn die ideologischen Voraussetzungen dafür vorhanden sind, das heißt, wenn die breiten Massen der Arbeiter- und Angestelltenschaft bereit und fähig sind zur politischen Machtergreifung und zu ihrer Ausnutzung, um die Kontrolle über die Produktion zu gewinnen und diese umzustellen auf gesellschaftliche Planung und Bedarfsdeckung.

Dazu fehlt noch so gut wie alles. Die wirtschaftliche Krise ist politisch nicht dem Sozialismus, sondern der nationalsozialistischen Reaktion zugute gekommen, und deren Kraft ist heute so groß, daß sie jeden Schritt auf den Sozialismus zu verhindern kann und die Macht des Staates restlos in den Dienst einer Stützung des zusammenbrechenden Kapitalismus einzustellen vermag. Alle vom Staat aus in der nächsten Zeit zu erwartenden Maßnahmen werden dieser Stützung dienen und werden, abgesehen von den wirtschaftlichen Stützungsmaßnahmen, dahin zielen, die vorhandenen Organisationen der Arbeiterschaft entweder zu zerschlagen oder widerstandsunfähig zu machen. Nicht nur eine Möglichkeit, sondern die höchste Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß auf Grund solcher staatlichen Hilfsaktionen der Kapitalismus imstande sein wird, sich auf der Basis einer geschrumpften Produktion und unter Aufopferung seiner schwächeren Glieder vorübergehend und gestützt auf die Sturmtrupps eines offenen (Deutschland) oder versteckten (England) Faschismus für eine Zeitlang zu stabilisieren. Es ist allerdings wahrscheinlich, wenn nicht sicher, daß eine erhebliche Reservearmee von Erwerbslosen auch dann bestehen bleibt und lohndrückend wirkt, daß die Kaufkraft der Massen sich also nicht so erholt, wie es zur Wiederherstellung einer vollen Konjunktur notwendig wäre, daß also schon nach kurzer Zeit und mit wachsender Schärfe die Krisensituation sich wiederholt. Mit andern Worten: *Wir stehen aller Wahrscheinlichkeit nach vor einer Epoche, in welcher die Wirtschaft bei anhaltend sinkender Prosperität gesteigerte Krisenneigung auf-*

w e i s e n w i r d , i n w e l c h e r d a s K r a n k h e i t s b i l d d e r W i r t s c h a f t s t e i g e n d e u n d s c h n e l l a u f e i n a n d e r - f o l g e n d e F i e b e r k u r v e n d e r K r i s e a u f w e i s e n w i r d , w ä h r e n d d i e N o r m a l t e m p e r a t u r e i n e r v o l l e n K o n j u n k t u r n i c h t m e h r e r r e i c h t w i r d.

Aber theoretisch besteht durchaus die Möglichkeit, daß diese Entwicklung wenigstens in Europa bei wachsender Schwäche der Arbeiterschaft zu wirtschaftlichen Rückbildungen, wirtschaftlicher Schrumpfung und Versumpfung führt, und daß das Schwergewicht wirtschaftlichen Geschehens aus Europa nach anderen Erdgebieten sich verlagert, während in Europa Stagnation eintritt, mit ihren Wirkungen dauernden Elends, Bevölkerungsrückgangs und kulturellen Zerfalls.

Die Vermeidung dieser Rückbildung hängt durchaus von der Möglichkeit ab, die Arbeiterschaft organisatorisch zusammenzuhalten und ihren Willen zur Machtgewinnung und Überwindung des Kapitalismus zu mobilisieren.

In der vergangenen Epoche ist das versäumt worden auf Grund der falschen Orientierung, welche eine dauernde Prosperität des Kapitalismus voraussetzte und in ihr ein langsames Hineinwachsen in den Sozialismus. Ein solches hätte vom Proletariat allerdings Kampfbereitschaft verlangt, aber nur Kampfbereitschaft für Einzelziele, welche sofortige, unmittelbar greifbare Vorteile auch für den einzelnen Proletarier mit sich brachten: Lohnerhöhung, gebesserte Versicherung, Ausbau sozialer Einrichtungen. Das individuelle Interesse wurde gleichgesetzt mit dem allgemeinen und an die Opferbereitschaft und den Weitblick des Proletariats nicht die mindesten Anforderungen gestellt. Das hat sich gründlich geändert. Die Aussicht ohne eine Zwischenperiode schwerer Opfer, Entbehrungen und Kämpfe „an Freundes Hand vergnügt und froh ins bessere Land“ des Sozialismus einzuziehen, müssen wir endgültig begraben. Wir haben die Pflicht dem Proletariat zu sagen, daß es unvermeidlich in eine Periode der Not und Entbehrung hineinwandert, und daß die Wahl nur steht zwischen passivem Erdulden einer steigenden Verelendung und opfervollem Kampfe um eine bessere Zukunft. Wir werden uns gewöhnen müssen statt der abschreckenden Elendsbilder aus Sowjetrußland mit dem Motto: „Wieviel besser hat es doch der Arbeiter im europäischen Kapitalismus“ dem deutschen Proletarier zu sagen: „Soviel vermag das Proletariat zu ertragen, wenn es um seine Zukunft kämpft.“

D a h e r b r a u c h e n w i r e i n P r o g r a m m , d a ß d i e s e Z u s a m m e n h ä n g e a u f z e i g t : d e n N i e d e r g a n g d e r W i r t s c h a f t u n t e r d e n z u e n g g e w o r d e n e n F e s -

seln der kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse, die steigende Schwere der Krisen, die drohende Versumpfung und die Bedingung, unter welcher ein Umschwung erreicht werden kann und die objektiv revolutionäre Lage zu einer revolutionären Realität gesteigert werden kann: die Schaffung eines kampfbereiten und kampffähigen Proletariats.

Das bedeutet keineswegs ein Verzichten auf Einzelmaßnahmen, keinen Verzicht also auf Aktionsprogramme, welche auf die Gegenwart gerichtet sind, aber allerdings die Erkenntnis, daß jede derartige Einzelmaßnahme, mag es sich um Lohnsteigerung, Versicherung, Sozialpolitik handeln, oder um Kreditkontrolle und Leitung, um Produktionsplanung, um geregelte Verteilung, konsequent durchgeführt zur Sprengung der kapitalistischen Wirtschaft führt. Mit anderen Worten, daß der Sozialismus auch dann, wenn er sogenannte reformistische Maßnahmen verficht, nicht als „Arzt des Kapitalismus" fungiert, sondern als ein Arzt, der durch seine Maßnahmen die Krise der Krankheit, an welcher die Wirtschaft leidet, die Krise des Kapitalismus beschleunigt und verschärft, um den Heilungsprozeß schneller und vor der tödlichen Schwächung des Patienten durch den Krankheitsprozeß einzuleiten. Es würde verhängnisvoll sein, wenn wir vorübergehende Besserung als eine Aufforderung nehmen würden, uns nun erneut auf einen Dauerzustand einzurichten, während in Wahrheit der Fortschritt der wirtschaftlichen Revolution sich beschleunigen und uns nicht mehr die mindeste Zeit zum Abwarten gönnen wird.

Diese Sachlage und die daraus sich ergebenden Forderungen zu einem klaren Ausdruck zu bringen, wird eine Hauptaufgabe des neuen Programms sein müssen, wobei freilich nicht der Glaube geweckt werden darf, als gebe es ein Generalrezept politischen Verhaltens, das für jede Situation anwendbar sei. Unsere Aktion muß notwendig abhängen von der jeweiligen Stärke beider Fronten im Klassenkampf. Schwäche der proletarischen Front bedeutet Stärke der kapitalistischen und umgekehrt. Die politische Schwäche der Arbeiterschaft wiegt heute die wirtschaftliche Schwäche der kapitalistischen Front auf und macht uns unfähig, die gegebene Lage auszunützen. Es wird von unserer Arbeit abhängen, wie weit in Zukunft diese Situation in ihr Gegenteil verkehrt werden kann, wie bald also die objektive

Situation mit der willens- und erkenntnismäßigen Bereitschaft des Proletariats zusammenfallen wird. Erst dann wird man davon reden dürfen, daß die kapitalistische Krise zur Krise des Kapitalismus umschlage, daß der latente Widerstreit zwischen Produktionskräften und Produktionsverhältnissen die soziale Revolution heraufführe.

III. Die politische Demokratie

Während wir in der Agrarfrage und Krisenfrage ein Ausweichen des Heidelberger Programms feststellen mußten, das Lücken schuf, in denen eine opportunistische Tagespolitik Raum zur Entfaltung fand, welche ohne Rücksicht auf die Gesamtentwicklung von Augenblick zu Augenblick eine Flickwerkpolitik betrieb, steht es in der Frage der politischen Demokratie umgekehrt. Hier liegt der Mangel des Programms nicht in einem Zuwenig, sondern Zuviel, nicht im Fehlen richtunggebender Grundsätze, sondern darin, daß die grundsätzliche Richtungsangabe erfolgt auf Grund einer falschen Tatsachendeutung. Das hat womöglich noch mehr und größere Verwirrung angerichtet als die vorher besprochenen Lücken des Programms.

Das Heidelberger Programm setzt voraus, daß in Deutschland der Kampfboden der Demokratie vom Proletariat bereits erobert sei durch die Schaffung der deutschen Republik, und daß es sich politisch nur handle um die Erhaltung und den Ausbau einer vorhandenen Demokratie. Ich habe oben in der Kritik des Programms gezeigt, daß das ein Irrtum ist, daß wir jederzeit in einer kapitalistischen Gesellschaft nur demokratische Ansätze haben, daß aber in der deutschen Republik diese Ansätze von Anfang an sehr schwach waren gegenüber den realen Machtfaktoren, welche antidemokratisch wirkten, und daß die Entwicklung des letzten Jahres von allen diesen Ansätzen in der Wirklichkeit (nicht auf dem Papiere) nichts anderes übergelassen habe als das Koalitionsrecht und Reste einer sehr bedrohten Presse- und Agitationsfreiheit.

Dieser Widerspruch der sozialdemokratischen Theorie mit der Wirklichkeit, der daraus erwachsende Widerspruch zwischen der Täuschung, man lebe unter einer Demokratie, und der dauernd empfundenen antidemokratischen Vergewaltigung hat eine sehr verhängnisvolle Verworrenheit im Proletariat hervorgerufen.

Die auch in der Sozialdemokratie sehr verbreitete, wenngleich offiziell nicht zugelassene antidemokratische Auffassung folgert so: „Das wesentliche Kennzeichen der Demokratie ist das Parlament als Träger der Gesetzgebung und der Verwaltungskontrolle.

Dieser Parlamentarismus hat sich nicht nur in Deutschland, sondern überall im Gebiete des europäisch-amerikanischen Kapitalismus als Stütze der bestehenden Gesellschaft erwiesen. Als sozialistischer Faktor hat er überall versagt. Wir haben nirgend sozialistische Parlamentsmehrheiten erzielt. Wo starke Minderheiten vorhanden waren und die Regierung entweder in Koalitionen mit bürgerlichen Parteien ging (Deutschland) oder sich von bürgerlichen Parteien bei der Regierungsübernahme abhängig machten (England), hat das nirgends zu sozialistischen Fortschritten, sondern ganz regelmäßig zu einer Schwächung und Diskreditierung des Sozialismus geführt. Es ist weder gelungen, eine sozialistische Gesetzgebung durchzuführen, noch die Verwaltung umzustellen, noch die Wehrmacht zu beeinflussen. Alle diese Mächte haben trotz der parlamentarischen Arbeit gegen die Arbeiterschaft gearbeitet. Der Parlamentarismus arbeitet daher gegen das Proletariat, und die parlamentarische Demokratie erweist sich als Mittel der kapitalistischen Diktatur über das Proletariat. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, sie zu ersetzen durch die proletarische Diktatur nach dem Muster Rußlands, also an Stelle des Parlaments das Rätesystem, an Stelle der demokratischen Pressefreiheit die proletarische Zensur, an Stelle der Koalitionsfreiheit das ausschließliche Koalitionsrecht proletarischer Organisationen."

Dieser ganze Gedankengang geht von zwei Fehlschlüssen aus: Erstens, daß der in parlamentarisch geleiteten Republiken kapitalistischer Länder bestehende Zustand eine Demokratie sei; zweitens, daß die Schwäche des Proletariats in solchen parlamentarischen Staaten durch die demokratischen Einrichtungen verursacht werde und mit ihnen verschwinden müsse, daß also mit der Beseitigung der sogenannten parlamentarischen Demokratie die proletarische Diktatur ihrer Verwirklichung näher sei.

Anlaß zu diesen Fehlschlüssen gibt das Beispiel Rußlands, wo in der Tat die parlamentarische Demokratie beseitigt wurde, um einer bestimmten Form proletarischer Diktatur Platz zu machen. Diese Form erscheint nun als das nachzuahmende Musterbild aller proletarischen Diktaturen.

Darauf ist festzustellen: Sowenig wie es ein Generalrezept gibt für den Eintritt der Krise des Kapitalismus und für die soziale Revolution, so wenig gibt es ein Generalrezept für die Formen der proletarischen Diktatur. Was wir mit Sicherheit wissen, ist nur dies eine, daß diese Formen wechseln müssen, je nach der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft, welche von der Revo-

lution ergriffen wird, und weiter, daß dementsprechend die russischen Formen für eine europäische Gesellschaft nicht anwendbar sind.

Die russische Revolution stieß auf eine Gesellschaft, in welcher das industrielle Proletariat einen sehr geringen Prozentsatz der Bevölkerung umfaßte. Noch geringer war der Prozentsatz der geschulten und politisch aktiven Proletarier. Die Bourgeoisie war sehr schwach entwickelt, bildete dafür, entsprechend dem kapitalistischen Frühzustand, in dem sich Rußland befand, eine sehr kompakte, in sich wenig differenzierte und noch nicht der Zersetzung ausgelieferte Masse. Die große Menge des Volkes aber bestand aus der Bauernschaft, welche völlig ungeschult, über ein ungeheures Gebiet mit geringen Verkehrsmöglichkeiten verstreut, unter sich kulturell und sprachlich weit geschieden, weder zu nationalem noch zu Klassenbewußtsein geweckt, nur Objekt, nicht Träger einer politischen oder gesellschaftlichen Bewegung sein konnte. In einer solchen Gesellschaft, die darüber hinaus seit Jahrhunderten gewöhnt war an die autokratischen Verwaltungsmethoden der zaristischen Bürokratie, war ein durchaus autokratisches System, das die Selbstverwaltung nur unter schärfster Kontrolle einer zentralistischen Bürokratie zuließ, etwas Gewohntes, das daher nur auf geringen Widerstand stoßen konnte. Die bürokratisch-zentralistischen Methoden der Bolschewiki waren also durchführbar. Demokratische Methoden aber, welche eine Selbstverwaltung der Majorität durchführen, waren nicht durchführbar, weil proletarische Massen, die ihre Träger sein konnten, fehlten. Wir können von uns aus nicht übersehen, wie weit es der zentralistischen Leitung in Rußland gelingt, die Massen der Bauern und Arbeiter so zu schulen, daß sie für die Zukunft als Träger einer solchen Selbstverwaltung in Frage kommen. Daß die Entwicklung in Rußland diesen Weg zu einer demokratischen Selbstverwaltung gehen muß, ist sicher, auf welchen Umwegen und unter welchen Hemmungen sie dies Ziel erreichen wird, läßt sich indes sehr schwer voraussagen.

In Europa liegen die Dinge grundlegend anders. Eine Jahrhunderte alte kapitalistische Entwicklung hat in allen Industrieländern ein gewerbliches und kommerzielles Proletariat geschaffen, das eine erhebliche Majorität der Bevölkerung bildet. Die parallel laufende politische Entwicklung hat politische Schulung, politisches Interesse, politische Aktivität (mag sie auch noch so törichter Art sein) in der ganzen Bevölkerung geschaffen. Ein Volk, bei dem 90 und mehr Prozent der Wahlberechtigten sich an den Wahlen beteiligen, ist nicht mehr in eine völlige politische Passivität zurückzudrängen. Das sehr starke Bürger-

tum, durch Jahrhunderte an die wirtschaftliche Herrschaft gewöhnt, selbst in Deutschland seit Jahrzehnten gesellschaftlich herrschend und am politischen Einfluß wenigstens teilhabend, wird jetzt durch die Entwicklung zersetzt, wirtschaftlich proletarisiert, ideologisch völlig entwurzelt, zugleich aber zu einer gefühlsmäßig bestimmten Aktivität aufgepeitscht. Ganz Ähnliches gilt von der Bauernschaft.

In einer solchen Gesellschaft, in welcher darüber hinaus alle Mittel des Verkehrs aufs höchste ausgebildet sind, so daß eine wirksame Kontrolle des Meinungsaustausches auch von der ausgebildetsten Polizeimacht nicht durchzuführen ist, sind die Formen der russischen Diktatur des Proletariats nicht anwendbar. Sie sind darüber hinaus auch durchaus nicht notwendig.

Wir haben heute eine ausgesprochene bürgerliche Diktatur über das Proletariat, welche sich zum Teil in demokratischen Formen auswirken kann, weil die wirtschaftliche Herrschaft der Bourgeoisie und die politische durch die Novemberrevolution nicht unterbrochene Überlieferung der Bourgeoisie die Kontrolle über die wichtigsten Machtfaktoren und Propagandamittel gibt: über Verwaltung, Justiz, Polizei und Wehrmacht auf der einen, über Presse, Literatur, Kunst, Wissenschaft und Erziehung auf der anderen Seite.

Je mehr eine freie, von der kapitalistischen Wirtschaft nicht beeinflußte, je mehr eine demokratische Verwendung dieser Macht- und Propagandamittel sich durchsetzt, desto sicherer muß das Proletariat zum Klassenbewußtsein, der proletarische Mittelstand zur Loslösung von der bürgerlichen Ideologie kommen, desto sicherer also muß die Majorität sich gegen den Kapitalismus wenden. Mit anderen Worten: in einer Gesellschaft, wie die europäischen Industrieländer, wie auch Deutschland sie aufweist, sind, im Gegensatz zu Rußland, die Mittel der Demokratie: Koalitionsfreiheit, Pressefreiheit, Wahlfreiheit aus Mitteln der bürgerlichen Diktatur in solche der proletarischen Revolution umzuwandeln. Das ist möglich auf Grund der fortschreitenden Organisation des Proletariats. Und nur auf diesem Wege läßt sich die Machtergreifung des Proletariats vorbereiten.

Wer glaubt, dieser Weg sei nicht gangbar, dem bleibt nur der Weg der Verschwörung und des Putsches, das heißt, er fällt von marxistischer Auffassung zurück in primitiv utopische.

Allerdings ist es ein Irrtum, zu glauben, demokratische Mittel zur Revolutionierung der Massen anwenden, heiße die Gewalt ausschalten. Ob und wie weit sich die soziale Revolution gewaltlos verwirklichen läßt, hängt sowohl von der Kraft der Bourgeoisie wie von der des organisierten Proletariats ab. Je

stärker die erstere, je schwächer das zweite, desto blutiger und gewaltsamer wird der Kampf sein. Wir können die Gewalt nicht grundsätzlich ausschalten, weil das nicht von unserm Willen abhängt. Je stärker wir aber sind, desto geringer wird ihr Anteil an der Revolution, desto friedlicher wird die Entwicklung sein. Nicht das aufsteigende, seine und der Menschheit Befreiung anstrebende Proletariat hat Vorteil von Gewaltanwendung zu erwarten, sondern nur die sinkende, um ihre Herrscherstellung kämpfende Bourgeoisie. Das Proletariat kann die Gewaltanwendung aber nicht vermeiden, wenn sie ihm vom Gegner aufgezwungen wird und muß daher darauf gerüstet sein. So wenig also wie Gewaltanwendung im Gegensatz zur Demokratie steht, so wenig ist ein Gegensatz vorhanden zwischen Demokratie und proletarischer Diktatur. Der Übergangszustand der proletarischen Diktatur ist der Zustand, in welchem das zur Macht gelangte Proletariat die Klassenherrschaft der Bourgeoisie beseitigt, indem es die kapitalistische Wirtschaft unter gesellschaftliche Kontrolle, die Produktionsmittel in gesellschaftlichen Besitz überführt. Indem es dies tut, zerbricht es notwendigerweise gleichzeitig die Instrumente der bürgerlichen Diktatur und ersetzt sie durch Instrumente der proletarischen Selbstverwaltung. Demokratisierung der undemokratisch gebrauchten Macht- und Propagandamittel: Verwaltung, Justiz, Wehrmacht, Erziehung, Presse, Wissenschaft, Kunst und Literatur ist das Mittel, durch das die proletarische Diktatur ihr Ziel, die Aufhebung der Klassengesellschaft, erreicht.

Die Mittel des proletarischen Befreiungskampfes sind also ebenso demokratische Mittel, das heißt Mittel der Massenpropaganda, Massenorganisation und Massenselbstverwaltung, wie nach der Machtergreifung die Mittel der proletarischen Diktatur demokratische Mittel sein werden. Das erste dieser Mittel: „die Expropriation der Expropriateure", mit andern Worten, die Brechung der kapitalistischen Wirtschaftsdiktatur ist freilich die Voraussetzung dafür, daß die anderen Mittel wirken.

Um ein Beispiel zu gebrauchen: die Macht und der antidemokratische Einfluß der bürgerlichen Presse beruht darauf, daß sie vom Kapital ausgehalten wird. Das demokratische Mittel einer proletarischen Diktatur wird sein, die Presse durch gesetzliche Maßnahmen unabhängig zu machen und jede Einflußnahme des Kapitals auf sie als antidemokratisch und daher kontrarevolutionär zu verhindern. Das undemokratische Mittel würde die Einführung einer Pressezensur sein. Es ist sicher, daß dieses ebenso ver-

sagen würde, wie jenes wirksam sein wird. Was als Kern dieses Streites um Demokratie und Diktatur übrig bleibt, ist die Frage, die nach dem 9. November eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat, ob ein aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenes Parlament oder das Rätesystem ein besseres Mittel der Befreiungsaktion des Proletariats sei. Das ist keine grundsätzliche, sondern eine taktische Frage. Eines schließt das andere nicht aus. Es lassen sich Funktionen denken, für die aus Betriebswahlen hervorgegangene Räte die besseren Funktionäre sind, andere, für welche ein Parlament, das aus allgemeinen Wahlen hervorging, bessere Qualifikation besitzt. Ebenso mag für eine Periode diese, für eine andere jene Art der Vertreterwahl die richtigere sein. Ein verhängnisvoller Irrtum aber wäre es, anzunehmen, daß das Rätesystem an und für sich die Kraft besitze, reaktionäre Bewegungen auszuschalten. Das würde nur dann zutreffen, wenn ein klassenbewußtes, geeintes und geschultes Proletariat die Räte wählte. Ein solches Proletariat ist aber auch in Deutschland imstande, ein freigewähltes Parlament zu kontrollieren und zum Instrument der proletarischen Diktatur zu machen.

Wir dürfen nicht vergessen, daß es im Winter 1918 die „revolutionären" Arbeiter- und Soldatenräte waren, welche die revolutionäre Bewegung brachen und die Macht den antirevolutionären Mehrheitssozialisten auslieferten. Die konservative, unrevolutionäre Haltung der Mehrheit der Arbeiterschaft und ihre mangelnde sozialistische Schulung entschied über den Zusammenbruch der deutschen Revolution, lange bevor die Nationalversammlung zusammengetreten war. Die „revolutionären" Räte waren Ausdruck genau derselben politischen und wirtschaftlichen Einstellung, wie später die „kontrarevolutionäre" Nationalversammlung, und sie würden, wenn sie die Gelegenheit gehabt hätten, dem deutschen Volke wahrscheinlich ziemlich genau die gleiche Verfassung gegeben haben, wie das nachher die Koalition von Weimar tat.

Nicht also an solchen Organisationen, denen man hier und da eine mystische Kraft revolutionärer Wirkung zutraut, liegt der Erfolg einer proletarischen Diktatur, sondern an der Geschlossenheit, Entschlossenheit und nüchternen Erkenntnis des Proletariats. Diese eigentlichen Elemente aber der Wirkung erzielt man am sichersten mit den demokratischen Mitteln der Massenorganisation, Massenpropaganda und Massenaktivierung.

So ist also der Weg der proletarischen Machtergreifung und proletarischen Diktatur beschreitbar nur mit den Mitteln der Demokratie. Diese ist als Kampfmittel ebenso unentbehrlich

für das Proletariat, wie sie als soziale Demokratie Ziel des Kampfes ist. Nur eine Verworrenheit, welche die bürgerliche Diktatur unter demokratischer Hülle mit der Demokratie schlechthin gleichsetzt, kann die Mittel demokratischer Organisation und Propaganda gering einschätzen. Sie arbeitet damit dem Faschismus geradezu in die Hände.

Diese Verworrenheit befördert zu haben durch falsche Deutung der politischen Lage, ist einer der Hauptfehler des Heidelberger Programms. Ihn zu beseitigen, muß die Aufgabe der neuen Programmformulierung sein. In musterhafter Klarheit ist die Funktion der Demokratie und ihr Verhältnis zur proletarischen Diktatur dargestellt im Linzer Programm der Oesterreichischen Sozialdemokratie (1926), das deswegen in seinen entscheidenden Teilen im Anhang zum Abdruck gelangt.

IV. Die Internationale

Diejenigen Genossen, und es werden viele auch in den Reihen der Sozialdemokratie sein, welche das grundsätzliche Bekenntnis zur internationalen Zusammenarbeit der Völker des Heidelberger Programms für zu unbestimmt halten, werden gleichwohl fragen: Was ist an seine Stelle zu setzen? Man kann in einem grundsätzlichen Programm nicht einzelne Aktionsmaßnahmen vorschlagen. Diese gehören in das Aktionsprogramm und sind dort zu erörtern. Was aber ein grundsätzliches Programm zu leisten vermag und zu leisten hat, das ist, die Tatsachen und Entwicklungsgesetze herauszustellen, welche unser politisches Handeln zu bestimmen haben.

Auf internationalem Gebiet sind das folgende:

1. Die internationale Verflechtung der kapitalistischen Wirtschaft ist heute eine dermaßen enge, daß agrarische wie industrielle Produktion, Handel und Kredit aller Länder in gegenseitiger Abhängigkeit voneinander sind und jedes wirtschaftliche Geschehen in einem Lande auf die übrigen Länder mehr oder weniger starken Einfluß hat. Daher sind irgend welche wirtschaftliche oder soziale Erfolge der Arbeiterschaft auf die Dauer nur zu halten, wenn sie in internationalem Rahmen erkämpft werden. Es ist also eine weit engere Verbindung der Gewerkschaftsorganisationen zu erstreben und den einzelnen Ländersektionen zur Pflicht zu machen, daß sie die Aufmerksamkeit ihrer Mitglieder dauernd auf die internationalen Vorgänge im sozialen

Kampfe richten, um so die Ideologie zu schaffen, welche Voraussetzung einer internationalen Solidarität und Kampfbereitschaft ist.

2. In dem Maße, wie die europäisch-amerikanischen Demokratien sich entwickelt haben zu Exponenten der kapitalistischen Wirtschaft, sind ihre Regierungen immer offenkundiger Geschäftsträger und Beauftragte der Wirtschaftsherren geworden, was seinen Ausdruck findet sowohl in Personalunion zwischen Regierung und Wirtschaftsführung, wie in dauernder öffentlicher und geheimer Einflußnahme auf die politischen Entschlüsse der Regierungen. Die Erfahrung in England und Deutschland hat gezeigt, daß auch sozialistische Regierungsmitglieder unter den gegenwärtigen Verhältnissen gezwungen sind, unter kapitalistischem Druck eine rein kapitalistische Politik (Haushaltgebarung, Steuerwesen, Sozial- und Lohnpolitik) durchzuführen. Wo immer auch nur ein geringer Widerstand dagegen geleistet wurde, gelang es der internationalen Finanz mit Leichtigkeit, durch Kreditverknappung die sozialistischen oder sozialistisch infizierten Regierungen zum Nachgeben zu bewegen oder zu stürzen. Angesichts dieser Lage ist dringendes Erfordernis ein gemeinsames Vorgehen der politischen Internationale in der Weise, daß gewisse Mindestforderungen, die sich aus der gegebenen Lage mit Leichtigkeit ableiten lassen, allen Sektionen dieser Internationale zur Pflicht gemacht werden und in den dringenden Fragen (Währungsfrage, Kreditleitung, Zollabbau und Preissenkung, Arbeitszeit und Lohnregelung, Sozialversicherung) eine einheitliche Front hergestellt wird, welche zunächst auf eine einheitliche Erkenntnis- und Willensbildung hinzielt, um von dieser Grundlage aus zu planmäßigen internationalen Aktionen zu gelangen.

3. Da die dritte Internationale vollständig unter der russischen Direktive steht, entsprechend dem ganz überwiegenden Einfluß der russischen Sektion, kann sie eine internationale Politik nur von russischen Gesichtspunkten aus vertreten, welche von westeuropäischen infolge der völlig abweichenden Struktur der russischen Wirtschaft und ihren von europäischen verschiedenen Bedürfnissen weit entfernt sind. Wahrhaft internationale Arbeit ist infolgedessen auf ihrem Boden nicht möglich, während der Druck der Tatsachen die zweite Internationale dann zu der erforderlichen Aktivität bringen wird, wenn innerhalb ihrer Sektionen die notwendigen Forderungen mit der erforderlichen Schärfe, Klarheit und Nachdrücklichkeit zur Entscheidung gestellt werden und so das Bewußtsein den objektiven Notwendigkeiten

angeglichen wird. Nur so kann es gelingen, der bereits äußerst gut funktionierenden Internationale der Kapitalisten eine gleich funktionsfähige Internationale der Arbeitenden entgegenzustellen.

4. Obgleich, wie das Heidelberger Programm es ausdrückt, der proletarische Befreiungskampf ein Werk ist, an welchem die Arbeiter aller Länder beteiligt sind, können wir uns nicht der Erkenntnis verschließen, daß die Länder des europäischen Kontinents eine enger verbundene Gruppe bilden, sowohl durch ihre größere wirtschaftliche Verbundenheit wie durch den annähernd gleichen Grad der politischen Entwicklung und die Reife der nationalen Arbeiterbewegungen. Obgleich wir in dieser Epoche des Spätkapitalismus überall mit sozialen Befreiungsbewegungen rechnen können und müssen, werden diese doch nach Entstehungszeit, Entwicklungsdauer und Erfolg sehr voneinander unterschieden sein. So unmöglich es ist, daß ein europäisches Land sich in seiner Befreiungsbewegung völlig isoliert von den Nachbarländern, da es damit dem sicheren Zusammenbruch sich ausliefern würde, ebenso unmöglich ist es, daß wir das Tempo der Bewegung und ihre Taktik beispielsweise in Deutschland abhängig machen von dem Vordringen der Bewegung in China oder Indien oder vom Entstehen einer sozialistischen Arbeiterbewegung in U. S. Amerika. Wir bedürfen daher einer engeren Zusammenarbeit in Kontinentaleuropa, unter gleichzeitiger Fühlungnahme mit Rußland und der Arbeiterbewegung im englischen Imperium.

5. So wie vor hundert Jahren die durch wirtschaftliche Notwendigkeiten geforderte, ideologisch gestützte, politische Bewegung die Einigung Deutschlands eine Notwendigkeit war für das Entstehen und Wachsen einer deutschen Arbeiterbewegung: wie daher trotzdem diese Bewegung eine vollkommen bürgerliche war in ihren Motiven und Zielen und zur Stärkung des deutschen Bürgertums beitrug, dennoch Marx, Engels und Lassalle diese Bewegung als eine wahrhaft revolutionäre beurteilt und für sie die Unterstützung der Arbeiterschaft gefordert haben, indem sie sich gleichzeitig von der bürgerlichen Ideologie der Bewegung distanzierten, so ist unter erweiterten Verhältnissen auch die bürgerliche Paneuropa-Bewegung geboren aus gesellschaftlichen Notwendigkeiten, bestimmt, Hindernisse der internationalen Entwicklung zu beseitigen, daher revolutionär trotz ihrer bürgerlichen Ideologie und also von der Arbeiterschaft genau so zu fördern wie im vergangenen Jahrhundert die Bewegungen, welche nationale Zusammenschlüsse anstrebten. Die wirtschaftliche Isolierung und politische Souveränität der europäischen Staaten

ist heute bereits eine ebenso große politische Gefahr und wirtschaftliche Hemmung, wie das vor hundert Jahren die Existenz von 36 souveränen Staaten und nationalen Wirtschaftsgebieten auf deutschem Boden war. Wenn vor genau hundert Jahren die Entstehung des preußischen Zollvereins die Voraussetzung schuf für das Entstehen einer deutschen Arbeiterbewegung, obgleich die Väter dieses Vereins nichts weniger beabsichtigten, so wird die Entstehung wirtschaftlicher und politischer Vereinigungen europäischer Staaten die Voraussetzung schaffen für den Sieg der europäischen Arbeiterbewegung, wenngleich die bürgerlichen Vertreter der Paneuropaidee einem solchen Gedanken nicht nur gleichgültig, sondern feindlich gegenüberstehen (siehe des Grafen Coudenhove-Kalergi Schrift gegen Sowjetrußland, in welcher er das vereinigte Europa zu einem Bollwerk gegen den Bolschewismus machen möchte). Die Gesetze der Entwicklung sind stärker als die Wünsche bürgerlicher Politiker. Die absolutistische Preußenregierung dachte nicht daran, durch den preußischen Zollverein und später durch den Norddeutschen Bund und das Deutsche Kaiserreich den Sozialismus zu fördern, und doch war das die unvermeidliche Wirkung ihres Handelns. Ebenso werden die von der wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeit geforderten europäischen Staatenverbände die endgültige sozialistische Umwälzung in Europa ermöglichen. Wer als Sozialist sich der Arbeit an diesem Ziele entzieht mit dem Hinweis auf die Weltrevolution, denkt und handelt genau so logisch wie derjenige, welcher vor hundert Jahren die Fortexistenz von Schaumburg-Lippe und der Republik Lübeck als souveräne Staaten gefordert hätte bis zum Eintritt der Weltrevolution. Die Existenz von neununddreißig souveränen und durch Zollschranken gegeneinander abgegrenzten Staaten auf dem Boden Europas ist dem Kommen der Weltrevolution genau so hinderlich, wie damals die Existenz von sechsunddreißig deutschen „Souveränitäten“ der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung und damit dem Entstehen einer organisierten Arbeiterbewegung hinderlich war. Es kann in dieser Lage nicht Aufgabe der sozialistischen Arbeiterschaft sein, auf Einflußnahme auf diese Entwicklung zu verzichten mit der Entschuldigung, daß man sich auf die Weltrevolution zu konzentrieren habe, vielmehr ist der Kampf gegen die überalterten nationalen Souveränitäten die beste Vorbereitung dieser Weltrevolution, die aktive Einwirkung auf die Bedingungen, unter denen eine Neuorganisation Europas als solidarische Förderation erfolgt, wesentliche Arbeit an den Grundlagen, auf denen eine Weltrevolution möglich werden wird.

6. So offenkundig das Versagen des Völkerbundes auf allen Gebieten internationaler Arbeit ist, und so sicher dieses Versagen von denen vorausgesagt werden mußte, welche sich klar sind, daß der Kapitalismus und von ihm abhängige Regierungen zwar imstande sind, die Unumgänglichkeit internationaler Solidarität einzusehen, aber nicht ihre Vorbedingungen zu schaffen; so wenig wir Sozialisten also wirksame Abrüstungsmaßnahmen, wirksame Verständigungsaktionen oder wirksame Friedensinterventionen vom Völkerbund erwarten; so wenig haben wir ein Interesse daran, ihn zu sabotieren, zu zerstören oder verfallen zu lassen. Als einzige internationale Organisation der Nationen hat er für uns genau den gleichen Wert und das gleiche Interesse wie andere internationale Organisationen kapitalistischer Art, deren Notwendigkeit wir bejahen, so sehr wir ihre Struktur und ihre Ziele ablehnen. So wenig wir beispielsweise daran denken werden, die Bank für internationale Zahlungen beseitigen zu lassen, trotzdem sie einseitig kapitalistisch arbeitet, so wenig können wir den Völkerbund zerstören lassen. Beide bereiten insofern den Sieg des Sozialismus vor, als sie die Organisation wirtschaftlicher und politischer internationaler Beziehungen fördern, und schaffen damit selbst die Voraussetzungen für ihre endliche Umgestaltung durch die internationale Arbeiterschaft. Bedingung ist freilich die bewußte Bereitschaft und der Wille der Arbeiterschaft zu dieser Umgestaltung. Wir haben also ebensosehr die Enttäuschung zu bekämpfen, die sich der Arbeiter beim unvermeidlichen Versagen dieser internationalen Organisationen bemächtigen kann und sie ins Lager des Nationalismus treiben, wie ihre Verwirrung durch bürgerliche Ideologien, welche in diesen Institutionen an sich, ohne Rücksicht auf ihre kapitalistische Zusammensetzung, Struktur und Zielsetzung die Bürgschaft für internationale Verständigung und Befriedung erblicken.

So ergibt sich als internationale Aufgabe der Sozialistischen Arbeiterpartei das Hinwirken auf die Schaffung wahrhaft sozialistischer, zielklarer und aktionsfähiger internationaler Arbeiterorganisationen, welche die Arbeit leisten, gewerkschaftliche und politische Arbeiten und Kämpfe international zu koordinieren, um so die Vorbedingungen auch für nationale Erfolge zu schaffen. Es ergibt sich die Notwendigkeit der Fühlungnahme und Zusammenarbeit mit der russischen dritten Internationale, soweit diese es uns ermöglicht, trotzdem wir die Sonderbedingungen aner-

kennen, unter welchen sie arbeitet und welche sie von der europäischen Arbeiterschaft trennen. Es ergibt sich als nächste internationale Aufgabe die Schaffung eines engsten Zusammenschlusses der europäischen Arbeiterschaft in einer europäischen Föderation, welche die wirtschaftliche Isoliertheit und politische Souveränität der einzelnen Staaten beseitigt, und so die notwendigen Grundlagen für wirtschaftliche Weiterentwicklung, damit zugleich aber auch die Grundlagen für einen erfolgreichen Kampf des Proletariats schafft, der heute überall durch die zu engen wirtschaftlichen und politischen Grenzen gehindert wird. Es ergibt sich die Notwendigkeit, die wenigen Ansätze zu internationaler Organisation der Nationen, die vorhanden sind, zu stützen, bei gleichzeitigem Kampfe gegen ihren kapitalistischen Charakter und die daraus sich ergebende reaktionäre Richtung oder Wirkungslosigkeit ihrer Aktionen. Voraussetzung aller internationalen Arbeit ist die Weckung und Stärkung des internationalen Bewußtseins, nicht durch Deklamationen, sondern durch stete Schulung an praktischen Fragen des internationalen Kampfes, durch Gewöhnung an politische Stellungnahme unter internationalen Gesichtspunkten und durch nüchterne Einsicht in die Hemmungen und Förderungen, welche dem proletarischen Freiheitskampfe der Einzelländer durch die Lage und die soziale Reife oder Unreife des Proletariats auf der gesamten Erde erwachsen.

II. Teil

Die Aktionsprogramme

Es ist die alte sozialdemokratische Gewohnheit, dem grundsätzlichen Programm ein Aktionsprogramm folgen zu lassen. Für eine revolutionäre Partei, welche auf eine völlige Umgestaltung der Gesellschaft hinzielt, gleichzeitig aber ihre Aufgabe darin sieht, in die Tagespolitik eingreifend, an ihr ihre Forderungen anschaulich zu machen, sie also zum Ausgangspunkt der Agitation und Propaganda zu machen und zugleich im Tageskampfe Ansatzpunkte zu schaffen für die von ihr erstrebte Entwicklung und die Lage der von ihr Vertretenen nach Kräften zu bessern, also praktische Arbeit der Vorbereitung und Hilfe zu leisten: für eine solche Partei ist ein gesondertes Aktionsprogramm für die Tagesarbeit unerläßlich. Sein Charakter wird mit der politischen Lage wechseln. Ist die politische Macht und der Einfluß der Partei gering, so wird auch bei dem Aktionsprogramm der Propaganda- und Agitationscharakter überwiegen, wächst mit der Macht der Partei die Möglichkeit unmittelbarer praktischer Einflußnahme, so werden die Forderungen, welche auf sofortige Einwirkung berechnet sind, einen breiteren Raum einnehmen. Zu fordern ist indes in jedem Falle dreierlei: 1. Beim Ausgehen von der gegebenen Wirklichkeit darf nicht der Blick auf das Endziel verlorengehen. Es darf also nicht eine Forderung aufgestellt werden. welche zwar augenblicklichen Erfolg verspricht, aber auf die Dauer entwicklungshemmend sein muß (Beispiel: Schutzzölle für landwirtschaftliche Produkte, um die bäuerliche Siedlung zu fördern, welche bei solch künstlichem Schutze wirtschaftlich reaktionär wirkt und die Produktion in einer ganz falschen Richtung fördert). 2. Es darf niemals die Tagesforderung in den Mittelpunkt gerückt werden, so daß dadurch die Willensrichtung auf das Endziel unterbunden wird (Beispiel: die ausschließliche Propaganda für die bürgerliche Republik, wobei der selbstverständliche Satz „Sozialismus ist das Ziel" schließlich ganz unterdrückt wurde). Die Propaganda bleibt für eine sozialistische Partei innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft stets die Haupt-

aufgabe, ihren Interessen ist auch die Tagespolitik unterzuordnen. 3. Auch die Tagesforderungen sind so zu gestalten, daß an ihnen die Grenzen politischer Wirksamkeit augenfällig werden, daß also auch sie einen sozialistischen Propaganda- und Schulungswert haben. Gerade die Erfahrung, daß solche Forderungen, trotzdem sie gerecht und vernünftig sind, sich nicht verwirklichen lassen, wirkt im höchsten Maße willensbildend und revolutionierend auf das Bewußtsein (Beispiel: Offenlegung der Steuerlisten. Diese Forderung ist durchaus sinnvoll, unerläßlich für eine gerechte Besteuerung. Aber sie widerspricht dem kapitalistischen Interesse, welches das Geschäftsgeheimnis auch dem Staate und der Allgemeinheit heilig hält. Die Forderung ist also in der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich wirksam zu verwirklichen).

Das Erfurter Aktionsprogramm wurde beschlossen in einer Lage, in welcher die Sozialdemokratie keinerlei Aussicht auf unmittelbare politische Einflußnahme hatte. Als revolutionäre Partei unter einer halbabsolutistischen Monarchie, welche sogar den sehr zahmen bürgerlichen „Fortschritt“ vom Einfluß ausschloß, konnte sie auf das politische Tagesgeschehen nur mittelbar einwirken, indem nämlich die Furcht vor der Propagandawirkung sozialdemokratischer Forderungen die bürgerlichen Parteien zu Vorschlägen zwang, welche in der Richtung der sozialdemokratischen Anträge und Programmvorschläge lagen. Auf diese Weise hat die Sozialdemokratie bis zum Kriege in der Tat eine sehr erhebliche indirekte Einwirkung auf die Gesetzgebung besessen. Aber die Hauptaufgabe des Aktionsprogramms war eben doch eine propagandistische: gegenüber dem theoretischen und abstrakten grundsätzlichen Teil anschaulich zu zeigen, was sozialistische Politik bedeute und inwiefern sie das Schicksal der arbeitenden Bevölkerung umgestalten werde. Die Lückenhaftigkeit eines solchen Aktionsprogramms ist kaum ein Fehler. Seine Vorschläge sind ja nichts anderes als Beispiele, an welchen die Masse lernen soll, was sozialistische Politik eigentlich sei. Planmäßige, systematische Geschlossenheit braucht ein solches Programm nicht, da seine Maßnahmen ja doch keinerlei Aussicht haben, in ihrer Gesamtheit verwirklicht zu werden. Sie brauchen also auch nicht in ihrer Wirkung gegeneinander abgewogen zu werden. Darum ist die zweifellose Lückenhaftigkeit des Erfurter Programms kaum ein Fehler und praktisch ohne ernste Folgen gewesen. Seine Propagandaaufgabe hat es zweifellos erfüllt, und seine Lücken ließen einer weitgehenden Diskussion freien Raum, die man sonst vielleicht nach modernerem Rezepte abgewürgt hätte.

Ganz anders lag die Sache bei der Entstehung des Heidelberger Programms. Die Sozialdemokratie war damals seit sechs Jahren in Preußen ununterbrochen in der Regierung, an andern Länderregierungen wechselnd beteiligt gewesen, im Reiche zwar seit längerem aus der Regierung ausgeschieden, trotzdem aber an der Gesetzgebung nicht unwesentlich mitbeteiligt und entschlossen, wenigstens in ihren führenden Kreisen, wieder in eine Koalition hineinzugehen, sobald ein Wahlerfolg die Möglichkeit dafür schüfe. Alles Interesse war deswegen auf die Tagesarbeit konzentriert, und wir haben in der Besprechung des grundsätzlichen Teiles gesehen, wie sehr die herrschende Theorie von der zu erwartenden Dauerprosperität des organisierten Kapitalismus und der eroberten demokratischen Grundlage des proletarischen Befreiungskampfes die Illusion befestigen mußte, es sei möglich, im Einzelkampf der Tagesforderungen auf dem Boden einer Koalitionspolitik die entscheidenden Erfolge für den Sozialismus zu erkämpfen.

Unter diesen Umständen und bei dieser Ideologie kam den Aktionsprogrammen gegenüber dem theoretischen Teile die höhere Bedeutung zu. Es war wesentlich, daß sie die Grundlage schufen für eine Politik, welche durchführbar, planvoll und im Endresultat sozialistisch war, und welche gleichzeitig den Boden sicherte für eine breite Propagandawirkung der Partei, da auf dieser die Möglichkeit eines dauernden und steigenden politischen Einflusses beruhte.

Wir wissen heute, daß die Heidelberger Aktionsprogramme diese Aufgabe nicht erfüllt haben. Weder ist die Partei imstande gewesen, ihre Forderungen auch nur im bescheidenen Maße zu verwirklichen, noch hat sie durch deren Aufstellung die Vorstellungen über sozialistische Maßnahmen geklärt, noch hat endlich dies Aktionsprogramm werbende Kraft unter den Massen besessen. Im Gegenteil hat der dauernde Verzicht auf die eigenen Programmforderungen in weitesten Kreisen die Meinung erregt, daß es der Sozialdemokratie mit ihrem Programme überhaupt nicht ernst sei. Die Tatsache, daß die Partei seit dem Heidelberger Programm nicht weniger als vorher außen- wie innenpolitisch vollkommen im Schlepptau bürgerlicher Politik ging, hat eine allgemeine Verwirrung geschaffen. Und diese Umstände wirkten so stark antipropagandistisch, daß in einer Zeit, in der alle bürgerlichen Mittelschichten wie das Bauerntum einen Zersetzungsprozeß durchliefen, in einer Zeit allerhöchster Propagandamöglichkeit also, der Einfluß der Partei ständig zurückging, so sehr, daß sie heute mit dem gänzlichen Verfall bedroht ist.

Angesichts dieser Tatsache muß also unsere Untersuchung dahin gehen, festzustellen, wieweit das Versagen des sozialdemo-

kratischen Aktionsprogramms zurückzuführen ist auf sein Außerachtlassen im politischen Tageskampf, wieweit auf Unzulänglichkeiten, die dieses Programm selbst aufweist, die es als unzureichend, als undurchführbar oder planlos kennzeichnen würden.

I. Verfassung

Heidelberger Programm: „Die demokratische Republik ist der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb schützt die Sozialdemokratie die Republik und tritt für ihren Ausbau ein. Sie fordert:

Das Reich ist in eine Einheitsrepublik auf Grundlage der dezentralisierten Selbstverwaltung umzuwandeln. Auf dem organisch neu zu gliedernden Unterbau der Gemeinden und Länder erhebt sich eine starke Reichsgewalt, die in Gesetz und Verwaltung die für eine einheitliche Führung und den Zusammenhalt des Reiches notwendigen Befugnisse besitzt.

Ausdehnung der unmittelbaren Reichsverwaltung auf die Justiz: Alle Gerichte werden Gerichte des Reichs. Für die Sicherheitspolizei sind im Wege der Gesetzgebung einheitliche Grundsätze aufzustellen. Eine einheitliche Reichspolizei ist zu schaffen.

Abwehr aller monarchistischen und militaristischen Bestrebungen. Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik.

Vollständige Verwirklichung der verfassungsmäßigen Gleichstellung aller Staatsbürger und des Besitzes."

Das Erfurter Programm enthielt in seinem Aktionsprogramm keine Forderungen zur Verfassung. Die Sozialdemokratie, die antimonarchistisch eingestellt war, hätte diese ihre grundsätzlichen Forderungen damals nicht formulieren können, ohne unter Anklage des Hochverrats gestellt zu werden. Ihre Forderungen beziehen sich daher nur auf das Wahlrecht zu den Parlamenten und auf die Gesetzgebung. Sie lauten:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportionalwahlsystem und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperiode. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.
2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittels des Vorschlags- und Verwerfungsrechts . . ."

Diese Forderungen wurden zum Teil (Reichstagsdiäten) schon vor dem Kriege, größtenteils aber durch die Weimarer Verfassung erfüllt. Doch blieb diese in drei Punkten hinter den Erfurter Programmforderungen zurück: 1. wurde das Wahlrecht vom Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte überhaupt abhängig gemacht und dem Militär allgemein das Wahlrecht genommen; 2. wurde eine

vierjährige Legislaturperiode für den Reichstag festgelegt und damit ein konservatives, hemmendes Element eingeschaltet; 3. wurde die „direkte Gesetzgebung durch das Volk", Volksbegehren und Volksentscheid, mit so vielen Hemmungsvorschriften umgeben, daß sie praktisch wirkungslos wurde.

Das Heidelberger Programm stellt in dieser Frage die Forderungen des Erfurter Programms nicht wieder her. Seine Forderungen schließen sich zum Teil wörtlich an die des Görlitzer Programms der Mehrheitssozialdemokratie an, welche ganz unter dem Einfluß des Weimarer „Volksgemeinschaftsgeistes" standen*). Von den Verfassungsforderungen des Görlitzer Programms hat das Heidelberger fallen lassen die Ablehnung des politischen Rätesystems. Neu aufgenommen sind dagegen die Stellen, welche sich gegen monarchistische und militaristische Bestrebungen wenden und fordern, daß die Reichswehr in „ein zuverlässiges Organ der Republik" umgestaltet werde. Die Forderung nach einem verwaltungsmäßig dezentralisierten Einheitsstaat ist knapper gefaßt, die Erweiterung der „unmittelbaren Reichsverwaltung" beschränkt auf Justiz, Sicherheitspolizei und Kriminalpolizei.

Es sind im Grunde drei Dinge, auf die sich dies Programm beschränkt: Erhaltung der Demokratie; Errichtung eines Einheitsstaates bei verstärkter Selbstverwaltung von Gemeinden und Provinzen; Demokratisierung und Republikanisierung der Reichswehr.

In keinem Abschnitt des Programms tritt die konservative Staatsgesinnung der Sozialdemokratie so stark hervor wie in diesem. Sie sieht in der bestehenden Republik bereits die Verwirklichung der politischen Demokratie und übersieht die drei

---

*) Görlitzer Programm zur Verfassung und Verwaltung:

„1. Sicherung und Ausbau der demokratischen Republik. Heranziehung aller Volksangehörigen zur verantwortlichen Mitarbeit am Gemeinwohl.

2. Ausbau der deutschen Republik zum Einheitsstaat. Einheitliche Gesetzgebung und Verwaltung für die der Gesamtheit gemeinsamen Interessen und Aufgaben. Selbstverwaltung der Gemeinden und der zu höheren Selbstverwaltungskörpern gesetzlich organisierten Gemeindeverbände (Kreise, Bezirke, Provinzen). Übertragung der Ausführung der Staatsgesetze auf die Organe der Selbstverwaltung unter Aufsicht des Staates. Beschränkung der Staatsaufsicht gegenüber den Selbstverwaltungskörpern auf die Beachtung der Gesetze und die Erfüllung der übernommenen Aufgaben.

3. Vollständige, verfassungsmäßige und tatsächliche Gleichstellung aller mündigen Staatsbürger, ohne Unterschied des Geschlechtes, der Herkunft, der Religion.

4. Direkte Wahlen der Gemeinde-, Bezirks-, Provinzial- und Volksvertretungen als oberster Behörden. Durchführung des parlamentarischen Regierungssystems. Ausbau des Rechts der unmittelbaren Volksabstimmung.

5. Ablehnung jeder Diktatur einer Minderheit und der Verdrängung der demokratischen Volksvertretung durch berufständische Organisation. Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems, durch das die Arbeiter und Angestellten die Mitbestimmung im Wirtschaftsleben erhalten.

wesentlichen Punkte, an denen rein formalrechtlich die bestehenden Verhältnisse antidemokratisch sind und, falls sie erhalten bleiben, reaktionär wirken müssen. Von der notwendigen antidemokratischen Wirkung der realen Machtverhältnisse ist dabei noch gar nicht die Rede: *Die formale Undemokratie* liegt in der *Sonderstellung der Wehrmacht*, in der *Gestaltung des Beamtenrechts*, das zur Herausbildung einer vom gesellschaftlichen Geschehen völlig gelösten und darum erstarrenden und reaktionär wirkenden Bürokratie führt, endlich *in der festgehaltenen absoluten staatlichen Souveränität*. Der Gedanke, an diesen drei entscheidenden Stellen einzugreifen und dadurch die Struktur des militärisch gesicherten Beamtenstaates aufzulösen, der gerade in Deutschland besonders starr ist und daher verhängnisvoll wirkt, ist offenbar gar nicht aufgetaucht. Das Interesse war, soweit es nicht konservativ auf die Verteidigung der bestehenden Verfassung sich richtete, ausschließlich konzentriert auf die Herstellung des Einheitsstaates. Das war nun eine durchaus vernünftige und notwendige Forderung, nur keine sozialistische, sondern eine, die nicht nur jeder Demokrat, sondern eigentlich jeder einigermaßen vernünftige Mensch vertreten mußte.

Um so erstaunlicher scheint es, daß nicht einmal mit dieser *Forderung des Einheitsstaates* die Sozialdemokratie seit dem Heidelberger Programm einen einzigen Schritt weitergekommen ist. Der einzige wirkliche Schritt vorwärts, die Vereinigung der Thüringer Staaten, liegt vor diesem Zeitpunkt. Was nach Heidelberg folgte, war ein dauerndes fruchtloses Verhandeln und Aufderstelletreten, das keinen Schritt weiter führte. Wenn es überhaupt in dieser Frage der staatlichen Einheit weiter kommen wird als bisher, so wird das offenbar nicht geschehen auf Grund planmäßigen politischen Handelns, auf Grund demokratischer Beschlußfassung, sondern auf dem Wege der finanziellen Aushungerung der kleinen Länder, durch Angliederung an das stärkere Preußen und allem Anschein nach (siehe die Vorgänge in Anhalt) durch bürokratische Notverordnungen. Das heißt, etwas Sinnvolles und Vernünftiges wird erreicht auf dem unsinnigsten und unvernünftigsten Wege und mit einer sehr schlimmen Folge. *Es wird dadurch nämlich die gemeindliche und provinzielle Selbstverwaltung geschwächt, wo nicht vernichtet und dafür eine ungeheure Stärkung der zentralen Bürokratie erfolgen*. Deutschland ist drauf und dran, alle Selbstverwaltung unter bürokratischer Kontrolle zu ersticken, dafür aber alle möglichen Separatrechte von Länderregierungen

sorgfältig zu bewahren. Das heißt, was geschieht, steht in einem beinahe grotesken Gegensatz zu den Forderungen des sozialdemokratischen Programms. Nicht einmal die Vereinheitlichung der Sicherheits- und Kriminalpolizei hat der sozialdemokratische Reichsinnenminister Severing in den zwei Jahren seiner Amtsführung erreichen können. Dagegen scheint sie jetzt unter einer offen diktatorischen und arbeiterfeindlichen Regierung erfolgen zu sollen. Ein interessanter Beitrag zu dem großen Kapitel über den Unterschied der realen Macht, die in einer kapitalistischen Demokratie ein sozialistischer und ein antidemokratischer Minister zu entfalten vermögen.

Über die Erfüllung des letzten Programmpunktes, die Republikanisierung der Reichswehr, ist es nicht nötig, ein Wort zu verlieren. Nie hat ein Programm restloser versagt. Aber es ist einiges zu sagen über die Ursachen dieses Versagens. An sich ist es ein völlig unmöglicher Gedanke, daß ein Söldnerheer jemals zuverlässige Stütze einer Republik werden könne. Sogar ursprünglich revolutionäre Söldnertruppen haben sich jederzeit als reaktionäre Gefahrenzentren erwiesen. Die reale Macht, die in den Händen von Söldnerführern liegt, muß mit Notwendigkeit zum Mißbrauch, zum Einmischen in die Regierung, zum Streben nach unbeschränkter Herrschaft führen. Das ist ein psychologisches und gesellschaftliches Gesetz, gegen das kein Programm etwas vermag. Gewisse Kautelen können aber dadurch geschaffen werden, daß man die Soldaten so wenig wie möglich absondert, Sorge trägt, daß sie aus allen Kreisen der Bevölkerung sich rekrutieren, daß sie jederzeit an jedem Meinungskampf im Volke Anteil haben, und daß sie selber sehr weitgehende Rechte der Selbstverwaltung und Kontrolle gegenüber ihren Offizieren besitzen. Denn die reaktionäre Putschgefahr sowie die Gefahr illegaler Einflußnahme auf die Regierung liegt jederzeit nicht bei den Soldaten, sondern bei den Offizieren. Sie wird also um so größer, je unbeschränkter die Kommandogewalt der Offiziere, je strenger die Disziplin, je abgeschlossener das Leben der Soldaten ist. In allen diesen Beziehungen hat die deutsche Republik das Möglichste getan, die Stellung der Offiziere auf Kosten der Soldaten zu sichern. Dadurch ist zweifellos die Schlagkraft der Truppen erhöht und ebenso zweifellos ausschließlich in die Hand der Offiziere die Entscheidung gelegt, gegen wen sich diese Schlagkraft richten soll. Mit anderen Worten, man hat der Möglichkeit eines eventuellen kriegerischen Erfolgs nach außen die Sicherheit der deutschen Republik nachgestellt. Die Sozialdemokratie hat aus militärischen und patriotischen Gründen diese Entwicklung restlos unterstützt. Sie erntet jetzt die Früchte.

Das Programm der Sozialdemokratie in Verfassungsdingen war ein Mindestprogramm konservativer Demokraten und vorsichtiger Realpolitiker. Es ist restlos gescheitert, gerade weil es ein solches Mindestprogramm war. Man hat sich begnügt, im Rahmen einer formalen Demokratie auf der Grundlage einer bürokratischen Verwaltung einige technische Verbesserungen und die Erhaltung des Bestehenden zu fordern. Man hat dabei verkannt, daß in einer wirtschaftlich unsolidarischen, klassengespaltenen Gesellschaft die tatsächlich herrschenden Klassen auch demokratische Verfassungsformen nutzen werden zur Verstärkung ihrer Machtstellung und, wenn das nicht mehr ausreichen wird, diese Formen schlechtweg abbauen.

Die Sozialdemokratie hatte sich in Görlitz auf den trügerischen Boden der demokratischen Volksgemeinschaft gestellt. Dieser Boden schmolz dahin im Feuer des realen Klassenkampfes. Die Mächte der Verfassung, um deren Umgestaltung im sozialistischen Sinne man zu kämpfen nicht den Entschluß aufgebracht hatte, haben sich gegen sie gewandt. Heute stehen wir vor einer Vernichtung der verfassungsmäßigen Demokratie mit Hilfe der Verfassung selbst. Und es ist eine groteske Tragik, daß augenblicklich die wildesten Gegner der Demokratie mit Hilfe der Demokratie zur Herrschaft kommen, während die geschworenen Demokraten, die Sozialdemokratische Partei, wenn sie ihren demokratischen Grundsätzen treu bleiben will, die Vernichtung der letzten Reste demokratischer Rechte tolerieren müssen.

Das Heidelberger Programm hat eine solche Möglichkeit nicht vorausgesehen. Weitsichtiger ist darin ein Programm, das Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie*).

Es ist der kampfbereite und nüchterne politische Sinn dieses Programms, der die Kampfesmöglichkeiten der Demokratie ebenso wie ihre Grenzen und die Bedingungen ihrer Wirksamkeit Geschlossenheit und Kampfbereitschaft des Proletariats klar erkennen ließ, was die österreichische Sozialdemokratie geschlossen und einig erhalten hat und ihr bis jetzt die Möglichkeit gab, eine politische Entwicklung, wie wir sie in Deutschland erleben, abzuwehren.

Bei uns sind derweil die Dinge so gelaufen, daß die zweite Möglichkeit, von der das Linzer Programm spricht, Sprengung der Demokratie durch eine Gegenrevolution der Bourgeoisie, zu drohendster Wahrscheinlichkeit geworden ist. Trotzdem, nein

---

*) Siehe Anhang S. 165.

gerade deswegen, sind diese Programmsätze für uns von größter Wichtigkeit. Sie zeigen, daß die demokratische Verfassungstreue sehr wohl vereinbar ist mit sozialistischer Abwehr- und Angriffsbereitschaft. Ja, daß nur diese realpolitische Einstellung auf die harte Wirklichkeit des Klassenkampfes, der mit aller Schärfe in der Demokratie andauert und sie sogar in ihrer rechtlichen Form bedroht (vom sozialen Inhalt zu schweigen), die Garantien bietet gegen die Aushöhlung der demokratischen Republik, deren Endstadium wir heute in Deutschland erleben.

II. Verwaltung

Heidelberger Programm: „Ziel der sozialdemokratischen Verwaltungspolitik ist die Ersetzung der aus dem Obrigkeitsstaat übernommenen polizeistaatlichen Exekutive durch eine Verwaltungsorganisation, die das Volk auf Grundlage der demokratischen Selbstverwaltung zum Träger der Verwaltung macht. Darum wird gefordert:

Demokratisierung der Verwaltung.

Reichsgesetzliche Vereinheitlichung der Länderverwaltung.

Die Grundsätze der Verwaltung bestimmt das Reich. Die Durchführung obliegt den Selbstverwaltungskörpern, soweit es sich nicht um Angelegenheiten handelt, die wegen ihrer zentralen Natur der unmittelbaren Verwaltung durch das Reich bedürfen.

Den örtlichen und provinzialen Besonderheiten ist im Wege der Rahmengesetzgebung Spielraum zu lassen.

Ein reichsrechtliches Landesverwaltungsgesetz regelt gleichmäßig für alle Länder die Gliederung und die Zuständigkeit der staatlichen Verwaltungsbezirke und der Verwaltungsorgane.

Eine Reichsgemeindeordnung hat für Gemeinden und Gemeindeverbände (Landgemeinden, Städte, Kreise, Provinzen) einheitliches Recht zu schaffen. Das Einkammersystem ist für alle Selbstverwaltungskörper durchzuführen. Die Wahl der Bürgermeister ist auf die Zeit festzusetzen. Die Selbstverwaltungskörper erledigen die Geschäfte ihres Verwaltungsbereiches im Rahmen der Reichs- und Landesgesetze selbständig und unter eigener Verantwortung. Für Fragen von allgemeinem öffentlichen Interesse sind Volksbegehren und Volksabstimmung in den Gemeinden einzuführen.

Die Rechtskontrolle über die Verwaltung, insbesondere der Schutz des Staatsbürgers gegen die in seine Interessensphäre eingreifenden Verwaltungsakte, ist durch unabhängig im Instanzenweg gegliederte Verwaltungsgerichte zu gewährleisten. Das Reichs verwaltungsgericht hat gleichzeitig die Aufgabe eines Oberverwaltungsgerichts in allen Ländern.

Durch ein Reichskommunalisierungs- und ein Reichsenteignungsgestz sind den Gemeindeverbänden die für die Durchführung und Ausdehnung der kommunalen Gemeindewirtschaft erforderlichen Befugnisse und Machtmittel einzuräumen. Die Form der Verwaltung ist so zu gestalten, daß einerseits die Betriebe in ihrer Wirtschaftsführung von bürokratischen Fesseln befreit werden, andererseits aber das unbeschränkte Bestimmungsrecht der öffentlichen Körperschaften gewahrt bleibt.

> Für alle Bamten und Angestellten der öffentlichen Körperschaften ist ein einheitliches Dienstrecht zu schaffen, das Auswahl, Stellung, Beförderung, Interessenvertretung und Schutz nach demokratischen und sozialen Grundsätzen ordnet."

Die Verwaltung ist ein Lieblingsgebiet der deutschen Sozialdemokratie. Auf keinem anderen hat sie gleich intensiv versucht Einfluß zu gewinnen. Auf keinem anderen hat sie vermocht zahlenmäßig soviel Raum zu gewinnen wie hier. Der größte Erfolg den sie in den dreizehn Jahren seit dem Kriege für sich buchte, war die Anzahl Sozialisten, welche in der kommunalen und Länderverwaltung untergebracht waren. Hierin sah sie ihren eigentlichen Machtgewinn. Und das entsprach ihrer Geschichte. Das Anwachsen der Partei beruhte in hohem Maße auf dem Ausbau des Apparates, auf der zähen Widerstandskraft, die der Apparat entwickelte, auf der Verwaltungsgewandtheit, welche der riesige Stab sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Funktionäre sich erworben hatte. Auch die Sozialdemokratische Partei ist in sehr weitem Maße ein großer Verwaltungskörper mit ausgebauter Verwaltungsbürokratie und Verwaltungstradition, und jeder hauptamtliche Funktionär ist in gewisser Weise ein Fachmann in Verwaltungsfragen.

So ist der Abschnitt über die Verwaltung im Programm weitaus am stärksten angeschwollen. Während die wichtigen Aktionsprogramme für Kultur- und Wirtschaftspolitik sich mit ganz kurzen Stichworten begnügen, steigt dies Programm in viele Einzelheiten hinein, so daß es mit seinen vielen Detailforderungen fast verwirrend wirkt, den Eindruck weckend, als sei die ganze Sozialdemokratie eine Partei von Beamten oder Verwaltungsexperten und nicht eine Partei der sozialen Revolution, welche doch vor allem von den Wirtschaftsproblemen auszugehen hat und die Frage in den Mittelpunkt zu rücken, wie gewinnen wir die politische und durch sie die wirtschaftliche Macht?

Freilich liegt in diesem überwiegend verwaltungsmäßigen Interesse eine ganz bestimmte politische Stellungnahme. Wie die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie bestimmt wurde von dem Glauben an die Dauerprosperität des Kapitalismus und der Überzeugung, daß es möglich sei, den Sozialismus diesem blühenden Kapitalismus aufzuokulieren, so wurde die Staatspolitik bestimmt durch den Glauben, die Beherrschung des Verwaltungsapparats garantiere den Besitz der politischen Macht. Man könne sich gegen politische Umschläge versichern, wenn man dafür sorge, daß überall sozialdemokratische Regierungs- und Polizeipräsidenten, Amtshauptleute und Landräte, Bürgermeister und Magistratsmitglieder in den bürokratischen Verwaltungsapparat verpflanzt wurden. Ganz zweifellos hat diese durch dreizehn Jahre kon-

sequent betriebene Politik zahlenmäßige Erfolge gehabt. Ebenso zweifellos haben sehr viele dieser sozialistischen Beamten tüchtige, gewissenhafte, von sozialer Verantwortung getragene Arbeit geleistet. Wo das nicht der Fall war, wo, wie beispielsweise in Berlin, eine tiefgehende Korruption den ganzen von der Sozialdemokratie weitgehend besetzten und kontrollierten Apparat durchdrang und sogar die wenigen unberührt Gebliebenen mit schwerem Verdacht beschattete, hat diese Politik freilich der sozialistischen Bewegung ungeheuerlich geschadet, und die Sozialdemokratie büßt die Laxheit, mit der sie diesen Genossen gegenüber verfuhr, mit schwersten Verlusten an Ansehen und Einfluß. Aber nicht diese Fälle, so schwer sie wiegen, sind das eigentlich Entscheidende. Entscheidend ist etwas anderes, daß nämlich der bürokratische Apparat ein Eigenleben und eine Assimilationskraft entwickelt, der sich der einzelne Sozialist nicht entziehen kann, und daß die Arbeit dieses Apparates im günstigen Falle konservativ im ungünstigen direkt reaktionär ist, gleichgültig, ob er von Sozialisten oder Reaktionären verwaltet wird. Wir haben bisher ein einziges Beispiel in Westeuropa, wo die Beherrschung eines Verwaltungsapparats revolutionär gewirkt hat: die Stadt Wien. Hier aber besaß die Stadt zugleich als „Land" innerhalb der österreichischen Verfassung Hoheitsrechte, und diese Hoheitsrechte wurden benutzt von einer Verwaltung, welche rein sozialistisch war, und hinter welcher die politische Macht und der Wille von drei Viertel der Bevölkerung standen.

Nirgends in Deutschland haben wir solche Verhältnisse. Wo starke sozialistische Mehrheiten in Gemeinden vorhanden waren, fehlten die rechtlichen Befugnisse, wo Hoheitsrechte vorhanden waren, in den Ländern fehlten die starken und stabilen sozialistischen Mehrheiten und damit die politische Macht. Kurze Gastspiele rein sozialistischer Regierungen in Sachsen, in Thüringen, in Braunschweig endeten ausnahmslos mit dem Zusammenbruch und der Beseitigung alles von ihnen Geschaffenen.

Alle in Verbindung mit bürgerlichen Parteien geschaffenen Regierungen aber haben die Erfahrungen machen müssen, daß der Apparat gegen sie arbeitete. Das einzige, was hier möglich war, und auch dieses nur teilweise möglich, war offen reaktionäre Agitation durch die Behörden zu hindern. Geheime Agitation und Begünstigung reaktionärer Machenschaften vermochte man nicht einmal hier zu unterbinden. Im übrigen beschränkten sich die positiven Erfolge auf gewisse soziale Fürsorgemaßnahmen, welche auch der Zustimmung des Bürgertums begegneten. Wie gering aber und wie gefährdet die Machtposition der Sozialdemokratie in der Verwaltung tatsächlich ist, beweist die heutige Entwick-

lung. Man hat, um die Verwaltungspositionen in den Ländern, vor allem in Preußen zu halten, keine Rücksicht genommen auf die Stimmung der Massen, eine Politik betrieben, unterstützt, zuletzt toleriert, gegen welche die Massenstimmung Sturm lief. Vor dieser Sturmflut der Wahlniederlagen bricht ein Pfeiler der sozialdemokratischen Verwaltungsmacht nach dem andern zusammen. Der letzte, die Preußenrgierung, kann im allerbesten Falle noch ein paar Monate sich halten. Dann wird er ebenso weggespült werden, entweder früher durch das Diktat Hitler-Brünings oder ein wenig später durch die Preußenwahlen. Dann wird es sich zeigen, wie gering und ungesichert die mit so schweren Opfern erkauften Machtpositionen des Sozialismus sind. Eine Anzahl der entschiedensten Sozialisten werden aus ihren Stellungen entfernt werden. Die anderen werden ihr Verbleiben erkaufen mit erhöhter Loyalität gegen die neuen Herren. Sie werden „verbrennen, was sie angebetet haben, und anbeten, was sie verflucht haben".

Von sozialdemokratischer Seite aber ist alles geschehen, um den bürokratischen Apparat möglichst intakt zu erhalten, da man darin eine Möglichkeit verschärfter Einflußnahme durch sozialistische Vorgesetzte sah. Man hat also das besondere Disziplinarrecht der Beamten, das sie in völlige Abhängigkeit von der Behörde bringt, nicht beseitigt. Man hat nicht beseitigt die Personalallmacht der Behörden, nach der sie allein zu bestimmen haben über die Besetzung von Beamtenstellen. Man hat weiterhin die gesamte Beamtenschaft abgesondert vom gesellschaftlichen Geschehen, hat dadurch das Eigenleben der Bürokratie gestärkt und alle Bestrebungen, ihre Selbstherrlichkeit zu erhalten. Und man hat übersehen, daß sich das auswirken muß in reaktionärer Richtung, ganz abgesehen davon, was für ein Minister an der Spitze eines bürokratischen Apparates steht. Die Bürokratie vertritt ihre eigenen Interessen, sie sorgt für Weiterentwicklung des Apparates bis zu seinem Überwuchern, sie sorgt dafür, daß keine lästige Kontrolle sie einschränkt, so weitgehend, daß die wechselnden Minister häufig den dauernden Ministerialräten auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sind. „Nun, wie geht's mit dem neuen Herrn?" wurde ein solcher preußischer Ministerialrat gefragt, als nach langem bürgerlichen Regime ein Sozialist den scheidenden Demokraten ersetzt hatte. „Haben wir einen?" antwortete der Gefragte, lachte und hatte Recht.

Es sind zwei Umstände, welche in Deutschland dieses Überwuchern und Starkwerden der Bürokratie seit dem Kriege gefördert haben: die Überlieferung besonders in Preußen, welche die Bürokratie absonderte, zu einer besonderen Gesellschafts-

schicht mit großen Vorrechten, strengster Disziplin und konservativer Einstellung machte; und die Überlieferung der Sozialdemokratischen Partei, welche in der Stärke des Parteiapparates und seiner unbedingten Abhängigkeit vom Parteivorstand die Garantie der politischen Macht erblickte. Beides führte zu der völlig konservativen Haltung, welche die Sozialdemokratie in allen Verwaltungsfragen eingenommen hat. Beides führte dahin, daß die sehr bescheidenen Forderungen des Programms — ihr Umfang steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Tragweite — nicht durchgeführt werden konnten. Beides verursachte die Loslösung des Parteiapparates von den Massen, die Loslösung der Bürokratie von allen gesellschaftlichen Einflüssen und trug dazu bei, die Reaktion heraufzuführen, welche heute die Arbeit von vier Jahrzehnten zu vernichten droht.

Es ist daher kein Wunder, daß die Forderungen der Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Verwaltung restlos unerfüllt sind, ja daß wir über den Zustand von 1925 erheblich zurückgeschritten sind.

Die vielen Einzelforderungen lassen sich zusammenfassen unter den beiden Rubriken: Vereinheitlichung und Stärkung der Selbstverwaltung.

Dem ersten Zwecke sollen dienen: die Schaffung einer Reichsverwaltungsgesetzgebung, deren Durchführung allein, entweder durch die Verwaltung oder durch Sondergesetze innerhalb von Reichsrahmengesetzen den Ländern zustehen soll; ein reichsrechtliches Landesverwaltungsgesetz, eine Reichsgemeindeordnung, eine Verwaltungsgerichtsbarkeit mit reichsgerichtlicher Spitze.

Die Selbstverwaltung soll gesichert werden durch Einschränkung des Kontrollrechts des Reiches auf die Frage der Gesetzlichkeit der Selbstverwaltungsmaßnahmen, sowie durch ihre finanzielle Selbständigkeit und Schaffung eines Reichskommunalisierungs- und Enteignungsgesetzes.

Der im Vordersatz des Programmes angekündigten Demokratisierung sind nur drei Forderungen gewidmet: Schaffung des Einkammersystems für Gemeinden, die Wahl der Bürgermeister auf Zeit, Einführung kommunaler Volksentscheide und -abstimmungen.

Die Forderung eines Beamtendienstrechts ist so unbestimmt gehalten, daß sie unverändert in jedem Programm von den Nazis bis zu den Demokraten stehen könnte, soweit die Parteien Beamtensonderrechte vertreten. Alle Forderungen sind restlos unerfüllt geblieben und es ist nicht einmal der Versuch zu ihrer Verwirklichung unternommen.

So notwendig und selbstverständlich die Vereinheitlichung der Länderverwaltung durch reichsgesetzliche Regelungen wäre, so sehr

widerspricht ihr das Interesse der Länderbürokratien. Und diese Bürokratien sind stark genug, um jeden dahingehenden Versuch zu boykottieren und die öffentliche Meinung für die nationalen Belange selbst der Zwergländer zu entflammen. So haben die Länder eine buntscheckige Verwaltungsgesetzgebung weiter entwickelt, ihren bürokratischen Apparat ausgebaut und dadurch die Hindernisse für eine Verwaltungseinheit vermehrt und verstärkt.

Als Gegenstück dazu aber ist unter tatkräftigem Beistand der Länderbürokratien die Selbstverwaltung der Gemeinden fast auf den letzten Rest abgebaut. Was das Hohenzollernregime in Preußen seit hundert Jahren nicht mehr vermocht hat, die Städte der Kontrolle von Regierungs- und Provinzialräten restlos zu unterwerfen, das gelang dadurch, daß man den Städten ihre finanzielle Selbständigkeit nahm, ihnen die Kreditmöglichkeiten unterband und dafür mehr und mehr finanzielle Aufgaben des Reiches und der Länder auf sie abwälzte. Der Abbau der Arbeitslosenversicherung, durch welche den Gemeinden in wachsendem Umfang die Fürsorge für Millionen Ausgesteuerter zufiel, brach ihre Widerstandskraft und lieferte sie der Gnade und Ungnade der Regierungskommissare aus. Der Staat hat hier mit höchster Gewandtheit die kapitalistische Methode in Anwendung gebracht, einen Kontrahenten durch finanzielle Aushungerung zum Kapitulieren zu bringen.

Es soll und kann hier keineswegs bestritten werden, daß die Gemeindeverwaltungen viele und große Fehler begangen haben, daß die allgemeine Selbsttäuschung über unsere wirtschaftliche Lage in ihnen sonderbare und wenig erfreuliche Blüten trieb. Man denke nur an das Regime der Reklame und finanziellen Großtuerei, das Berlin unter Böß kennzeichnete, und für das viele deutsche Städte Gegenstücke bieten. Aber nicht das ist der Anlaß zu den staatlichen Übergriffen gewesen, sondern die Furcht wirtschaftlich und politisch reaktionärer Kreise, die Gemeinden möchten Zentren sozialistischen Aufbaus und sozialistischer Wirtschaftsgestaltung werden. Daß dazu die Möglichkeit vorhanden ist, zeigt theoretische Betrachtung ebenso sehr wie die Erfahrungen mancher Gemeinden mit starker sozialistischer Mehrheit, bei denen fruchtbare Ansätze jetzt unter dem reaktionären Generalangriff zusammengebrochen sind. So erleben wir jetzt einen Abbau aller sozialen Gemeindeeinrichtungen, einen Abbau aber auch aller kommunalen Wirtschaftsbetriebe, welche man durch Kreditverknappung zur Auflösung oder zur Übergabe in private Hände gezwungen hat. Die Sozialdemokratie hat dieser Entwicklung keinen Widerstand entgegengesetzt. Sie hat damit Machtpositionen

aufgegeben, deren Bedeutung sie in ihrem Programm sehr wohl erkannt hatte.

Was aber das Programm überhaupt nicht beachtet hat trotz der allgemeinen Forderung nach Demokratisierung der Verwaltung, das ist die Gefahr, welche für jede demokratische Entwicklung — von sozialistischer ganz zu schweigen — in der Sonderstellung des Beamten liegt. Der Beamte wird durch die Unkündbarkeit, durch seinen rechtlichen Anspruch auf bestimmte Bezüge und die Pension aus der allgemeinen gesellschaftlichen Unsicherheit herausgenommen. Er wird durch das Disziplinarrecht, durch das Amtsgeheimnis, durch die geheimen Personalakten, die rechtlich in manchen Ländern aufgehoben, tatsächlich weiter existieren, durch die nur von den Vorgesetzten abhängenden Karrieremöglichkeiten weitgehend zu einem Gefühl völliger Abhängigkeit erzogen, das vermehrt wird durch die von Preußen aus ganz Deutschland durchdringende Überlieferung des Strammstehens, Maulhaltens und des blinden Gehorsams, die leider auch viele Sozialisten unter ihren Anhängern zählt.

Diese Sonderstellung muß mit Notwendigkeit zu einer konservativen, antirevolutionären Haltung führen. Die ist nur zu beseitigen, wenn der Beamte ersetzt wird durch den gesellschaftlichen Funktionär, der, von öffentlichen Körperschaften gewählt, unter der Kontrolle nicht von Vorgesetzten, sondern von Körperschaften der Gesamtheit steht, der wohl einen Anspruch auf Lebens- und Existenzsicherung (Arbeit, Gehalt, Alterspension) hat, aber keinen Daueranspruch auf eine bestimmte Stellung und einen bestimmten Wirkungskreis, unabhängig von seiner Leistung. Das Programm hat nur an einer Stelle einen schwachen Ansatz in dieser Richtung, dort wo es Wahl der Bürgermeister auf Zeit fordert. Die Sozialdemokratie wird an einer bestimmten und klaren Stellungnahme in diesem Punkte gehindert durch ein Doppeltes: durch den Glauben, man könne eine innerliche Erneuerung der Beamtenschaft durch disziplinare Maßnahmen von oben her durchführen (Severing ist der einflußreichste und in seiner Politik unglücklichste Vertreter dieser Meinung) und durch ein Popularitätsbedürfnis, das sie hindert, Forderungen aufzustellen, welche auf Widerstand bei der Beamtenschaft stoßen können, wenn sie auch noch so begründet und notwendig sind.

Da sie an diesem Punkte programmatisch versagt, da sie dadurch Widerstände verfestigt hat, welche aller Verwaltungsreform entgegenstehen, mußte ihr Demokratisierungs- und Vereinheitlichungsprogramm durchaus ohne praktische Wirkung bleiben. Die Hoffnung aber, durch den Seitenweg kommunalisierter Wirtschaft dem Sozialismus kampflos näher zu kommen, hat sich als eben-

solches Trugbild erwiesen wie die Prosperitätstheorie. Wo immer man dem kapitalistischen Profitstreben und Machtwillen Grenzen zu ziehen sucht, geht der Kapitalismus zum Angriff über. Am Ende der sozialdemokratischen Kommunalsozialisierungspolitik steht der finanzielle Zusammenbruch der Gemeinden, steht die Privatisierung der kommunalen Betriebe, steht die Vernichtung der kommunalen Selbstverwaltung.

Die österreichische Sozialdemokratie faßt sich in ihrem Linzer Programm erheblich kürzer über die Verwaltung, aber die wenigen Sätze treffen das Wesentliche besser als die vielen Einzelforderungen der deutschen Partei. Es heißt hier: „Demokratisierung der Verwaltung: demokratische Bezirks- und Kreisgemeinden statt der bürokratischen Bezirkshauptmannschaften. Erweiterung der Autonomie der Ortsgemeinden durch Erweiterung ihrer Steuerhoheit und Kommunalisierung der Bundespolizei." Die wesentliche Grundlage aller Selbstverwaltung ist hier herausgestellt: demokratische statt bürokratischer Struktur, Finanzhoheit der Gemeinden, Kontrolle des Sicherheitsdienstes durch die demokratisch gewählten Organe der Gesamtheit.

Wesentlicher aber ist etwas anderes, etwas Negatives, daß nämlich diese Fragen keinen sehr breiten Raum einnehmen, aus der Erkenntnis heraus, daß zwar die Struktur der Verwaltung äußerst wichtig, daß ihr bürokratischer Charakter verhängnisvoll für jede Entwicklung ist, daß aber die entscheidenden Machtpositionen anderswo liegen: in der Wirtschaft einerseits, in der Erfassung der Massen andererseits, und daß demnach jede Politik, welche die Verwaltung erobern will und die Wirtschaft schont und die Massen verliert, wie das das Kennzeichen insbesondere der sozialdemokratischen Preußenpolitik gewesen ist, sich selber zum endlichen Zusammenbruch verurteilt.

III. Justiz

Heidelberger Programm: „Die Sozialdemokratie bekämpft jede Klassen- und Parteijustiz und tritt ein für eine mit sozialem Geist erfüllte Rechtsordnung und Rechtspflege unter entscheidender Mitwirkung gewählter Laienrichter in allen Zweigen und auf allen Stufen der Justiz.

Insbesondere fordert sie:

Im bürgerlichen Recht Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der sozialen Gemeinschaft, Erleichterung der Ehescheidung, Gleichstellung der Frau mit dem Manne, Gleichstellung der unehelichen Kinder mit den ehelichen.

Im Strafrecht größeren Schutz der Person und der sozialen Rechte, Ersetzung des Vergeltungsprinzips durch das Prinzip der Erziehung des einzelnen und des Schutzes der Gesellschaft, Abschaffung der Todesstrafe.

Im Strafprozeß Wiederherstellung der Schwurgerichte und Ausdehnung ihrer Zuständigkeit insbesondere auf politische und Pressevergehen, Zulassung der Berufung in allen Strafsachen, Beseitigung aller die Verteidigung beeinträchtigenden Bestimmungen.

Im Untersuchungsverfahren Schutz der Inhaftierten gegen behördliche Übergriffe, Verhaftung außer im Falle der Ergreifung auf frischer Tat, nur auf Grund richterlichen Befehls, mündliche Verhandlung über Haftbeschwerde.

Im Strafvollzug reichsgesetzliche Regelung im Geiste der Humanität und des Erziehungsprinzips."

Der Klassencharakter des Staates tritt dem einzelnen Proletarier am stärksten entgegen, wenn er mit dessen Gesetzen zusammenstößt und im Gerichtsverfahren die Erfahrung einer völligen Macht- und Hilflosigkeit macht. So entzündet sich am Klassencharakter der heutigen Justiz immer wieder der Widerstand und die Gegnerschaft gegen ein Recht, das als Ungerechtigkeit lebhaft empfunden wird.

Alle sozialdemokratischen Programme haben sich daher mit der Justiz in mehr oder weniger ausführlichen Einzelforderungen befaßt. Das Gothaer Einigungsprogramm bringt nur zwei dafür entscheidende Forderungen zur Rechtspflege: „R e c h t s p r e c h u n g d u r c h d a s V o l k. U n e n t g e l t l i c h e R e c h t s p f l e g e." Und in der Gesetzgebung: „A b s c h a f f u n g a l l e r A u s n a h m e g e s e t z e, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken." Während die beiden ersten Forderungen an die Wurzel der klassenmäßigen Rechtspflege gehen, indem sie den Berufs- und Klassencharakter der Richter beseitigen, durch welchen sie vom Volke isoliert werden, und jedem das gleiche Anrecht auf Rechtsvertretung und Verteidigung geben, das heute den Armen verkürzt wird durch die hohen Kosten, die jeder zivile wie kriminelle Prozeß verursacht, ist bei der Gesetzgebung der Blickpunkt ein rein politischer. Der soziale Klassencharakter unserer gesamten Gesetzgebung, die nicht das Recht des einzelnen auf Lebensmöglichkeit und das der Gemeinschaft auf Schutz ihrer Entwicklungsmöglichkeit kennt, sondern an deren Stelle den Schutz des Besitzes und der bestehenden Ordnungen stellt, dieser

Klassencharakter war den Urhebern des Programms noch nicht bewußt geworden.

Das Erfurter Programm bringt etwas ausführlichere Forderungen:

„Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe."

Das Heidelberger Programm hat einen Teil dieser Forderung fallen lassen. Das Entschädigungsrecht für unschuldig vor Gericht Gezogene ist in zwei Gesetzen anerkannt (20. Mai 1898: Entschädigung von im Wiederaufnahmeverfahren Freigesprochenen; 14. Juli 1904: Entschädigung für unschuldig erlittene Untersuchungshaft). Indessen sind beide Gesetze sehr reform- und ausbaubedürftig.

Schwerer wiegt, daß die Forderung nach Unentgeltlichkeit der Rechtspflege nicht erscheint. Der Kommentator des Programms, Alwin Saenger, meint freilich, sie sei einbegriffen in die Formulierung „die Partei bekämpft jede Klassen- und Parteijustiz und tritt ein für eine mit sozialem Geist erfüllte Rechtsordnung", da eine mit sozialem Geist erfüllte Rechtsordnung selbstverständlich keine Vereitlung berechtigter Rechtsansprüche durch soziale und materielle Unterschiede der Lebenslage kenne. Das ist sehr richtig. Aber da sich aus dieser Grundforderung sämtliche Einzelforderungen ableiten lassen, so wäre es bei Saengers Auffassung überhaupt müßig, solche aufzustellen. Aufgabe eines Aktionsprogramms ist indessen gerade, Einzelforderungen, scharf umrissen, aus dem theoretischen Grundsatz abzuleiten. Die Forderung der unentgeltlichen Rechtspflege, Rechtsberatung und Rechtsvertretung ist so dringend und grundlegend, daß man sie unter keinen Umständen hätte unausgesprochen lassen dürfen.

Absichtlich ließ man die zweite Forderung des Erfurter Programms, „Wahl der Richter durch das Volk", fallen. Darüber sagt Saenger: „So wie die politischen Verhältnisse heute in Deutschland gelagert sind, würde die allgemeine Wahl aller Richter in zahlreichen Gegenden Deutschlands geradezu in das Gegenteil einer demokratischen und sozialen Gerichtspflege umschlagen; bei

einer ausnahmslosen Richterwahl würden wir erleben, daß an zahlreichen Gerichten die Arbeiter richterlichen Vorkämpfern der Reaktion hilflos ausgeliefert wären... Im Fortgang der demokratischen Entwicklung wird letzten Endes die Wahl der Richter durch das Volk schlechthin anzustreben sein. Werden wir erst die demokratische Schulung und Übung eines Volkes wie das der Schweizer haben, so können wir auch das Schweizer Beispiel der freien Richterwahl ohne Gefahr für die Rechtsprechung und das Volk bei uns in Deutschland nachahmen."

Die Argumente, die Saenger hier anführt gegen die Richterwahl, lassen sich genau ebenso gegen jede Parlamentswahl anführen. Ein Volk, das sich arbeiterfeindliche, reaktionäre Richter wählt, wird sich ebenso arbeiterfeindliche, reaktionäre Parlamente wählen. Wir wissen, daß beides in Deutschland nicht nur möglich, sondern die Regel ist. Die Konsequenz der Saengerschen Auffassung würde also sein Abschaffung der Parlamente und ihre Ersetzung durch eine bürokratische Regierung, welche statt mit Gesetzen mit Verwaltungserlassen arbeitet, bis zur hinreichenden „demokratischen Erziehung" des Volkes. Wer sozialistisch denkt, wird weder von Parlamenten noch von gewählten Volksrichtern innerhalb der Klassengesellschaft eine „soziale" Gesetzgebung und Rechtsprechung erwarten. *Was wir erwarten, und weswegen wir für beides eintreten, ist etwas anderes: der soziale Kampfboden wird dadurch erweitert. Die Arbeiterschaft hört in beiden Fällen auf, Objekt einer Klassenherrschaft und ihrer Maximen zu sein, sie beginnt aktiv um ihre Rechte zu kämpfen und lernt in diesem Kampfe allmählich erkennen, daß sie innerhalb der bestehenden Rechtsordnung nicht zur Erfüllung ihrer Forderungen gelangen kann.* So ist hier wie anderwärts der demokratische Rechtsboden die Schule des Klassenbewußtseins und damit des Sozialismus. Es ist durchaus utopisch, zu glauben, man könne innerhalb der bestehenden Ordnung eine soziale und politische Erziehung durchführen, welche Kampf und klassenmäßig bedingte Ungerechtigkeiten auf irgendeinem Gebiete ausschalten. Und die Saengersche Entschuldigung klingt bedenklich an an die ewigen Argumente aller Autokraten: „Das Volk ist nicht reif zur Verantwortung".

Völlig utopisch ist auch der Gedanke, man könne Klassenjustiz und reaktionäre Fehlurteile vermeiden, indem man die Rechtspflege auf bürokratischem Wege ernannten, statt erwählten Volksrichtern anvertraue. Wie solche Richter richten, das haben uns

dreizehn Jahre bürokratischer Rechtsprechung gelehrt, und alle „Machtergreifung“ der Sozialdemokratie in den wechselndsten Koalitionen hat daran nichts gebessert, vielmehr ist dauernd aus schlimm schlimmer geworden. Bürokratie ist in sich ihrem Wesen nach reaktionär. Bürokratisches Richtertum wird daher jederzeit ein schweres Hemmnis sein für jede Reform der Rechtspflege und Rechtsprechung, und kein gelegentliches Fehlurteil von Volksrichtern, möge es auch noch so schwer sein, kann in seiner verhängnisvollen Wirkung der Gesamtwirkung gleichkommen, welche die Rechtsprechung durch die bürokratisch eingesetzten, standes- und klassenmäßig gebundenen Fachjuristen ausübt, die die Massen zum hilf-, kritik- und ratlosen Gegenstand ihrer Geheimwissenschaft herabdrücken.

Es ist also dringend erforderlich, daß diese unverständliche Haltung des Heidelberger Programms revidiert wird.

Um so ausführlicher ist dies Programm zu den Fragen der zivilen und Strafgesetzgebung, des Strafverfahrens und des Strafvollzuges. Zum Zivilrecht sind es zwei Gruppen von Forderungen: allgemein: Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der sozialen Gemeinschaft und speziell: Forderungen zum Ehe- und Familienrecht. Beides an sich zu begrüßen. Bei beiden aber eine Unklarheit über die Tragweite und Durchführbarkeit der Forderungen. In einer Gesellschaft, die auf der kapitalistischen Wirtschaft aufbaut und die Erhaltung der kapitalistischen Besitzverhältnisse zur Bedingung ihrer Existenz hat, muß das Recht wesentlich Vermögensrecht sein. Es kann nicht ein „Recht sozialer Gemeinschaft“ sein, denn diese Gemeinschaft existiert nicht. Sie würde, falls sie in Existenz träte, die bestehende Ordnung sprengen. Diese Forderung ist also eine vollkommen revolutionäre, deren teilweise Erfüllung schon die bestehende Ordnung sprengen muß. Je mehr die bestehenden Produktionsverhältnisse, je mehr das Eigentumsrecht sich unvereinbar erweist mit der Fortexistenz der Menschen unter ihm, je mehr Menschen durch diese Ordnung in Arbeitslosigkeit, Elend, langsame Verkümmerung und endlichen Untergang geschleudert werden, desto strikter muß das Recht diese Verhältnisse gegen ihren individuellen und Massenansturm, gegen Eigentumsvergehen und politischen Umsturz schützen, desto strenger aber auch darauf achten, daß die zivilen Rechtsverhältnisse die Zersetzung des privaten Eigentums, seine Vergesellschaftung verhüten. Je mehr der Existenzkampf des Kapitalismus seinen Höhepunkt erreicht, desto hoffnungsloser ist es, Reformen in der Richtung einer „sozialen Gemeinschaft“ zu erstreben.

Gerade an den Einzelforderungen für Ehe und Familie können wir das feststellen. Weder in der Frage der Ehescheidung, noch in der Gleichstellung der Frau, noch in der Sicherung des Rechtes der Unehelichen ist es geglückt, irgend wesentliche Fortschritte zu erzielen. Man fürchtet schon unerhebliche und dringende Reformen, weil man den schwankenden Bau der bürgerlichen Ordnung um jeden Preis erhalten will.

Ähnlich steht es im Strafrecht. Der Grundsatz, daß Vergeltung ersetzt werden soll durch Erziehung, ist gut und richtig. Aber er wird nicht zu Ende gedacht. Denn der „erziehende" Staat ist ja selber verantwortlich, weil er die Zustände erhält und durch seine Macht schützt, welche das Verbrechen schaffen. Seine Erziehung könnte und dürfte also in nichts anderem bestehen als darin, daß er die Umstände ändert, daß er den Straffälligen in eine Umgebung versetzt, welche die Ursachen der Straffälligkeit beseitigt. Nur so formuliert, nur wenn man das Verbrechen als soziale Erscheinung und Symptom sozialer Unordnung wertet, ist eine wirkliche Strafreform möglich. Aber auch diese greift freilich über die Möglichkeiten des heutigen Staates, der heutigen Gesellschaftsordnung hinaus, ist revolutionär. Deswegen bleiben auch die Versuche eines besseren Strafvollzuges trotz zweifellosen guten Willens im einzelnen, trotz der Hingabe sozial gesinnter Erzieher und Reformer in Wirkungslosigkeit stecken, da die umgebende Gesellschaft durch ihren Druck immer wieder jene Hilflosigkeit schafft, die das Verbrechen gebiert.

Wir fassen zusammen: Die alten Forderungen, welche scharf und präzise zwei Grundübel der kapitalistischen Rechtspflege angriffen: ihre Entgeltlichkeit, ihren autokratischen, antidemokratischen Charakter, sind vom Heidelberger Programm, sehr zum Schaden der Entwicklung, fallen gelassen. Statt dessen bringt es ein Durcheinander reformistischer Einzelforderungen und grundsätzlicher Forderungen, deren unbestimmte Formulierung ihre Tragweite und ihren revolutionären, das bestehende Recht sprengenden Charakter verhüllen. Es ist daher fast selbstverständlich, daß die inneren Widersprüche des Programms wie seine Unbestimmtheit es unpopulär und schwer verständ-

lich machen, daß die Arbeiterschaft in ihren schweren Rechtskämpfen keinen Rückhalt bei ihm sucht, keine Richtung in ihm findet. Zweifellos ist die durchaus reaktionäre Richtung der Gesetzgebung, die offen arbeiter- und republikfeindliche Haltung der Justiz aus der gesamten Entwicklung zu erklären. Wenn aber diese Gesamtentwicklung ermöglicht wurde durch den sinkenden Einfluß der Sozialdemokratie, so trägt daran die Unklarheit und mangelnde Folgerichtigkeit des Justizprogramms einen Teil Schuld.

Wie weitgehend diese verursacht wurde durch die Weimarer Volksgemeinschaftsillusionen, wird klar, wenn man die Ähnlichkeit des Heidelberger Justizprogramms mit dem Görlitzer Programm der Mehrheitssozialisten feststellt. Hier heißt es:

„Überwindung der herrschenden privatrechtlichen durch eine soziale Rechtsauffassung. Unterordnung des Vermögensrechts unter das Recht der Person und das Recht der sozialen Gemeinschaft. Kampf gegen Klassenjustiz, entscheidende Mitwirkung gewählter Volksrichter in allen Zweigen der Justiz. Erziehung zu allgemeiner Rechtskenntnis, volkstümliche Gesetzessprache, Zusammensetzung des Richterstandes aus allen Volksklassen. Mitwirkung der Frauen in allen Justizämtern. Neuordnung des juristischen Bildungsganges in sozialistischem Geiste. Übertragung der gesamten Justiz auf das Reich. Berufung in Strafsachen. Reichsgesetzliche Regelung des Strafvollzugs. Schutz- und Erziehungs-, nicht Vergeltungsstrafrecht. Abschaffung der Todesstrafe."

Bis auf die Wendungen geht die Ähnlichkeit. Und die gleiche unbestimmte Formulierung entspricht der Unklarheit, welche die Tragweite der eigenen Forderungen nicht sieht, weil sie die Gesetze der bestehenden Gesellschaft verkennt und daher Illusionen hegt über die Möglichkeiten friedlicher Umgestaltung, wo nur entschiedener Kampf Fortschritte verspricht.

Ich stelle wie schon mehrfach die Forderungen des Linzer Programms der österreichischen Sozialdemokratie dem entgegen:

„Demokratisierung der Rechtspflege: Wahl von Friedensrichtern zur Schlichtung und Entscheidung kleiner Rechtsstreitigkeiten, Wahl auch der gelehrten Richter durch das Volk oder die Volksvertretungen im Bunde, Lande, Kreis und Bezirk. Sozialwissenschaftliche Vorbildung der Richter. Entscheidende Mitwirkung von Schöffen und Geschworenen bei der Rechtsfindung in allen Strafsachen und bei der Entscheidung über die Verhängung der Untersuchungshaft. Kontradiktorisches Verfahren in der Voruntersuchung. Voller Ersatz des Verdienstentganges der Geschworenen und Schöffen. Reform des Strafrechtes nach sozialen und demokratischen Gesichtspunkten. Sozialpädagogische Gestaltung des Strafvollzuges.

Demokratische Aufsicht über die Gerichts- und Polizeigefängnisse. Vermittlung allgemeiner Rechtskenntnisse durch die Schulen. Organisierung und Verbilligung der Rechtsberatung und Rechtsverfolgung."

Was hier gefordert wird: demokratische Richterwahl auf allen Gebieten der Justiz, demokratische Kontrolle des Strafvollzugs, Streitverfahren schon bei Voruntersuchungen, allgemeine Rechtserziehung des Volkes und geänderte Rechtserziehung der Richter: das zieht die Justiz aus dem Geheimnis autokratischer Unantastbarkeit mitten in den gesellschaftlichen Kampf. Es nimmt ihr die Weihe der Unfehlbarkeit und dem Volk den Schrecken der Hilflosigkeit. Es macht mit einem Wort auch die Justiz zu einem Kampfboden, auf dem mit ehrlichen und gleichen Waffen gekämpft werden kann. Mehr ist innerhalb der bestehenden Ordnung nicht zu erreichen.

IV. Sozialpolitik

Heidelberger Programm: „Der Schutz der Arbeiter, Angestellten und Beamten und die Hebung der Lebenshaltung der breiten Massen erfordern:

Schutz des Koalitions- und Streikrechts. Gleiches Recht der Frauen auf Erwerbsarbeit. Verbot jeder Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder.

Gesetzliche Festlegung eines Arbeitstages von höchstens acht Stunden, Verkürzung dieser Arbeitszeit für Jugendliche und in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Gesundheit und Leben. Einschränkung der Nachtarbeit. Wöchentliche ununterbrochene Ruhepause von mindestens vierundzwanzig Stunden. Jährlicher Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes.

Die Sorge für die Erledigung von Notstandsarbeiten bleibt ausschließlich den Gewerkschaften überlassen.

Bekämpfung der Mißstände der Heimarbeit mit dem Ziel ihrer völligen Beseitigung unter weitgehender Fürsorge für die Betroffenen.

Überwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch die Gewerbeinspektion, die unter Heranziehung von Arbeitern und Angestellten als Beamte und als Vertrauenspersonen zu einer Reichseinrichtung auszubauen ist.

Sicherung der Rechtsgültigkeit der Tarifverträge und Hilfeleistung bei ihrem Abschluß durch die Schlichtungsbehörden.

Selbständige Arbeitsgerichte, die losgelöst sind von der ordentlichen Gerichtsbarkeit.

Einheitliches Arbeitsrecht.

Vereinheitlichung der sozialen Versicherung bis zu ihrem Umbau zu einer allgemeinen Volksfürsorge. Einbeziehung der Arbeitsunfähigen und Erwerbslosen.

Umfassende, vorbeugende, heilende und vorsorgende Maßnahmen auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt, insbesondere der Erziehungs-, Gesundheits- und Wirtschaftsfürsorge, einheitliche, reichsrechtliche

Regelung der Wohlfahrtspflege, die die Mitwirkung der Arbeiterklasse in ihrer Durchführung sicherstellt.

Förderung der internationalen Verträge und Gesetzgebung."

Sozialpolitik, darauf lag das Schwergewicht des Interesses im vergangenen Jahrzehnt. Die Ursachen waren doppelter Art. Einmal war sie ein Gebiet, auf welchem die sozialdemokratischen Politiker die weitestgehende Erfahrung besaßen. Im Gewerkschaftskampf geschult, der ganz und gar konzentriert war auf die Sicherung einer besseren Lebenshaltung für die Arbeiterschaft, mit allen einschlägigen Fragen ebenso vertraut, wie mit den verschiedenartigen Lebensbedingungen der Arbeiter und Angestellten aller Kategorien, wiesen sie auf diesem Gebiete eine unvergleichliche Sachkenntnis auf, welche sie befähigte umfassende und planmäßige Vorschläge zu machen und zu begründen. Diese ihre aus dem Leben erwachsene Vorliebe aber wurde bestärkt durch die politischen Theorien. *Da man die Voraussetzung machte, die kapitalistische Entwicklung wachse in eine dauerhafte Prosperität hinein und die Demokratie befähige die Arbeiterschaft, gewerkschaftliche Aktion mit politischer zu kombinieren, um ihren Anteil am Produkt der gesellschaftlichen Arbeit zu sichern, so erschien die Sozialpolitik als eigentliches Kernstück der Programme.* Es war nur notwendig, alle Forderungen der Arbeiterschaft, die vielfältig praktisch erprobt waren in einem einheitlichen Plane zusammenzustellen und die Energie der politischen Organisationen auf sie zu konzentrieren, so mußte der Erfolg sicher sein. Nirgends galt wie auf diesem Gebiet das siegessichere Schlußwort Hilferdings auf dem Kieler Parteitag: „Wir kennen das Ziel, wir kennen den Weg, der Sieg ist uns gewiß."

Zwei Umstände begünstigten diese Politik und stärkten diese Haltung. Auf keinem Gebiete ist es so leicht wie auf diesem, eine populäre Politik zu treiben. Rein politische Fragen, Wirtschaftsfragen und kulturelle Fragen setzen eine weitgehende Schulung voraus, wenn sie verstanden werden sollen. Ihre Tragweite, wie ihren Zusammenhang zu begreifen, ist nicht leicht. So kann die Massenmeinung irregeführt und abgelenkt werden, falls sie nicht einfach gleichgültig bleibt. Soziale Forderungen greifen unmittelbar in das persönliche Leben jedes einzelnen ein. An ihrer Verwirklichung ist der Arbeiter und Angestellte auch dann interessiert, wenn er von jedem Klassenbewußtsein weit entfernt, von sozialistischer Überzeugung gänzlich unberührt ist. So vermag man hinter soziale Forderungen Massen zu sammeln, welche sonst im antisozialistischen Lager stehen, ja man kann

durch geschicktes Vorangehen selbst bürgerliche Parteien zwingen, aus Rücksicht auf ihre Arbeiter- und Angestelltengefolgschaft weite Strecken mehr oder weniger gutwillig mitzugehen. Das hat überall, wo die Arbeiterparteien irgendwelchen Anteil an der Macht erlangten, die Sozialpolitik zum Hätschelkinde gemacht. Das hervorstechendste Beispiel dafür ist England, wo die Arbeiterregierung innenpolitisch allein auf diesem Gebiete irgendwelche Aktivität entfaltet hat.

In Deutschland aber war dieser Weg ein seit Alters begangener. Die Hohenzollernpolitik zielte dahin, die Sozialdemokratie politisch dadurch zu bekämpfen, daß man sozialpolitische Zugeständnisse machte. Das so entstandene System sozialer Versicherung und des Arbeiterschutzes bot also eine breite Basis, auf der weitergebaut werden konnte.

Keines der Aktionsprogramme von Heidelberg ist so gut durchgearbeitet wie das sozialpolitische. Keines aber hat auch so weitgehende Erfolge erzielt. Was in diesem Programm enthalten ist, stellt in der Tat eine Basis dar, auf der sich eine neue sichere Existenz für die proletarischen Massen erreichen ließ. Und eine Reihe wichtiger und grundsätzlicher Forderungen sind fast unmittelbar nach Annahme des Programms durchgesetzt worden. Am entscheidendsten war die Erwerbslosenversicherung und der Aufbau der selbständigen Arbeitsgerichte.

Dennoch weist auch dieses Programm *eine Reihe von Lücken, Halbheiten und Unklarheiten* auf. Sein *Hauptfehler* aber, an dem es heute scheitert, ist der, *daß es von einer falschen Voraussetzung ausgeht.*

Sprechen wir zunächst von seinen Einzelschwächen.

Das Programm baut auf auf den Forderungen des Erfurter Programms. Diese lauten folgendermaßen:

„Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage:
   a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages.
   b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter vierzehn Jahren.
   c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach aus technischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen.
   d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens sechsunddreißig Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter.
   e) Verbot des Trucksystems.

2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeiterverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.
3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.
4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.
5. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung."

Die wesentlichen Gliederungen dieses Programms: Arbeitsschutz, Arbeitskontrolle, Koalitionsrecht, öffentliche Arbeitsversicherung übernimmt das sozialpolitische Programm der Mehrheitssozialisten (Görlitz 1922). Es ergänzt sie durch die wesentlichen Forderungen einer internationalen Regelung und eines einheitlichen Arbeitsrechtes und baut sie übrigens im einzelnen aus. Dieser Abschnitt des Görlitzer Programms lautet folgendermaßen: (die Neuforderungen sind gesperrt)

„Zur Steigerung der Arbeitskraft und Arbeitsfreude einen wirksamen Arbeiterschutz und Ausbau der Sozialversicherung auf nationaler und internationaler Grundlage. Weitgende Vollmachten für das internationale Arbeitsamt zur Verwirklichung dieser Aufgaben.

2. Ein einheitliches Arbeitsrecht.
3. Sicherung des Koalitionsrechts.

Insbesondere fordern wir:

a) Gesetzliche Festlegung eines Normalarbeitstages von höchstens acht Stunden; Herabsetzung dieser Arbeitszeit in Betrieben mit erhöhten Gefahren für Leben und Gesundheit der darin Beschäftigten.

b) Verbot der für Leben und Gesundheit der Beschäftigten gefahrvollen Arbeitsmethoden, sofern durch eine Umstellung des Betriebs die Gefahr beseitigt werden kann.

c) Verbot der Nachtarbeit, sofern sie nicht durch technische Gründe oder im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt bedingt ist; unbedingtes Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche.

d) Verbot der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen in besonders gesundheitschädlichen Betrieben, sowie an Maschinen mit besonderer Unfallsgefahr.

e) Verbot der Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder (Erfurter Programm: Kinder unter vierzehn Jahren. Die Änderung ist keine Verbesserung, da die Schulpflicht mittlerweile bis auf das vollendete 18. Jahr ausgdehnt ist und die erwerbstätigen Jugendlichen umfaßt. Sie schafft also eine Unklarheit über den Begriff „Kind".)

f) Für jeden Beschäftigten eine Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche (das Heidelberger Programm ist hier völlig unverständlicherweise sogar über das Erfurter Programm zurückgegangen auf 24 Stunden).

g) Barzahlung des Lohnes oder Gehalts. Bei einer Werk- oder Dienstwohnung, Unabhängigkeit des Mietsvertrags vom Arbeitsverhältnis. (Diese sehr aktuelle Forderung ist an die Stelle der — überholten — Abschaffung des Trucksystems getreten.)

h) Überwachung aller Betriebe und Unternehmungen durch Gewerbe- und Handelsinspektionen. (Die Handelsbetriebe sind gegenüber dem Erfurter Programm neu aufgenommen.)

4. Errichtung von Reichs- und Bezirkswirtschafts- und lokalen Arbeiterräten, die den Arbeiterschutz durchzuführen haben, und denen die Ermittlung über Arbeits- und Wohnverhältnisse, wie überhaupt der sozialen Verhältnisse in Stadt und Land obliegt. Hier sind an die Stelle der „Ämter und Kammern“ des Erfurter Programms unter dem Einfluß der Rätebewegung die „Räte“ also eine rein proletarische Kontrollinstanz getreten. Es ist bezeichnend. daß das Heidelberger Programm nur noch „Gewerbeinspektion unter Heranziehung von Arbeitern und Angestellten“ fordert. Hier ist also eine ausgesprochene Rückbildung eingetreten.)

5. Umgestaltung der Arbeiterversicherung unter Zusammenfassung aller Versicherungsträger mit den Trägern der Kriegsbeschädigten-, Erwerbslosen-, Armen- und sonstigen Fürsorge *zu einer allgemeinen Volksfürsorge*. Als vorläufige zu diesem Ziele führende Maßnahmen: *Vereinheitlichung der Arbeiter- und Angestelltenversicherung, Selbstverwaltung der Versicherungsträger, Ausdehnung der Versicherung auf alle Erwerbstätigen und Bedürftigen. Anpassung der Leistung der verschiedenen Versicherungsträger aneinander, allgemeine Einführung der Familienversicherung als Regelleistung der Krankenkassen.*

6. *Ausdehnung des Begriffs Betriebsunfall auf die Berufskrankheiten und alle sonstigen beruflichen Schädigungen.*
Ausbau des vorbeugenden Heilverfahrens und der Einrichtungen zur Verhütung von Krankheiten und Unfällen.
Allgemeine Mutterschaftsversicherung und Säuglings- und Kleinkinderfürsorge. (Ist im Heidelberger Programm ganz fallen gelassen.)
Arbeitslosenversicherung.
Schaffung von Zweckverbänden als Ausführungsorgane sämtlicher sozialer Leistungen.“

Man sieht, wie hier ein wesentlicher und planvoller Ausbau der Erfurter Forderungen erfolgte. *Die Grundgedanken: Rechtliche Sicherung aller Arbeiter durch Arbeitsschutz und einheitliches Arbeitsrecht, Kontrolle des Arbeitsvorgangs durch proletarische Räte und endlich Sicherung der Existenz,*

indem die Gesellschaft verpflichtet wird die Lasten einer rechtlich garantierten allgemeinen Fürsorge zu übernehmen: diese Forderungen in ihrer Gesamtheit sind sogar zweifellos revolutionär. Sie sprengen den Rahmen einer kapitalistischen Gesellschaft, indem sie den arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Geschehens stellen und der staatlichen Gesamtheit die Garantie übertragen für die Lebenssicherung des einzelnen. Sehr auffällig tritt das hervor bei der Forderung einer „Mutterschaftsversicherung und Säuglings- und Kleinkinderfürsorge". Hier wird die Mutterschaft als gesellschaftlich notwendige Leistung anerkannt, es wird im Gegensatz zur Weimarer Verfassung nicht die Familie mit der Verantwortung für den gesellschaftlichen Nachwuchs belastet, sondern diese Verantwortung wird der Allgemeinheit übertragen, unter deren Schutz und durch die gesichert, die Mutter ihre biologisch bedingte Aufgabe erfüllt.

In dem sonst so durchaus unrevolutionären Görlitzer Programm nimmt das Sozialprogramm eine vereinzelte Stellung ein. Hier wirkten revolutionierend die praktischen Erfahrungen. Und es wirkte nach die Bewegung der Nachkriegszeit. Wenngleich die Mehrheitssozialdemokratie in ihrer Ausdeutung der Demokratie die politischen Räte bekämpfte, konnte sie sich damals der Forderung nach Wirtschafts- und sozialer Kontrolle durch das Proletariat nicht entziehen.

Aber auch hier trat eine Rückbildung ein, die so stark war, daß drei Jahre später die vereinigte Sozialdemokratie in ihren Forderungen nicht mehr so weit zu gehen wagt, wie ihr rechter Flügel es 1922 für notwendig hielt.

Das Heidelberger Programm hat nur vier Erweiterungen gegen Görlitz: eine Stellungnahme gegen die Technische Nothilfe, eine Stellungnahme gegen die Heimarbeit, die Forderung von Arbeitsgerichten als Ergänzung der Forderung nach einem einheitlichen Arbeitsrecht, Urlaubsrecht.

Im übrigen baut es ab: kein proletarisches Kontrollrecht mehr, keine allgemeine Mutterschaftsversicherung mehr, und eine Reihe von Einzelforderungen werden so eingeschmolzen in allgemeine Formulierungen, daß sie darin verloren gehen. Im Falle der Sonntagsruhe (24 statt 36 Stunden) ist der Rückschritt sogar ausdrücklich formuliert. Geänderte Zeiten, die nicht mehr vorwärts trieben, sondern rückwärts zogen wie die Wasser bei Ebbezeit.

Trotzdem geht auch dies Programm noch über den Rahmen des kapitalistischen Systems hinaus. Es war die Grundillusion der Partei, das nicht zu sehen, oder, falls man es sah, der Grundfehler, es nicht auszusprechen.

So erfolgte in den auf den Heidelberger Parteitag folgenden Jahren, was bei dieser Einstellung erfolgen mußte. Man stieß zum Sozialismus vor auf der Linie der sozialen Fürsorge statt auf der der Wirtschaft und Politik. Man betrieb eine Sozialisierung des Konsums statt einer Sozialisierung der Produktion. Man ließ also dem Kapital die Macht, sich den sozialen Maßnehmen zu entziehen durch Kapitalflucht, Steuerflucht, Bilanzmanöver und alle die tausend anderen Wege, welche der Besitz der Produktionsmittel gestattet. Indem man sich beschränkte, die sozialen Einrichtungen aufrechtzuerhalten und darauf verzichtete, ihr Funktionieren sicherzustellen durch Kontrolle der Wirtschaft, indem man also die Linie des schwächsten Widerstandes suchte, ermöglichte man dem Gegner ein Umgehungsmanöver. Man ließ ihn die öffentlichen Einnahmen abbauen, den öffentlichen Kredit untergraben, die öffentlich kontrollierte Wirtschaft schwächen und teilweise zerstören. Und so war beim Einbruch der von der Sozialdemokratie nicht vorausgesehenen und nach ihrem Eintritt lange geleugneten und unterschätzten Krise auch die soziale Position sturmreif und unterliegt nun mehr und mehr dem Abbau, bis ihr ganzer Charakter in ihr Gegenteil verkehrt ist, bis sie degradiert aus einer rechtlich fundierten Wirtschaftsordnung der Gesamtheit zu einer Art Zwangsversicherung der Arbeiterschaft, ergänzt durch armenpflegerische Maßnahmen. Der Abbau der Arbeitslosenversicherung auf eine von Bedürftigkeitsprüfungen abhängig gemachte Wohlfahrtsfürsorge ist symptomatisch für diesen ganzen Prozeß.

Für uns ergibt sich aus dieser Entwicklung die Notwendigkeit, dauernd und bewußt die Sozialpolitik der Wirtschafts- und Steuerpolitik zu koordinieren, zu brechen mit der Illusion, daß irgendein dauernder sozialer Fortschritt möglich sei ohne gleichzeitig gesteigerte Wirtschafts- und Finanzkontrolle. Jedes einseitige Vorgehen würde sich wie bisher durch einen baldigen Zusammenbruch rächen.

Unsere Forderungen schließen sich an die der alten Programme an, aber sie bauen sie aus:

Einheitlicher und umfassender Arbeitsschutz, möglichst auf internationaler Grundlage;

Beteiligung der Arbeiterschaft an jedem wirtschaftlichen und technischen Fortschritt, sowohl durch sukzessives Herabsetzen der Arbeitszeit wie durch Erleichterung der Arbeitsmethoden und Steigerung des Arbeitslohns. (Die Forderung des Achtstundentags hat sich der Entwicklung gegenüber als viel zu starr erwiesen. Ebenso steht es mit einer Reihe anderer Forderungen, welche also elastischer Formulierung bedürfen.)

Sonderschutz für Frauen, unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Aufgabe der Frau als Mutter, Schutz für Jugendliche unter voller Anerkennung des Rechtes der Jugendlichen auf volle und ungehemmte gesellschaftliche, wirtschaftliche und persönliche Ausbildung;

Arbeitsrecht auf der Grundlage proletarischer Rechtsprechung und Rechtskontrolle. Volles Koalitionsrecht, Ausbau desselben zu einer wirksamen Wirtschaftskontrolle auf Grund des Rätesystems;

Vereinheitlichung des gesamten Versicherungswesens und sein Ausbau zu einem System sozialen Rechts, das jedem Existenz und ausreichende Lebenshaltung sichert, insbesondere Anerkennung und Sicherung der Mutterschaft als gesellschaftlich notwendiger Leistung, gesellschaftliche Verantwortung für Entwicklung und Erziehung der Jugend bis zu ihrer völligen gesellschaftlichen Reife;

Proletarische Kontrolle und Verwaltung aller sozialen Einrichtungen.

Wir geben uns nicht der Illusion hin, als seien diese Forderungen isoliert, als seien sie überhaupt auf kapitalistischer Grundlage zu verwirklichen. Sie sind aber gleichzeitig unumgängliche

Gegenwartsforderungen, wenn nicht wachsende Verelendung und Unsicherheit die Wirtschaft zum Versumpfen, die Gesellschaft zum Zusammenbruch verurteilen sollen. Insofern sie an das Leben der Arbeiter unmittelbar anknüpfen, sind sie Ausgangspunkt unserer Propaganda. Insofern sie über die bestehende Gesellschaft hinausführen, leiten sie unmittelbar zu den entscheidenden Kämpfen.

V. Kultur- und Schulpolitisches

> Heidelberger Programm: „Die Sozialdemokratische Partei erstrebt die Aufhebung des Bildungsprivilegs der Besitzenden.
> Erziehung, Schulung und Forschung sind öffentliche Angelegenheiten, ihre Durchführung ist durch öffentliche Mittel und Einrichtungen sicherzustellen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel, wirtschaftliche Versorgung der Lernenden.
>
> Die öffentlichen Einrichtungen für Erziehung, Schulung, Bildung und Forschung sind weltlich. Jede öffentlich-rechtliche Einflußnahme von Kirche, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften auf diese Einrichtungen ist zu bekämpfen, Trennung von Staat und Kirche, Trennung von Schule und Kirche, weltliche Volks-, Berufs- und Hochschulen. Keine Aufwendung aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.
>
> Einheitlicher Aufbau des Schulwesens, Herstellung engster Beziehungen zwischen Werkarbeit und geistiger Arbeit auf allen Stufen.
>
> Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter.
> Einheitliche Lehrerbildung auf Hochschulen."

Das Schul- und Kulturprogramm des Heidelberger Programms zeichnet sich aus durch eine besondere Präzision der Formulierungen. Das hat die Folge gehabt, daß weite Parteikreise mit diesen knappen Formulierungen nicht sehr viel anzufangen wußten, und daß immer wieder die Forderung nach einer Neuformulierung auftauchte. Nicht ganz klar war dabei, ob man an eine populärere Fassung oder an eine Revision des Inhalts dachte. Bestimmt aber lag, klarer oder unklarer, das Gefühl dieser Forderung zugrunde, daß die tatsächliche Politik der Sozialdemokratie mit den Forderungen des Programms kaum in Beziehung stand.

Was ist die Grundeinstellung dieses Programms?

Der erste Satz sagt es deutlich. Er fordert „Brechung des Bildungsprivilegs der Besitzenden". Alle weiteren Forderungen sind Folgerungen aus diesem ersten Grundsatz.

Unser Schul- und Erziehungswesen ist in seinem Gesamtaufbau das Ergebnis einer Jahrtausend alten Entwicklung.

Die erste große Gesellschaftsgruppe, welche in Europa das Bedürfnis nach Schulen zur Erziehung des gesellschaftlichen Nachwuchses entwickelt hat, war die Kirche. Dom- und Klosterschulen zur Bildung der jungen zukünftigen Geistlichen waren im Mittelalter die Pflanzstätten und Zentren der Bildung. Aus ihnen entwickelten sich die frühesten Universitäten. An das theologische Studium gliederten sich allmählich erst die weltlichen Wissenschaften. Das geschah in dem Maße, wie sich in anderen gesellschaftlichen Gruppen das Bedürfnis nach systematischer Bildung entwickelte. Während in der Bauernschaft die gesamte Bildung und Erziehung entsprechend der familiengebundenen Bedarfswirtschaft in der Familie und durch die Familie geschehen konnte, während das Handwerk seinen Nachwuchs in der Zunft heranzog durch die streng gegliederte Schulung der Lehrlinge und Gesellen bis zur Meisterschaft, bedurfte der Handel, sobald er über die engen Grenzen städtischer Wirtschaft hinauswuchs, einer Ausbildung in Schreiben, Lesen und Rechnen, die nicht ohne Schulen zu leisten war. So entstehen neben den geistlichen Schulen Schulen des Bürgertums, städtisch unterhaltene Schulen und private Erwerbsunternehmen. Aber weit mächtiger setzt bald das Interesse des Staates am Schulwesen ein. Sobald ein moderner Staat mit stehendem Heer, Steuerwesen und Beamtenschaft sich entwickelt, braucht er geschulte Kräfte, welche ihm geistliche und Bürgerschulen nicht hinreichend ausbilden können. Universitäten und gelehrte Schulen müssen für diese Zwecke erweitert oder neu gegründet, in jedem Falle vom Staate unterhalten werden.

Mit der weiteren Entwicklung zum Kapitalismus wachsen die Bildungsaufgaben. Der religiöse Zwiespalt macht es für die sich bekämpfenden gespaltenen Kirchen notwendig, ihre Anhänger durch eine weitgefaßte Propaganda zu fesseln. So wenden die Kirchen ihr Interesse auch den großen Massen des Volkes zu, vor allem die protestantischen, welche Kenntnis der religiösen Grundlehren fordern, müssen die Katechismuslehren und die Fähigkeit des Bibellesens übermitteln. Weiteste Ausdehnung aber findet die so beginnende Elementarbildung infolge der Bedürfnisse des entwickelten absolutistischen Staates. Dieser, auf militärische Macht gegründet, bedarf wachsender Einnahmen für seine wachsenden Bedürfnisse. Er sucht daher die Wirtschaftskräfte des Landes zu steigern, um stärker fließende Steuerquellen zu haben. Der steuerstarke und -willige, wirtschaftlich tüchtige und politisch gefügige Untertan ist sein Ideal, das er durch eine elementare Schulung aller Untertanen zu erreichen strebt. So entsteht eine staatlich unterhaltene Elementarschule seit dem 17. Jahrhundert vor allem in den ausgesprochen absolutistischen Staaten, in denen das wirt-

schaftliche Leben unter staatlicher Kontrolle steht. In den Ländern, in welchen ein starkes Bürgertum sich selbständig entwickelt, bleibt die Schule weit mehr der privaten Initiative oder freien, zumeist religiösen Gesellschaften überlassen.

Aber das Hauptinteresse des besitzenden Bürgertums gilt nicht der allgemeinen Schule, den Elementar-, Armen- und auch Bürgerschulen, sondern den höheren Schulen, den Gelehrten-, Latein- und Hochschulen. Diese werden vor allem ausgebaut, und zwar findet das bürgerliche Streben nach einer möglichst allseitigen persönlichen Ausbildung, der Individualismus, sein Vorbild in der Antike und übernimmt von dort die Maßstäbe und den Inhalt seiner Bildung. Alle höheren Schulen bauen sich aus als „humanistische" Bildungsstätten mit dem Ziele, voll entwickelte Persönlichkeiten zu formen, die dem gesellschaftlichen Konkurrenzkampf gewachsen sind. Sie dienen damit dem bürgerlichen Aufstieg. Bildung wird eine Waffe im Existenzkampf um die Herrschaft genau so wie Besitz.

Dieser scharfe Unterschied zwischen Volksbildung und höherer Bildung, der, geschichtlich von je vorhanden, durch die kapitalistische Entwicklung gefördert und vertieft wurde, wurde auch nicht beseitigt durch die Bildung von Nationalstaaten, durch das damit parallel laufende Erwachen des nationalen Bewußtseins. Trotz der nationalen Ideologie fühlt sich das besitzende Bürgertum überall dort, wo es zur wirtschaftlichen Macht und zum politischen Einfluß gelangt, als eigentlichen Träger der Nationalität. Seine Schulen, die höheren und Hochschulen, werden also auch die eigentlichen Pflegestätten des nationalen Lebens. Eine demokratische Ideologie, die im Kleinbürgertum wurzelt, bemüht sich vergeblich, die Elementarschulen, die man jetzt Volksschulen nennt, diesen Vorbildern anzunähern. Dies Bemühen muß scheitern an der Tatsache, daß das höhere Schulwesen von vornherein aufgebaut ist für die Zwecke einer herrschenden Klasse, welche nur zur Leitung und Kontrolle, nicht zur ausführenden Arbeit befähigt werden soll.

So bietet das Schulwesen überall im europäischen Kulturkreis dasselbe Bild. Erwachsen aus kirchlichen Anfängen, vom Staate und besitzenden Bürgertum für ihre Zwecke ausgebaut, zeigt es die klare Scheidung zweier wesensverschiedenen Schulsysteme: für die herrschende, besitzende Klasse und für den Wirtschaftsuntertanen, mag er nun Proletarier, in direkter wirtschaftlicher Abhängigkeit, oder Kleinbürger und Bauer, in einem indirekten Ausbeutungsverhältnis sein.

Alle demokratischen Reformbestrebungen, welche durch Ausbau des Volksschulwesens und Schaffung von Aufstiegsmöglichkeiten

diese Scheidung überwinden wollen, scheitern notwendig an der Tatsache, daß die Bildung unserer höheren Schulen ihrem Wesen nach eine Bildung für Herrschende und Privilegierte ist, den Bedürfnissen Werktätiger nicht entspricht und diese daher ihrer Klasse und ihren Aufgaben entfremdet.

Das Heidelberger Programm faßt also in der Tat am wesentlichen Ende die Frage der Schul- und Kulturpolitik an. Wer das Besitzprivileg aufhebt, revolutioniert unser Schulwesen in seinem tiefsten Wesen. Er fordert nicht nur einen ganz neuen Aufbau, sondern auch einen völlig neuen Inhalt unserer Bildung.

Auf welchem Wege sucht das Heidelberger Programm diese Revolution zu erreichen?

Seine erste Forderung ist Öffentlichkeit der Erziehung, Schulung und Forschung. Die Forderung ist so durchgreifend wie möglich. Nicht nur die Schule, sondern die gesamte Erziehung wird dadurch zu einer gesellschaftlichen Angelegenheit erklärt. Wohlgemerkt nicht zu einer staatlichen. Eine staatliche Erziehung würde ein Unding sein. Wie im Schulwesen Reich, Länder und Gemeinden sich bisher schon in die Aufgaben teilen, so würden für die Erziehungsaufgaben außerhalb der Schulerziehung kleineren Gruppen die wichtigsten Aufgaben zufallen müssen. Wesentlich aber ist, daß die Gesamtheit für die Erfüllung dieser Aufgaben verantwortlich und haftbar gemacht wird, daß für alle Erziehungs- und Bildungsaufgaben öffentliche Einrichtungen zu schaffen, öffentliche Mittel flüssig zu machen sind.

Im einzelnen wird das spezialisiert, indem man fordert: „Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Unentgeltlichkeit der Lehr- und Lernmittel, wirtschaftliche Versorgung der Lernenden." Das scheint ganz umfassend, und es bedeutet einen ungeheuren Fortschritt gegen den gegenwärtigen Zustand, in welchem alle über Volks- und Pflichtberufsschule hinausführenden Bildungseinrichtungen zum Teil sehr hohe Gelder erheben, Lernmittel nur den Bedürftigen und diesen nur sehr beschränkt gewährt werden und Erziehungsbeihilfen nur in verschwindendem Umfang für wenige Bevorzugte zur Verfügung stehen.

Trotzdem deckt sich diese Forderung nicht mit der grundsätzlichen Formulierung. Diese ist weitergehend. Denn die Erziehung erfaßt das Kind bereits, bevor es schulreif ist, ja bei gründlicher Untersuchung beginnt sie schon vor der Geburt. Der Eingangssatz legt also die öffentliche gesellschaftliche Verantwortung für die Ent-

wicklung der Jugend fest vom Augenblick der Geburt ab. Sie umfaßt alle Forderungen für Mutterschutz, Säuglingsfürsorge, Kleinkindererziehung und alle dahin gehörigen Hilfseinrichtungen vom Mütterheim bis zum Kindergarten und Hort. Das Heidelberger Programm enthält diese Forderung, aber nur in verhüllter, weniger verständlicher Form.

Wie steht es nun mit ihrer Durchführung?

Wir wissen, daß nach schwachen Ansätzen zu ihrer Verwirklichung wir heute weiter als je von ihr entfernt sind. Die Anfänge, welche geschaffen waren: teilweise Lernmittelfreiheit für Bedürftige, Staffelung und evtl. Befreiung vom Schulgeld, gelegentliche Erziehungsbeihilfen für Hochbegabte, sind durch die staatliche Finanzkrise weggefegt worden. Einer ernsthaften Durchführung aber standen von vornherein zwei Hindernisse entgegen: die Weimarer Verfassung und die wirtschaftliche Ordnung.

Die Weimarer Verfassung hat die Zuständigkeit für Erziehungsfragen eindeutig festgelegt in ihrem Artikel 120. Dort heißt es: „Die Erziehung des Nachwuchses zu leiblicher, seelischer und gesellschaftlicher Tüchtigkeit ist oberste Pflicht und natürliches Recht der Eltern, über deren Betätigung die staatliche Gemeinschaft wacht."

Hier ist also die Erziehung endgültig der Familie zugewiesen. Der Staat hat nur ein Aufsichtsrecht im Falle des Mißbrauchs (so daß er also Fürsorgeerziehung einsetzen kann), und daneben wird eine Hilfspflicht des Staates im vorhergehenden Artikel festgelegt. „Die Reinerhaltung, Gesundung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausgleichende Fürsorge." Es läßt sich kaum ein schärferer Gegensatz denken als der, welcher besteht zwischen der sozialdemokratischen Forderung nach öffentlicher Verantwortung für die Erziehung und der übrigens ganz undurchführbaren Polizeirolle, welche die Verfassung dem Staate zuweist.

Auch an anderen Stellen wird der Staat in eine Hilfsstellung geschoben, die öffentliches Eingreifen nur in Ausnahmefällen zugesteht. So in dem an sich äußerst wichtigen Artikel 122. „Die Jugend ist gegen sittliche, geistige und körperliche Ausbeutung sowie gegen Verwahrlosung zu schützen. Staat und Gemeinde haben die erforderlichen Einrichtungen zu treffen. Für-

sorgemaßnahmen im Wege des Zwanges können nur auf Grund des Gesetzes angeordnet werden.“ Das ist also eine rein negative Rolle (Verhinderung der Verwahrlosung, welche hier dem Staate zugeschoben wird, im Gegensatz zu den Forderungen des Heidelberger Programms).

Positive Aufgaben erhält der Staat nur auf dem Gebiete der Schule. Sie bleiben indes weit hinter den Programmforderungen zurück. Zugesprochen wird ihm die Pflicht: *öffentliche Schulen zu errichten und zu unterhalten* (Art. 143), *die Schulpflicht für acht Volksschuljahre und für die Fortbildungsschule* (Berufschule) *bis zum vollendeten 18. Lebensjahr durchzuführen, die öffentliche Schule „organisch aufzubauen“*, so daß für ihren Aufbau *„die Mannigfaltigkeit der Lebens-berufe, für die Aufnahme des Kindes in eine bestimmte Schule Anlage und Neigung“ maßgebend seien, Erziehungsbeihilfen für den Besuch mittlerer und höherer Schulen durch Minderbemittelte bereitzustellen* (Art. 146) *und Unterricht und Lernmittel an den Pflichtschulen unentgeltlich zu gewähren* (Art. 145).

Es ist selbstverständlich, daß Programmforderungen, auch in einem Aktionsprogramm, erheblich über das in der Verfassung Festgelegte hinausgehen. Nicht darin liegt also die Schwierigkeit der Lage, sondern darin, daß die Programmforderungen, welche die Erziehung zu einer öffentlichen, gesellschaftlichen Angelegenheit machen, in einem unversöhnlichen Widerspruch stehen zur Verfassung, welche sie zu einer privaten Aufgabe der Einzelfamilie macht. Das Aktionsprogramm, sofern es nicht toter Buchstabe bleiben soll, verpflichtet also die Sozialdemokratie an diesem Punkte zum Kampf gegen die Verfassungsbestimmung, zu einer revolutionären Haltung.

Freilich liegt hier nicht die größte Schwierigkeit für seine Verwirklichung.

So weitgehende Verpflichtungen, wie das Programm sie für die öffentlichen Körperschaften aufstellt, erfordern ungemein große Mittel. Staat und Gemeinden in einer kapitalistisch organisierten Wirtschaft besitzen diese Mittel nicht und können sie nicht aufbringen. Voraussetzung dafür, daß solche Aufgaben von ihnen übernommen werden, ist, daß sie die vorhandenen Produktivkräfte kontrollieren und die Verteilung des Arbeitsproduktes entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen und Aufgaben beeinflussen können. Mit andern Worten: die Voraussetzung für eine Öffent-

lichkeit der Erziehung, wie das Heidelberger Programm sie vorsieht, ist eine öffentlich kontrollierte und planmäßig geordnete Wirtschaft. Wir begegnen hier wie so oft der Voraussetzung des Heidelberger Programms, daß es möglich sei, in die kapitalistische Gesellschaft sozialistische Fremdkörper einzubauen, den Arbeitsertrag einer kapitalistisch geleiteten Wirtschaft sozialistischen Zwecken zuzuführen und so von der Verbrauchsregelung aus die Wirtschaft und Gesellschaft umzugestalten. Die Gesamtentwicklung seit 1925 hat gezeigt, daß dieser Weg auf die Dauer immer ungangbarer wird. Auch beim Erziehungsprogramm.

Es ist niemals gelungen, auch nur die Festsetzungen der Weimarer Verfassung zu verwirklichen. Ich schweige von dem Versprechen des Artikels 122, die Jugend gegen Ausbeutung, sowie gegen sittliche, geistige und körperliche Verwahrlosung zu schützen. Unsere heutigen Zustände sprechen laut genug. Aber nicht einmal der verfassungsmäßig vorgeschriebene Ausbau der Berufsschule ist verwirklicht, nicht einmal die Unentgeltlichkeit der Lernmittel ist durchgeführt. Daß heute entgegen der Verfassung nicht Anlage und Neigung, sondern ganz ausschließlich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung der Eltern (Art. 146) über die Ausbildung und den Schulbesuch entscheiden, weiß jedes Kind. Und was an leisen Versuchen einer sozialen Gestaltung vorhanden war, das ist wieder abgebaut und mußte unter dem Zwang der wirtschaftlich und politisch herrschenden Mächte abgebaut werden, von sozialdemokratischen Unterrichtsministern in Preußen genau so wie von nationalsozialistischen in Thüringen und Braunschweig und bürgerlichen in den anderen Ländern.

Innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft und der kapitalistischen Wirtschaft wird das so bleiben. Wir sehen in allen Ländern, wo sozialistische Regierungen und Behörden auf dem Wege vorzuschreiten suchen, den wir „Brechung des Bildungsprivilegs der Besitzenden“ nennen, wie die erste Krise den Vorwand gibt, alles Erreichte wieder abzubauen. Es bleibt in dieser Lage der Arbeiterschaft kein anderer Weg, als entweder auf ihre Bildungsansprüche zu verzichten, oder aber, um sie durchzusetzen, das ganze wirtschaftliche und gesellschaftliche Gebäude umzustürzen, mit dem das Bildungsprivileg untrennbar verbunden ist.

Die zweite Programmforderung ist die W e l t l i c h k e i t d e r E r z i e h u n g, S c h u l u n g, B i l d u n g u n d F o r s c h u n g. Um sie durchzuführen, wird verlangt, daß jeder öffentlich-rechtliche Einfluß von Kirchen-, Religions- und Weltanschauungs-

gemeinschaften auf die Erziehung aufhöre, Trennung von Staat und Kirche wie von Schule und Kirche und Einstellung aller Zahlungen aus öffentlichen Mitteln für kirchliche und religiöse Zwecke.

Diese Forderungen sind ursprüngliche Forderungen auch des liberalen Bürgertums. Sie sind von diesem freilich nur selten und in den Ländern verfochten worden, wo die bürgerliche politische Entwicklung am reinsten verlief, wie in Frankreich und dem liberalen Italien. Überall da, wo der Kampf des Bürgertums um politische Herrschaft sich mit dem beginnenden Befreiungskampf der Arbeiterschaft kreuzte, sind sie nur schwächlich vertreten oder ganz verlassen worden. Die deutsche Sozialdemokratie hat im Erfurter Programm diese Forderungen aufgenommen mit dem vielumstrittenen und mißdeuteten Satze: „Religion ist Privatsache.“ Der freilich nicht offizielle, das heißt nicht von der Mitgliedschaft gutgeheißene, aber offiziöse, das heißt im Auftrag des Parteivorstandes von Heinrich Schulz geschriebene Kommentar zum Schulprogramm vertritt eine weitverbreitete Deutung dieses Satzes und interpretiert sie auch in das Heidelberger Programm hinein.

Es heißt hier: „Wenn die Sozialdemokratie für alle öffentlichen Einrichtungen auf dem Gebiete der Kultur den Grundsatz der Weltlichkeit aufstellt, so nimmt sie damit nicht Stellung gegen die Religion (Sperrungen wie im Originaltext). Sie überläßt die Pflege der Religion und der Weltanschauung dem einzelnen und den freiwilligen Zusammenschlüssen einzelner zu religiösen oder weltanschaulichen Gemeinschaften (Kirchen, Gemeinden, Verbänden). Die Sozialdemokratie ist eine Partei mit politischen und wirtschaftlichen Zielen und kann in ihren Kreisen nur Männer und Frauen dulden, die sich zu ihren politischen und wirtschaftlichen Grundsätzen bekennen und sich ihren Beschlüssen und Maßnahmen auf diesen Gebieten unterwerfen. Die religiöse Gesinnung und Empfindung dagegen ist keine politische Angelegenheit, keine Sache eines Parteiprogramms, sondern eine Gewissensangelegenheit des einzelnen Menschen. Mit der politischen Überzeugung eines Sozialdemokraten verträgt sich nicht gleichzeitig das Bekenntnis zu einer anderen politischen Partei. Dagegen ist mit dem Bekenntnis zur Sozialdemokratie jedes religiöse Bekenntnis zu vereinbaren. Man kann ein frommgläubiger Christ, ein strenggläubiger Katholik und doch zugleich ein vortrefflicher Sozialdemokrat sein . . . Die Religion hat es mit übersinnlichen Fragen zu tun, mit Dingen, die nicht greifbar sind und von den Menschen je nach ihrer Erziehung, ihrer geistigen und

seelischen Veranlagung ganz verschieden beantwortet werden, mit Fragen nach den Ursachen und dem Endzweck alles Seins, nach dem Wesen der Dinge, nach den unerforschten Geheimnissen in Natur und Menschenleben. Es muß dem einzelnen überlassen bleiben, ob er gegenüber den Welträtseln die Hilfe und den Trost, die religiöse Gläubigkeit zu bieten vermögen, in Anspruch nehmen will oder nicht . . . Andererseits aber verlangt die Sozialdemokratie aber von den öffentlichen Körperschaften die gleiche weitherzige Duldung für die, die eines religiösen Trostes nicht bedürfen oder darüber hinaus jede Religion und jeden Gottesglauben ablehnen."

Die Auffassung von Religion, welche Heinrich Schulz hier ausspricht ist eine typisch liberale. Sie verkennt, daß die Religionen nicht eine bestimmte Gemütsstimmung oder eine bestimmte philosophische Auffassung von den Weltzusammenhängen bedeuten, sondern daß sie gesellschaftliche Erscheinungen sind, gesellschaftliche Organisationen mit Machtansprüchen, die man nur dann ignorieren könnte, wenn diese Machtansprüche wirkungslos wären wegen der Schwäche der Organisation (wie etwa bei Herrn Weißenberg sein Anspruch Gott der Heilige Geist und damit der Herr und Richter der Welt zu sein). Die Sozialdemokratie, wie die sozialistische Arbeiterschaft können (und müssen) freilich Gewissensfreiheit in religiösen Dingen proklamieren aus dem einfachen Grunde, weil sie wissen, daß Überzeugung nie durch Zwang geschaffen wird, daß es nur einen Weg zur Erkenntnis gibt, den der gesellschaftlichen Erfahrung und systematischen Aufklärung, und daß die sozialistische Erkenntnis nicht mit einem Male, sondern allmählich den einzelnen erfaßt. Sie dürfen sich aber deswegen nicht verschließen vor der Einsicht, daß die Kirchen vor allen diesen Fragen eine völlig andere Haltung einnehmen. Daß sie ihre Forderungen nach öffentlich-rechtlicher Geltung, nach staatlicher Unterstützung, nach Kontrolle über die Schule und Erziehung, kurz alle ihre Machtansprüche nicht aufgeben können, weil es um ihre Existenz als Kirchen geht. So mag es vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus möglich erscheinen, zugleich Sozialdemokrat und strenggläubiger Katholik zu sein, vom Standpunkt der katholischen Kirche aus ist es das nicht, und der Papst hat noch jüngst in einem verpflichtenden Rundschreiben an die ganze Kirche (über die gesellschaftliche Ordnung) erklärt, daß es „unmöglich ist, gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist zu sein".

Es ist also eine sehr unsozialistische Illusion, daß man dadurch, daß man die Religion zur Privatsache erkläre, dem Konflikt mit der Kirche ausweichen könne. Vielmehr ist gerade diese Erklärung

für die Kirche völlig unerträglich. Sie beansprucht die Kontrolle wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Vorgänge, wie das der Papst in dem oben angeführten Rundschreiben feierlich erklärt. „Nach Recht und Pflicht walten Wir kraft Unserer höchsten Autorität des Richteramts über die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen." Der Papst hat „das von Gott ihm aufgetragene heilige Amt, das Sittengesetz in seinem ganzen Umfang zu verkündigen — und ob erwünscht, ob unerwünscht — auf seine Befolgung zu dringen." Er unterwirft daher „nach dieser Seite hin wie den gesellschaftlichen so den wirtschaftlichen Bereich vorbehaltlos seinem höchst richterlichem Urteil".

Insbesondere gilt das für die Schule, über welche die katholische Kirche ein unbedingtes Kontrollrecht behauptet und deren strengen Bekenntnischarakter zu wahren sie allen Katholiken zur ersten Pflicht macht. (Vergleiche dazu das Ende 1929 erschienene Rundschreiben über die christliche Kindererziehung.)

In der protestantischen Kirche sind die Machtansprüche theoretisch nicht so klar begründet und sie werden nicht so wirkungsvoll vertreten, weil der national beschränkten Kirche der internationale Rückhalt ebenso fehlt wie der feste Zusammenschluß der katholischen Kirche. Vorhanden sind sie indes gerade so gut und vertreten werden sie mit aller Kraft, die die protestantischen Landeskirchen aufbringen können.

Diese kirchlichen Ansprüche sind denn auch in der Weimarer Verfassung zum vollen Ausdruck gekommen. Die Verfassung ebenso wie die realen Machtverhältnisse haben es verhindert, daß die Forderung der Sozialdemokratie nach Weltlichkeit auch nur im bescheidensten Maße zur Verwirklichung gelangt sind. Wir haben zwar formal Trennung von Staat und Kirche. Diese hat aber bisher nur dazu geführt, daß die Kirchen von jeder Verpflichtung dem Staate gegenüber frei sind, während dieser ihnen auf die mannigfachste Weise verpflichtet ist. Er hat sie zu beschützen (Art. 135 und 139), erkennt sie als Körperschaften des öffentlichen Rechtes an (137) mit dem Rechte der Steuererhebung, die der Staat sogar für sie einzieht. Er verpflichtet sich zu fortlaufenden Unterstützungen (138 und die seitdem abgeschlossenen Kirchenverträge und Konkordate) und er hat endlich den Kirchen einen sehr wesentlichen Einfluß auf die Schule eingeräumt. Man sagt nicht zuviel, daß niemals während des letzten Jahrhunderts der Einfluß der Kirche auf den Staat in Deutschland so gewaltig gewesen ist wie jetzt nach der sogenannten Trennung von Staat und Kirche.

Die verhängnisvolle Einwirkung auf unsere Schulentwicklung erleben wir täglich. Nicht überall ist der Einfluß der Kirche so groß wie in Bayern, wo nach dem Konkordat die Kirche eine unmittelbare Kontrolle über Amtsführung und außeramtliches Leben der Lehrer hat und der Staat, falls die kirchlichen Behörden gegen beides Bedenken äußern, „für Abhilfe zu sorgen" hat. Aber auch in den durch ein Konkordat nicht gebundenen Ländern erleben wir ein immer stärkeres Anwachsen des kirchlichen Einflusses. In Preußen erfolgt die Lehrerbildung in den pädagogischen Akademien auf konfessionaler Grundlage. Nur eine Minderzahl „simultaner" Akademien steht der Mehrzahl der katholischen und protestantischen gegenüber, und die Kirchen widersetzen sich erfolgreich den Versuchen, „simultan" ausgebildete Lehrer an konfessionellen Schulen zu beschäftigen.

Am schlimmsten aber sind bisher die Wirkungen gewesen, welche der zweite Abschnitt des Artikels 146 der Weimarer Verfassung ausgeübt hat. Hier heißt es: „*Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten, soweit hierdurch ein geordneter Schulbetrieb auch im Sinne des Absatzes 1 nicht beeinträchtigt wird. Der Wille des Erziehungsberechtigten ist möglichst zu berücksichtigen. Das Nähere bestimmt die Landesgesetzgebung nach den Grundsätzen eines Reichsgesetzes.*"

Man hat in zwölf Jahren kein Reichsgesetz zu schaffen vermocht, denn die Vertreter der Parteien in den wechselnden Regierungskoalitionen waren sich so uneinig, daß man ein solches Gesetz schließlich für unbestimmte Zeit vertagte. Die Wünsche des Zentrums, die eindeutig darauf hinauslaufen, die in der Verfassung als Regelschule vorgesehene Simultanschule (eine Schule für alle Bekenntnisse und Weltanschauungen mit getrenntem Religionsunterricht) unmöglich zu machen, gingen bisher dem liberalen Bürgertum zu weit. Sie hätten auch eine völlige Zerschlagung des gesamten Schulwesens zur Folge, da man in dem extremsten Gesetzentwurf schon bei dem Wunsche von dreißig Eltern konfessionelle Sonderschulen zulassen wollte.

Nun verhindert aber eine Übergangsbestimmung im Artikel 174*), daß bis zu einem Reichsgesetz irgendeine Landesgesetz-

*) Artikel 174. Bis zum Erlaß des in Art. 146 Abs. 2 vorgesehenen Reichsgesetzes bleibt es bei der bestehenden Rechtslage. Das Gesetz hat Gebiete des Reiches, in welchen eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Schule gesetzlich besteht, besonders zu berücksichtigen.

gebung die bestehenden Verhältnisse ändert. In dem größten Bundeslande Preußen haben wir nur in der Provinz Hessen-Nassau simultane, sonst allgemein konfessionelle Schulen. Ebenso im katholischen Bayern und in Württemberg. Die ganz überwiegende Mehrzahl aller deutschen Kinder, auch die Kinder sozialistischer Arbeiter, werden also entgegen der Absicht der Verfassung und in striktem Widerspruch mit dem Aktionsprogramm der Sozialdemokratie in strengster Konfessionalität erzogen.

Das hat in Preußen sogar zu dem durchaus verfassungswidrigen Zustand geführt, daß dissidentische Lehrer überhaupt nicht mehr angestellt werden. Man kann freilich nicht Dissidenten, die sich schon in fester Stellung befinden, absetzen, aber man weigert sich, dissidentischen Junglehrern eine Anstellung zu geben, weil man an den konfessionellen Schulen keine Stellen für sie habe. So wird auf die junge Lehrerschaft ein schwerer Gewissenszwang ausgeübt, Gesinnungslosigkeit mit Amt und Lebenssicherung belohnt, Überzeugungsmut und -treue mit Existenzlosigkeit bestraft. Auch der sozialdemokratische Unterrichtsminister Grimme hat an diesem Zustand nichts ändern können.

Die Kirche hat ihren Einfluß auf die Schule aber auch dadurch verstärkt, daß sie ihrerseits eine immer wachsende Zahl von privaten höheren und Fachschulen einrichtet und so wachsende Zahlen gut ausgebildeter Fachleute für alle möglichen erzieherischen und fürsorgerischen Funktionen erhält. Ihr Augenmerk ist jetzt besonders auf die Berufsschule gerichtet. In Preußen war diese unter den Hohenzollern streng unkonfessionell. Jetzt ist es bereits geglückt, in den meisten Schulen freiwilligen Religionsunterricht einzuführen, dessen Kosten meist von den Gemeinden getragen werden. Der Wille des Zentrums geht aber dahin, diesen Unterricht zu einem Pflichtfach zu machen und das ganze Berufsschulwesen konfessionell aufzuziehen. Es ist wahrscheinlich, daß man auch das durchsetzen wird.

So sehen wir auf der ganzen Linie eine immer wachsende „Verkirchlichung" von Erziehung und Unterricht. Wachsende Aufwendungen für kirchliche und religiöse Zwecke und immer stärkeren Einfluß der Kirche auch auf die Gesetzgebung und das gesamte öffentliche Leben. Die Entwicklung steht im schärfsten Gegensatz zu den Forderungen des Aktionsprogramms.

Es ist trotzdem gelungen, an einem Punkte Erfolge zu erreichen, in der weltlichen Schulbewegung. Vor allem in Preußen, aber auch in einigen kleineren Ländern sind Schulen aufgebaut worden, in denen kein Religionsunterricht erteilt wird und in denen weltlich und zum guten Teil sozialistisch gerichtete Lehrer die Kinder in fortschrittlichem Sinne zur Gemeinschaft und zur Lebensbereit-

schaft erziehen. Diese Bewegung hat aber ungemein schwer zu kämpfen gegen die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und die Schikanen der Behörden. In Preußen dürfen diese Schulen überhaupt nicht als weltliche Schulen geführt werden, sondern nur als „Sammelklassen konfessioneller Schulen, an denen kein Religionsunterricht erteilt wird". Es fehlt ihnen also jede gesetzliche Grundlage und eine offen reaktionäre Regierung könnte sie durch eine einzige Verordnung beseitigen.

Trotzdem ist diese Bewegung, die als Massenbewegung aus der Arbeiterschaft selber geboren ist, vielleicht die wichtigste Erscheinung im heutigen Schulwesen für die Arbeiterbewegung, der einzige grundsätzliche Fortschritt, den zwölf Jahre demokratische Republik in der Richtung des sozialdemokratischen Aktionsprogramms gebracht haben.

Ebenso arg ist es bestellt um die Erfüllung der dritten grundsätzlichen Forderung: Einheitlicher Aufbau des Schulwesens und enge Beziehung zwischen geistiger Arbeit und Werkarbeit.

Dieser Programmpunkt ist für die Durchführung einer sozialistischen Schulreform wie der wichtigste, so der schwierigste von allen. Unser bestehendes System ist erwachsen aus der Klassenscheidung zwischen Bürgertum und Werktätigen (handwerkliches Kleinbürgertum, Bauernschaft und Arbeiterschaft). Der ganze Inhalt unserer höheren Schulbildung erstrebt eine Schulung zu geistiger Arbeit, die sich auf der Grundlage ausgebeuteter Handarbeit aufbaut. Daher führt heute auch jede Erleichterung des Zugangs zu dieser Bildung zur Entfremdung von der Handarbeit und damit zur Überfüllung der „geistigen" Berufe, zur Schaffung eines beschäftigungslosen Bildungsproletariats. Und das kann sich nicht ändern, solange der Inhalt unserer Schulbildung derselbe bleibt: humanistisch-historische Bildung mit der Antike als Vorbild, mit den Maßstäben unserer klassischen Philosophie, welche aus einem individualistisch gerichteten Bürgertum für dessen Bedürfnisse geschaffen wurde. Wenn wir wirklich Bildungseinrichtungen für die große Masse der Werktätigen schaffen wollen, welche sie zur Selbstverwaltung, zur verantwortlichen Ordnung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse befähigen — das und nichts anderes muß der Inhalt eines sozialistischen Schulprogramms sein —, so bleibt uns nichts anderes übrig, als die gesamten Lehrpläne und Bildungsziele unserer höheren Schulen vollkommen umzuwerfen und neu zu gestalten aus einer völlig anderen Bildungs- und Gesellschaftsauffassung heraus.

Das Programm sagt darüber ganz Richtiges, sagt es aber so kurz, daß es sehr leicht mißverstanden werden kann, und der Kommentar von Heinrich Schulz verstärkt diese Gefahr. Nach ihm würde es genügen, wenn Aufstiegs- und Übergangsmöglichkeiten von allen Schulen bis zur Hochschule geschaffen würden, wenn man neue Lehrmethoden einführte und die Kinder mit der Arbeit, das heißt mit dem Produktionsprozeß in seiner Entwicklung und Mannigfaltigkeit vertraut machte. Das ist freilich alles gut, schön und notwendig, und wir sind noch sehr weit davon entfernt, aber es trifft noch nicht den Kernpunkt der Aufgabe. Wir brauchen eine Schule, die durchaus organisiert ist von der Idee solidarisch, nicht gegensätzlich geordneter Arbeit aus, in der daher jeder zum Werktätigen erzogen wird, aber zum Werktätigen, der seine Arbeit nach ihrer technischen Grundlage wie nach ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang durchaus versteht und dadurch zur Mitbestimmung und -ordnung der Wirtschaft und Gesellschaft befähigt ist. Das zu erreichen müssen wir das alte bürgerliche Ideal der Allgemeinbildung mit einem vollkommen neuen Inhalt erfüllen, der von unserer heutigen höheren Schulbildung wenig übrig lassen und die Volksschulbildung ebenso von Grund aus neu gestalten würde.

Ansätze dazu sind in unseren Schulgesetzen, Lehrplänen usw. überhaupt noch nicht zu finden. Wir begegnen ihnen nur hier und da in der Arbeit einzelner Schulen, wo sich gleichgesinnte Lehrer glücklich zusammenfanden und unbekümmert um Vorschriften und Behörden begonnen haben, ihre Überzeugung praktisch zu erproben. Es ist also, ganz ähnlich wie bei den weltlichen Schulen, eine von unten kommende, gegen die herrschende Richtung kämpfende Bewegung, welche das Neue und Zukunftsreiche vertritt, Forderungen des sozialdemokratischen Programms zu verwirklichen sucht.

Im Schulwesen im ganzen sieht es aber auch auf diesem Gebiete trostlos aus, und wir sind von der Erfüllung der Programmforderungen weiter als je entfernt.

Voraussetzung für die Schaffung einer Einheitsschule wäre die Ausrichtung aller Schulerziehung auf die Notwendigkeiten des gesellschaftlichen Lebens der Gegenwart. Das würde eine gute allgemeine Grundlage ergeben, auf welcher sich die mannigfach gearteten Sonderbildungsgänge für die verschiedenen gesellschaftlichen Aufgaben aufbauen ließen. Unseren Schulbehörden aber lag vor allem daran, die höhere Schule in ihrer Trennung von dem Volksschulwesen zu erhalten und ihr das Monopol als Zugang zur Hochschule zu sichern. Das ist in vollem Maße geglückt. Alle alten geschichtlich längst überholten Typen der Schule, Gym-

nasium, Realgymnasium, Oberrealschule hat man bestehen lassen, sie nur kompliziert durch die deutsche Oberschule, die nicht Fisch, nicht Fleisch ist und von den Universitäten in jeder Weise boykottiert wird. Man hat darauf bestanden, daß die höheren Vollanstalten neunjährig bleiben, und die paar Aufbauschulen, die erst mit dem achten Schuljahr beginnen, führen ein verkümmertes und bleichsüchtiges Dasein. Daneben aber wuchert und überwuchert ein Chaos von mittleren und Fachschulen, deren ganzer Daseinszweck darin besteht, „Berechtigungen“ zu geben.

Das Berechtigungswesen, der Unfug, daß für irgendeine berufliche Ausbildung und Laufbahn nicht Tüchtigkeit und Eignung, sondern das Abgangszeugnis einer bestimmten Schule verlangt wird, vergiftet unser ganzes Leben und macht eine sinnvolle Schulreform gänzlich unmöglich. Die Forderung der Weimarer Verfassung ist in ihr Gegenteil verkehrt. Dort heißt es: „Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer für alle gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für diesen Aufbau ist die Mannigfaltigkeit der Lebensberufe maßgebend.“ In Wirklichkeit aber haben wir ein unorganisches Durcheinander von sogenannten allgemeinbildenden und Fachschulen mit sehr komplizierten, langwierigen kostspieligen Lehrgängen, für deren Erhaltung Jahrhunderte alte Überlieferung und die geistige Schwerfälligkeit der Pädagogen, sowie das Bedürfnis der besitzenden und herrschenden Klasse entscheidend sind. Der Andrang zu den Schulen, der hervorgerufen wird durch die wachsende Wirtschaftsnot, führt zu immer größeren Erschwerungen, zur Verlängerung der Ausbildungszeit und Verschärfung der Zulassungsbedingungen, so daß das Privileg der Besitzenden nicht nur erhalten wird, sondern weit ausschließlicher herrscht als in irgendeiner früheren Zeit. Daß 1930 noch nicht drei (2,6) Proz. aller Studenten auf deutschen Hochschulen Arbeitersöhne waren, zeigt, wie vollkommen und jammervoll die Forderung der Sozialdemokratie bisher gescheitert ist, aber dies Resultat ist nur die unvermeidliche Folge unseres Schulaufbaus. Das Ergebnis wird sein, daß das deutsche Volk in der kommenden Generation weit ausschließlicher als je vorher von Bürgerkindern und bürgerlich Denkenden, welche allen Arbeiterinteressen fremd, wenn nicht feindlich gegenüberstehen, wird geleitet und regiert, verwaltet und unterrichtet werden.

Natürlich ist in diesem System auch kein Raum für die Verbindung von geistiger und Werkarbeit, denn es baut ja geradezu auf auf deren schroffer Trennung im gesellschaftlichen Leben, und ist bestimmt, den Handarbeiter fernzuhalten von wissenschaftlichem Denken und selbständiger, zusammenhängender Erkenntnis.

So haben sich nur in der Grundschule dürftige Ansätze zu einem Arbeitunterricht methodischer Art entwickeln können. Die übrigen Schulen halten mit wenigen oben erwähnten Ausnahmen an ihren alten, für ihren Lehrinhalt unentbehrlichen Methoden fest. Sogar in den Berufs- und Fachschulen, wo er am dringendsten am Platze wäre, scheitert der Arbeitsunterricht zumeist daran, daß die Mittel dafür und jede Verbindung mit der Wirtschaft fehlen.

Nicht einmal die beiden letzten, mehr angehängten Forderungen des Heidelberger Programms, die gemeinsame Erziehung der Geschlechter und die Hochschulausbildung der Lehrer, sind ihrer Erfüllung irgend näher gekommen.

Die Gemeinschaftserziehung ist nach wie vor eine Noterscheinung, die man in Dorf- und Zwergschulen zuläßt, oder dann, wenn es gilt, vereinzelte kleine Mädchen zum Studium zuzulassen; als anerkannter Grundsatz, als planmäßig durchgeführtes System ist sie heute ebenso eine Ausnahme wie vor zehn Jahren.

In der Hochschulausbildung der Lehrer aber sind wir direkt zurückgeschritten. Wenige deutsche Staaten (Sachsen, Thüringen, Braunschweig, Hamburg) haben sie bei sich eingeführt. Die andern haben sich mit Scheinkonzessionen und Kompromissen begnügt. Am verhängnisvollsten war die Haltung Preußens. Die pädagogischen Akademien sind nichts anderes als verbesserte Lehrerseminare und liefern den Lehrernachwuchs einer konfessionellen Isolierung aus, welche für die weitere Schulentwicklung böse Früchte tragen muß.

Ist so das ganze Kulturprogramm der Sozialdemokratie bisher wirkungslos gewesen, so stehen wir heute vor der Tatsache, daß nicht nur statt Fortschritten Rückschritte allgemein zu verzeichnen sind: Rückschritte zur Klassenschule, zum konfessionellen, kirchlich kontrollierten Schulwesen, zu einem unorganischen und planlosen Nebeneinander von Schulen, das den Bildungsweg unbillig erschwert und kompliziert, zu einer schroffen Trennung von Handarbeit und Geistesarbeit; so führt die Wirtschaftskrise darüber hinaus zu einem ganz katastrophalen Abbau, der Tausende junger Lehrer auf die Straße wirft, die Kinder in überfüllte Klassen zwängt, den Lehrern übermäßig viel Unterricht aufbürdet und ihnen die Unterrichtsmittel nimmt, und der endlich radikal aufräumt mit den spärlichen sozialen Einrichtungen an unseren Schulen. Was übrig bleibt, ist die ausgeprägteste Form der Klassenschule: eine verkümmerte und ausgepowerte Volksschule, eine weitgehend abgebaute und unzulängliche Berufsschule, ohne Entwicklungsmöglichkeiten für die Massen, und

höhere Schulen, welche an einer starren Tradition festhalten und sich durch hohe Schulgelder, lange Schuljahre und übersteigerte — weil sachlich nicht begründete — Examensforderungen als Schulen einer privilegierten Minderheit charakterisieren.

Das sozialdemokratische Aktionsprogramm ist vor dieser Entwicklung zu einem Lappen Papier geworden. Und das Tragischste ist, daß ein Exponent der Sozialdemokratie, ein sozialdemokratischer Unterrichtsminister, in Preußen im Wettbewerb mit den reaktionärsten Ministern anderer Länder den schroffsten Kulturabbau hat durchführen müssen.

Welche Stellung haben wir diesen Tatsachen gegenüber einzunehmen? Dieser Teil des sozialdemokratischen Aktionsprogramms geht von einem richtigen und durchaus revolutionären Grundsatz aus. Wenn das Bildungsprivileg der Besitzenden gebrochen wird, so wird dadurch Grundlage, Aufbau und Inhalt unserer bisherigen Schulbildung umgestürzt. Das ist demjenigen klar, der diese Forderung in ihrer ganzen Tragweite überblickt. Aber da diese Forderung formal eine rein negative ist, und da ihre Konsequenzen nicht ausdrücklich gezogen werden, so wird den meisten Lesern das Grundsätzliche, Revolutionäre der Forderung nicht klar. Die Einzelformulierungen sehen aus wie friedliche Reformvorschläge, und ihre Verquickung mit ganz nebensächlichen Forderungen fördert diesen Eindruck des Zufälligen, Opportunistischen. Der Kommentar von Heinrich Schulz, der alles Grundsätzliche verwischt und verwässert, trägt weiter dazu bei, die Illusion zu wecken, als sei dies Programm in unserer heutigen Gesellschaft und mit ihren Machtverteilungen zu verwirklichen, als seien Voraussetzungen seiner Verwirklichung in der heutigen Schule gegeben.

Ein solches Programm war zu abstrakt und unbestimmt, um in der Masse überhaupt verstanden zu werden. Vor keinem Teile des Heidelberger Programms haben die Genossen so rat- und verständnislos und darum schließlich so uninteressiert gestanden. Man scheute sich gar nicht, seinen Forderungen schnurstracks zuwiderzuhandeln, ja war sich dieses Zuwiderhandelns großenteils nicht einmal bewußt. So war es von allen Aktionsprogrammen schließlich das wirkungsloseste, und die immer wieder auf den Parteitagen auftauchenden Anträge auf seine Abänderung schöpften daraus ihre Argumente. Eine solche Abänderung ist notwendig, aber nicht im Sinne eines Abbaus seiner Forderungen, sondern im Sinne einer schärferen und konkreteren wie umfassenderen Formulierung. Vor allem aber ist eine wesentliche Lücke des Programms zu ergänzen.

Die vergangenen 12 Jahre der Republik haben gezeigt, daß in der gegenwärtigen Periode die Kräfte der organisierten und klassenbewußten Arbeiterschaft nicht ausreichen, die staatlichen Schul- und Erziehungseinrichtungen so zu beeinflussen, wie es notwendig ist. Alle dahingehenden Versuche sind fehlgeschlagen. Wir können indessen nicht verzichten auf die Erziehung des gesellschaftlichen Nachwuchses. Wir können diese Aufgabe auch nicht den Familien überlassen, denn diese sind wirtschaftlich und kulturell zu schwach, um sie zu erfüllen. Es zeigt sich also gebieterisch die Notwendigkeit, durch eigene Erziehungsorganisationen des Proletariats diese Aufgabe zu erfüllen. Die Sozialdemokratie hat, ohne daß es in ihrem Programm vorgesehen war, diese Aufgabe begonnen. Sie hat sich in den proletarischen Kinderfreunden eine umfassende und wirkungsfähige Organisation geschaffen. Und wenn einmal die kulturelle Geschichte dieser Jahre geschrieben werden wird, so wird es sich herausstellen, daß in der Arbeit der Kinderfreunde wie in der gleichgerichteter Erziehungseinrichtungen, die, losgelöst von staatlichem Einfluß, selbständig arbeiteten, die einzigen im Sinne des Sozialismus, im Sinne einer werdenden Gesellschaft positiven Kulturleistungen dieser Zeit liegen. Daraus haben wir auch für ein kommendes Programm die Konsequenzen zu ziehen.

Für dieses sind also folgende Forderungen zu stellen:

1. Wir halten fest an der grundsätzlichen Forderung des Aktionsprogramms: Brechung des Bildungsprivilegs der Besitzenden.

2. Zur Verwirklichung verlangen wir Anerkennung des Grundsatzes, daß die Gesellschaft und ihre Machtorganisation, der Staat, verpflichtet ist, die Pflege und Erziehung des gesellschaftlichen Nachwuchses zu sichern. Diese Verpflichtung beginnt mit der Zeugung des Kindes. Sie umfaßt also wirksamen Mütterschutz (die Mutterschaft ist als gesellschaftlich notwendige Arbeit anzuerkennen, zu ermöglichen, zu schützen und zu entlohnen), Schutz des Säuglings und Kleinkindes und Einrichtung öffentlicher Pflege- und Erziehungsanstalten zu diesem Zwecke. Sicherstellung der Erziehung bis zur gesellschaftlichen Reife und beruflichen Leistungsfähigkeit durch wirtschaftliche Sicherung der Jugendlichen und ihrer Erzieher. Unentgeltlichkeit von Unterricht, Lehr- und Lernmitteln wie im Heidelberger Programm. Bereitstellung der dazu nötigen Mittel durch Heranziehung der Allgemeinheit nach dem Maße ihrer Leistungsfähigkeit. Solange den Eltern die Beschaffung der Erziehungsmittel überlassen bleibt,

ist die Ungleichheit, der Klassencharakter der Erziehung nicht zu beseitigen.

3. Die Weltlichkeit der Erziehung, die Ausschaltung alles kirchlichen Einflusses, die Verweisung aller religiösen und weltanschaulichen Erziehung ins private Leben, ist nur durchzuführen im Kampfe mit den entgegenstehenden Bestimmungen der Weimarer Verfassung, insbesondere gegen die Artikel 146 und 149. Zu diesem Kampf also muß die sozialistische Arbeiterschaft verpflichtet werden. Er ist zu führen im Bunde mit allen gleichgerichteten kulturellen Organisationen, insbesondere mit dem Bunde proletarischer Freidenker und den Freien Schulgesellschaften.

4. Der einheitliche Aufbau des Schulwesens kann nur erreicht werden durch die Überwindung der Tradition unserer heutigen Schulen, insbesondere der höheren Schulen, welche auf Grundsätzen eines bürgerlichen Individualismus sich aufbauen und deren Klassencharakter durch ihren Lehr- und Erziehungsinhalt bedingt ist. Gesellschaftliche Einsicht und Erziehung zu solidarischer Gemeinschaft müssen also als Ziele aller Schulerziehung deren Inhalt und Methode bestimmen. Das führt zur Auflösung des heutigen Schulwesens. Vertrautheit mit Werkarbeit und deren Methode muß von jedem Schüler am Ende seiner Schulzeit verlangt werden. Die theoretische Schulung hat die Einsicht zu geben, daß die menschliche Arbeit die Grundlage aller menschlichen Gesellschaft ist, und den Zusammenhang zwischen der Entwicklung menschlicher Arbeitsweisen und gesellschaftlichen Lebens in all seinen Formen klarzustellen. Daraus ergibt sich auf allen Stufen der Erziehung die Verbindung von Praxis und Theorie von Werkarbeit und geistiger Arbeit. Für die Lehrerbildung folgt daraus, daß niemand Lehrer sein kann, der nicht selber im gesellschaftlichen Produktionsprozeß gestanden hat und die Methoden der Werkarbeit wenigstens auf einem Gebiete beherrscht.

5. Da im gegenwärtigen Augenblick der bürgerliche Staat diesen Forderungen einen konsequenten Widerstand entgegensetzt, wird die Arbeiterschaft verpflichtet, die Aufgaben einer sozialistischen Erziehung durch freie Organisationen und planmäßigen Aufbau von Erziehungseinrichtung in die Hand zu nehmen und ihrer endgültigen Lösung näherzubringen.

VI. Finanzen und Steuern

> Heidelberger Programm: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert eine grundlegende, umfassende Finanzreform, die auf dem Prinzip der Quellenbesteuerung und der Lastenverteilung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aufgebaut ist.
>
> Insbesondere:
>
> Weiterbildung der Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuer.
>
> Gleichmäßige und einheitliche Steuerveranlagung mit Offenlegung der Steuerlisten, insbesondere durch obligatorische Buch- und Betriebsprüfung.
>
> Steuerfreiheit für ein soziales Existenzminimum. Stärkste Schonung des Massenverbrauchs. Beseitigung der Umsatzsteuer.
>
> Beteiligung der öffentlichen Gewalten am Vermögen und an der Verwaltung der kapitalistischen Erwerbsunternehmungen."

Kein Aktionsprogramm ist ein so vollkommener Fehlschlag gewesen wie das Finanzprogramm. Bei fast allen anderen Aktionsprogrammen ist ein Fehlschlag da, weil es der Sozialdemokratie nicht gelang, ihre Forderungen gegen den Widerstand der bürgerlichen Parteien durchzusetzen. Beim Finanzprogramm aber ist sie positiv mitverantwortlich für eine Entwicklung, welche ein Steuersystem aufbaute, das in allen Punkten den sozialdemokratischen Forderungen geradezu entgegengesetzt ist. Die entscheidendsten Verschlechterungen, der Abbau aller Reformen, welche durch den Bürgerlichen Erzberger durchgesetzt wurden, gehen zurück auf die Zeit, in welcher der Sozialdemokrat Hilferding Finanzminister war. Die Sozialdemokratie trägt also die volle Verantwortung dafür, daß heute das deutsche Steuersystem das wahrscheinlich antisozialste Steuersystem ist, das existiert, zugleich ein System, dessen Unzulänglichkeit sogar vom kapitalistischen Gesichtspunkt aus jedes Jahr erneut durch die steigenden Haushaltsdefizite, durch die wachsende öffentliche Schuld, welche den Staatsbankrott in drohende Nähe rücken, jedem anschaulich demonstriert wird. Wie ist dieser Fehlschlag zu erklären?

Die Hauptgrundsätze dieses Programms sind: Quellenbesteuerung, direkte Besteuerung, soziale Steuerstaffelung, öffentliche Kontrolle der Steuerleistung, sukzessiv wachsende Beteiligung der öffentlichen Hand an dem privaten Vermögen.

Diese Forderungen sind altes sozialdemokratisches Gut. Das Erfurter Programm formuliert:

> „Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögensteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind.

Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grad der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern."

Das Görlitzer Programm geht weiter, mehr ins einzelne und nimmt Bezug auf die Verhältnisse, welche durch die Inflation geschaffen wurden:

„Progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung noch nicht reifen Erwerbsunternehmungen.

Sonderbesteuerung der von der allgemeinen Geldentwertung wenig oder gar nicht betroffenen Vermögensbestandteile.

Ausreichende Besteuerung der landwirtschaftlichen Überschußwirtschaft.

Sicherung der Steuerzahlungen und Weiterbesteuerung der Einkommen, Vermögen und Erbschaften sowie ihre Anpassung an die Wertveränderung und Leistungsfähigkeit des werbenden Kapitals.

Erhöhte Besteuerung jedes verschwenderischen Überverbrauchs.

Fortschreitende Erfassung der Steuer an der Quelle."

Das Heidelberger Programm hat die auf die Inflation gerichteten Forderungen nach der Währungsstabilisierung fallen lassen, ebenso die Sonderforderung auf Luxusbesteuerung und landwirtschaftliche Steuern. Im übrigen hat es die Görlitzer Forderungen grundsätzlicher und umfassender formuliert. Das Programm ergibt, genau betrachtet, einen Plan zur allmählichen Wegsteuerung des kapitalisierten Mehrwerts und zu einer langsam fortschreitenden Expropriierung der privaten Besitzer von Produktionsmitteln. Es scheint von allen Aktionsprogrammen das revolutionärste zu sein, übertrifft in seinen Forderungen weitgehend die Forderungen des sonst erheblich revolutionäreren und entschiedeneren Linzer Programms*). Es ist ein Programm der Sozialisierung auf dem Steuerwege, wie das Sozialprogramm ein Programm der Sozialisierung durch den Verbrauch ist. Gerade dieser Umstand verurteilte es im Rahmen der durchaus antirevolutionären sozialdemokratischen Politik zum völligen Scheitern, denn in diesem Rahmen ist es vollkommen illusionär und utopisch. Darin liegt seine Gefährlichkeit für die Arbeiterschaft, die es zu Selbsttäuschungen und falschen Hoffnungen erzieht.

Der Gedanke, von welchem es ausgeht, ist der, daß es möglich sei, in einer kapitalistisch aufgebauten und kontrollierten Gesellschaft eine hinlängliche öffentliche Kontrolle der Kapitalbildung

---

*) Linzer Programm: „Die Sozialdemokratie fordert die Demokratisierung des Steuerwesens: Abbau der Verbrauchssteuern auf notwendigen Massenverbrauch. Ausbau progressiver Einkommen-, Vermögens-, Erbschafts- und Luxussteuern. Höhere Besteuerung des Einkommens aus Besitz als des Einkommens aus eigener Arbeit. Erhöhung des steuerfreien Minimums der Einkommensteuer. Schaffung eines steuerfreien Minimums für die Erwerb- und Grundsteuer."

aufzubauen, um die Beteiligung der öffentlichen Hand an der Wertbildung zu sichern und so die produzierten Werte dem allgemeinen Verbrauche zuzuführen. Das Linzer Programm teilt diese Voraussetzung nicht. Daher fehlen ihm alle die Forderungen über Kontrolle der Vermögensbildung und Beteiligung der öffentlichen Hand an ihr, welche das Heidelberger zu einem Programm der Illusionen machen.

Die Illusion des Programms beruht auf der Verkennung des Charakters des internationalen Kapitals, das, in keiner Weise festgelegt und verwurzelt, tausend Wege hat, sich einem unbequemen Steuerzugriff zu entziehen und in Gegenden zu flüchten, wo es vor Zugriffen sicher ist, mag das nun ein steuerfreies Fürstentum Liechtenstein oder mag es eine andere Gegend der kapitalistisch beherrschten Erde sein. Möglichkeiten, diese Steuerflucht zu hindern, sind, solange das Kapital noch irgendwelche politische Macht besitzt, nicht gegeben, denn gegen eine wirksame Kontrolle der Einkommens- und Vermögensbildung wird es einen Existenzkampf führen, der nur mit seiner völligen Niederlage ein Ende finden kann.

In Deutschland, wo das Kapital besonders skrupellos und an politische Verantwortung weder gewöhnt noch zu ihr bereit ist, hat dieser Kampf und diese Flucht zu den phantastischsten Formen geführt. Die öffentlichen Finanzen sind durch den Steuerbetrug, die Wirtschaft ist durch die Steuerflucht größtenteils ruiniert worden. Die Sozialdemokratie aber, die ihr Programm aufgestellt hatte, ohne an seine unvermeidlichen Konsequenzen zu denken, wurde, lange bevor der leiseste Versuch zu seiner Verwirklichung gemacht war, durch diesen Kampf gegen eine gerechte Besteuerung so eingeschüchtert, daß sie alles verbrannte, was sie als Grundsatz proklamiert hatte und ein extrem antisoziales System von indirekten und Verbrauchssteuern, Entlastungen der großen Vermögen, Belastungen der wirtschaftlich Schwächsten (man denke an die grotesk unsoziale Bürgersteuer, welche die schlimmsten Traditionen des Absolutismus wieder aufleben läßt), sowie eine weitgehende Nachsicht gegen Steuerflucht und -hinterziehung teils gefördert (Hilferding), teils toleriert hat.

Dieser Zusammenbruch der sozialdemokratischen Finanzpolitik war die unvermeidliche Folge der Unklarheit, mit der man ein revolutionäres Steuerprogramm aufstellte, ohne den revolutionären Willen, dafür zu kämpfen, und der ökonomischen Illusion, man könne dem Problem des Sozialismus von der Steuerseite her sich nähern, bevor ein internationaler Aufstieg und Zusammenschluß der Arbeiterschaft Kapitalsflucht und Steuerhinterziehung international unmöglich mache.

An dieser Erkenntnis muß sich ein neues Programm orientieren. Die Forderungen des Heidelberger Programms sind an sich richtig, aber sie sind illusionär im Rahmen einer reformistischen wie einer national begrenzten Politik. Sie gehören also in ein internationales Programm. Sie zu verwirklichen ist Aufgabe internationaler Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien. Auf nationalem Boden aber ist die gestellte Aufgabe nicht von der Steuerseite so wenig wie von der Seite der sozialen Verbrauchssteigerung zu lösen, sondern nur von der der Wirtschaftspolitik und des politischen Kampfes.

VII. Wirtschaftspolitik

> Heidelberger Programm: „Im Kampf gegen das kapitalistische System fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:
>
> Grund und Boden, Bodenschätze und natürliche Kraftquellen, die der Energieerzeugung dienen, sind der kapitalistischen Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Gemeinschaft zu überführen.
>
> Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems zur Durchführung eines Mitbestimmungsrechts der Arbeiterklasse an der Organisation der Wirtschaft unter Aufrechterhaltung des engen Zusammenwirkens mit den Gewerkschaften.
>
> Kontrolle des Reiches über die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts.
>
> Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft. Förderung des Siedlungswesens.
>
> Abbau des Schutzzollsystems durch langfristige Handelsverträge zur Herstellung des freien Güteraustauschs und des wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Nationen.
>
> Ausbau der Betriebe des Reiches, der Länder und der öffentlichen Körperschaften unter Vermeidung der Bürokratisierung.
>
> Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Genossenschaften und gemeinnützigen Unternehmungen.
>
> Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus, öffentlich-rechtliche Gestaltung des Mietrechts, Bekämpfung des Bauwuchers."

Dem Erfurter Programm fehlten Gegenwartsforderungen für die Wirtschaftspolitik. Was damals erreichbar erschien, beschränkte sich auf arbeitsrechtliche und soziale Maßnahmen. Wirtschaftspolitische Fragen waren infolgedessen Fragen, welche zwar lebhafter theoretischer Auseinandersetzung unterlagen, aber die breite Masse der Genossen kaum beschäftigten. So konnten sich die verschiedenartigsten und gegensätzlichsten Anschauungen nebeneinander, ohne wirkliche Klärung des Sachverhaltes, behaupten. Während das Endziel, die Herstellung einer der Bedarfsdeckung dienenden Gemeinwirtschaft ohne Profiterzeugung, fest-

stand, galt gerade hier für viele das Wort Bernsteins: „Das Ziel ist mir nichts." Aber über den Weg, der für diese Einstellung „alles" war und in der Tat entscheidende Bedeutung gewinnen mußte in dem Maße, wie die politische Kraft der Arbeiterorganisationen wuchs, gab es kein Programm und nur höchst unbestimmte Vorstellungen zum mindesten bei den Reihe-und-Glied-Genossen, wie sich im entscheidenden Moment erwies, aber auch unter den Führern. So fand die Novemberrevolution zwar eine Masse, welche stürmisch nach „Sozialisierung" rief, aber keinerlei Organisation, die imstande gewesen wäre, diesen Ruf praktisch zu verwirklichen. Darüber hinaus bei der Führung der Mehrheitssozialisten, wenn man von einigen Theoretikern absieht, den entschlossenen Willen, ihm nicht nachzugeben. Man schreckte vor der Verantwortung zurück, war sich selber nicht klar, was „Sozialisierung" meine, wie das am deutlichsten zutage tritt in dem damals beliebten Wort: „Man kann Schulden nicht sozialisieren", eine Behauptung, die ebenso sinnvoll ist wie die parallele (ihres offenkundigen Unsinns wegen freilich nie aufgestellte): „Man kann mit Schulden nicht produzieren". Schulden sind Ausdruck bestimmter Rechtsverhältnisse. Nun ist meines Wissens niemals verlangt worden, Rechtsverhältnisse zu sozialisieren. Sozialisierung bedeutet nichts anderes als Änderung der Rechts-(Produktions-)verhältnisse, unter denen produziert wird, indem man die Produktionsmittel in andere Rechtsverhältnisse überführt. Schulden werden also nun und nimmer sozialisiert, sondern durch die Sozialisierung beseitigt. Schulden können so wenig ein Hindernis für die Sozialisierung sein, daß sie unter Umständen, wenn ihr Anwachsen nämlich die Produktion zu sehr belastet, vielmehr zur Sozialisierung zwingen können, wobei freilich immer noch zur Frage steht, ob die politische Macht der Arbeiter groß genug ist, den Verzicht auf das Rechtsverhältnis des Gläubigers (wie des Besitzers) der Produktionsmittel zu erzwingen, und zwar sowohl in nationalem wie im internationalem Maßstabe.

Zweifellos fehlte diese Macht in den ersten Jahren der Republik außenpolitisch der Republik, innenpolitisch der Arbeiterschaft, letzteres, weil bei ihrer Führung, die ganz und gar auf Konsolidierung einer bürgerlichen Republik gerichtet war, der Wunsch nicht auf Sozialisierung ging, bei der Masse der Arbeiterschaft der zweifellos vorhandene Wunsch nicht von hinreichender planvoller Einsicht geleitet wurde und sich daher nicht in zielvolles Wollen umwandeln konnte.

Indessen war die gefühlsmäßige Strömung so stark, daß ihr jedes sozialistische Nachkriegsprogramm Rechnung tragen mußte. Das geschah denn auch bereits im Görlitzer Programm der Mehr-

heitssozialisten, dessen wirtschaftspolitische Forderungen folgendermaßen lauten:

„Die Bodenschätze und Naturkräfte sind der privaten Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen.

Aller Privatbesitz an kapitalistischen Produktionsmitteln, vor allem die kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts, solange sie noch nicht in öffentliche Betriebe überführt sind, sind vom Reich zu kontrollieren, in der Leistungsfähigkeit zu steigern und in ihrer Preisregelung zu beaufsichtigen.

Fortschreitender Ausbau der Betriebe des Reichs und aller Länder und der öffentlichen Körperschaften unter demokratischer Verwaltung und unter Vermeidung der Bürokratisierung.

Förderung der nicht auf Erzielung eines Profits gerichteten Verbrauchergenossenschaften."

Es ist leicht, in diesem Programm die Leitgedanken wiederzufinden, welche später den grundsätzlichen Teil des Heidelberger Programms formen halfen: 1. Der Glaube an die Möglichkeit, den bürgerlich-demokratischen Staat unmittelbar für die allmähliche Sozialisierung der kapitalistischen Wirtschaft zu benutzen (staatliche Kontrolle der Produktionsmittel, vor allem der monopolistischen Betriebe sowie der Betriebe der öffentlichen Hand). 2. Der Glaube an die Möglichkeit einer friedlichen und allmählichen Sozialisierung, bei welcher zunächst einige entscheidende Wirtschaftspositionen unter öffentliche Kontrolle gebracht werden (Bodenschätze, Naturkräfte, Betriebe der öffentlichen Hand). 3. Die Voraussetzung, daß der Gegenspieler diese Aktionen nicht stören und ihrem Fortgang friedlich zusehen werde, ohne den Versuch, von seinen wirtschaftlichen Machtpositionen aus sie zu stören und zu verwirren.

Dies Wirtschaftsprogramm wurde auf dem Görlitzer Parteitag von einer Reihe mehrheitssozialistischer Genossen abgelehnt. Am schärfsten von Ströbel, der darüber urteilte: „Der ganze Wirtschaftsteil des Programms ist von erschreckender Ideenlosigkeit und Ratlosigkeit. Es ist geradezu ein Armutszeugnis für die Sozialdemokratische Partei, daß hier auch nicht der schwächste Versuch gemacht ist, zu einer dringend gebotenen originalen Neuschöpfung zu kommen." Trotzdem ist dies „erschreckend ideenlose" Programm in Heidelberg der Kern des Wirtschaftsprogramms geblieben und hat nur ganz geringe Ergänzungen erfahren.

Diese sind dreierlei Art: 1. Ergänzungen: Grund und Boden werden einbezogen unter die „in den Dienst der Allgemeinheit zu überführenden" Produktionsmittel; Forderung langfristiger Handelsverträge; Forderungen das Siedlungswesen, Wohnungsbau

und Mietrecht betreffend; statt Verbrauchergenossenschaften heißt es „Genossenschaften und gemeinnützige Unternehmungen". 2. Abschwächungen: Die Aussicht, kapitalistische Produktionsmittel „in öffentliche Betriebe zu überführen", ist fallen gelassen; die Forderung der Produktionskontrolle wird auf „Interessengemeinschaften, Kartelle und Trusts" beschränkt; die Forderung der Preisregelung ist gänzlich verschwunden, ebenso die Forderung einer „demokratischen Kontrolle" für öffentliche Betriebe. 3. Grundsätzlich neue Forderungen: Während das Görlitzer Programm das wirtschaftliche Rätesystem in dem sozialen Programm erwähnt, ist hier die „Ausgestaltung des wirtschaftlichen Rätesystems" gefordert. So unbestimmt diese Forderung ist, stellt sie einen wirklichen Fortschritt dar. Sie ist zurückzuführen einerseits auf die gesetzliche Reglung der Betriebsrätefrage, welche es unmöglich machte, eine bestehende gesetzlich fundierte Arbeiterorganisation zu ignorieren, andererseits wohl auf den sonst in den Aktionsprogrammen nicht bemerkbaren Einfluß des UPS-Flügels.

Von dieser Konzession abgesehen, ist das ganze Wirtschaftsprogramm kaum als Programm einer sozialistischen Partei zu erkennen. Seine sämtlichen Forderungen könnten ohne weiteres von einer gemäßigt liberalen Partei übernommen werden. Sie sind beispielsweise durch das Programm der englischen Liberalen zum Wahlkampf von 1929 durchaus übertroffen.

Zurückhaltend liberal sind die Forderungen nach Handelsverträgen, nach staatlicher Unterstützung der Produktionssteigerung, nach Kartell- und Trustkontrolle, nach Siedlungspolitik. Soziale Forderungen, wie sie alle demokratischen Parteien vertreten, sind die Forderungen nach Unterstützung von Genossenschaften und gemeinnützigen Unternehmungen, nach gemeinnützigem Wohnungsbau und Mietsrecht. Leise sozialistische Tendenzen zeigen nur noch die auf Grund und Boden, Bodenschätze und Kraftquellen gehenden Forderungen sowie diejenigen, welche Ausbau der Betriebe der öffentlichen Hand verlangen. Indessen muß hervorgehoben werden, daß in unserer Zeit der gebundenen kapitalistischen Wirtschaft nur ein ganz überlebtes Manchestertum derartige Forderungen ablehnt, während der einsichtige Liberale auf allen Gebieten, welche wirtschaftlichen Monopolcharakter aufweisen (das sind die angeführten), das Recht der Allgemeinheit ohne weiteres anerkennen wird. Mit anderen Worten: der leise Anhauch von Sozialismus, der hier das Programm färbt, rührt vom Zwang der wirtschaftlichen Situation her, nicht von sozialistischem Vorwärtsstreben. Die Sozialdemokratische Partei erscheint in diesem Pro-

gramm viel mehr als die unwillig vom Schicksal vorwärts geschleppte, denn als die „wollend geführte"*).

Was fehlt diesem Aktionsprogramm, um ein sozialistisches zu sein?

Zunächst die Erkenntnis, daß einzelne Maßnahmen nur die Unordnung der kapitalistischen Wirtschaft vermehren, solange nicht ihre planvolle Zusammenordnung erfolgt, daß daher Sozialpolitik, Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik aufeinander abgestimmt sein müssen, falls ein Erfolg erzielt werden soll. Bleiben sie getrennt, das heißt, versucht man es, durch soziale Maßnahmen den Verbrauch zu steigern, durch Steuermaßnahmen den Mehrwert zu Verbrauchszwecken wegzusteuern, ohne daß man in die Produktionssphäre eingreift, so entstehen Mißverhältnisse, welche schließlich zum Zusammenbruch auch der sozialen Politik führen müssen.

Zweitens: Auf dem Gebiete der Wirtschaft wiederholt sich das gleiche. Die drei Zweige der Wirtschaft: Kreditbeschaffung, Produktion und Verteilung, zu denen sich als vierter der Verbrauch gesellt, hängen so untereinander zusammen, daß jede wirkungsvolle Wirtschaftspolitik sie gleichmäßig berücksichtigen muß. Produktionskontrolle ohne Kreditkontrolle ist wirkungslos, weil sich der Kredit von der kontrollierten Produktion zurückziehen und unkontrollierten Sektoren der Wirtschaft zuströmen wird. Sozialisierte Produktion (was immer wir darunter verstehen mögen) wird in ihrer Wirkung vollkommen gelähmt, wenn die Verteilung der produzierten Güter mit kapitalistischen Methoden und unter kapitalistischer Zielsetzung erfolgt, das heißt nach dem alten kapitalistischen Grundsatz: billig kaufen, um teuer zu verkaufen. Sie wird darüber hinaus wirkungslos, wenn nicht die Bedingungen zum Verbrauch der erzeugten Güter geschaffen werden, das heißt durch soziale Maßnahmen eine gleichmäßige Verbrauchsfähigkeit der großen Massen erreicht wird.

Drittens sind die erforderlichen Maßnahmen: Planung und Kontrolle auf dem Gebiete des

---

*) Lateinisches Sprichwort: Den Widerstrebenden schleppt das Geschick, den Wollenden führt es.

Kredits, der Produktion und der Verteilung nur dann durchführbar, wenn man Organe für ihre Durchführung schafft. Das Programm setzt ganz naiv voraus, daß „der Staat" ohne weiteres diese funktionsfähigen Organe besitze, daß, wie Stampfer es in Görlitz formulierte, „Staat und Sozialismus" zusammengehören. Wir haben in 13 Jahren hinreichend schmerzliche Erfahrungen machen können mit dem Funktionieren der Wirtschaftskontrolle, die ein bürgerlich beherrschter Staat durch seine Bürokratie ausübt. Das Ergebnis hat durchweg bestanden in erhöhten wirtschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten für höhere Staatsbeamte, Ergänzung der Beamtenpensionen durch Syndikus-, Generaldirektoren- und Aufsichtsratgehälter und in einer Sozialisierung der Verluste und Risiken einer übrigens durchaus unkontrollierten kapitalistischen Wirtschaft. Das Programm bietet einen Ausgangspunkt für die Lösung dieses Problems, indem es die wirtschaftlichen Räte einführt, aber irgendein Plan, wie sie zur Kontrolle und Wirtschaftsplanung befähigt werden sollen, wie ihre Arbeit der der Gewerkschaften zugeordnet werden solle, in welcher Beziehung sie zur politischen Organisation und Arbeit stehen werden, wird nicht gegeben. So ist diese Forderung, zusammenhanglos gestellt, wirkungslos geblieben.

Viertens nimmt das Programm keinerlei Bezug auf die internationalen Zusammenhänge. Der einzige Vorschlag, den es „zur Herstellung des freien Güteraustausches und des wirtschaftlichen Zusammenschlusses" macht, sind „langfristige Handelsverträge". Forderung und Formulierung sind dabei gleichmäßig bürgerlich-liberal. Wirtschaftlicher Zusammenschluß bedeutet im liberalistischen Denken in der Tat nichts anderes als freien Güteraustausch, d. h. die Ausdehnung der ungehemmten kapitalistischen Konkurrenz auf ein größeres Gebiet, und diesem Zustand kann man sich durch den Abschluß sehr umfassender langdauernder Handelsverträge nähern. Daß die Sozialdemokratie auch auf diesem Gebiete von dem Gedanken eines wirklichen Wirtschaftszusammenschlusses sehr entfernt war, zeigt die Formulierung, die keineswegs den freihändlerischen Gedanken eines einheitlichen Weltmarktes vertritt. Die Vorstellung von einem Schutze der nationalen Landwirtschaft spukt hier vor. Aber selbst, wenn die Forderung konsequent wäre, bliebe sie in den Grenzen bürgerlichen Denkens. Die Arbeiterschaft bedarf eines weitgehenderen weltwirtschaftlichen Zusammenschlusses, als er durch Handelsverträge ermöglicht wird. Was auf dem Gebiete des einzelnen Staates gilt, das gilt für die Weltwirtschaft ebensosehr, und nur der kann es verkennen, der dem

Begriff der Volkswirtschaft eine absolute Geltung zuerkennt. Nicht einmal ein so abgeschlossenes und diktatorisch verwaltetes Wirtschaftsgebiet wie Sowjetrußland kann seine Wirtschaftsplanung, Kredit-, Produktions- und Verteilungsplanung, vornehmen ohne die Hilfe und Mitarbeit des Auslandes. Weit minder ist das in einem europäischen Staate der Fall. Was wir an Planung und Kontrolle verlangen, muß also in internationalem Ausmaß durch die koordinierte Arbeit der gesamten Arbeiterschaft angestrebt werden. Ein sozialistisches Programm hat diese Zusammenhänge aufzuweisen und die Arbeiterschaft erkenntnismäßig und willensmäßig darauf einzustellen, daß internationale Kreditleitung, internationale Produktionsplanung, internationale Arbeitsorganisation (40-Stundenwoche und weiterer Abbau der Arbeitszeit bei wachsender Arbeitsproduktivität) und internationale Regelung der Güterverteilung ineinandergreifende Teile eines jeden Sozialisierungsprogramms sind.

Fünftens: *Dem Programm des Heidelberger Parteitages fehlt aber selbst die Erkenntnis, daß der Produktionsprozeß im Rahmen eines Staates ein zusammenhängender ist.* Sonst hätte man unmöglich aus diesem unzusammenhängenden, lückenhaften und widerspruchsvollen Programm die Landwirtschaft völlig herausgelassen. Man hat das mit Absicht getan. Die Agrarfrage sollte in einem besonderen Programm behandelt werden. Ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge wurde dieser Weg eingeschlagen aus agitatorischen Bedürfnissen. Man wollte das Bauerntum durch ein bäuerliches Reformprogramm gewinnen und bedachte nicht die Unmöglichkeit, Landwirtschaft und Industrie, Urproduktion und Verarbeitung, Produktionsschutz und Schutz des Verbrauchers voneinander zu trennen. Die schweren Folgen dieser Trennung für das Programm, für die praktische Politik der Sozialdemokratie und für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands werden wir in anderem Zusammenhang noch aufzuweisen haben.

Ich komme zum Schluß: das Wirtschaftsprogramm von Heidelberg ist kein Programm, sondern ein Haufen unzusammenhängender Forderungen, der den Eindruck einer ganz zufälligen Entstehung macht. Es ist ein unbrauchbares Instrument für eine sozialistische Wirtschaftspolitik. Es ist infolgedessen auch wirkungslos geblieben. Bei einer Arbeiter- und Angestelltenschaft, welche fast 70 Prozent der Erwerbstätigen umfaßt und welche zum überwiegenden Teil sozialistisch denkt oder wenig-

stens antikapitalistisch fühlt, ist es nicht gelungen, diesen Willen aktionsfähig zu machen, konnte es nicht gelingen, weil versäumt wurde, den Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und sozialistischer Wirtschaft zu zeigen, die Ziele der Sozialisierung klarzustellen, die Wege zur Kontrolle und Wirtschaftsplanung organisatorisch vorzubereiten und die internationale Zusammenarbeit zu organisieren.

Hier liegen die Aufgaben der Sozialistischen Arbeiterpartei, die in ihrem Programm klar zu stellen sind:

1. Koordinierung von Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik als Teilgebiete der allgemeinen Umstellung, welche wir unter dem Namen Sozialisierung begreifen.
2. Planung für eine organisierte Kreditleitung, Produktionsplanung und Verteilungsordnung nach dem Grundsatz der Bedarfsdeckung und unter Überführung der Produktionsmittel unter Verwaltung und Kontrolle der Allgemeinheit.
3. Organisation der Arbeiterschaft für die wirtschaftliche Kontrolle und Planung. Koordination von wirtschaftlicher Räteorganisation, Gewerkschaftsorganisation und politischer Organisation. Aufhebung des paritätischen Systems in den Wirtschaftsorganisationen, welche sie zu völliger Ohnmacht verurteilen und dadurch zu Hemmungen jeden Fortschritts machen. Ihre Ersetzung durch proletarische Instanzen (Arbeiter- und Wirtschaftsräte), welche für Wirtschaftsplanung und -kontrolle ebenso zuständig sind wie die Gewerkschaften für Fragen des Arbeitsrechts, Arbeitsschutzes und der Arbeitsfürsorge.
4. Internationale Planung und Kontrolle unter Zusammenarbeit derjenigen Sektionen des Weltproletariats, welche für diese Aufgaben und Zielsetzungen schon die notwendige Reife erlangt haben. Vorbereitung des internationalen Kampfes um die wirtschaftliche Machtergreifung.

5. Kein Herausnehmen des Agrarprogramms aus dem allgemeinen Wirtschaftsprogramm, sondern einheitliche Behandlung aller Fragen des Produktionsschutzes, der Produktionssteigerung, -regelung und -verteilung nach den oben gegebenen Gesichtspunkten.

Es gibt keine schwierigere und umfassendere, es gibt aber auch keine dringendere Aufgabe für eine sozialistische Partei in der heutigen Zeit als die Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms. Der Kapitalismus kann sich nur noch erhalten unter Aufopferung der Arbeiterschaft, unter Steigerung des wirtschaftlichen Elends, Vernichtung der politischen Freiheit, Gefährdung der Menschheit durch Kriegs- und Bürgerkriegsdrohungen. Die Arbeiterschaft kann nur hoffen, den Kapitalismus abzulösen, wenn sie klare Ziele, wirksame Methoden, arbeitsfähige Organisationen besitzt für die Umgestaltung der Wirtschaft. Es ist das Verhängnis der deutschen Arbeiterschaft gewesen, daß in der ablaufenden Epoche ihre großen Parteien, Sozialdemokraten wie Kommunisten, ein solches Programm nicht besaßen. Ihr künftiges Schicksal hängt davon ab, daß sie das Versäumte nachholt. Dies kleine Buch kann nur Andeutungen und Vorschläge geben. Es wird der Zusammenarbeit erfahrener und geschulter Genossen bedürfen, um diese Arbeit zu leisten.

VIII. Internationale Politik

Heidelberger Programm: „Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in gemeinsamen Aktionen mit den Arbeitern aller Länder gegen imperialistische und faschistische Vorstöße und für die Verwirklichung des Sozialismus. Sie tritt mit aller Kraft jeder Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern und jeder Gefährdung des Friedens entgegen.

Sie fordert die friedliche Lösung internationaler Konflikte und ihre Austragung vor internationalen Schiedsgerichten.

Sie tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung.

Sie widersetzt sich der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewaltsamen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und ihrer Kultur.

Sie verlangt die internationale Abrüstung.

Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staatn von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.

Sie fordert die Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik.“

Das Erfurter Programm hat in seinem Gegenwartsteil keinerlei außenpolitische Forderungen. Es beschränkt sich auf das allgemeine Bekenntnis zur Internationale im allgemeinen Teil. Das erste internationale Programm der deutschen Sozialdemokraten finden wir demnach im Görlitzer Programm der Mehrheitssozialisten, das unmittelbar unter dem Eindruck des Versailler Friedens, der oberschlesischen Abstimmungen und des Ruhrkampfes entstanden ist. Es lautet:

„Die Völkerbeziehungen und Internationale erstrebt die Sozialdemokratische Partei nach nachstehenden Grundsätzen zu ordnen:

1. Nationale Selbstbestimmung der Völker im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechtes.
2. Ein Völkerbund, der kein die Völkerbundsatzungen anerkennendes Volk ausschließt. In seinen Rat sind Delegierte der Parlamente nach der Stärke der Parteien zu entsenden.
3. Ausbau des Völkerrechts. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsrichterlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtshofs. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.
4. Unterstellung aller Kolonien und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerbundes und Durchführung des Grundsatzes der offenen Tür für diese Gebiete.
5. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Vertretungen der Staaten.
6. Entscheidung der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten unter Ausschluß aller Geheimverträge.
7. Eine von den Grundsätzen des freien Handels geleitete Handels- und Verkehrspolitik.
8. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziel der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke.
9. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als bester Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts."

Mit Ausnahme des letzten Absatzes, der mehr eine Abschlußfloskel als ein praktisch gerichteter Programmpunkt ist, könnte das ganze internationale Programm einer Partei, die unter den Auspizien von Marx entstand und heranwuchs, ebensowohl von irgendeiner kleinbürgerlich liberalen Partei mit pazifistischen Gefühlsanwandlungen verfaßt sein. Nationale Selbstbestimmung, demokratischer Völkerbund mit Schiedsgerichtsbarkeit, Internationalisierung der Kolonien und der Verkehrswege, Demokratisierung der Diplomatie und der internationalen Verträge, Abrüstung. So malt sich das Wunschbild einer friedlichen Welt mit Demokratie und ungehindertem Handel bei humaner Bevormundung unmündiger Völker in dem Kopfe eines demokratischen

Kaufmanns, freiheitlichen Handwerksmeisters oder einer gutmütigen pazifistischen Dame. Von den Realitäten des Imperialismus, des Klassenkampfes, der bürgerlichen Diktatur, der kolonialen Ausbeutung, der Rüstungsindustrie und ihrer politischen Rolle weiß dies Programm so wenig wie von den Gefahren der nationalen Phraseologie, die sich noch immer als die beste Waffe gegen den Sozialismus erwiesen hat.

Innerhalb seiner Grenzen aber ist das Programm praktisch gerichtet, auf bestimmte erreichbare Erfolge abgestellt und fügt sich so gut in den Rahmen der damaligen mehrheitssozialistischen Politik der Volksgemeinschaft und demokratischen Völkerversöhnung. Diesen Boden verließ das Heidelberger Programm. Es bekannte sich wieder zum Marxismus, zur proletarischen Internationale. Es mußte also die Grenzen von Görlitz sprengen und auf der erneuten Grundlage ganz anders, weiter und tiefer bauen. Weiter gebaut ist dies internationale Programm zweifellos. Aber bei keinem der Heidelberger Aktionsprogramme hat man so sehr den Eindruck, daß es in die Luft gebaut sei, ohne irgendeine Rücksicht auf die Wirklichkeit, die es zu verändern gilt. *Als Gesinnungsbekenntnis ist dies Programm schön. Als Anweisung zum Handeln für eine Partei, die sich zum Klassenkampf bekennt, ist es von einer beinahe gespenstischen Unrealität, eine Utopie.*

Wie will die Sozialdemokratie Kriegsgefahr und Vergewaltigung der schwächeren Völker und nationalen Minderheiten, koloniale Ausbeutung und Aufrüstung: Imperialismus und Faschismus bekämpfen? Die Antwort ist völlig unbestimmt: „In gemeinsamen Aktionen mit den Arbeitern aller Länder." Und der Unbestimmtheit dieser Antwort glich denn auch die internationale Politik, die die Partei seit der Abfassung des Programms geführt hat — falls man überhaupt von einer solchen Politik reden kann. In Wahrheit hat die Partei keine internationale Politik gehabt, sondern hat einfach mitgemacht, was die bürgerlichen Parteien vorschrieben. Es gab keine sozialdemokratische Außenpolitik. Kampf gegen Versailles, Ruhrkampf, Kampf gegen die Schuldlüge, Kampf gegen die Tributzahlungen, Kampf gegen den Dawesplan, Kampf gegen die Ostgrenzen und den polnischen Korridor, Kampf gegen den Young-Plan: alle die sonderbaren Irrwege unserer bürgerlichen Außenpolitiker sind von der Sozialdemokratie mitbegangen. Nur ist hier ein Unterschied, all den bürgerlichen Umwegen lag und liegt ein zäh festgehaltenes Ziel zu Grunde, ein unmögliches Ziel, aber real gesehen und gewollt: Die Wiederherstellung Deutschlands als imperialistische Macht im Kampf um wirtschaftliche und

politische Beherrschung der Welt. Darum versuchte man es unter Rathenau mit Rußland und unter Stresemann mit England und Amerika, um sich der Zahlungsverpflichtungen zu entledigen. Darum strebt man mit tausend Winkelzügen und Intriguen die Isolierung Frankreichs an und vermeidet die ehrliche Verständigung, die möglich und notwendig wäre. Darum steigert man mit allen Mitteln des wirtschaftlichen Kampfes und der politischen Verhetzung die Gegensätze gegen Polen. Darum macht man das Gebiet der offenen und geheimen Rüstungen zu einem Heiligtum, über das heute in Deutschland bei höchsten Gefängnisstrafen nichts mehr gesagt werden darf. Darum erhitzt man die nationalen Gefühle systematisch so sehr, daß es heute in Deutschland kaum ein schlimmeres Schimpfwort gibt als „Pazifist". Darum treibt man eine Kolonialpropaganda bis in die Schulen hinein und sucht immer wieder zu einem „Kolonial-Mandat" zu kommen, sei es auch für den Anfang nur ein kleines. Darum geht man auf Abrüstungskonferenzen und fordert die Abrüstung — der anderen (Deutschland, in dem sogar die private Luftschiffahrt und private Stahlhelmparaden unter dem Schutz des Militärgeheimnisses stehen, ist ja abgerüstet) und will sich damit das Recht zur eigenen Aufrüstung sichern. Darum machte die deutsche Diplomatie die Frage des Anschlusses an Österreich zu einer Provokation für das ganze Ausland, das mit dem Wirtschaftsabkommen ganz überflüssigerweise überrascht und verprellt wurde. Darum spielt man mit dem Gedanken an ein Rußlandbündnis — gegen Polen und Frankreich. Darum ist Deutschland heute eine dauernde Quelle internationaler Beunruhigung und Sorge, eine dauernde Drohung für seine Nachbarländer, ein dauerndes Hindernis der Befriedung und Abrüstung. Darum trägt man lieber die wachsende Kreditnot, den drohenden Bankerott, als daß man „mit einer versöhnlichen Geste" den Wünschen Frankreichs entgegenkäme und auf Panzerkreuzer verzichtete. Darum hat man sich allmählich so sehr zum Gefangenen der eigenen Politik gemacht, daß man jetzt auch die naheliegendsten und notwendigsten Dinge nicht mehr wagen kann, weil die nationalistisch verhetzte öffentliche Meinung sie nicht mehr ertragen würde. Denn man hat sorgfältig verhindert, daß die Kenntnis der Tatsachen sich in Deutschland verbreitete, man hat auch im Frieden eine Kriegsberichterstattung fortgesetzt, die Deutschland und die Deutschen abschneidet von der internationalen Wirklichkeit.

Es gibt viele Dinge, die der Deutsche nicht weiß:

Er weiß nicht, daß Frankreich in der Tat und mit vollem Recht in Sorgen um seine Grenzen ist. Daß seine Rüstung (mag man vom sozialistischen Standpunkt darüber denken, was man

will) in der Tat der „Sicherung“ dient, da es „saturiert“ ist und gar keine Angriffsansichten haben kann, während in Deutschland immer noch das Spukbild des zu befreienden Elsaß-Lothringen Unheil anrichtet und unsere Jugend (und Reichswehr) singen läßt: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen.“

Er weiß nicht, daß in den Grenzgebieten hüben wie drüben von Polen und Deutschland die Bevölkerung so gemischt ist, daß eine „gerechte Grenzziehung“ völlig unmöglich ist. Daß der „Korridor“ eine wirtschaftliche Notwendigkeit für Polen ist, das sonst für seinen Außenhandel vollkommen auf den guten Willen Deutschlands angewiesen wäre, eines Deutschlands, das niemals noch ein Hehl daraus gemacht hat, daß es Polen überhaupt kein Existenzrecht zuerkennt, sich dagegen das volle Recht, den Polen den Garaus zu machen.

Er weiß nicht, daß der Anschluß Österreichs an Deutschland, der wirtschaftlich und kulturell sinnvoll und notwendig ist, solange Deutschland seine imperialistischen Pläne spinnt, mit Recht als eine schwere Erschütterung des europäischen Gleichgewichts gewertet wird, da er eine Macht mitten in Europa schaffen würde, die mit 70 Millionen Einwohnern unter kriegslustigen Regierungen eine stete Kriegsdrohung wäre.

Er hat es sich nie überlegt — weil man es ihm nicht sagte — daß heute — nachdem Frankreich, Dänemark und Polen ihr Ziel erreichten — keine Macht der Welt ein Interesse daran hat, Deutschland zu bekriegen, weil man nämlich nichts in einem Krieg mit Deutschland gewinnen kann und kein Volk so töricht sein würde, sich mit deutschen Gebieten und der steten Gefahr, die ihr Besitz mit sich brächte, zu belasten, daß also im Gegensatz zu dem ernstlich bedrohten Frankreich, Polen und Böhmen Deutschland für Verteidigungszwecke keine Armee braucht. Über das Argument des sozialdemokratischen Wehrprogramms vom „Aufmarschgebiet Deutschland“ wird noch zu sprechen sein. Daß diese Armee nur einen Sinn hat: 1. als Polizeitruppe gegen renitente Arbeiter, 2. als Spielzeug beschäftigungsloser Offiziere, 3. als Angriffswaffe in einem Rache- oder imperialistischen Eroberungskrieg.

Er hat es sich nicht überlegt — weil man es ihm nicht gesagt hat — daß die Tributzahlungen nur ein Stück sind einer Allgemeinlösung, und daß weder Frankreich noch England imstande sind, auf Deutschlands Zahlungen zu verzichten, solange die unsinnige Weltbelastung durch die Kriegsschulden, die nur im Interesse einiger Kapitalistengruppen liegt, nicht beseitigt ist, daß die Frage der Reparationen für die verwüsteten Gebiete aber überhaupt von der Schuldenfrage zu trennen ist.

Er weiß nicht — weil man es ihm verschwiegen hat —, daß Deutschlands Nationalismus, Deutschlands zäh verfolgte Aufrüstungspläne, Deutschlands augenscheinlich böser Wille als Schuldenzahler, Deutschlands dauernde Versuche, eine Auslandsmacht gegen die andere auszuspielen, das Mißtrauen, die Abneigung, den Abwehrwillen des Auslandes verstärkt, und daß bei der engen Verquickung wirtschaftlicher und politischer Dinge die Rolle, die das macht- und vergeltunglüsterne Deutschland als schlechter Schuldner und unermüdlicher Kreditsucher spielt, zugleich hoffnungslos und unwürdig ist.

Er weiß nicht — weil man es ihm verschwiegen hat — wie gewaltig die Wirkung im Auslande sein würde, wenn eine Partei von der Größe und der früheren Macht der Sozialdemokratie sich seit Kriegsbeginn oder zum mindesten seit Kriegsende nicht in allgemeinen Reden, sondern in den Taten und Kämpfen des Tages folgerichtig gegen diese Politik der blinden, gesinnungslosen und unbelehrbaren Machtgier gewandt hätte, die von Hitler bis Stresemann alle bürgerlichen Parteien verfolgen, nur die einen auf eine törichte, die andern auf eine klügere Weise. Die Ursachen sind für dies sozialdemokratische Versagen erstens eine gefühlsmäßige Schwäche, zweitens eine erkenntnismäßige Unklarheit.

Wie stark gefühlsmäßiger Nationalismus in der Sozialdemokratie ist, haben wir von 1914 bis 1931 immer wieder erfahren müssen. Von Heilmanns Pilgerfahrt zu Hindenburg, über das Ebertsche „Deutschland, Deutschland über alles" bis zu Severings Bekenntnis: „Ich kenne nur ein Vaterland, das ist Deutschland", geht eine einheitliche Linie. Heimatsgefühl, die primitive Abneigung gegen alles, was fremd und unbekannt ist, Wirkung der Erziehung, welche in allen kapitalistischen Staaten und in Deutschland in besonders hohem Maße bewußt nationalistisch ist, der Wunsch, sich von den reaktionären Nationalisten nicht übertrumpfen zu lassen, der Druck der Umgebung: alles das wirkt zusammen, diese Gefühlseinstellung zu fördern, die auf jedes Hurrageschrei, auf jedes Flaggenschwenken und auf jede nationale Phrase reagiert zum größten Schaden der sozialistischen Bewegung, zum Unheil der Welt, da in einer Periode höchster Not der Nationalismus zu dem immer funktionierenden Mittel der Entnüchterung und Mißleitung geworden ist. Diese Gefühlsrichtung kann ihrer Gefährlichkeit nur entkleidet werden, wenn ganz nüchterne, klare, grundsätzliche wie praktische Erkenntnisse das Handeln bestimmen. Und es ist der schwerste Vorwurf gegen das internationale und außenpolitische Programm der Sozialdemokratie, daß es mit unverbindlichen und unbestimmten Sätzen um diese Fragen herumführt.

Keine „Verschärfung der Gegensätze". Wunderschön! Aber wie stellen wir uns zu den Grenzregelungen des Versailler Vertrags, zur Wiedergutmachung, zu Sicherheitsgarantien für unsere Nachbarn? „Keine Gefährdung des Friedens." Ausgezeichnet! Aber was tun wir, die dauernde Friedensgefährdung durch Geheimdiplomatie und Spionagewesen, durch die antipazifistische Justiz, durch die verkappten Rüstungsindustrien (Flugzeugindustrie, chemische Industrie, Waffenindustrien im Ausland) und die offenen Rüstungsindustrien, um die Eingriffe der Militärs in die Politik, um die Aufrüstung aus der Welt zu schaffen? „Selbstbestimmungsrecht der Völker!" Gut! Aber was haben wir getan, es den Deutschen klar zu machen, daß innerhalb national getrennter souveräner Staaten in Europa dies nie zu verwirklichen ist, daß Unterdrückung der nationalen Minderheiten die unvermeidliche Begleiterscheinung jeder klassenmäßigen Unterdrückung ist und bleibt? „Keine koloniale Ausbeutung." Schön! Aber warum dann keine Aufklärung der Massen darüber, daß diese Ausbeutung heute nur noch eine wachsende Gefahr für die imperialistischen Nationen, wachsendes Elend der europäischen Arbeiter bedeutet, die mit der Konkurrenz ihrer noch elenderen kolonialen Klassengenossen geschlagen werden? „Abrüstung." Die einzige Rettung! Aber warum dann nicht der offenste und entschiedenste Kampf gegen unseren Militarismus, da dieser Kampf das einzige Mittel ist, das wir zur Förderung der Abrüstung haben? „Wirtschaftseinheit und in ihrem Gefolge politische Einheit in Europa." Richtig! Aber warum dann die Unterstützung des Schutzzollsystems, der Handelsvertragkämpfe, die uns immer weiter von diesem Ziel entfernen? Um die ostelbischen Roggenpreise zu stützen? Es geht hier wahrlich um mehr als Roggenpreise. Um die anderen anfangen zu lassen? Aber es ist eine Pflicht der Sozialisten, Pioniere zu sein, den Mut zu haben, auch als einzige zu beginnen. „Ausbau des Völkerbunds." Aber wenn sich nun herausstellt, daß der Völkerbund als Bund kapitalistischer Regierungen nicht hinlänglich ausbaufähig ist? Warum dann sich auf ihn beschränken? Warum ihm nicht eine praktisch arbeitende Internationale entgegenstellen, die positive Forderungen aufstellt, die bindende Kampfanweisungen gibt, die es ihren Sektionen nicht gestattet, heute für Abrüstung zu votieren und morgen Panzerkreuzer zu bewilligen, heute Wirtschaftseinheit zu verlangen und morgen Schutzzölle einzuführen, heute die Einigung Europas programmatisch zu verlangen und morgen Intrigen mitzumachen, welche einen Staat gegen den andern ausspielen?

Das internationale Programm von Heidelberg ist ein Feiertagsprogramm für Kongresse und Maidemonstrationen. Praktische

Bedeutung hat es nie gewonnen und kann es nicht gewinnen, weil es nicht von den Realitäten der gegenwärtigen Gesellschaft ausgeht, sondern von humanitären Wünschen und einer internationalen Fassadenphraseologie; weil es international denselben Fehler wiederholt wie innenpolitisch. Hier setzt es die bestehende Verfassung gleich Demokratie, dort Völkerbund und Schiedsgericht gleich Verständigungsmöglichkeit.

Es gibt ein Mittel, diese Unwirklichkeit und Unwirksamkeit des Programms zu beseitigen. Man braucht nur Ernst zu machen mit den Grundsätzen des allgemeinen Teils, daß der Imperialismus, die moderne Form des Kapitalismus, in sich kriegerisch ist. Daß alle internationalen Gefahren sich nicht beseitigen, alle internationalen Probleme sich nicht lösen lassen auf seinem Boden, daß es daher keine Verwandtschaft geben kann zwischen sozialistischer und bürgerlicher Außenpolitik, weil ihre Voraussetzungen gegensätzliche sind, weil im Kapitalismus sich weder die Schuldenfrage, noch die Grenzfrage, noch die Frage der Minderheiten, der Sicherheit, der Abrüstung lösen lassen; daß, wenn sozialistische Politik auf längere Zeit mit bürgerlicher Außenpolitik übereinstimmt, dies das allersicherste Zeichen ist für ihr Fehlgehen, die zwingendste Warnung zur Umkehr.

Wir haben zum Vergleich ein anderes sozialdemokratisches Programm, das schon so oft zitierte der österreichischen Sozialdemokratie. Unter Fortlassung der nur auf Oesterreich bezüglichen Stellen heißt das:

„Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ist der Aufstieg der Arbeiterklasse jedes Landes abhängig vom Aufstieg der Arbeiterklasse aller anderen Länder. Die Überwindung der kapitalistischen, der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft setzt das Zusammenwirken der Arbeiterklassen aller Länder voraus. Die sozialistischen Arbeiterparteien haben daher die Aufgabe, die Arbeiter aller Länder zum gemeinsamen Kampfe zu vereinigen, sie zu lehren, einander in ihren Kämpfen beizustehen und die Sonderinteressen der Arbeiter jedes einzelnen Landes ein- und unterzuordnen, den Gesamtinteressen der internationalen Arbeiterklasse, die Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes des Proletariats zu überwinden und auf diese Weise der internationalen Macht des Kapitals die einheitlich organisierte Weltmacht der Arbeiterklasse entgegenzustellen.

Die nächste Aufgabe der Internationale, zu der sich die Arbeiter aller Länder zusammenschließen, ist der Kampf gegen die aus dem Kapitalismus hervorgehenden Kriegsgefahren.

Im Kampfe gegen die Kriegsgefahren stellt sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Gemeinschaft mit den Arbeiterparteien der anderen Länder folgende Aufgaben:

1. Die Sozialdemokratie fordert die planmäßige Erziehung der Jugend zum Völkerfrieden und zur Achtung vor dem Recht und der Würde fremder Völker. Sie bekämpft jede Politik, die Haß zwischen den Völkern hervorruft; sie bekämpft daher insbesondere jede Entrechtung und Vergewaltigung nationaler Minderheiten.

2. Die Sozialdemokratie fordert die Pflege friedlicher Beziehungen zu allen Staaten. Sie wird sich jedem Versuch widersetzen, die Republik in einen Krieg hineinzuzerren. Sie wird sich gegen jeden imperialistischen oder nationalistischen Krieg mit aller ihrer Macht zur Wehr setzen.
3. Die Sozialdemokratie ist sich dessen bewußt, daß dauernder Friede nur auf die Freiheit und Gleichberechtigung der Völker gegründet werden kann. Sie tritt für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker ein. Sie fordert dasselbe Recht für das eigene Volk.
4. Sie unterstützt die Freiheitskämpfe aller Völker gegen imperialistische Fremdherrschaft und gegen gegenrevolutionäre Einmengung in ihre Revolutionen.
5. Die Sozialdemokratie erstrebt den Aufbau einer internationalen Rechtsordnung, welche es ermöglicht, alle Streitigkeiten zwischen den Völkern friedlich zu schlichten, die schwachen Völker gegen die starken zu schützen, die internationale Abrüstung durchzuführen und die imperialistischen Verträge von 1919 auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu revidieren.

   Den gegenwärtigen Völkerbund betrachtet die Sozialdemokratie als einen Kampfboden des Klassenkampfes. Sie bekämpft die kapitalistischen und imperialistischen Mächte, die den Völkerbund zu einem Werkzeug der Verteidigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der durch die imperialistischen Verträge von 1919 begründeten Staatenordnung machen. Sie betrachtet es als Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse, den Völkerbund unter ihren Druck zu stellen, die Vorbedingungen für den Eintritt aller Völker in den Bund zu erkämpfen, seine Organisation zu demokratisieren, um schließlich mit der Staatsmacht in den einzelnen Ländern auch den Völkerbund zu erobern, ihn damit erst zum wirklichen Hüter des Friedens und der Freiheit der Völker umzustellen.

   Die Sozialdemokratie ordnet alle ihre Gegenwartsziele dem Kampf um ihr Endziel unter: um die dauernde Sicherung des Völkerfriedens und der Völkerfreiheit durch die internationale Föderation der nationalen sozialistischen Gemeinwesen."

Man braucht nicht allen Formulierungen dieses Programms zuzustimmen und wird doch die entscheidende grundsätzliche Stellungnahme teilen:

1. die Erkenntnis, daß das Zusammenwirken der Arbeiterklassen aller Länder Grundlage jeder sozialistischen Politik ist, daß es also keine „nationale Einheit" gibt, welche nicht dieser Zusammenarbeit unterzuordnen wäre;
2. die Erkenntnis, daß der Kapitalismus an sich eine Kriegsdrohung ist und daß jede Friedensarbeit, konsequent durchgeführt, zum Kampf mit dem Kapitalismus führt, ihr

Erfolg nur durch seine Auflösung erreicht werden kann, internationale sozialistische Politik treiben also heißt, den Klassenkampf auf einem breiteren Boden weiterführen;

3. die Erkenntnis, daß der Völkerbund nur der internationale Kampfboden ist, wie der Staat der nationale, daß also nicht Reformen, sondern die Revolutionierung des Völkerbundes durch die international organisierte Arbeiterschaft das Ziel ist;
4. die Erkenntnis, daß das große Ziel der Weltföderation der nationalen Arbeiterklassen allen Einzelzielen übergeordnet ist, daß es also für eine sozialistische Partei keinerlei Entschuldigung gibt, wenn sie um innenpolitischer Rücksichten willen den Weg zu diesem Ziel verbaut.

Hätte ein realpolitisch klares Programm der deutschen Partei die Richtung gewiesen, es wäre unmöglich gewesen, daß ihre Außenpolitik ins Schlepptau bürgerlichen Vernunftnationalismus' geriet; daß Reparations- und Anschlußpolitik, Ostmarken- und europäische Sicherheitsfrage, Zoll- und Handelspolitik durch das Bürgertum in seinem großagrarischen und großindustriellen Flügel bestimmt wurde. Es wäre unmöglich gewesen, daß die Sozialdemokratie die nationalistische Verhetzung Deutschlands tatenlos ansah, ja, durch gelegentliche Entgleisungen und durch fortgesetztes Verschweigen auf Dulden förderte. Es wäre vor allem unmöglich gewesen, daß sie selber der Aufrüstung Deutschlands zustimmte und dadurch ihre Spaltung unvermeidlich machte.

Dieses besonders tragische Kapitel sozialdemokratischer Geschichte schließt sich an das in Magdeburg 1929 beschlossene Wehrprogramm an. Seine Betrachtung muß ich deshalb an dieser Stelle einschalten.

IX. Das Wehrprogramm

Kein Programm der Sozialdemokratie ist so heftig umkämpft gewesen wie das Wehrprogramm. Diese Kämpfe fanden nicht mit der Annahme des Programms ihr Ende, sondern setzten sich innerhalb der Reichstagsfraktion fort, wo sie sich um das Panzerkreuzerprogramm konzentrierten, zur Opposition der neun Dissidenten führten und so das unmittelbare Vorspiel abgaben für das

Ausschlußverfahren gegen Seydewitz und Rosenfeld und für die dadurch verursachte Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei. Das Heidelberger Programm ließ hier eine völlige Lücke. Die allgemeine Feststellung der imperialistischen Kriegsgefahren ebenso wie das Bekenntnis zur Solidarität der Völker ließ praktisch jede Schattierung von Militärfrommheit, pazifistischer Kriegsablehnung und revolutionärer Kriegsbekämpfung zu. Auch das internationale Aktionsprogramm, das internationale Abrüstung forderte, führte nicht weiter, denn diese internationale Abrüstung ist den deutschen Militaristen der Vorwand, ihre Aufrüstungswünsche mit dem mangelnden Abrüstungswillen der andern Völker zu begründen. Diese Forderung kann also in einem nationalistischen Aufrüstungsprogramm ebensowohl figurieren wie in einem international sozialistischen Programm.

Für die sozialdemokratische Führung war die Unbestimmtheit des Programms ein Vorteil. Ihre Koalitionsbeteiligung machte die Zustimmung zum Wehretat immer wieder zu einer Kabinettsfrage, und da ihre Politik diese Beteiligung zum Grundsatz erhob, in ihr den einzigen Weg zur Machtergreifung erblickte, so war es geradezu eine Existenzfrage für sie, aus der Wehrfrage keine Hindernisse erwachsen zu lassen. Aber die grundsätzliche, traditionell begründete und durch die Kriegserfahrung verschärfte Abneigung der Mitglieder gegen jede Art Militarismus erschwerte diese wehrfreundliche Haltung. Als der Kieler Parteitag den Weg in die Koalition erneut freigegeben hatte, wurde der Reichstagswahlkampf ganz offiziell mit der Parole „Panzerkreuzer oder Kinderspeisung“ geführt, also wenn nicht mit einer grundsätzlich, so doch praktisch antimilitaristischen Losung. Um so schärfer war der Widerspruch in den Reihen der Genossen, als unmittelbar darauf die sozialdemokratischen Minister dem Panzerkreuzerprogramm und dem Bau des Panzerkreuzers A zustimmten und ihn gegen den Widerspruch und gegen die Stimmen der Reichstagsfraktion durchsetzten. Es mußte also dafür Sorge getragen werden, daß derartige Betriebsunfälle sich nicht wiederholten. Die Kunst der sozialdemokratischen Parteiführung, durch die es acht Jahre immer wieder gelungen ist, eine Parteispaltung zu vermeiden und die Masse ganz anders gerichteter Genossen hinter einer Politik des täglichen Kompromisses festzuhalten, bestand in Programmfragen darin, daß man durch allgemeine Formulierungen, welche den Schein sozialistischer Grundsatztreue erweckten, ohne zu einem grundsätzlichen Handeln zu verpflichten, die Masse der Genossen beruhigte, selbst aber von Fall zu Fall freie Hand behielt. Diese Kunst ist im allerhöchsten Maßstabe beim Wehrprogramm in Anwendung gekommen.

I.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verwirft den Krieg als Mittel der Politik. Sie fordert friedliche Lösung aller internationalen Konflikte durch obligatorische Schiedsgerichte, Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument des Friedens.

Sie ist entschlossen, gemäß den Beschlüssen des Brüsseler Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vom August 1928 den stärksten Druck, selbst mit revolutionären Mitteln, gegen jede Regierung auszuüben, die es ablehnt, sich einem Schiedsspruch zu unterwerfen und zum Kriege schreitet.

II.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für vollständige Abrüstung durch internationale Abkommen.

Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, wie sie den Besiegten des Weltkrieges durch die Sieger auferlegt wurde. Nur zwischen gleichberechtigten Nationen ist dauernder Friede zu erreichen.

Der deutschen Republik ist die historische Mission zugefallen, Vorkämpferin der internationalen Abrüstung zu sein. Diese Mission kann sie nur dann erfüllen, wenn sie die ihr aufgezwungenen einseitigen Rüstungsbeschränkungen nicht überschreitet und nicht durch Versuche, sie zu umgehen oder zu verletzen, andern Mächten Grund oder Vorwand zur Ablehnung internationaler Abrüstungsübereinkommen und zu noch stärkeren Rüstungen liefert.

Eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr auferlegten Rüstungsbestimmungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszuschöpfen, erkennt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht an. Sie fordert den planmäßigen Abbau der militärischen Rüstungen Deutschlands aus eigenem Willen unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Verhältnisse.

III.

Der wirksamste Schutz der deutschen Republik beruht auf einer deutschen Außenpolitik, die auf die Verständigung der Völker und die Erhaltung des Friedens gerichtet ist. Noch droht aber die Machtpolitik imperialistischer und faschistischer Staaten mit konterrevolutionären Interventionen und neuen Kriegen. Deutschland kann als Aufmarschgebiet mißbraucht und wider Willen in blutige Verwicklungen hineingerissen werden.

Solange diese Gefahren bestehen, braucht die deutsche Republik eine Wehrmacht zum Schutze ihrer Neutralität und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse.

Die Wehrmacht kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie in ihrem Denken und Fühlen mit dem Volke verbunden ist und sich — im Gegensatz zu allen militaristischen Tendenzen, die auf die Beherrschung des Staates durch das Militär hinauslaufen — als dienendes Glied in die demokratische Republik einordnet.

Um die Reichswehr in diesem Sinne umzugestalten, stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands insbesondere folgende Forderungen:

1. Kontrolle des Reichstags über alle Angelegenheiten der Reichswehr und über alle Verträge und Abmachungen der Heeresverwaltung.
2. Keine Subvention an Privatfirmen, die mittelbar oder unmittelbar illegalen Rüstungen dient.
3. Verbot der Bestrafung von Veröffentlichungen über illegale Rüstungen.
4. Gesetzliche Bestimmungen zur Sicherung einer unparteiischen Rekrutierung.
5. Beseitigung des Bildungsprivilegs für das Offizierkorps und gesetzliche Festlegung eines Mindestkontingents für den aus dem Mannschaftsstand zu entnehmenden Offizierersatz.
6. Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten.
7. Schutz der Rechte der Soldaten durch eine von ihnen gewählte Personalvertretung.
8. Demokratisierung des Disziplinarrechts und des Militärstrafrechts.
9. Republikanische Lehrkräfte und Lehrbücher beim Unterricht.
10. Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.

IV.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekämpft die immer stärker hervortretende Absicht führender Militärs aller Länder, völkerrechtliche Hemmungen der Kriegführung, die in jahrtausendelanger Entwicklung Gemeingut geworden sind, gänzlich zu beseitigen und den Zukunftskrieg rücksichtslos über die Heeresfronten hinweg gegen die Zivilbevölkerung zu kehren.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands brandmarkt diese barbarische Absicht und fordert die Neufestigung des Völkerrechts im Sinne der Humanität. Insbesondere fordert sie Verbot des Gaskrieges und der Verwendung von Bakterien zur Kriegführung.

V.

Die sozialistischen Forderungen können nur verwirklicht werden durch die gemeinsamen und energischen Bestrebungen der organisierten Arbeiter, durch die unablässige Aufklärung der Arbeiter über die Ursachen und Gefahren der Rüstungen, durch Erziehung und Unterricht im Geiste des Friedens, um auch die moralische Abrüstung vorzubereiten, und durch den gesteigerten politischen und wirtschaftlichen Kampf des Proletariats gegen die herrschenden Klassen bis zur Verwirklichung des Sozialismus.

Das sozialistische Endziel bildet eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, also ohne Klassen und ohne Klassenkämpfe, eine Gesellschaft ohne Streben nach Ausdehnung von Ausbeutungsgebieten, also ohne Rüstungen und ohne Kriege.

Der Sozialismus ist die Macht, die der Welt den dauernden Frieden bringen wird.

Dies Programm stellt bereits eine Abänderung und Milderung gegenüber dem wesentlich militärfreundlicheren Urentwurf dar. Es erhielt trotzdem von 391 Stimmen nur 244, also 63 Prozent, in welche fast restlos alle Stimmen der „Amtsvertreter“ (Parteivorstand, Reichstagsfraktion usw.) eingeschlossen waren, so daß von den Delegierten, welche die Ansichten der Parteimitgliedschaft vertraten, rund die Hälfte gegen den Entwurf stimmte, trotz des Apparatterrors, der auch in diesem Falle der Linken gegenüber

angewandt worden war. Es war ein Zeichen des amtlichen Machtbewußtseins und Machtwillens, daß unter diesen Umständen der Parteivorstand an der so stark bekämpften Vorlage festhielt, aber auch ein Zeichen der Entschlossenheit, mit der er freie Bahn schaffen wollte für alle militärischen Notwendigkeiten, die aus seiner Koalitionsentschlossenheit sich ergaben. Diesen wurde das Programm in weitestem Maße gerecht.

Wir haben in ihm zwei Teile zu scheiden: das praktisch nicht verpflichtende Gesinnungsbekenntnis und die Richtlinien, welche die praktische Aktion je nach den täglichen Bedürfnissen freigeben.

Zum Punkt 1 verwirft das Programm den Krieg als politisches Mittel (was ja auch der Kelloggpakt tut, und was demnach bereits offizielles Bekenntnis aller Völkerbundstaaten ist). Es bekennt sich gemäß den Beschlüssen der Zweiten Internationale zum Widerstand gegen einen Angriffskrieg, bei dem ein Schiedsgerichtsverfahren abgelehnt wurde. (Wie gering die Tragweite dieses Beschlusses ist, beweist der gegenwärtige Krieg in der Mandschurei. Der Angreifer Japan wurde vom Völkerbund bisher wohlweislich gar nicht in die Lage gebracht, einen Schiedsspruch ablehnen zu müssen. In diesem und jedem derartigen Kriege wäre es also jedem Sozialdemokraten nach dem Wehrprogramm unverwehrt, Japan zu unterstützen.) Es bekennt sich zur Abrüstung unter der Voraussetzung, daß diese eine allgemeine sei (läßt also eine deutsche Aufrüstungsforderung zu). Es fordert „planmäßige Abrüstung Deutschlands", aber „unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und finanziellen Verhältnisse". Es bejaht aber die Notwendigkeit einer deutschen Wehrmacht zu außen- und innenpolitischen Verteidigungszwecken.

Auf Grund dieser allgemeinen Formulierungen war in der Tat vollkommen freie Hand geschaffen für jede wie immer geartete Politik, welche Parteivorstand oder Reichstagsfraktion für notwendig halten sollten. Grundsätzlich wird die Notwendigkeit einer Rüstung betont (ihre Beschränkung auf Verteidigungszwecke ist eine praktisch kaum bedeutsame Wendung, der sich mit Ausnahme der extremsten Militaristen die bürgerlichen Politiker von Seeckt bis Stolper sicherlich anschließen würden). Jede Abrüstung wird abhängig gemacht von politischen Verhältnissen, also aus einer grundsätzlichen Forderung zu einem taktischen Problem erniedrigt. Ganz unmißverständlich unterstrichen wird diese Absicht durch die Feststellung, die deutsche Republik sei nicht verpflichtet, „die ihr auferlegten Rüstungsbestimmungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszuschöpfen". Eine Höchstaufrüstung im Rahmen der Vertrags-

bestimmungen wird also als das Normale angesehen, hinter dem man nur zurückbleiben darf, wenn sie finanziell untragbar oder technisch unzweckmäßig ist. Ein wahrhaft merkwürdiges Bekenntnis einer internationalen Partei.

Aus dieser unter pazifistischen Wendungen durchaus aufrüstungsfreudigen Haltung ergibt sich, daß von einer Ablehnung der Wehrforderungen an keiner Stelle mehr die Rede ist. Die Forderungen des Programms beschäftigen sich ausschließlich mit dem inneren Aufbau der Reichswehr, der „Republikanisierung und Demokratisierung" der Reichswehr. Leitend bei diesen Forderungen ist die Illusion gewesen, daß eine Truppe von Berufssöldnern eine republikanisch und sozial zuverlässige Truppe sein *könne*, daß sie nicht durch das Gesetz ihrer Struktur und gesellschaftlichen Stellung zu einer dauernden Bedrohung des inneren Friedens und Gleichgewichts werden müsse. Diese durch alle Geschichte bestätigte Erfahrung*) ist für die Sozialdemokratie nicht gemacht. Es scheint auch nicht, daß zwölf Jahre deutscher Reichswehrgeschichte irgendwie diese Erfahrung haben reifen lassen.

In der gegenwärtigen Stunde, wo die Hoffnung der Nationalsozialisten auf Machtergreifung sich durchaus und mit Recht stützt auf die freundliche Haltung der Reichswehr, wo die Arbeiterschaft vor der Tatsache steht, daß ihre Abwehr von keiner Seite her so bedroht wird wie durch die Maschinengewehre der von ihr gepflegten, unterstützten und großgezogenen Wehrmacht, liest man mit besonderen Gefühlen die Feststellung des Wehrprogramms: „Die Republik braucht eine Wehrmacht zum Schutze... der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft."

Ebenso stark wie diese Illusion ist aber die Täuschung über die außenpolitische Rolle der Reichswehr. Bei ihrem Lesen wird man lebhaft erinnert an die Begründung, mit der die kriegsfreundliche Haltung der Sozialdemokratie 1914 begründet wurde: es gelte, den russischen Zarismus zu stürzen. Außenpolitisch soll nämlich eine Wehrmacht notwendig sein, um zu verhindern, daß Deutschland zum „Aufmarschgebiet mißbraucht und wider Willen in blutige

---

*) Die beiden scheinbaren Ausnahmen: USA und England, sind keine. Im ersten Falle ist die Söldnertruppe im Verhältnis zur Größe des Landes zu klein, um politisch bedrohlich zu wirken. Ihre sozialreaktionäre Rolle ist ja hinlänglich bekannt. In England ist die Wirkung der Truppe durchaus nach außen gerichtet. Die Kolonien geben dem Macht- und Geltungsbedürfnis hinreichenden Spielraum. In dem Augenblick, wo ihr dies Gebiet ihres Handelns, diese Aufstiegs- und Bereicherungsmöglichkeiten, genommen würde, würde sie zweifellos zu einem starken Faktor der inneren Reaktion werden.

Kriege hineingerissen werde" durch „konterrevolutionäre Interventionen" faschistischer und imperialistischer Staaten. Da derartige Interventionen gegen Frankreich oder irgendeinen Nachbarstaat Deutschlands wohl außer dem Bereich des Möglichen liegen, wäre der einzig denkbare Fall eine imperialistische Intervention gegen Rußland, die Deutschland zum Aufmarschgebiet machen würde. Es ist das sicher der einzige Fall, daß ein sozialdemokratisches Programm sich ein kommunistisches Argument zu eigen gemacht hat. Es nimmt sich denn auch sonderbar genug aus.

Wie steht es mit seiner Stichhaltigkeit? Ein Angriff auf Sowjetrußland würde nicht unmittelbar von Deutschland aus erfolgen können, sondern nur von den Grenzländern aus: Ostseestaaten, Polen und der Tschechoslowakei. Als Angriffsstaaten kämen einzig Frankreich, England und die USA in Frage. Die russischen Grenzstaaten befinden sich alle in starker wirtschaftlicher und finanzieller Abhängigkeit von ihnen und würden zweifellos bei einem solchen Krieg als Verbündete der Angriffsfront eingegliedert werden. Sie würden also auch das Aufmarschgebiet abgeben. Deutschland würde nur als Hinterland für dieses Aufmarschgebiet in Frage kommen. Bei der industriellen Struktur Deutschlands, bei der politischen Einstellung, welche Millionen von Arbeitern mit Sowjetrußland mehr oder minder stark sympathisieren läßt, jedenfalls sie zu erklärten Gegnern eines antibolschewistischen Angriffskrieges macht, würde auch ein völlig waffenloses Deutschland ein höchst unsicheres Hinterland für einen solchen Krieg abgeben. Die Angreifer hätten mit dauernden Sabotageakten und einer Gefährdung der Truppentransporte zu rechnen, wenn sie nicht sehr starke Besatzungskörper auf der ganzen Transportlinie zurückließen, also eine Art zweites Heer in einem feindlichen Hinterland in ihrem Rücken. Es ist nicht anzunehmen, daß sie anders als im Falle der höchsten Not sich auf ein solches Abenteuer einlassen würden. Wir haben äußerst schlechte Erfahrungen gemacht mit dem Bruch der belgischen Neutralität. Nicht das bald aus dem Lande gejagte Heer der Belgier, das nur einen geringen Zusatz zu den Kräften der Gegner bedeutete, wurde gefährlich und hemmend, sondern die dauernde Feindseligkeit und der passive Widerstand der Bewohner. Aber Belgien ist ein kleines Land. Deutschland ist mehr als fünfzehnmal so groß. Und Deutschland als widerwilliges Hinterland für einen Angriffskrieg gegen Rußland im Rücken zu haben, ist nicht fünfzehn-, sondern hundertmal so gefährlich, als es die Besetzung Belgiens durch Deutschland war, denn die Schwierigkeiten wachsen in geometrischem Verhältnis mit den Raumgrößen, den Bevölkerungszahlen und den technischen Hilfsmitteln eines Landes. Darauf und nicht auf einem wie immer

beschaffenen Heere beruht die Sicherheit Deutschlands. Daß ein Heer keine Sicherheit gewährt, daß die modernen Waffen jeden Verteidigungskrieg unmöglich machen, ist oft genug von Fachleuten betont worden. Es gilt für den Fall, daß man Deutschland zum Hinterland eines Krieges machen wollte, genau so wie für eine direkte kriegerische Verwicklung. Die einzige mögliche Sicherung eines Landes wie Deutschland ist der Friedenswille seiner Bevölkerung und der allgemeine Entschluß zum passiven Widerstand gegen jede Art militärischer Inbesitznahme. Das aber ist nicht eine Frage der Wehrbarmachung, sondern der Erziehung und Organisation. Einem solchen Deutschland gegenüber würde jeder Staat, der Sowjetrußland angreift, es zweifellos vorziehen, einen anderen Angriffsweg zu wählen.

Der Fall, der angeführt wird, um die außenpolitische Notwendigkeit einer starken Reichswehr darzutun, ist also ein sehr konstruierter, unwahrscheinlicher, bei welchem die Reichswehr zweifellos sehr viel weniger wirksam sein würde als friedliche Abwehrmaßnahmen. Dieser Fall spielt im Wehrprogramm genau die gleiche Rolle wie früher die Begründung der Kriegspflicht mit der Notwendigkeit, den Zarismus zu besiegen.

Noch schlimmer steht es um die innenpolitische Aufgabe, die der Reichswehr vom Wehrprogramm zuerkannt wird, „den Schutz der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse“. Die Arbeiterklasse steht heute in einem verzweifelten Abwehrkampf um alle diese Errungenschaften, die teils bereits verloren, teils aufs stärkste bedroht sind. Es ist kein Zweifel, daß die Millionenscharen organisierter Proletarier imstande wären, durch friedlichen Druck ihres Massenwillens der Regierung und der Wirtschaft gegenüber ihr Ziel zu erreichen, wenn sie nicht dauernd bedroht wären durch den gewaltsamen Terror der Hakenkreuzler. Es ist ebensowenig ein Zweifel, daß die Scharen der proletarischen Schutzorganisationen durchaus den vereinigten Braunhemden und Stahlhelmern nicht nur gewachsen, sondern überlegen wären. Aber hinter diesen als sichere Deckung und zuverlässige Abwehr jeder proletarischen Aktion steht die Reichswehr, die durch die heutige Situation zur eigentlichen Macht im Staate geworden ist, von deren Willen das Schicksal jeder Regierung wie der Verfassung abhängt. Wir wissen, wie seit der Entstehung der Reichswehr diese ihre Macht sich ausnahmslos bewiesen hat. Von der Niederwerfung des Berliner Spartakusaufstandes und der Ruhrarbeiteraufstände bis zu den Reichsexekutionen gegen das sozialistische Sachsen und Thüringen haben wir eine lückenlose Reihe erfolgreicher und zuverlässig durchgeführter Aktionen gegen die Arbeiterschaft. Gegen arbeiterfeind-

liche und verfassungsfeindliche Putsche war sie bei weitem weniger verwendungsfähig, ja mit der einzigen Ausnahme des Münchener Löwenbräukeller-Putsches ist mir kein Fall bekannt, an dem sie sich in dieser Richtung erprobt hätte.

Was veranlaßt die SPD, in ihrem Wehrprogramm einen solch vorbildlichen Glauben in die Reichswehr und ihre soziale Aufgabe zu bezeugen wider alles Schauen und alle Erfahrung? Zum Teil liegt hier dieselbe Stimmung zugrunde, welche auch heute noch unsere sozialdemokratischen Staatsmänner versichern läßt, man dürfe die Reichswehr nicht verärgern, sondern müsse ihr Vertrauen und Liebe bezeugen, um sie friedlich zu stimmen, nach dem Muster der Löwendresseure. Aber grundsätzlich ist diese Stellung bedingt durch die Auffassung des Parteiprogramms, daß wir im Besitze der Demokratie seien und unsere Hauptaufgabe darin bestehe, diese Demokratie zu verteidigen.

Aus diesem Glauben heraus wird nun jede verfassungsmäßig in Weimar eingesetzte Macht als demokratisch angesehen, verteidigt und für die Republik und die Arbeiterschaft in Anspruch genommen: Parlament und Präsident, Bürokratie und Gerichte und vor allen Dingen die Reichswehr. Glaube läßt sich nicht durch Tatsachen enttäuschen, ein Dogma wie das von der eroberten Demokratie wird nicht durch Gegenbeweise erschüttert. Und so werden die wahren Gläubigen auch in diesem Falle die Reichswehr noch als Hort der Demokratie und der sozialen Errungenschaften feiern, wenn von beiden nichts mehr übrig sein wird als Notverordnungen und der militärische Ausnahmezustand.

Der marxistische Standpunkt des Klassenkampfes, der im grundsätzlichen Teil des Heidelberger Programms noch vorherrscht, ist im Wehrprogramm radikal verlassen. Es ist der späteste Teil des sozialdemokratischen Aktionsprogramms. Es zeigt daher auch am schärfsten die Entwicklung der Partei zur bedingungslosen Tolerierung aller bestehenden Einrichtungen, um damit die Regierungsfähigkeit zu erkaufen.

Es war ein ungeheuer gefährliches Vorgehen, daß die Partei ein solch bestreitbares und umstrittenes Programm gegen den scharfen Widerspruch großer Massen der Genossen annahm. Aber die Koalitionsgläubigen um jeden Preis befanden sich in einer Zwangslage. Sie konnten in einem immer militaristischeren Deutschland, in welchem die Macht des Militärs ausschlaggebend war, keine Regierung ohne die Einwilligung der Offiziere sich erhalten konnte, nur dann sich in der Regierung halten, wenn sie die Militärforderungen deckten vom Panzerkreuzer bis zu den Subventionen für Luftschiffahrt. Das Wehrprogramm war der Schuldschein, den sie zu zahlen hatten, und er ist bis auf den letzten

Heller eingefordert worden zum Unheil der Partei, zur Freude ihrer Gegner, und hat ihr nicht einmal den Anteil an der demokratischen Macht gesichert, den sie damit erkaufen wollte. Denn gesellschaftliche Mächte entwickeln sich unabhängig von demokratischen Programmen. Ihr Wesen richtet sich nicht nach den frommen Wünschen sozialdemokratischer Staatsmänner, sondern nach den Gesetzen des Klassenstaates. So steht die Reichswehr heute trotz sozialdemokratischem Wehrprogramm da als der stärkste Damm gegen jede notwendige Entwicklung, als der entscheidende Machtfaktor innerhalb der deutschen Demokratie. Und die volle Verantwortung, daß das geworden, trägt die Sozialdemokratie. Dessen ist Zeugnis ihr Wehrprogramm, das kommenden Zeiten sicherlich das interessanteste Dokument sein wird für jenen utopischen Dogmatismus, der unseren Realpolitikern den Blick in die Wirklichkeit verhüllt.

Als Gegenantrag gegen das offizielle Wehrprogramm war von der Parteilinken ein Programm eingebracht, das heftigstem Widerspruch begegnete und nur einen Teil der Opposition hinter sich sammelte. Dies so scharf kritisierte Programm enthält indes die Hauptpunkte, auf die es in einem sozialistischen Kampfprogramm ankommt: die Feststellung des kapitalistischen Charakters jeden, auch des scheinbaren Verteidigungskrieges im kapitalistischen Staat, die Ablehnung jeder Beteiligung des Proletariats an solchem Kriege, das Recht des proletarischen Abwehrkampfes, die Würdigung des „Kriegspotentiells“, das in der Industrie jedes Landes gegeben ist, und deren Kontrolle durch das Proletariat im Interesse des Friedens nötig macht, und die Konstatierung des Klassencharakters jeder Wehrmacht im kapitalistischen Staate, der die Hoffnung auf ihre Demokratisierung zu einer Illusion macht.

Als Ausgangspunkt für eine Diskussion über das zu schaffende Programm drucke ich daher diesen Entwurf im Anhang ab.

Zusammenfassung

Die Aktionsprogramme der Sozialdemokratischen Partei sind in ihrer Ausführlichkeit, ihrem liebevollen Eingehen auf Einzelheiten, ihrer Gründlichkeit und vorsichtigen Formulierung ein getreues Abbild der Sach- und Fachkenntnis, des Fleißes und der Zähigkeit, welche sich im sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Funktionärkörper vereinigt. Um so auffallender ist die Feststellung, daß diese sämtlichen Programme, mit Ausnahme des

sozialpolitischen, in der praktischen Politik völlige Fehlschläge gewesen sind. Und sogar das Sozialprogramm wird durch die letzte Entwicklung täglich mehr bedroht. Seine Errungenschaften bröckeln ab. Nicht wenige der von ihm geforderten Einrichtungen (Schiedsgerichte, Arbeitsgerichte) erweisen sich als zum mindesten ebenso hemmend wie fördernd. Das Ergebnis von sechs Jahren aktiver Realpolitik ist also ein großer und in die Augen fallender Mißerfolg. Wie ist das zu erklären?

Die Erklärung liegt in dem Grundfehler, der das ganze Heidelberger Programm durchzieht, den grundsätzlichen Teil schwächt und durchlöchert, die Aktionsprogramme zu einem planlosen Durcheinander reformistischer und revolutionärer Forderungen macht. Dieser Grundfehler liegt in der Auffassung, daß der prosperierende Monopolkapitalismus die unmittelbare Vorstufe des Sozialismus sei wie die demokratische Republik die Vorstufe der sozialistischen Gesellschaft, daß die Entwicklung allerdings durch eine Reihe von Einzelkämpfen, aber doch in allmählichem Aufbau in diese sozialistische Gesellschaft führe, und daß daher der Unterschied zwischen Reformen und revolutionären Forderungen nur eine spitzfindige Erfindung von wirklichkeitsfernen Dogmatikern sei.

Diese Auffassung hat offenbar die Väter des Programms blind gemacht gegen die Erkenntnis, daß eine ganze Reihe ihrer Forderungen den Rahmen der bestehenden Gesellschaft sprengen und daher nur zu verwirklichen sind in einer neuen sozialistischen Gesellschaft, daß die übrigen Forderungen im Gegenteil keine wirkliche und dauernde Besserung der Lage der Arbeiterschaft, keine Sicherung ihrer politischen Macht und ihres gesellschaftlichen Fortschritts versprechen, daß sie sich zum Teil direkt gegen die Arbeiterschaft auswirken, wie die Wehrforderungen, zum Teil die Lage der Arbeiterschaft nicht berühren, wie die Forderungen der Staats- und Verwaltungsreform, zum Teil unzulänglich sind, wie die Justiz-, Finanz- und Wirtschaftsforderungen.

Es ist gewiß wahr, daß unmittelbare Tagesforderungen und Zielforderungen ineinandergreifen. Ihr Nebeneinander in einem Programm ist nicht nur gerechtfertigt, sondern unvermeidlich. Aber wenn dieses Nebeneinander nicht ein planloses Durchein-

ander sein soll, sondern die Grundlage einer zusammenhängenden Politik, so muß Klarheit herrschen darüber, daß in einem sozialistischen - Programm eine jede, auch die Gegenwartsforderung über die bestehende Ordnung hinauszielt, daß sie ihre Berechtigung eben aus dieser Tatsache empfängt, und daß sie zu beurteilen ist nicht nur aus dem Gesichtspunkt der gegenwärtigen Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit, sondern unter dem wichtigeren, ob sie die Auflockerung der bestehenden Ordnung, den Kampf des Proletariats um eine neue Ordnung fördert, die Kampfkraft steigert und den Sieg näher herbeiführt. Ein jedes sozialistisches Aktionsprogramm muß in diesem Sinne ein revolutionäres sein. Nicht Sicherung und Ausbau des Bestehenden, mag das nun die Wirtschaft oder der Staat sein, sondern seine Überwindung im bewußten und organisierten Kampf auf allen Gebieten des Handelns ist seine Aufgabe.

Schluß

Die Notwendigkeit der Programmbildung tritt an die Sozialistische Arbeiterpartei heran in einer ungeheuer schwierigen Situation. Inmitten einer gewaltigen Krise, die das Gefüge der Weltwirtschaft erschüttert und mit den wirtschaftlichen Grundlagen auch die staatlichen Ordnungen bedroht, findet sich die europäische Arbeiterschaft durchweg ungerüstet und ohne klare Zielsetzung, ohne erprobte und bewährte Taktik. Die alten Methoden des Kampfes haben sich als unwirksam erwiesen, neue sind noch nicht gefunden. Schwerer als in den anderen Parteien der Internationale wirkt diese Schwäche auf das deutsche Proletariat. Nicht nur die Unsicherheit in Ziel und Methode, mehr noch die Passivität, welche in beiden proletarischen Parteien durch ein System der Apparatdiktatur erzeugt ist, verhindert jede wirksame Aktion und bedroht das Proletariat mit einer Katastrophe.

So erwächst der Sozialistischen Arbeiterpartei mitten im schwersten Abwehr- und Angriffskampf die Aufgabe, gleichzeitig grundsätzliche Klarheit und Einheit über die Hauptziele dieses Kampfes und seiner Methoden zu schaffen und die Grundlage ihres Programms so breit zu gestalten, daß die Partei ein Sammelbecken zu werden vermag für alle kampfentschlossenen und klassenbewußten Sozialisten. Sie muß also die Diktaturmethoden ablehnen, welche in ihren beiden Nachbarparteien eine künstliche Einheit vortäuschen, und muß dennoch ihren Charakter als revolutionäre Partei bewahren und die Einheit der Aktion sichern. Diese Aufgabe wäre unerfüllbar, wenn wir nicht als marxistische Partei an der gesellschaftlichen Wirklichkeit selber unsere Richtlinie und den Maßstab unseres Handelns fänden. Je unbefangener wir diese betrachten, je offener wir uns der Erfahrung gegenüber zeigen, desto sicherer sind wir, den richtigen Weg zu gehen, desto anpassungsfähiger werden wir den Erfordernissen des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Kampfes gegenüber sein, desto bestimmter aber auch können wir die Massen auf Grund ihrer Erfahrung um uns sammeln.

Grundlage jedes Programms wird also die gesellschaftliche Analyse sein müssen. In dieser können wir nicht stehen bleiben bei den Feststellungen des Erfurter Programms, weil wir uns vor einer weit fortgeschritteneren Lage finden, welche gekennzeichnet ist durch das Vordringen des *imperialistischen Mono-*

polkapitalismus, durch die gesteigerte Krisenempfindlichkeit der Wirtschaft, hervorgerufen durch die Einbeziehung immer weiterer Kreise in das kapitalistische Geschehen und den gesteigerten Druck der immer mehr zusammenschrumpfenden Herrenschicht auf alle Klassen, also durch eine ungeheure Verschärfung des Klassenkampfes. Der politische Ausdruck dieser Lage ist die Unterhöhlung der politischen Demokratie und ihre Ersetzung durch offene oder verhüllte bürgerliche Diktatur, welche jederzeit in faschistischen Terror umzuschlagen droht und, da sie den Klassenstaat zum Werkzeug dieser Methoden macht, nur durch proletarische Aktion abzuwehren ist. Diese Aktion verspricht indes nur auf der Grundlage organisierter internationaler Zusammenarbeit dauernden Erfolg. Der Ausbau und die Festigung der internationalen Organisationen rückt daher in den Mittelpunkt der sozialistischen Aufgaben.

Ebenso aber verlangt die Situation einen Ausbau der nationalen Organisationen in Rücksicht auf die veränderten und komplizierteren Aufgaben. Es hat sich erwiesen, daß allein auf parlamentarischer Grundlage der Kampf nicht geführt werden kann, daß es auch nicht genügt, ihn durch den Wirtschaftskampf der Gewerkschaften zu ergänzen, daß aber die Betriebsräte in ihrer heutigen Form und mit ihren äußerst beschränkten Befugnissen nicht imstande sind, die ihnen zufallenden Aufgaben der wirtschaftlichen Machtergreifung zu erfüllen. So wird eine der wichtigsten taktischen und organisatorischen Aufgaben die Erfüllung der Aktionsforderung von Heidelberg: Ausbau des wirtschaftlichen Rätesystems, nur daß wir uns klar darüber sind, diese Forderung sei nicht innerhalb des bestehenden Systems, sondern im Kampfe mit ihm zu erfüllen, und der wirtschaftliche Kampf schließe den politischen Kampf ein.

Die Frage, wie weit das Rätesystem den Parlamentarismus ersetzen könne, ist vielleicht für die Zukunft von Bedeutung, aber zur Zeit in keiner Weise aktuell. So unzulänglich das Parlament als der Kampfboden des Proletariats ist, so unentbehrlich ist es als ein Kampfboden, als Propagandaboden, als Kampfschule und vor allem als Maßstab der tatsächlichen politischen Machtverteilung, soweit diese durch die Entwicklung der öffentlichen Meinung bestimmt wird, und damit als Wetterzeiger für die Möglichkeiten des außerparlamentarischen Kampfes. Wie jedes andere Mittel demokratischer Meinungserforschung und Bewußtseinsklärung ist es zur Zeit unentbehrlich und unersetzlich. Es ist auch ungefährlich, wenn wir uns der Beschränktheit seiner Wir-

kung bewußt sind und uns klar bleiben, daß der Erfolg jeder parlamentarischen Organisation durchaus bestimmt wird durch die Stärke der außerparlamentarischen organisierten Macht.

Die Einzelforderungen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens haben sich durchaus dem Gesichtspunkt unterzuordnen, wie weit sie in der Propaganda dazu beitragen können, die Erfahrungen des Proletariats zum sozialistischen Bewußtsein zu klären, wie weit sie in der Aktion geeignet sind, die Erreichung des Endziels zu fördern. Hier hat sich jedes Programm zu hüten vor zu abstrakter Allgemeinheit, die es unverständlich und damit für Propagandazwecke untauglich macht (Kultur- und Erziehungsprogramm des HP), vor Oberflächlichkeit, die an den Hauptforderungen vorbeigeht (Wirtschafts- und Finanzprogramm des HP) und vor einer Kleinlichkeit und Starrheit, welche in lauter Einzelheiten die großen Gesichtspunkte, in lauter Vorschriften die Beweglichkeit verliert.

Programme sind keine Dogmen. Sie sind als Ausdruck einer bestimmten historischen Situation und bestimmter geschichtlich bedingter Ideologien dem Wechsel und der Vergänglichkeit unterworfen. Mit der Situation, in der und aus der das Heidelberger Programm entstand, gehört es mitsamt seiner wirtschaftsdemokratischen Volksgemeinschafts- und Prosperitäts-Ideologie heute bereits der Vergangenheit an. Nicht das ist in einer Zeit der rasendsten Entwicklung ein Fehler. Aber daß seine Lücken und Unbestimmtheiten, seine beabsichtigte Vieldeutigkeit und die unvereinbaren Gegensätze, die es unter einer geschickten Formulierung verbarg, der sozialdemokratischen Partei die Möglichkeit gab, sich in die politischen Irrwege der letzten Jahre zu verlieren, das wird das Urteil über dieses Programm in der Geschichte der Arbeiterbewegung bestimmen.

Auch die Sozialistische Arbeiterpartei wird kein fehlerloses und unangreifbares Programm gestalten können. Das ist auch nicht die Aufgabe. Die Aufgabe ist, ein brauchbares Werkzeug zu schaffen für die nächsten Phasen des schweren Abwehrkampfes, in dem wir stehen, eine breite und sichere Grundlage für die revolutionär gesinnte Arbeiterschaft. Die marxistische Gesellschaftsanalyse schafft dafür die Voraussetzungen, die Erfahrungen der Niederlagen des vergangenen Jahrzehnts zeigen uns die Lücken, Schwächen und Irrtümer der bisherigen Aktion. Aus der Not der Arbeiterschaft und des ganzen arbeitenden Volkes wachsen unsere Forderungen, und das Bewußtsein unserer historischen Aufgabe als Träger einer neuen Menschheitsordnung und Überwinder des gegenwärtigen Chaos der Ungerechtigkeit weist uns das Ziel.

Anhang

A. Aus dem Linzer Programm der österreichischen Sozialdemokratie

III. Der Kampf um die Staatsmacht.

1. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei hat die Wahlrechtsprivilegien der besitzenden Klassen gesprengt, die Monarchie gestürzt, die demokratische Republik begründet.

In der Monarchie hat die Dynastie, die Generalität, die Bürokratie geherrscht; nur die obersten Schichten der Bourgeoisie — der Großgrundbesitz und die Hochfinanz — hatten tatsächlichen Anteil an ihrer Herrschaft. In der demokratischen Republik hat sich die Gesamtheit der Bourgeoisie der Staatsgewalt bemächtigt.

Anderseits hat die demokratische Republik der Arbeiterklasse politische Gleichberechtigung und Bewegungsfreiheit gegeben, ihre geistigen Kräfte und ihr Selbstbewußtsein gewaltig entwickelt. Die Arbeiterklasse stürmt gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie in der Republik an.

Die Geschichte der demokratischen Republik ist die Geschichte der Klassenkämpfe zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse um die Herrschaft in der Republik.

In der demokratischen Republik beruht die politische Herrschaft der Bourgeoisie nicht mehr auf politischen Privilegien, sondern darauf, daß sie mittels ihrer wirtschaftlichen Macht, mittels der Macht der Tradition, mittels der Presse, der Schule und der Kirche die Mehrheit des Volkes unter ihrem geistigen Einfluß zu erhalten vermag. Gelingt es der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, diesen Einfluß zu überwinden, die manuellen und die geistigen Arbeiter in Stadt und Land zu vereinigen und der Arbeiterklasse die ihr nahestehenden Schichten der Kleinbauernschaft, des Kleinbürgertums, der Intelligenz als Bundesgenossen zu gewinnen, so gewinnt die sozialdemokratische Arbeiterpartei die Mehrheit des Volkes. Sie erobert durch die Entscheidung des allgemeinen Wahlrechtes die Staatsmacht.

So wurden in der demokratischen Republik die Klassenkämpfe zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse im Ringen der beiden Klassen um die Seele der Volksmehrheit entschieden.

Im Verlauf dieser Klassenkämpfe kann der Fall eintreten, daß die Bourgeoisie nicht mehr und die Arbeiterklasse noch nicht stark genug ist, allein die Republik zu beherrschen. Aber die Kooperation einander feindlicher Klassen, zu der sie eine solche Situation zwingt, wird nach kurzer Zeit durch die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft unaufhebbaren Klassengegensätze gesprengt. Die Arbeiterklasse wird nach jeder solchen Episode unter die Herrschaft der Bourgeoisie zurückfallen, wenn es ihr nicht gelingt, selbst die Herrschaft in der Republik zu erobern. Eine solche Kooperation der Klassen kann also nur eine vorübergehende Entwicklungsphase im Klassenkampf um die Staatsmacht, aber nicht das Ziel dieses Kampfes sein.

Hat die sozialdemokratische Arbeiterpartei in der ersten Epoche ihres Kampfes die demokratische Republik erkämpft, so hat sie nunmehr die Aufgabe, die demokratischen Kampfmittel auszunützen, um die Mehrheit

des Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse zu sammeln und dadurch die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu stürzen, der Arbeiterklasse die Herrschaft in der demokratischen Republik zu erobern.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Eroberung der Herrschaft in der demokratischen Republik, nicht um die Demokratie aufzuheben, sondern um sie in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen, den Staatsapparat den Bedürfnissen der Arbeiterklasse anzupassen und ihn als Machtmittel zu benützen, um dem Großkapital und dem Großgrundbesitz die in ihrem Eigentum konzentrierten Produktions- und Tauschmittel zu entreißen und sie in den Gemeinbesitz des ganzen Volkes zu überführen.

2. Die Bourgeoisie wird nicht freiwillig ihre Machtstellung räumen. Findet sie sich mit der ihr von der Arbeiterklasse aufgezwungenen demokratischen Republik ab, solange sie die Republik zu beherrschen vermag, so wird sie versucht sein, die demokratische Republik zu stürzen, eine monarchistische Diktatur aufzurichten, sobald das allgemeine Wahlrecht die Staatsmacht der Arbeiterklasse zu überantworten drohen oder schon überantwortet haben wird.

Nur wenn die Arbeiterklasse wehrhaft genug sein wird, die demokratische Republik gegen jede monarchistische oder faschistische Gegenrevolution zu verteidigen, nur wenn das Bundesheer und die anderen bewaffneten Korps des Staates auch dann die Republik schützen werden, wenn die Macht in der Republik durch die Entscheidung des allgemeinen Wahlrechtes in die Hand der Arbeiterklasse fällt, nur dann wird es die Bourgeoisie nicht wagen können, sich gegen die Republik aufzulehnen, nur dann wird daher die Arbeiterklasse die Staatsmacht mit den Mitteln der Demokratie erobern und ausüben können.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei muß daher die Arbeiterklasse in ständiger organisierter geistiger und physischer Bereitschaft zur Verteidigung der Republik erhalten, die engste Geistesgemeinschaft zwischen der Arbeiterklasse und den Soldaten des Bundesheeres pflegen, sie ebenso wie die anderen bewaffneten Korps des Staates zur Treue zur Republik erziehen und dadurch der Arbeiterklasse die Möglichkeit erhalten, mit den Mitteln der Demokratie die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zu brechen.

Wenn es aber trotz allen diesen Anstrengungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei einer Gegenrevolution der Bourgeoisie gelänge, die Demokratie zu sprengen, dann könnte die Arbeiterklasse die Staatsmacht nur noch im Bürgerkrieg erobern.

3. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird die Staatsmacht in den Formen der Demokratie und unter allen Bürgschaften der Demokratie ausüben. Die demokratischen Bürgschaften geben die Gewähr dafür, daß die sozialdemokratische Regierung unter ständiger Kontrolle der unter der Führung der Arbeiterklasse vereinigten Volksmehrheit handeln und dieser Volksmehrheit verantwortlich bleiben wird. Die demokratischen Bürgschaften werden es ermöglichen, den Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsordnung unter den günstigsten Bedingungen, unter ungehemmter, tätigster Teilnahme der Volksmassen zu vollziehen.

Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Staatsmacht der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.“

B. Wehrprogramm-Entwurf der sozialdemokratischen Linken

A. Grundsätzliches.

I.

In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus.

In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung benutzt die herrschende Klasse den Krieg als eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes mit den Mitteln der Gewalt. Deshalb bekämpft die Sozialdemokratie jeden Krieg, mag er auch bei seinem Beginn als Verteidigungskrieg oder als Krieg zum Schutze der Neutralität bezeichnet werden, zumal das endgültige Ziel jedes Krieges erst in seinem Verlauf von den herrschenden Militär- und Wirtschaftskreisen gemäß der militärischen Erfolge gestaltet wird.

Dem Beschluß der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Brüssel folgend, ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands entschlossen, den stärksten Massendruck, auch in seiner revolutionären Form, gegen jede deutsche Regierung anzuwenden, die im Fall internationaler Konflikte zum Kriege schreitet und es ablehnt, sich einem Schiedsverfahren zu unterwerfen. Das Proletariat schließt auch nach Erklärung eines Krieges keinen Burgfrieden mit der Bourgeoisie seines Landes. Die Sozialdemokratie ist verpflichtet, im Sinne der Beschlüsse der Internationale in Stuttgart und Kopenhagen den Klassenkampf gegen die herrschende Bourgeoisie verschärft fortzusetzen und mit allen Kräften und allen Mitteln dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zum Sturze der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.

II.

Die Sozialdemokratie lehnt im kapitalistischen Staate die Landesverteidigung ab, die für die Bourgeoisie nur Verteidigung ihrer Klassenherrschaft und Klasseninteressen bedeutet.

Wird ein Land, in dem das Proletariat die politische Macht erobert hat, in der Übergangszeit zur klassenlosen Gesellschaft von andern, noch von der Bourgeoisie beherrschten Staaten angegriffen, so ist das Proletariat verpflichtet, seine Klasseninteressen gegen alle Angriffe mit allen Mitteln zu verteidigen.

III.

Durch die technische Entwicklung ist der Schwerpunkt der Landesverteidigung in die Produktion und das Verkehrswesen gelegt, die mit der Kriegserklärung in vollem Umfang in den Dienst der Kriegführenden gestellt werden. Damit wird das im Produktionsprozeß stehende Proletariat immer mehr an Stelle des in militärischen Verbänden zusammengeschlossenen Teiles der Bevölkerung zum wichtigen Träger der Kriegführung. Diese Tatsache garantiert für den Fall der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat die volle Wehrkraft des proletarischen Staates.

Der bisherige Begriff der Abrüstung ist durch die technische Entwicklung überholt. Der Abbau von Truppenkörpern und die Verminderung der zur Kriegführung dienenden technischen Mittel bedeuten allein noch keine Abrüstung. Die Änderung des veralteten, auf der technischen Grundlage der Vorkriegszeit beruhenden Militärapparats kann im Gegenteil die volle Ausnutzung der militärischen Wirksamkeit der modernen Industrie bedeuten. Dieses Resultat kann nur verhütet werden und die entsprechend den Beschlüssen der Brüsseler Internationale zu erstrebende Abrüstung kann nur erreicht werden in Verbindung mit der ständigen und lückenlosen Kontrolle aller zu Kriegszwecken geeigneten Produktionsmittel des Landes durch die Organisationen des Proletariats.

IV.

Die Wehrmacht im kapitalistischen Staat ist nicht nur dazu bestimmt, den außenpolitischen Interessen der Bourgeoisie zu dienen, sondern sie wird bei entscheidenden Auseinandersetzungen auch zwischen Proletariat und Bourgeoisie benutzt.

Darum lehnt die Sozialdemokratie im kapitalistischen Staate die Mittel für die Wehrmacht ab und kämpft für die Beseitigung dieser Wehrmacht.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stellt immer wieder den Klassengegensatz in der kapitalistischen Gesellschaft in den Vordergrund des politischen Kampfes, sie erkennt die Notwendigkeit, diejenigen proletarischen Machtmittel zu schaffen, deren die werdende sozialistische Gesellschaft zu ihrer Begründung und zu ihrer Verteidigung bedarf.

B. Aktionsprogramm.

Die ideologische und organisatorische Sammlung des deutschen Proletariats auf dieser Grundlage ist die Aufgabe der SPD. Zu diesem Zwecke führt sie den dauernden Kampf:

1. für die parlamentarische und gewerkschaftliche Kontrolle aller Industrien und Verkehrseinrichtungen, in erster Linie derer, die unmittelbar zu Kriegszwecken eingesetzt werden können;
2. für die parlamentarische Kontrolle der Reichswehr und Marine und aller Verträge, die die Heeresverwaltung und ihre nachgeordneten Stellen abschließen;
3. für die Herabsetzung der Ausgaben für den Wehretat bis zur völligen Beseitigung aller Rüstungsausgaben;
4. für die Abschaffung der Kriegsflotte;
5. für die Änderung des bestehenden Rekrutierungssystems, für die Einstellung der körperlich Tauglichen durch Auslosung auf Grund freiwilliger Meldungen;
6. für die Beseitigung des Bildungsprivilegs für die Offizierslaufbahn;
7. für das Recht der Soldaten auf Wahl einer Personalvertretung zum Schutze ihrer Rechte; für die Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten; für die völlige Koalitionsfreiheit und das Mitbestimmungsrecht der Soldaten;
8. gegen alle Subventionen aus öffentlichen Mitteln an die Privatindustrie;
9. für die Beseitigung derjenigen strafgesetzlichen Bestimmungen, die illegale Rüstungen schützen;
10. Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.

Levi. Kurt Rosenfeld. Seydewitz.

C. Das Aktionsprogramm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands

Auf der Gründungskonferenz der Sozialistischen Arbeiterpartei am 4. Oktober 1931 wurde das nachfolgende provisorische Aktionsprogramm einstimmig angenommen. Dieses Aktionsprogramm gilt bis zur endgültigen Programmregelung auf dem ersten ordentlichen Parteitag der SAP als programmatische Grundlage.

1. Die Krise des kapitalistischen Systems.

Mit der Entwicklung des Kapitalismus wachsen auch die inneren Widersprüche des kapitalistischen Systems. Der Kapitalismus wird trotz steigender Ergiebigkeit der Arbeit immer unfähiger, die Massen ausreichend zu versorgen. Die Krisen werden immer länger und schärfer, die Perioden wirtschaftlicher Belebung immer kürzer, die Arbeitslosigkeit riesiger Arbeiterarmeen wird eine Dauererscheinung.

Gleichzeitig verschärft sich der Kampf der kapitalistischen Staaten um den Anteil an dem immer mehr sich verengenden Weltmarkt. Die Länder umgeben sich mit hohen Zollmauern, die Löhne werden gesenkt, damit bei hohen Inlandspreisen und niedrigen Exportpreisen die Konkurrenten unterboten werden können. Daraus entstehen ständige politische Konflikte, die die Gefahr hervorrufen, daß der wirtschaftliche Konkurrenzkampf in den Kampf mit kriegerischen Mitteln umschlägt.

Die Sozialistische Arbeiterpartei wendet sich gegen jeden Versuch der Bourgeoisie, einen Krieg zu entfesseln. Sie unterstützt alle Bestrebungen, die der Wahrung des Friedens dienen, insbesondere solche, die sich auf internationale Schiedsgerichtsbarkeit und nationalen Minderheitenschutz richten; sie läßt aber keine Illusionen über den Wert der bürgerlichen Friedensvereinbarungen entstehen. Gelingt es nicht, den Ausbruch des Krieges zu verhindern, so fördert die Sozialistische Arbeiterpartei die Beendigung des Völkerkrieges mit allen, auch revolutionären Mitteln und strebt mit allen Kräften dahin, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.

Die Sozialistische Arbeiterpartei wird alles daran setzen, die Sowjetunion gegen Angriffe der kapitalistischen Staaten zu unterstützen und dem Aufbauplan die nötige Freiheit der Entfaltung zu sichern.

Die im Gefolge der Industriekrise und der schweren, langdauernden Agrarkrise auftretenden sozialen Erschütterungen, revolutionären Bewegungen und die mit ihnen verbundene wirtschaftliche Unsicherheit untergraben das Kreditgebäude des finanzkapitalistischen Wirtschaftssystems. Daher führt jeder Versuch der Bourgeoisie zur Überwindung der Krise zur Vorbereitung allseitiger und gewaltigerer Krisen und zur Verminderung der Mittel, den Krisen vorzubeugen.

Der Zerfall der Weltwirtschaft und die zunehmende Unfähigkeit der Bourgeoisie, mit kapitalistischen Mitteln der Krise Herr zu werden, setzt die Anwendung der Mittel einer sozialistischen Wirtschaftspolitik un-

mittelbar auf die Tagesordnung. In der Periode des kapitalistischen Niedergangs gibt es auf die Dauer keinen anderen Ausweg aus der Krise und der Arbeitslosigkeit als die planmäßige, sozialistische Gestaltung der Wirtschaft.

Die Sozialistische Arbeiterpartei benutzt daher die Krise des Kapitalismus, die sozialistischen Aufgaben in den Vordergrund der Propaganda zu stellen und den Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft vorzubereiten. Der Sozialismus wird zur Tagesaufgabe unserer Zeit.

2. Der Klassenkampf.

Die Zersetzung des Kapitalismus führt unmittelbar zur Verelendung immer breiterer Volksschichten. Zu den Massen des ländlichen und industriellen Proletariats, den Arbeitern und Angestellten, gesellen sich die Angestellten des Mittelstandes und der Intellektuellen.

Dieses neue Proletariat ist zwar nicht von vornherein klassenbewußt, wohl aber bereits antikapitalistisch. Es wird daher leicht zum Opfer der Demagogie des faschistischen Nationalsozialismus.

Weder der kommunistischen Revolutionsspielerei, noch der sozialdemokratischen Politik, die nur der herrschenden Klasse zur Kulisse dient, kann es gelingen, diese neuproletarisierten Massen für den Klassenkampf zu gewinnen. Außerdem schrecken die Formen, in denen diese Parteien den Bruderkampf führen, immer mehr der besten und bewußtesten Klassenkämpfer ab und verhindern so die Sammlung der Arbeiterklasse zu einem marxistisch geführten Klassenkampf.

Die Sozialistische Arbeiterpartei unterscheidet sich von den Kommunisten in der Taktik und dem organisatorischen Aufbau. Sie steht auf dem Standpunkt, daß es kein allgemeingültiges Rezept für die Revolution in allen Ländern gibt; sie lehnt die Spaltungspolitik in den Gewerkschaften und den proletarischen Kultur-, Sport- und Wirtschaftsorganisationen ab. Sie wendet sich gegen eine Putschtaktik, die Aktionen zu erzwingen sucht, die nicht aus den objektiven Bedingungen der Entwicklung und dem unmittelbaren Bedürfnis der Massen herauswachsen. Sie verwirft die Politik der Unehrlichkeit, die zur gehässigen Bekämpfung der Klassengenossen führt. Die Sozialistische Arbeiterpartei sucht vielmehr im Tageskampf die Anknüpfungspunkte zur einheitlichen Aktion der ganzen proletarischen Klasse, sie wendet sich gegen den diktatorisch-zentralistischen Organisationsapparat, der mit der Demokratie zugleich das Denken der Mitglieder erstickt und sie zum Kadavergehorsam erzieht. Sie setzt an Stelle einer Organisationsform, die von oben nach unten regiert, einen lebendigen Organismus, der die Funktionäre einer dauernden demokratischen Kontrolle unterstellt.

Die Sozialistische Arbeiterpartei knüpft unmittelbar an die besten Traditionen der Vorkriegs-Sozialdemokratie an und verbindet sie mit den Erfahrungen des Klassenkampfes in der Gegenwart und der revolutionären Kämpfe des Proletariats aller Länder. Sie ist die Partei der Klassenbewußten und aktiven Hand- und Kopfarbeiter. Sie will die Plattform schaffen für die Einigung aller dem revolutionären Klassenkampf des Proletariats dienenden Kräfte zum gemeinsamen Kampf um die sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Diese einheitliche Aktion ist notwendig für die Eroberung der politischen Macht.

3. Der Kampf um die Macht.

Für die Stellung des Proletariats zum Staat ist nicht dessen republikanische Form, noch die demokratische Hülle entscheidend, sondern allein sein sozialer Inhalt.

Der Sozialismus wird nicht aus dem Entwicklungsprozeß der kapitalistischen Wirtschaft automatisch herauswachsen. Die Sozialisierung der Wirtschaft wird vielmehr nur durchgeführt werden können durch den proletarischen Staat, der nur im schärfsten Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie geschaffen werden kann. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

Solange die Bourgeoisie die materiellen Machtmittel und die Mittel der geistigen Beeinflussung in der Hand hat, ist sie imstande, ihre Herrschaft als kleine Minderheit über die proletarische Mehrheit auszuüben. Läßt sie auch zeitweise das Mitregieren von Arbeitervertretern zu, so doch nur soweit, als diese an der Herrschaftsstellung der Bourgeoisie nicht rütteln. Sobald das Proletariat in der demokratischen Staatsform stark genug ist, die Staatsmacht zu übernehmen, wendet sich die Bourgeoisie von den demokratischen Formen der Herrschaft zu faschistischen.

Auch in der demokratisch-parlamentarischen Republik wurzelt die Macht des Proletariats in seiner in Klassenorganisationen zusammengefaßten außerparlamentarischen Kraft und seiner Wehrhaftigkeit. Die Erhaltung des demokratischen Kampfbodens ist nur im schärfsten Kampfe gegen die gesamte Bourgeoisie möglich. Droht die Bourgeoisie die demokratische Republik durch den Faschismus zu sprengen, so kämpft die Arbeiterklasse auch im Bürgerkrieg um die Eroberung der Macht.

Gelingt es der Arbeiterklasse, die Macht auf demokratischem Wege zu erlangen, weil sie wehrhaft und stark genug war, jede Gegenrevolution zu verhindern, so wird sie die Macht demokratisch ausüben. Sie wird dann den Staat im Auftrag der großen Mehrheit im Interesse der großen Mehrheit regieren und die bürgerliche Demokratie in eine proletarische umwandeln.

Gelingt es der Arbeiterklasse nicht, die Demokratie zu bewahren, sondern muß sie die Macht im Bürgerkrieg erobern, so wendet sie alle Mittel an, um eine Rückkehr der Bourgeoisie zur Macht zu verhindern. Sie übt dann die Regierung aus in der Form der proletarischen Diktatur, bis eine Wiederkehr der bürgerlichen Klassenherrschaft unmöglich geworden ist.

Gleichviel aber, ob die Klassenherrschaft des Proletariats mit den Mitteln der Demokratie oder der Diktatur ausgeübt wird, muß der vom Bürgertum übernommene Staatsapparat von Grund auf umgestaltet und an seine Stelle ein auf der unmittelbaren Wirksamkeit des Proletariats aufgebauter Staatsapparat gesetzt werden.

Ist es gelungen, gestützt auf die proletarische Staatsmacht, den Umbau der Wirtschaft und der ganzen Gesellschaft vorzunehmen, so daß die Herausbildung einer neuen, auf Ausbeutung beruhenden Klassenscheidung unmöglich geworden ist, so wird auch der proletarische Staat als Werkzeug der Klassenherrschaft seine Aufgabe erfüllt haben und an seine Stelle die auf den gemeinsamen Lebensinteressen aller aufgebaute klassenlose Gesellschaft treten.

Die nächsten Aufgaben.

An diesen Grundsätzen orientiert die Sozialistische Arbeiterpartei ihren Tageskampf.

1. Auf wirtschaftlichem Gebiet kämpft die SAP zunächst um die Sozialisierung der Schlüsselindustrie und der Banken. Sie fordert die Ausdehnung der Aufsichtsbefugnis der Betriebsräte auf alle wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen des Betriebes, die Leitung der Produktion und die Lenkung des Kredits nach gemeinwirtschaftlichem Plan unter-

der Kontrolle des Proletariats. Sie fordert das Enteignungsrecht des Staates für planwirtschaftliche Zwecke und den Aufbau eines wirtschaftlichen Rätesystems als Träger des gesamten Wirtschaftskörpers.

Sie kämpft um Beseitigung der Zollmauern, öffentliche Kontrolle des Außenhandels und allgemeinen Auskunftszwang für alle Betriebe. Ferner fordert sie rücksichtslose Maßnahmen gegen die Kapitalflucht und Steuer.

Sie fordert Beseitigung des Privateigentums am Großgrundbesitz und die Uebernahme der landwirtschaftlichen Großgüter durch Genossenschaften, ferner die Abrundung des bäuerlichen Kleinbesitzes zu existenzfähiger Größe unter Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens.

2. Auf sozialpolitischem Gebiet fordert die SAP die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, zunächst auf 40 Wochenstunden und sodann weiter, gemäß der fortschreitenden Produktivität der Arbeit, zugleich Herabsetzung der Altersgrenze in der Invaliden- und Angestelltenversicherung entsprechend der gesteigerten Ausbeutung der Arbeitskraft, so daß für alle Proletarier die Möglichkeit der Eingliederung in den Produktionsprozeß geschaffen und gesichert wird.

Der Kampf um dieses Ziel muß gleichzeitig geführt werden als ein Kampf um die soziale Sicherstellung der Proletarier, die von der heute herrschenden kapitalistischen Anarchie aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden wurden. Als mindestes fordert die SAP, daß alle die sozialen Versicherungen einschränkenden Bestimmungen der Notverordnungen aufgehoben werden. Darüber hinaus sind insbesondere die einschränkenden Bestimmungen für die Saisonarbeiter zu beseitigen.

Ferner fordert die SAP die Zusammenfassung der gesamten Sozialversicherung zu einem einheitlichen, vom Proletariat kontrollierten System, das jedem, auch den Opfern des Krieges und der Arbeit, ein modernen Kulturansprüchen genügendes Existenzminimum sichert.

Weiter fordert die SAP Sicherungen und Ausbau des Koalitions- und Streikrechts, des Tarifvertragsrechts, der Gewerbeaufsicht, der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege, des Frauen- und Jugendlichenschutzes und das Verbot aller nicht vollbezahlten Pflichtarbeit.

Weiter fordert die SAP die Einführung eines gemäß den Arbeiterlöhnen steigenden und fallenden Höchstgehaltes für Beamte und obere Angestellte in Staat und Gemeinden wie in der Privatwirtschaft.

3. Auf dem Gebiet der Kulturpolitik kämpft die SAP um die Unentgeltlichkeit des Unterrichts an allen öffentlichen Lehranstalten sowie für die Unentgeltlichkeit aller Lehr- und Lernmittel. Sie fordert Verweltlichung des gesamten Schulwesens, die Unterstellung aller Religionsgesellschaften unter Vereinsrecht bei Entziehung aller öffentlichen Mittel.

4. Auf dem Gebiet der internationalen Politik fordert die SAP den Ausbau einer für alle internationalen Streitigkeiten obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit und eines wirklichen Schutzes der nationalen Minderheiten sowie die Abschaffung der Heere.

Um diese den Tagesinteressen des Proletariats entspringenden Forderungen, die den Massen unmittelbar verständlich sind, muß der Kampf ernsthaft geführt werden. Anknüpfend an diese Einzelforderungen müssen die isolierten Kämpfe der verschiedenen Arbeitergruppen zusammengefaßt werden zur einheitlichen Aktion der Klasse, die in demselben Maße, wie die bürgerliche Gesellschaft die Erkämpfung einzelner sozial- und kulturpolitischer Forderungen unmöglich macht, zum revolutionären Kampf um die Macht reift.

D. Materialien zur Vorbereitung eines Programms

Jeder Schritt wirklicher Bewegung

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme. Konnte man also nicht — und die Zeitumstände ließen das nicht zu — über das Eisenacher Programm hinausgehen, so hätte man einfach eine Übereinkunft für Aktion gegen den gemeinsamen Feind abschließen sollen. Macht man aber Prinzipienprogramme (statt des bis zur Zeit aufzuschieben, wo dergleichen durch längere gemeinsame Tätigkeit vorbereitet war), so errichtet man vor aller Welt Marksteine, an denen sie die Höhe der Parteibewegung mißt.

Karl Marx im Geleitbrief an Bracke zur Programmkritik von 1875.

*

Eine öffentlich aufgepflanzte Fahne

Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an, als auf das, was sie tut. Aber ein neues Programm ist doch immer eine öffentlich aufgepflanzte Fahne, und die Außenwelt beurteilt danach die Partei.

Friedrich Engels zum Gothaer Programmentwurf.

*

Die nächsten konkreten Aufgaben beantworten

Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen. Man schickt allgemeine, abstrakte politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich im entscheidenden Moment ratlos ist, daß über die entscheidensten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Fragen

nie diskutiert worden sind . . . Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag ehrlich gemeint sein, aber Opportunismus bleibt es, und der „ehrliche" Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen."

Friedrich Engels zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891.

*

Zur Vorbereitung des Parteiprogramms

Ich schlage dem ZK vor zu beschließen:

Jede Parteiorganisation ernennt sofort eine oder mehrere Kommissionen zur Vorbereitung des Programms, verpflichtet sie sowie alle Theoretiker oder Schriftsteller usw., unverzüglich diese Arbeit in Angriff zu nehmen und entweder einen eigenen Entwurf oder Abänderungen und Zusätze zu anderen Entwürfen innerhalb von höchstens 3—7 Tagen einzureichen.

Das ist bei beharrlicher Arbeit durchaus durchführbar.

Diese Entwürfe zusammenfassen und drucken lassen oder in Schreibmaschinenabschriften an die wichtigsten Organisationen versenden — das wird ein paar Wochen erfordern.

Dann sofort die Einberufung eines engeren Parteitages . . . bekanntgeben, um — in einem Monat — das Programm anzunehmen . . .

Geschrieben 26.—31. August 1917

Aus Lenin, Die Revolution von 1917, sämtl. Werke, Bd. 21, S. 100.

*

Maximal- und Minimalprogramm

Wir gehen jetzt vom allgemeinen oder theoretischen Teil des Programms zum Minimalprogramm über. Wir stoßen hier sofort auf den äußerlich sehr „radikalen" und sehr unzulänglichen Vorschlag der Genossen N. Bucharin und W. Smirnow, das Minimalprogramm überhaupt zu streichen. Die Teilung in ein

Maximalprogramm und ein Minimalprogramm sei „veraltet", wozu brauche man es, wo es sich doch um den Übergang zum Sozialismus handelt. Weg mit dem Minimalprogramm, her mit dem Programm der Übergangsmaßnahmen zum Sozialismus . . .

Wir ziehen in die Schlacht, d. h. wir kämpfen für die Eroberung der politischen Macht durch unsere Partei. Diese Macht wäre die Diktatur des Proletariats und der ärmsten Bauernschaft. Indem wir diese Macht ergreifen, fürchten wir uns nicht nur nicht, über die Schranken der bürgerlichen Gesellschaft hinauszugehen, sondern im Gegenteil, wir sagen klar, direkt, unzweideutig und in aller Öffentlichkeit, daß wir über diese Schranken hinausgehen, daß wir furchtlos zum Sozialismus gehen werden und daß unser Weg uns in und der Richtung über die Räterepublik, über die Nationalisierung der Banken und Syndikate, die Arbeiterkontrolle, die allgemeine Arbeitspflicht, die Nationalisierung des Bodens, die Beschlagnahme des gutsherrlichen Inventars usw. führt. In diesem Sinne haben wir ein Programm der Übergangsmaßnahmen zum Sozialismus gegeben.

Aber wir sollen nicht prahlen, wenn wir in die Schlacht ziehen. Wir dürfen das Minimalprogramm nicht streichen, denn das wäre gleichbedeutend mit der leeren Prahlerei: wir wollen nichts „von der Bourgeoisie fordern", sondern selbst verwirklichen, wir wollen uns nicht mit Kleinigkeiten innerhalb des Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft abgeben.

Das wäre eine leere Prahlerei, denn zuerst muß man die Macht erobern, wir aber haben sie noch nicht erobert. Zuerst müssen die Übergangsmaßnahmen zum Sozialismus in der Praxis verwirklicht, unsere Revolution bis zum Sieg der sozialistischen Weltrevolution weitergeführt werden; dann können und müssen wir, schon „aus der Schlacht zurückkehrend", das Minimalprogramm als nunmehr überflüssig streichen.

Kann man jetzt die Gewähr dafür übernehmen, daß es nicht mehr notwendig ist? Selbstverständlich nicht, aus dem einfachen Grunde, weil wir die Macht noch nicht erobert, den Sozialismus nicht verwirklicht und noch nicht einmal den Anfang der sozialistischen Weltrevolution erlebt haben.

. . . Und darum ist es lächerlich, das Minimalprogramm zu streichen, das u n e n t b e h r l i c h ist, solange wir noch im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft leben, solange wir diesen Rahmen noch nicht gesprengt haben, solange wir das Grundlegende für den Übergang zum Sozialismus nicht getan haben, den Feind (die Bourgeoisie) nicht geschlagen und, nachdem wir sie geschlagen, nicht vernichtet haben. All das wird sein und vielleicht viel schneller, als viele glauben (ich persönlich denke, daß es morgen beginnen muß), aber es ist noch nicht da.

. . . Wollten wir das Minimalprogramm jetzt streichen, so würden wir damit beweisen, daß wir schon den Kopf verloren haben, ehe wir Zeit hatten zu siegen. Den Kopf dürfen wir aber weder vor dem Sieg noch während des Sieges noch nach dem Sieg verlieren, denn wir verlieren alles, wenn wir den Kopf verlieren.

Aus: L e n i n , Die Revolution von 1917, sämtl. Werke, Bd. 21, S 396 ff.

Fremdwörterverzeichnis

Absolutismus = unbeschränkte Herrschaft
abstrakt = abgezogen, von der Wirklichkeit gedanklich abgeleitet
Agitation = Erregung von Massenbewegungen
agrarisch = landwirtschaftlich
Akt = Tat
Aktion = Handlung
aktuell = für das gegenwärtige Handeln bedeutsam
Analyse = Auflösung, zergliedernde Untersuchung
Anarchie = Herrschaftslosigkeit, Verwirrung
Anarchismus = politische Anschauung, die jede Art von Regierung ablehnt
anti = gegen (antidemokratisch, antirevolutionär)
Apparat = Vorrichtung, Parteiapparat: die Einrichtung, durch welche eine Partei verwaltet und regiert wird
Archiv = Sammlung von Urkunden
Argument = Begründung
Attrappe = leere Hülle
Autokratie = Selbstherrschaft
autokratisch = selbstherrlich
Blanquismus = nach ihrem Urheber benannte Anschauung, daß man durch gewaltsame Einzelhandlungen zum Sozialismus gelangen könne
boykottieren = durch Nichtbenutzung bekämpfen
Bourgeoisie = Besitzbürgertum
Bürokratie = Beamtenherrschaft, herrschendes Beamtentum
Chaos = Verwirrung
Charakter = Wesen
delphisch = in Delphi bestand ein Wahrsagertempel, der sehr vieldeutige Auskunft gab, also „vieldeutig"
Demokratie = Volksherrschaft, Selbstverwaltung des Volkes
demoralisieren = entsittlichen
desorganisieren = auflösen
differenzieren = unterscheiden
Diktatur = unbeschränkte Herrschaft
Diplomatie = amtlicher Verkehr der Staatsregierungen untereinander, die dazu verwandte Beamtenschaft
Direktion = Leitung
Diskreditierung = Vertrauensschwächung
Diskussion = Auseinandersetzung
dissidieren = abweichen
Disziplin = Unterwerfung unter eine Vorschrift oder Gewalt
Dogma = Glaubenssatz
Dokument = Urkunde, Zeugnis
elastisch = beweglich
eventuell = im gegebenen Fall
Exekutive = Ausführung, Ausführungsbehörde
Existenz = Dasein
Experiment = wissenschaftlicher Versuch
experimentieren = Versuche an stellen
Exponent = Träger
Export = Ausfuhr
Expropriation = Enteignung
Expropriateur = Enteigner
extensiv = nach außen gerichtet
extrem = äußerst
Faschismus, faschistisch = politische Ansicht, welche eine Diktatur über das Proletariat anstrebt
Finanz = Geldwesen
finanziell = geldlich
Floskel = Wendung
Fraktion = Bruchteil, gebraucht von den Parteien im Parlament und in anderen Körperschaften
fundieren = Begründen
Funktion = Tätigkeit
Garantie = Bürgschaft
garantieren = bürgen
generell = allgemein
Harmonie = Übereinklang
harmonisch = übereinstimmend
historisch = geschichtlich
humanitär = menschenfreundlich
Idee = geistiges Bild, Gedanke

Ideologie = geistige Anschauung
ideologisch = gedanklich
ignorieren = unbeachtet lassen
illegal = ungesetzlich
Illusion = Täuschung
illusionär = auf Täuschung beruhend
Imperialismus = Kapitalismus auf seiner höchsten Stufe, auf der er zur gewaltsamen Eroberung fremder Märkte gezwungen ist
Import = Einfuhr
Indifferenz = Gleichgültigkeit
Individuum = Einzelwesen
individuell = vereinzelt
infizieren = anstecken
Initiative = Anregung
Inflation = Geldentwertung infolge übermäßiger Schaffung von Umlaufsgeld ohne hinreichende Golddeckung
Instanz = Behörde
Institution = Einrichtung
Instrument = Werkzeug
intensiv = nach innen gerichtet
Interesse = Anteilnahme, meist von wirtschaftlich und sozial bedingter gebraucht
international = zwischenstaatlich, überstaatlich
Internationale = zwischenstaatliche Organisation der Arbeiterschaft
Interpretation = Auslegung
interpretieren = auslegen
intakt = unverletzt
Intervention = Einschreiten
Intrigue = Ränke
investieren = einsetzen
Isolierung = Vereinzelung
Justiz = Rechtspflege
Kabinett = Regierung
Kapital = Mehrwert, heckender Wert
Kapitalismus = Wirtschaftsform, die auf Schaffung von Mehrwert abzielt und auf Privatbesitz an Produktionsmitteln beruht
Kartell = kapitalistische Vereinigung zur Regelung der Kundenbelieferung
Kautele = Vorsichtsmaßnahme
Ketzer = Irrgläubiger
Klique = durch eigennützige Ziele verbundene Gruppe
Koalition = Bündnis
Koalitionsrecht = Recht sich zu organisieren
Kolonie = von einem fremden Staat in Besitz genommenes und autokratisch verwaltetes Gebiet niederer wirtschaftlicher Entwicklung
kolossal = sehr groß
kombinieren = verbinden
Kommentar = Erklärung
Kommerz = Handel
kommerziell = kaufmännisch
kompakt = geschlossen
komplizieren = verwickeln
Konflikt = Streit
Konkordat = Vertrag zwischen Staat und Kirche
Konkurrenz = Wettbewerb
konsequent = folgerichtig
konservativ = auf Erhaltung des Bestehenden gerichtet
konsolidieren = festigen
Konsolidierung = Festigung
konstatieren = feststellen
Konstatierung = Feststellung
Konstituierung = Einrichtung
konstitutionell = durch Verfassung beschränkt
konstruieren = künstlich aufbauen
Konsum = Verbrauch
konter = gegen
Kontrolle = Aufsicht
Kontrahent = Vertragsgegner
Konzession = Zugeständnis
konzentrieren = zusammenziehen
Koordination = Gleichordnung
Korruption = Verderbnis
Kredit = Vertrauen, insbesondere auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, daher: Anleihen auf Grund dieses Vertrauens
kriminell = verbrecherisch
Kriminalrecht = Strafrecht
Krise = Wendepunkt, Entscheidung, bes. von Krankheiten, davon abgeleitet: ungesunder Zustand, „Wirtschaftskrise“
Kritik = Unterscheidung
kritisieren = Wahres vom Falschen scheiden
Kultur = entwickelte menschliche Ordnung, Gegensatz: Barbarei
kulturell = auf geistige Bedürfnisse gerichtet
Laxheit = Schlaffheit
legal = gesetzlich

Letargie = tötliche Schwäche und Untätigkeit
liberal = freiheitlich
Liberalismus = Anschauung des um Gleichberechtigung kämpfenden aufsteigenden Bürgertums
liquidieren = flüssig machen, abschließen mit etwas
Majorität = Mehrheit
Manchestertum = nach der englischen Textilzentrale genannte Lehre von der Notwendigkeit völlig vom Staat ungehemmter freier Wirtschaft
Mandat = Auftrag
Manipulation = Handhabung
Materie = Stoff
materiell = stofflich
Maxime = Grundsatz
Methode = Arbeitsweise
Minimum = Kleinstmaß
Minorität = Minderheit
mobilisieren = beweglich machen, besonders von Truppen
Monarchie = Alleinherrschaft
Monopol = Alleinbesitz, Alleinrecht
monopolisieren = in Alleinbesitz bringen
Monopolkapitalismus = Form des Kapitalismus, in welchem ganze Gebiete der Wirtschaft von einzelnen oder Gruppen allein beherrscht werden
mystisch = geheimnisvoll
Nation = Volk, staatlich organisiertes Volk, davon national
Nuance = Schattierung, Tönung
Objekt = Gegenstand
objektiv = tatsächlich
Oekonomie = Wirtschaft
ökonomisch = wirtschaftlich
offiziell = amtlich
offiziös = halbamtlich
okulieren = einpflanzen von fremden Trieben (urspr. bei Bäumen)
Oligarchie = Herrschaft weniger
opportunistisch = auf die Gelegenheit gerichtet, grundsatzlos
Opposition = Gegnerschaft, politisch von der Minderheit einer Körperschaft oder Partei gebraucht
Optimist = einer, der das Beste erwartet
Orakel = Wahrsagung
Organ = Werkzeug, insbesondere an lebenden Wesen
Organismus = lebende Einheit
Organisation = einheitlich geordnete Verbindung
organisieren = einheitlich ordnen
orientieren = sich nach den Himmelsgegenden zurechtfinden, vertraut machen mit einer Sache, davon: Orientierung
parallel = gleichlaufend
Parität = gleichberechtigt, davon paritätisch
Parlament = Volksvertretung
passiv = leidend, untätig, davon: Passivität
Pazifismus = Kriegsgegnerschaft, davon: pazifistisch
Periode = Zeitraum
Phase = Entwicklungszustand
physisch = natürlich, körperlich
politisch = von Politeia = Staat, alles, was sich auf die Macht über den Staat bezieht, davon: Politik
populär = volkstümlich
Position = Stellung
Präsident = Vorsitzender, gewähltes Staatsoberhaupt
Praxis = Anwendung
präzis = genau, klar
primitiv = ursprünglich
privat = ursprünglich-geheim, davon: einem einzelnen gehörig
Privilegium = Vorrecht, privilegiert = bevorrechtet
Problem = Aufgabe
Produktion = Erzeugung
produktiv = erzeugend, schöpferisch
Produzent = Hersteller
Prognose = Voraussage
Programm = Vorschrift, Darlegung von Grundsätzen und Forderungen
Proletariat = ursprünglich: niederste besitzlose Klasse; modern: Lohnarbeiterschaft, davon: Proletarier, proletarisch
Proletarisierung = Absinken ins Proletariat
Prosperität = wirtschaftliches Gedeihen

Propaganda = Verbreitung besonders von Überzeugungen, davon: propagieren
Protest = Widerspruch
Provokation = Herausforderung
psychologisch = seelisch
Putsch = bewaffneter Aufstand
Qualifikation = Eignung
Quittung = Zahlungsbestätigung
reaktionär = rückwärts gerichtet
Reaktion = politische Richtung, welche die Vergangenheit wieder herstellen will
real = wirklich, Gegensatz: formal nur der Form nach
Realität = Wirklichkeit
Reform = Umbildung, Besserung; Reformismus = Richtung im Sozialismus, welche glaubt durch allmähliche Änderungen das Ziel des Sozialismus zu erreichen
Regime = Herrschaft
relativ = verhältnismäßig
Rente = Einkommen aus Kapital- oder Bodenertrag
renitent = widersetzlich
Reserve = Ersatzmasse
Resultat = Ergebnis
revidieren = nachprüfen
Revision = Nachprüfung
Revolution = Umwälzung, zumeist in gesellschaftlichem und politischem Sinne gebraucht
Rivale = Nebenbuhler
Ruin = Untergang
sabotieren = durch offenen oder versteckten Widerstand hindern
Sanierung = Gesundung
saturieren = sättigen
Sektion = Abteilung
Sektor = Abschnitt
separat = getrennt
simultan = gleichzeitig, besonders vom Nebeneinander der kirchlichen Bekenntnisse: Simultanschule
Situation = Lage
Solidarität = gegenseitige Hilfe und Haftung
souverän = unabhängig
Sozialismus, sozialistisch = von lateinisch Societas = Gesellschaft, Ansicht, welche die Gesellschaft, nicht den einzelnen zum Besitzer der Produktionsmittel machen will
Sozialprodukt = Erzeugnis der gesamten gesellschaftlichen Arbeit
spekulieren = 1. Wagnisse auf Gewinnaussichten unternehmen, 2. nachdenken, davon spekulativ
spezialisieren = auf Einzelheiten richten
stabilisieren = festigen
Statistik = zahlenmäßige Darstellung allgemeiner Verhältnisse
Struktur = Aufbau
Subjekt = handelnde Person
subjektiv = persönlich bedingt
Subvention = Unterstützung
Sympathie = Mitgefühl
Symptom = Kennzeichen, symptomatisch = kennzeichnend
Syndikalismus = sozialistische Richtung, welche zentrale Organisation ablehnt und die Arbeiterbewegung auf lokale und Betriebsorganisationen aufbauen will (Syndikate) besonders in den romanischen Ländern verwurzelt
System = zusammenhängende Ordnung
Taktik = Kampfweise
Tendenz = Richtung
Terror = Schreckensherrschaft
Textil = Gewebe
Theorie = Anschauung
tolerieren = dulden, Tolerierung = Duldung
Tragödie = Trauerspiel, davon: tragisch
Tribüne = erhöhter Platz für Redner oder Zuschauer
Trust = kapitalistische Vereinigung zur Beherrschung des Marktes unter Ausschaltung der Konkurrenz
typisch = wesentlich
Union = Vereinigung
Utopie = unbegründete Zukunftshoffnung, davon: utopisch unwirklich
vague = unbestimmt
votieren = stimmen
Zensur = staatliche Aufsicht mit Verbotsrecht
zivil = bürgerlich

Druck: Georg Koenig, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16